





GENOSSE BELA KUN

Führer der ungarischen Kommunisten.

Verlag der
Kommunistischen Internationale.

In Kommission: Verlagsbuchhandlung
CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG.

DRUCK: HAMBURG 1920.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Z. Höglund. Wenn die Toten erwachen	1
N. Lenin. Die Wahlen in die Konstituante und die Diktatur des Proletariats	5
L. Trotzky. Jean Longuet	24
E. S. Pankhurst. Italien und die Revolution	31
G. Zyperowitsch. Die Internationale der Gewerkschaften.	38
J. Sadoul. Aufruf an die Arbeiter und Bauern Frankreichs	45
A. Rosmer. Der Arbeiterkongreß in Glasgow	51
S. J. Rutgers. Amerika und die russische Revolution	54
K. Geyer. Die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats	58
G. Snowjew. Die sterbende und die emporsteigende Internationale	64
J. Reed. Die revolutionäre Bewegung in Amerika	74
K. Arbori-Ralli. Die sozialistische Bewegung in Rumänien	80
J. Marchlewski (Karski). Polen und die Weltrevolution (Schluß)	93
W. Bystrjanski. Terrorismus und Kommunismus	108
W. Miljutin. Zwei Jahre ökonomischer Diktatur des Proletariats in Rußland	119
A. Lunatscharski. Die Sowjetmacht und die Denkmäler des Altertums	132
M. Gorki. Die Internationale der Intellektuellen	138
Eine wohlverdiente Lektion (Austausch von Radiogrammen zwischen Ledebour-Cohn und Gen. Tschitscherin)	141

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale.“

Ein französischer Kommunist. Brief aus Frankreich	144
Ar. Brief aus Deutschland	147
Ein Freund aus der Schweiz. Brief aus der Schweiz	154
N. N. und W. G. Briefe aus Südslawien	159

Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung.

	Seite
Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale	164
Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands	170
Aufruf der ungarischen Kommunisten	174
Aufruf der Sozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks	177
Vom Zentralausschuß der Sozialistischen Arbeiterpartei (der Kommunisten) Südslawiens	180
An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, vom Zentral-Komitee der Ukrain. Kommunistischen Partei (Borotbisten)	181
Resolution der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs	183
Resolution des Parteitags der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	183
Mitteilung der Amerikanischen Kommunistischen Arbeiterpartei über den Beitritt zur III. Internationale	184
Gruß an die III. Internationale vom II. Kongreß der all-russ. muselmänn. Komm. Organisationen	185
Gruß der Konferenz der tatarischen kommunistischen Organisation des Gouv. Simbirsk an die Kommunistische Internationale	185
Beitritt der Britischen Sozialistischen Partei zur III. Internationale	185

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

An die Arbeiter aller Länder! Die an den ungarischen Arbeitern verübte Bluttat	186
An die französischen Arbeiter	189
Die Kommunistische Internationale an die Arbeiter aller Länder. Zum Jahrestag des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	192
Gruß an den skandinavischen Kongreß der Kommunisten und Linksozialisten	193
An die Arbeiter und Bauern der Ukraine	195
Die Kommunistische Internationale über die ukrainischen Parteien	199
Geldbeiträge an die Kommunistische Internationale	201

Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Ein ewiges Gedenken den toten ungarischen Kommunisten	202
---	-----

	Seite
** W. O. Lichtenstadt-Masin	203
A. Balabanowa. Eugen Münch	208

Aus der internationalen kommunistischen Presse.

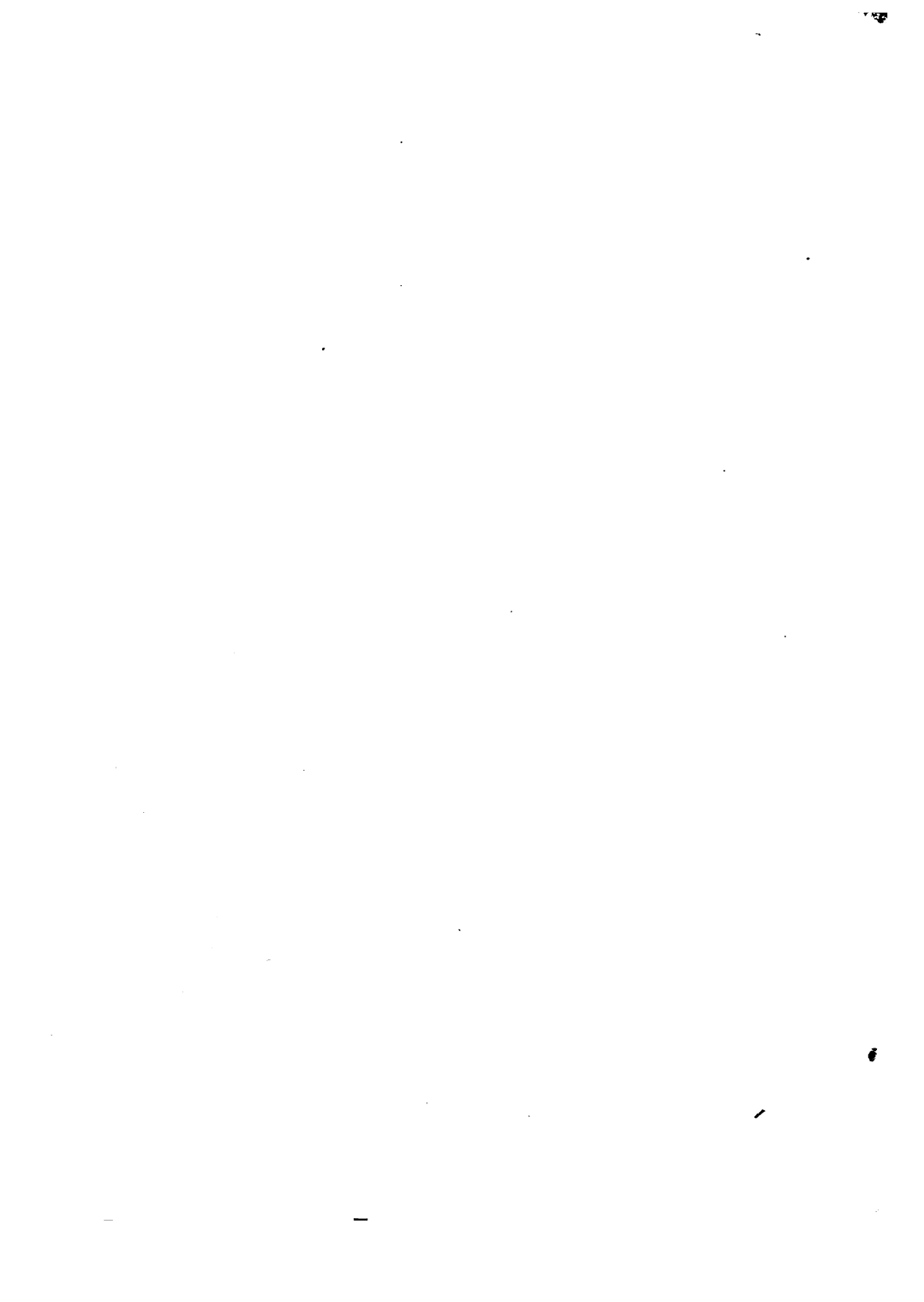
Der Redaktion zugestellte kommunistischen Schriften	211
E. Chauvelon. Nach dem Luzerner Kongreß der Reformisten (L'Avenir Internationale Nr. 22)	213
Rußland. („Lichtstrahlen“, 5. IX. 1919)	219
In Amerika („The Voice of Labour“, August 1919)	223

Berichte und Chronik.

Ein österreichischer Kommunist. Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Oesterreich	229
M. Gabor. Bericht über den Sturz der Rätemacht in Ungarn	237
A-n. Die Kommunistische Partei in Amerika	249
D. Pak. Die sozialistische Bewegung in Korea	255
V. S. Frankreich	262
— Italien	267
— England	269
Die letzten Nachrichten	275

Illustrationen:

Bela Kun, Tibor Szamuely, W. O. Lichtenstadt-Masin,
Eugen Münch.





Wenn die Toten erwachen . . .

Zwei Jahre — doch ereignisreicher, bedeutungsvoller als ein Jahrhundert! Zwei Jahre der russischen Arbeiterrevolution — ein Drama von gewaltigstem Umfang, von ergreifendster und großzügigster Tragweite, wie die Weltgeschichte noch nie eines geschaut hat. Diese zwei Jahre bedeuten das Erwachen der Toten, die Auferstehung der Massen aus dem Grabe der Unterdrückung zum Leben der Freiheit und Solidarität, einen Weckruf an das Proletariat der ganzen Welt, daß der Morgen der neuen Zeit graut. Ex oriente lux: von Osten kommt das Licht. Die Unterdrücktesten aller Sklaven begannen die Sturmglocke der Weltrevolution zu läuten; während die Arbeitermassen im Westen noch immer zögerten, übernahm das russische Proletariat mit kühnem Angriff die Führung in dem Aufmarsch der internationalen Arbeiterklasse gegen Krieg, Kapitalismus und Imperialismus.

Der alte Zarismus, der bereits früher wurzelfaul und baufällig war, erhielt durch den Weltkrieg den Todesstoß. Im März 1917 stürzte der Jahrhunderte alte Bau unter Gekrach und Getöse zusammen. Die Arbeiter und Soldaten vereinten sich gegen die herrschende Klasse und warfen ohne große Schwierigkeiten das zaristische Joch ab. Die bürgerliche Klasse versuchte die Führung in dem neuen Rußland zu ergreifen und die Revolution auf Abwege zu leiten, damit sie nur eine politische bliebe und zu keiner sozialen Neugestaltung werde. Das war die Aufgabe Kerenskis während seiner kurzen und wenig glänzenden Laufbahn. Als die Arbeiter und Soldaten merkten, was ihrer harrte, erhoben sie sich aufs neue unter der klassenbewußten Führung der Bolschewiki. So kam die zweite Revolution, die große und ehrenreiche Arbeiterrevolution, die nach verhältnismäßig blutlosem Kampf während einiger Tage — vom 6. bis zum 11. November 1917 — zum Sieg führte und durch die in Rußland eine sozialistische Republik auf Grundlage der Diktatur des Proletariats proklamiert wurde.

Die Diktatur des Proletariats ist eine Staatsform, die notwendig ist als Uebergang von der kapitalistischen zu der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie nimmt den bisher herrschenden und besitzenden Klassen jeglichen Einfluß und legt die ganze politische und wirtschaftliche Macht in die Hände des Industrie- und Landproletariats. Die proletarische Diktatur in Rußland wird durch das Sowjetsystem verwirklicht, das die Organisationsform für die neue Demokratie bildet. Das Parlament ist der Ausdruck für die bürgerliche Demokratie, die Sowjetmacht der Ausdruck der proletarischen Demokratie. Arbeit heißt die neue Grundlage des Bürgerrechts. Wie viel unsere Reaktionäre und Rechtssozialisten auch dagegen einwenden möchten, so muß man ihnen entgegenhalten, daß es nichts anderes als ein rein sozialistisches Prinzip ist, das auf diese Weise durch die Diktatur des Proletariats in Rußland verwirklicht wird. Und es ist eine Tatsache, daß die Sowjets eine viel weitgehendere wirkliche Demokratie verkörpern, als es irgendwo in den gepriesenen bürgerlich-demokratischen Staaten des Westens der Fall ist, wo die Demokratie bloß eine Phrase ohne Inhalt, eine schön bemalte Kulisse ist, hinter der die kapitalistische Ausplünderung ungestört fortgesetzt wird.

Gestützt auf ihre Diktatur gingen die Arbeiter und Bauern Rußlands aus Werk der Ausführung ihres umfassenden sozialistischen Programms. Der Grund und Boden, der sich in Rußland wie überall in den Händen weniger befand, wurde enteignet und den landarbeitenden Massen unter der Kontrolle der Gesellschaft übergeben; jeglicher Kauf, Tausch, Verkauf, jegliche Spekulation mit Grund und Boden wurde verboten und dadurch eine der wesentlichsten Ursachen der sozialen Ungleichheit beseitigt. Die Industrie und die Verkehrsmittel wurden sozialisiert und gleichfalls der unmittelbaren Kontrolle und Leitung der Werktätigen unterstellt. Die Banken und das Kapital wurden enteignet. Die Wohnhäuser wurden zum Gesamteigentum. Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen wurde eingeführt. Die Arbeitszeit wurde auf 6, 7 und in gewissen Fällen auf höchstens 8 Stunden festgesetzt. Durch eine Reihe sozialer Reformen wird Sorge getragen für die Alten, Kranken, Invaliden und Kinder. Mit einem Wort: die Arbeiterrevolution bedeutet ein klassenbewußtes Bestreben, das gesamte wirtschaftliche und soziale Leben auf eine gesunde sozialistische Basis zu stellen.

Das bedeutet aber auch eine geistige Revolution. Gleichwie Armut, Elend, Sklaverei vor allem gefährlich und erniedrigend sind, weil sie die Seele des Menschen morden, so liegt der höchste und edelste Gewinn der Revolution darin, daß sie die geistigen Fesseln des russischen Volkes gesprengt und Licht über ein Land verbreitet hat, in dem Finsternis und Unkenntnis herrschten. Die Abschaffung der Staatskirche war der erste Schritt in dieser Richtung. *Ecrasez l'infâme*, zerschmettert den Schändlichen! — das war die Losung aller Revolutionäre seit den Tagen Voltaires. Die Kirche wurde gestürzt und die Schule an deren Stelle gesetzt. Zehn-

tausende neuer Schulen wurden in Rußland während dieser zwei Jahre gegründet. Zehntausende von Volksbibliotheken wurden errichtet. Hochschulen und Universitäten werden auf jede Art und Weise gefördert. Millionen und Abermillionen erweckender und aufklärender Schriften werden in den untersten Schichten des Volkes verbreitet. In gewaltigen Strömen hat sich das reine und klare Wasser der Erkenntnis über das russische Reich ergossen und das bisher unangebaute Land befruchtet und veredelt. Und es war wunderbar, die vor Bildungsdurst lechzenden Massen zu sehen, die sich dieses Wissen zu eigen zu machen suchten. Das beweist, daß die Revolution nicht bloß eine materielle Restauration der alten Gesellschaftsordnung war, sondern auch eine geistige Kraftquelle ungeheurer Tiefe für die werktätigen Klassen. Man kann nicht länger über das niedrige intellektuelle Niveau des russischen Proletariats reden! Das russische Proletariat ist in dieser Hinsicht an den Arbeitern aller westlichen Länder vorbeigeschritten, es hat sie durch Tapferkeit, Selbstaufopferung und andere proletarische Tugenden überflügelt.

Selbstverständlich hat die Arbeit des sozialistischen Aufbaus in Rußland nicht ohne den verzweifeltsten Widerstand seitens der Anhänger des alten Systems vor sich gehen können. Diese haben in ihrem Bestreben, die Revolution zunichte zu machen, keine Mittel verachtet. Sabotage, Korruption, Verräterei, Mord an den Arbeiterführern, bewaffneter Aufruhr sind die kennzeichnenden Methoden der Gegenrevolution. Die Bourgeoisie erwies sich als tückischer und gewissenloser innerer Feind der Sowjetrepublik, den nur die eiserne Hand der Diktatur in Schach halten kann. Und außerdem hatte man zu kämpfen — zuerst gegen die Mittelmächte, die Rußland den schmachvollen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk aufzwingen, und nachher gegen die Entente und die an Rußland grenzenden Randstaaten, die gegen die sozialistische Republik gehetzt wurden gleich einer Meute Bluthunde auf die Beute. Es ist für alle Denkenden offenbar, daß, während die ganze Energie des russischen Proletariats darauf gerichtet werden mußte, sich diese unzähligen Raubtiere vom Leibe zu halten, unüberwindliche Schwierigkeiten den regelmäßigen und sicheren Gang der inneren Reformarbeit hemmten. In zwei Jahren kann man, auch wenn man die besten Möglichkeiten in der Welt dazu hat, nicht eine ideale soziale Gesellschaftsordnung errichten, noch weniger geht das aber an, wenn man einen wütenden Krieg an allen Fronten und gegen ränkesüchtige Feinde in der eigenen Mitte zu führen hat, und das mit dem Erbe eines so zerrütteten und desorganisierten Staatsbaus, wie der Zarismus ihn hinterlassen hat.

Aber trotz aller dieser widrigen Umstände und obgleich das russische Proletariat von den übrigen Arbeitern der Welt verlassen war und einsam seinen gewaltigen Kampf gegen die Uebermacht des Weltkapitals auszukämpfen hatte, hat es doch konsequent und klassenbewußt das Werk des sozialistischen Aufbaus zu erfüllen vermocht, — das ist das unvergängliche Verdienst des russischen Proletariats. Und dieses Verdienst wird nicht

vermindert, sondern erhöht durch die frevelhafte Gleichgültigkeit, die die von den Sozialpatrioten geleiteten und genasführten Arbeitermassen der anderen Länder für die Sache ihrer russischen Genossen an den Tag gelegt haben.

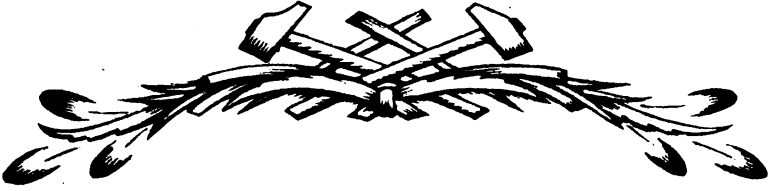
Die Weltreaktion mit dem hohen Rat der Entente an der Spitze sammelt sich in diesen Tagen, um ihre langwierige Arbeit zu vollbringen und das freie Rußland zu erwürgen. O, wie man dieses Land, diese Bolschewiki haßt, die die Zukunft der Geldsäcke so gefährden! Man weiß: In Rußland pocht das Herz und denkt das Gehirn der Weltrevolution. Man weiß, daß, wenn die russische Revolution bestehen bleibt, es nur eine Zeitfrage ist, wann die Wogen über die kapitalistischen Staaten des Westens dahinschäumen werden. . . Schreck und Raserei haben die Kapitalisten erfaßt bei dem Gedanken an den nahenden Ausbruch des Vulkans. Tod den Bolschewiki — das ist die Losung des internationalen Kapitals:

Das Proletariat Europas und Amerikas muß schleunigst zu Hilfe eilen, sonst droht Gefahr. Die Bolschewiki haben nie außer acht gelassen, daß das Geschick der russischen Revolution von den Arbeitern in England und Amerika abhängt. Wenn die toten Massen eben jetzt zum Leben erwachen, so ist der Sieg des internationalen Proletariats sicher. Wenn sie aber in ihren Gräbern verharren und ihren Regierungen gestatten, die Blokade fortzusetzen und die Feinde Rußlands mit Waffen und Geld zu versehen, so werden sie zu Mördern der russischen Sowjetrepublik. Hier bestätigt sich das grundlegende sozialistische Prinzip, daß die Arbeiterklasse nur durch unverbrüchliche **internationale Solidarität** ihre Befreiung durchführen kann.

Der Zusammensturz der kapitalistischen Welt ist bereits eine historische Tatsache, und keine Waffenmacht kann den Kapitalismus aufs neue aufleben lassen. Ueberall folgen seinen Spuren Chaos, moralische Auflösung, Rückfall in die Barbarei. Nur auf sozialistischer Basis kann eine solche Gesellschaftsordnung erstehen, unter der die Produktion gedeiht und die Kultur aufblüht. Daher ist dem Bolschewismus schließlich der Sieg gegeben, wenn das Menschengeschlecht nicht vollständig untergehen soll.

Huldigen wir unseren russischen Genossen für deren unsterblichen Einsatz für das Befreiungswerk, für den mächtigen revolutionären Impuls, der in dem Strom der Zeiten nicht untergeht und einmal alle toten Proletarier erwecken wird zu neuem Leben der Freiheit und Solidarität.

Z. Höglund.



Die Wahlen in die Konstituante und die Diktatur des Proletariats.

Der Almanach der Sozialrevolutionäre, betitelt „Das russische Revolutionsjahr 1917—1918“ (Moskau, 1918, Verlag „Semlja i Wolja“) enthält einen höchst bemerkenswerten Artikel aus der Feder N. W. Swjatitzkis: „Die Ergebnisse der Wahlen in die Allrussische Konstituierende Versammlung (Vorwort)“. Der Verfasser bringt ziffernmäßige Angaben über 54 Wahlkreise aus der Gesamtzahl von 79 Wahlkreisen.

Die Untersuchungen des Verfassers umfassen fast alle Gouvernements des Europäischen Rußlands und Sibiriens. Nicht miteinbegriffen sind die Gouvernements Olonez, Estland, Kaluga, Bessarabien, Podolien, Orenburg, Jakutsk und das Dongebiet.

Wir wollen vor allen Dingen die von Swjatitzki veröffentlichten Grundergebnisse anführen und dann die aus den Angaben abzuleitenden Schlußfolgerungen erörtern.

I.

In 54 Wahlkreisen wurden im November 1917 insgesamt 36.262.560 Stimmen abgegeben. Der Verfasser nennt zwar die Ziffer 36.257.960, verteilt über 7 Gebiete (einbegriffen Heer und Flotte). Jedoch die Endsumme der von ihm nach den einzelnen Parteien angeführten Ziffern ergibt die von mir genannte Zahl.

Nach den Parteien zerfällt die Stimmenzahl wie folgt: die russischen Sozialrevolutionäre erhielten 16,5 Millionen Stimmen; zählen wir auch die Sozialrevolutionäre anderer Nationalität hinzu (die Ukrainer, Muselmänner u. a.), so sind es 20,9 Millionen, d. h. 58%.

Für die Menschewiki wurden 668.064 Stimmen abgegeben; rechnet man die analogen Gruppen der „Volkssozialisten“ (312.000), der „Einheit“ (Jedinstwo) (25.000), der Kooperatoren (51.000), der Ukrainischen Sozialdemokraten (95.000), der Ukrainischen Sozialisten (507.000), der deutschen Sozialisten (44.000) und der finnischen Sozialisten (14.000) mit ein, so ergibt sich die Summe von 1,7 Millionen.

Die Bolschewiki erhielten 9.023.963 Stimmen.

Die Kadetten (Konstit. Demokraten) wurden mit 1.856.639 Stimmen gewählt. Fügen wir den „Verband der Landeigentümer und Grundbesitzer“ (215.000), die „Rechtsstehenden Gruppen“ (292.000), die Altgläubigen (73.000), ferner die Nationalisten, nämlich Juden (550.000), Muselmänner (576.000), Baschkiren (195.000), Letten (67.000), Polen (155.000), Kosaken (79.000), Deutsche (130.000), Weißrussen (12.000), sowie die „Wahllisten verschiedener Gruppen und Organisationen“ (418.000) hinzu, so erhalten wir die Endsumme von 4,6 Millionen Stimmen, abgegeben für die Parteien der Grundbesitzer und der Bourgeoisie.

Bekanntlich gingen die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki während der ganzen Revolutionsperiode Februar—Oktober 1917 im Block vor. Ferner erbrachte die Entwicklung der Ereignisse während obiger Zeitspanne, wie auch nachher, den klaren Beweis, daß diese beiden Parteien zusammen eine kleinbürgerliche Demokratie vorstellen, die sich ebenso fälschlich als sozialistische bezeichnet, wie sämtliche Parteien der II. Internationale es tun.

Ver einigen wir die Ergebnisse der Wahlen für die Konstituierende Versammlung in drei Hauptgruppen, so erhalten wir folgendes Resultat:

Die Partei des Proletariats (Bolschewiki).....	9,02	Millionen =	25%
Die Partei der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Menschewiki u. a.).....	22,62	„	= 62%
Die Partei der Grundbesitzer und der Bourgeoisie (Konstit.-Demokr. u. a.).....	4,62	„	= 13%
Insgesamt.....	36,26	Millionen =	100%

Führen wir nunmehr die von N. W. Swjatitzki gegebene Einteilung der Stimmzahl nach den Gebieten an:

Gebiete ¹⁾ (und das Heer einzeln genannt)	Für die Soz.-Rev. (russ.)		Für die Bolschewiki		Für die Konst.-Demokr.		Insgesamt
	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	
Nordgebiet	1.140,0	38	1.177,2	40	393,0	13	2.975,1
Zentrales Industriegebiet	1.987,9	38	2.806,6	44	550,2	10	5.242,6
Wolga - Schwarzerdegebiet	4.733,9	70	1.115,6	16	267,0	4	6.754,8
Westgebiet	1.242,1	43	1.282,2	44	48,1	2	2.961,0
Ost-Uralgebiet	1.547,7	43 (62% ⁰) ¹⁾	443,9	12	181,3	5	3.583,5
Sibirien	2.094,8	75	273,9	10	87,5	3	2.786,7
Ukraine	1.878,1	25 (77% ⁰) ²⁾	754,0	10	277,5	4	7.581,8
Heer u. Flotte	1.885,1	43	1.671,3	38	51,9	1	4.363,6

Aus der obigen Zifferneinteilung nach Gebieten ist ersichtlich, daß während der Wahlen in die Konstituierende Versammlung die Bolschewiki

¹⁾ Die in Klammern stehende Ziffer, 62%, erhält Swjatitzki durch Hinzuzählung der muselmännischen und tschuwaschischen Sozialrevolutionäre.

die Partei des Proletariats, die Sozialrevolutionäre hingegen diejenige der Bauernschaft bildeten. In den rein agrarischen Gegenden, den großrussischen (Wolgagebiet, Sibirien, Ost-Uralgebiet) und in der Ukraine zählen die Sozialrevolutionäre 62—77% der gesamten Stimmabgabe. In den Industriezentren aber war das Uebergewicht auf Seiten der Bolschewiki. Dieses Uebergewicht tritt in den Angaben Swjatitzkis nach Gebieten nicht klar zu Tage, da er die vorwiegend industriellen Bezirke mit den wenig oder garnicht industriellen vereint. Die Einteilung der Stimmzahl nach Gouvernements, wie Swjatitzki sie für die Sozialrevolutionäre, Bolschewiki, Kadetten und ferner die „nationalistischen und anderen Gruppen“ bringt, zeigt z. B. folgendes:

In dem Nordgebiet erscheint das Uebergewicht der Bolschewiki gering: es sind bloß 40% gegen 38%. Doch diesem Gebiet sind nicht-industrielle Bezirke einverleibt (die Gouvernements Archangelsk., Wologda, Nowgorod, Pskow), in welchen die Sozialrevolutionäre die Ueberhand hatten und anderseits industrielle Bezirke, wie: die Stadt Petrograd mit 45% Bolschewiki (nach Stimmenabgabe) und 16% Soz.:Rev.; das Gouvernement Petrograd — 50% Bolschewiki, 26% Soz.-Rev.; Livland — 72% Bolschewiki, 0% Soz.-Rev.

Von den Gouvernements des zentralen Industriegebiets gab Moskau 56% Bolschewiki, 25% Soz.-Rev.; der Moskauer Stadtbezirk — 50% Bolschewiki, 8% Soz.-Rev.; das Gouvernement Twer — 54% Bolschewiki, 39% Soz.-Rev.; das Gouvernement Wladimir — 56% Bolschewiki, 32% Soz.-Rev.

Nebenbei bemerkt, wie lächerlich sind angesichts solcher Tatsachen die Beteuerungen, daß die Bolschewiki die „Minderheit“ des Proletariats auf ihrer Seite gehabt haben und noch haben! Und doch hören wir solche Redensarten von den Menschewiki (die 668.000 und, unter Hinzurechnung des Hinterkaukasus, noch weitere 700—800.000 Stimmen gegenüber den Bolschewiki aufzuweisen hatten), wie auch von den Sozialverrättern der II. Internationale.

²⁾ Die Ziffer in Klammern, 77%, gebe ich selbst, durch Hinzufügung der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

³⁾ Der Verfasser teilt Rußland etwas ungewöhnlich in folgende Bezirke ein: Nordgebiet: Gouv. Archangelsk, Wologda, Petrograd, Nowgorod, Pskow, Livland. — Zentrales Industriegebiet: Gouv. Wladimir, Kostroma, Moskau, Nishni-Nowgorod, Rjasan, Tula, Twer, Jaroslawl. — Wolga-Schwarzerdegebiet: Gouv. Astrachan, Woronesh, Kursk, Orel, Pensa, Samara, Saratow, Tambow. — Westgebiet: Gouv. Witebsk, Minsk, Mohilew, Smolensk. — Ost-Uralgebiet: Gouv. Wjatka, Kasan, Perm, Ufa. — Sibirien: Gouv. Tobolsk, Tomsk, Altai, Jenisseisk, Irkutsk, Transbaikal, Amur. — Ukraine: Gouv. Wolhynien, Jekaterinoslaw, Kiew, Poltawa, Taurien, Charkow, Cherson, Tschernigow.

II.

Wie aber konnte ein derartiges Wunder geschehen: ein Sieg der Bolschewiki, die $\frac{1}{4}$ der Stimmen besaßen, über die kleinbürgerlichen Demokraten, die eine Koalition mit der Bourgeoisie gebildet hatten und zusammen mit ihr über $\frac{3}{4}$ der Stimmen verfügten? Denn die Tatsache des Sieges jetzt abzustreiten, nachdem die Verbündeten, die allmächtigen Verbündeten, sämtliche Gegner der Bolschewiki zwei Jahre lang unterstützt haben, wäre ja geradezu lächerlich.

Das ist es ja aber gerade, daß der überschäumende politische Haß der Besiegten, darunter auch sämtlicher Anhänger der II. Internationale, ihnen nicht einmal gestattet, sich ernsthaft mit der historisch und politisch höchst interessanten Frage zu beschäftigen, worin denn eigentlich die Ursachen des Sieges der Bolschewiki liegen. Das ist es ja eben, daß ein „Wunder“ hier bloß vom Standpunkt der vulgären kleinbürgerlichen Demokratie vorhanden ist. Frage und Antwort enthüllen die ganze Tiefe der Unwissenheit und der Vorurteile dieser Demokratie.

Vom Standpunkt des Klassenkampfes und des Sozialismus, von dem Standpunkt, den die II. Internationale aufgegeben hat, findet die Frage eine Lösung, die keinem Zweifel unterliegen kann.

Der Sieg der Bolschewiki erklärt sich an erster Stelle dadurch, daß sie eine bedeutende Mehrheit des Proletariats hinter sich hatten, und zwar dessen vorgeschrittensten, tatkräftigsten, revolutionärsten Teil, die wahre Vorhut dieser vorgeschrittenen Klasse.

Nehmen wir die beiden Hauptstädte, Petrograd und Moskau. Insgesamt wurden hier 1.765,1 tausend Stimmen für die Konstituierende Versammlung abgegeben. Darunter erhielten:

die Sozialrevolutionäre	218,0	tausend
die Bolschewiki	837,0	„
die Kadetten	515,1	„

Wie tief die kleinbürgerlichen Demokraten, die sich Sozialisten und Sozialdemokraten zu nennen beliebten (die Tschernow, Martow, Kautsky, Longuet, Macdonald u. Co.), auch den Göttinnen „Gleichheit“, „allgemeines Wahlrecht“, „Demokratie“, „reine Demokratie“ oder „konsequente Demokratie“ huldigen mögen, daß kann doch nicht die wirtschaftliche und politische Tatsache abändern, daß zwischen Stadt und Dorf eine **Ungleichheit** besteht. Diese Tatsache ist unvermeidlich unter kapitalistischer Herrschaft im allgemeinen, bei dem Uebergang vom Kapitalismus zum Kommunismus im besonderen.

Unter den geschichtlichen Bedingungen dieser Epoche kann die Stadt nicht dem Dorfe gleich sein, das Dorf nicht die Stadt. Es ist unvermeidlich, daß die Stadt das Dorf **nach sich zieht**, das Dorf aber der Stadt **folgt**. Es handelt sich bloß um die Frage, welche der „städtischen“ Klassen es vermag, das Dorf zu leiten, diese Aufgabe zu lösen und welche Form die **Führung** **seltens der Stadt** annimmt.

Die Bolschewiki konnten sich im November 1917 auf eine gewaltige Mehrheit des Proletariats stützen. Die Partei der Menschewiki, die mit ihnen unter dem Proletariat wetteiferte, war zu jener Zeit bereits völlig geschlagen (9 Millionen Stimmen gegenüber 1,4, wenn wir ihre 668.000 mit den 700—800 000 des Hinterkaukasus addieren). Und zwar war diese Partei nach fünfzehnjährigem Kampfe (1903—1917) geschlagen worden, einem Kampfe, der die Vorhut des Proletariats **gestählt**, aufgeklärt, organisiert und eine im wahren Sinne des Wortes revolutionäre Vorhut aus ihr **geschmiedet** hatte. Zudem hatte die erste Revolution von 1905 die fernere Entwicklung vorbereitet, die wechselseitigen Beziehungen der beiden Parteien **praktisch** festgestellt, gegenüber den großen Ereignissen von 1917 bis 1919 die Rolle einer Generalprobe gespielt.

Die kleinbürgerlichen Demokraten, die sich „Sozialisten“ der II. Internationale nennen, lieben es, diese allerwichtigste historische Frage mit süßlichen Redensarten von dem Nutzen der „Einheit“ des Proletariats zu parieren. Ueber diesen süßlichen Phrasen vergessen sie die geschichtliche Tatsache, daß sich in der Arbeiterbewegung von 1871—1914 ein starker Opportunismus geltend machte; sie vergessen **nachzudenken** (oder wollen es nicht) über die Ursachen, die den Opportunismus im August 1914 zu Falle brachten, über die Ursachen der Spaltung im internationalen Sozialismus in den Jahren 1914—1917.

Ohne den **revolutionären** Teil des Proletariats ernst und allseitig zur Ausrottung und Unterdrückung des Opportunismus vorbereitet zu haben, wäre es lächerlich, an eine Diktatur des Proletariats auch nur zu denken. Diese Lehre der russischen Revolution sollten die Führer der „unabhängigen“ deutschen Sozialdemokratie, des französischen Sozialismus u. a. m. sich wohl hinters Ohr schreiben, die sich jetzt durch bloße mündliche Anerkennung der Diktatur des Proletariats aus der Patsche ziehen wollen.

Ferner: Die Bolschewiki hatten nicht nur die Mehrheit des Proletariats hinter sich, nicht nur die in langem harten Kampfe mit dem Opportunismus **gestählte revolutionäre** Vorhut des Proletariats. Sie hatten — wenn ein Kriegsausdruck gebraucht werden darf — eine machtvolle „Stoßtruppe“ in den Residenzstädten.

Im entscheidenden Augenblick an entscheidender Stelle eine erdrückende Uebermacht zu besitzen, — dieses „Gesetz“ der Kriegserfolge ist ebenfalls das Gesetz des politischen Erfolges, insbesondere in dem erbitterten, hitzigen Klassenkrieg, den man Revolution nennt.

Die Hauptstädte, oder überhaupt die bedeutendsten Handels- und Industriezentren (bei uns in Rußland fallen die beiden Begriffe zusammen, das geschieht aber nicht immer) entscheiden im bedeutenden Maße das politische Schicksal des Volkes, — natürlich unter der Bedingung, daß die Zentren durch ausreichende örtliche, ländliche Kräfte unterstützt werden, wenn diese Unterstützung auch keine unverzüglliche ist.

In den beiden Hauptstädten, den beiden bedeutendsten Handels- und Industriezentren Rußlands, verfügten die Bolschewiki über eine erdrückende entscheidende Mehrheit. Wir hatten hier **belnahe viermal mehr** Anhänger, als die Sozialrevolutionäre. Wir hatten hier **mehr, als die Sozialrevolutionäre und Kadetten zusammen**. Zudem bildeten unsere Gegner kein einheitliches Ganzes, denn die „Koalition“ der Kadetten mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki (die letzteren besaßen in Petrograd und Moskau insgesamt bloß 3% der Stimmzahl) war unter den werktätigen Klassen im höchsten Grade verschrien. Von einer **tatsächlichen** Einheit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit den Kadetten im Vorgehen gegen uns konnte in jenem Augenblick keine Rede sein. Selbst die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die der Idee eines Blocks mit den Kadetten hundertmal näher standen, als die sozialrevolutionären und menschewistischen Arbeiter und Bauern, dachten (und unterhandelten im November 1917 mit uns diesbezüglich) an eine Koalition mit den Bolschewiki **unter Ausschluß** der Kadetten.

Die Hauptstädte hatten wir im Oktober-November 1917 **zweifelsohne** erobert, denn wir besaßen eine ausschlaggebende Uebermacht und eine durchaus gründliche politische Vorbereitung, dank Rekrutierung, Konzentrierung, Einübung, Erprobung und Stählung der bolschewistischen „Armeen“, wie auch infolge der Zersetzung, Erschlaffung, Uneinigkeit und Demoralisation der „Armeen“ des „Feindes“.

Hätten wir aber erst die Möglichkeit, mit schnellem entscheidenden Schläge die beiden Hauptstädte, die beiden Zentren der gesamten kapitalistischen Staatsmaschine (das sind Petrograd und Moskau in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht) mit Sicherheit zu erobern, so konnten wir, trotz dem verzweifelten Widerstand der Bureaukratie und der „Intelligenz“, trotz Sabotage u. a., mit Hilfe des zentralen Apparats der Staatsmacht den werktätigen nichtproletarischen Massen **durch Taten beweisen, daß** das Proletariat ihr einziger zuverlässiger Verbündeter, Freund und Führer sei.

III.

Allein bevor wir zu dieser allerwichtigsten der Fragen kommen — der Beziehung der proletarischen zu den nichtproletarischen Massen —, müssen wir erst der **Armee** einige Aufmerksamkeit zuwenden.

Während des imperialistischen Krieges hat die Armee die ganze Blüte der Volkskraft in sich aufgesaugt. Und während die opportunistischen Führer der Zweiten Internationale (nicht allein die Sozialchauvinisten, d. h. solche, die direkt auf die Seite der „Vaterlandsverteidigung“ übergingen, die Scheidemänner und Renaudel, sondern auch die „Zentrums-männer“) durch Wort und Tat die Unterordnung der Armee unter die Führung der imperialistischen Räuber der deutschen, wie auch der englisch-amerikanischen Gruppe förderten, vergaßen die wahren proletari-

schen Revolutionäre auch nicht einen Augenblick lang die Worte, die Marx im Jahre 1870 gesprochen hat: „Die Bourgeoisie wird das Proletariat die Waffen führen lehren“! Von „Vaterlandsverteidigung“ während eines imperialistischen, d. h. beiderseitig räuberischen Krieges konnten bloß die österreichisch-deutschen und englisch-französisch-russischen Verräter des Sozialismus sprechen. Die proletarischen Revolutionäre aber richteten (seit August 1914) ihre ungeteilte Aufmerksamkeit auf die Revolutionierung des Heeres, auf seine Ausnutzung gegen die imperialistischen Räuber der Bourgeoisie, auf die Verwandlung des ungerechten und räuberischen Krieges zwischen den beiden Gruppen imperialistischer Räuber in einen gerechten, gesetzmäßigen, Kampf des Proletariats und der unterdrückten Arbeitermassen eines jeden Landes gegen ihre „eigene“, „nationale“ Bourgeoisie.

Die Verräter des Sozialismus unterließen es während der Jahre 1914 bis 1917, die Ausnutzung der Truppen gegen die imperialistischen Regierungen einer jeden Nation vorzubereiten.

Die Bolschewiki aber führten die Vorbereitung seit August 1914 durch, vermöge ihrer gesamten Propaganda, ihrer Agitation, ihrer illegalen organisatorischen Arbeit. Es versteht sich, daß die Verräter des Sozialismus, die Scheidemann und Kautsky aller Nationen sich anläßlich dessen mit Redensarten über die Zersetzung der Armee durch die bolschewistische Agitation loszukaufen suchten. Wir aber sind stolz darauf, daß wir unsere Pflicht erfüllt, Zersetzung in die Reihen des mächtigen Klassenfeindes gebracht und ihm die bewaffneten Massen der Arbeiter und Bauern abgewonnen haben für den Kampf gegen die Ausbeuter.

Die Ergebnisse unserer Arbeit traten übrigens auch bei den Wahlen in die Konstituierende Versammlung im November 1917 zutage, als auch das Heer zur Stimmenabgabe herangezogen wurde.

Im folgenden bringen wir die Hauptergebnisse der Wahlen, laut Angabe N. W. Swjatitzkis:

Zahl der im November 1917 bei den Wahlen in die Konstituante abgegebenen Stimmen (in Tausenden):

Heer und Flotte	Für die Soz.-Rev.	Für die Bolsche- wiki	Für die Ka- detten	Für die nationalist. u. andere Gruppen	Ins- gesamt.
Nordfront	240,0	480,0	?	60,0 ¹⁾	780,0
Westfront	180,6	653,4	16,7	125,2	976,0
Südwestfront	402,9	300,1	13,7	290,6	1007,4
Rumänische Front	679,4	167,0	21,4	260,7	1128,6
Kaukasische Front	360,0	60,0	?	—	420,0
Baltische Flotte	—	(120,0 ¹⁾)	—	—	(120,0 ¹⁾)
Schwarzmeerflotte	22,2	10,8	—	19,6	52,6
Insgesamt	1.885,1	1.671,3	51,8	756,0	4.364,6
		+(120,0 ¹⁾)	+?		+(120,0 ¹⁾)
		1.791,3			+?

¹⁾ Die Ziffer ist nicht genau: es wurden zwei Bolschewiki gewählt. Im Durchschnitt rechnet Swjatitzki 60.000 Wahlstimmen auf einen Gewählten. Deshalb nehme ich auch die Ziffer 120 000.

Das Resultat ergibt: für die Sozialrevolutionäre 1.885,1 Tausend Stimmen, für die Bolschewiki — 1.671,3 Tausend. Fügen wir der letzteren Zahl 120,6 (ungefähr) der Baltischen Flotte hinzu, so erhalten wir 1.791,3 Tausend Stimmen für die Bolschewiki.

Folglich erhielten die Bolschewiki bloß etwas weniger Stimmen als die Sozialrevolutionäre.

Die Armee war folglich bereits im Oktober-November 1917 zur Hälfte bolschewistisch.

Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätten wir nicht siegen können.

Jedoch während wir im Heer fast die Hälfte der gesamten Stimmenzahl überhaupt besaßen, hatten wir eine überwiegende Mehrheit an den Fronten, die sich in der Nähe der Hauptstädte befanden oder, im allgemeinen, nicht zu sehr entlegen waren. Schließen wir die kaukasische Front aus, so ergibt sich eine Mehrheit der Bolschewiki über die Sozialrevolutionäre. Nehmen wir aber die Nord- und Westfronten, so sind es über 1 Million Stimmen für die Bolschewiki, gegenüber 420 000 Stimmen für die Sozialrevolutionäre.

Folglich besaßen die Bolschewiki im November 1917 im Heer ebenfalls bereits eine politische „Stoßtruppe“, die ihnen eine ausschlaggebende Uebermacht am entscheidenden Orte und im entscheidenden Augenblick sicherte. Von einem Widerstand des Heeres gegen die Oktoberrevolution des Proletariats, gegen die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann garnicht die Rede sein angesichts dessen, daß die Bolschewiki an den Nord- und Westfronten eine kolossale Uebermacht besaßen, an den übrigen, vom Zentrum weiter entfernten Fronten aber die Zeit und Möglichkeit hatten, die Bauern den Sozialrevolutionären abzugewinnen. Doch darüber später.

IV.

Auf Grund der Angaben über die Wahlen in die Konstituierende Versammlung können wir drei Bedingungen feststellen, die dem Bolschewismus zum Siege verhalfen: 1) eine ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat; 2) fast die Hälfte der Stimmenzahl im Heere; 3) ein erdrückendes Uebergewicht im entscheidenden Augenblick an entscheidenden Stellen, nämlich: in den Hauptstädten und an den dem Zentrum nahegelegenen Heeresfronten.

Allein diese Bedingungen könnten den Bolschewiki bloß einen kurzdauernden, unsicheren Sieg gewährleistet haben, wären sie nicht imstande gewesen, eine Mehrheit der nichtproletarischen werktätigen Massen auf ihre Seite zu ziehen, sie den Sozialrevolutionären und anderen kleinbürgerlichen Parteien abzugewinnen.

²⁾ Welche Partei 19,5 Tausend Stimmen von der Schwarzmeerflotte erhielt, ist nicht gesagt. Die übrigen Ziffern dieser Kolonne beziehen sich augenscheinlich fast ganz auf die ukrainischen Sozialisten, da 10 ukrainische Sozialisten und 1 Sozialdemokrat (d. h. Menschewik) gewählt wurden.

Das ist eben die Hauptsache.

Und die Hauptursache, daß die „Sozialisten“ (lies: kleinbürgerlichen Demokraten) der II. Internationale der Diktatur des Proletariats so gar kein Verständnis entgegenbringen, besteht eben darin, daß sie folgendes nicht begreifen:

daß die Staatsmacht in den Händen einer Klasse, des Proletariats, zur Waffe werden kann und muß, um die nichtproletarischen werktätigen Massen auf die Seite des Proletariats zu ziehen, um diese Massen der Bourgeoisie und den kleinbürgerlichen Parteien abzugewinnen.

Die Herren „Sozialisten“ von der II. Internationale, die voll kleinbürgerlicher Vorurteile stecken und die Hauptsachen in Marx' Lehre vom Staat vergessen haben, betrachten die **Staatsmacht** als irgend ein Heiligtum, einen Abgott, oder das Aequivalent formeller Abstimmung, das Absolutum der „folgerichtigen Demokratie“ (oder wie solcher Unsinn noch anders heißen mag). Sie sehen in der Staatsmacht nicht einfach eine **Waffe**, die **verschiedene Klassen** zu ihren **Klassenzielen** gebrauchen (und zu gebrauchen verstehen) können und müssen.

Die Bourgeoisie bediente sich der Staatsmacht als Waffe der Kapitalistenklasse gegen das Proletariat, gegen alle Werktätigen. Das war selbst in den meistdemokratischen bürgerlichen Republiken der Fall. Nur die Verräter des Marxismus haben es „vergessen“.

Das Proletariat muß (nachdem es genügend starke, politische und militärische „Kriegerfäuste“ gesammelt hat) die Bourgeoisie stürzen und ihr die Staatsmacht nehmen, um diese **Waffe** im Interesse ihrer **eigenen Klassenziele** in Bewegung zu setzen.

Was aber sind die Klassenziele des Proletariats?

Die Unterdrückung des Widerstandes der Bourgeoisie.

Die „Neutralisierung“ der Bauernschaft und nach Möglichkeit die Gewinnung der Bauern (oder wenigstens der Mehrheit ihres arbeitenden, nichtausbeutenden Bestandteils) für die Sache der Bolschewiki.

Die Organisation einer bedeutenden Maschinenproduktion auf den der Bourgeoisie abgenommenen Fabriken und anderen Produktionsmitteln.

Die Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern des Kapitalismus.

*
*
*

Die Herren Opportunisten, darunter auch die Kautskyaner, „lehren“ das Volk, in Verhöhnung der Marxistischen Lehre, das Proletariat müsse zuvörderst durch das allgemeine Wahlrecht eine Mehrheit gewinnen, dann, auf Grund der Abstimmung einer solchen Mehrheit, die Staatsmacht erlangen und dann erst, auf dieser Grundlage der „folgerichtigen“ (manche sagen: „reinen“) Demokratie, den Sozialismus errichten.

Wir aber sagen auf Grund der Lehre Marx' und der Erfahrung der russischen Revolution:

Das Proletariat muß zuerst die Bourgeoisie stürzen und die Staatsmacht für sich selbst erobern, darauf aber diese Staatsmacht, d. h. die Diktatur des Proletariats, als Waffe seiner Klasse ausnützen, um sich die Sympathien der Mehrheit der Werktätigen zu sichern.

* * *

Auf welche Weise kann die Staatsmacht in den Händen des Proletariats zur Waffe werden in seinem Klassenkampf um den Einfluß auf die nichtproletarischen werktätigen Massen? Zur Waffe, um diese Massen auf seine Seite zu ziehen? Um sie der Bourgeoisie zu entreißen, abzugewinnen?

In erster Linie erzielt das Proletariat obiges dadurch, daß es den alten Apparat der Staatsmacht **nicht** in Gang setzt, sondern ihn **zertrümmert**, keinen Stein desselben auf dem anderen läßt (trotz dem Gezeter der Sabotierenden) und einen neuen Staatsapparat schafft. Dieser neue Staatsapparat ist der Diktatur des Proletariats, seinem Kampfe gegen die Bourgeoisie **um** die nichtproletarischen werktätigen Massen angepaßt. Dieser neue Apparat ist nicht von irgend jemand erdacht, er **entsteht** aus dem Klassenkampf des Proletariats, aus der Verbreitung und Vertiefung dieses Kampfes. Dieser neue Apparat der Staatsgewalt, dieser neue **Typus** der Staatsmacht ist die **Sowjetmacht**.

Als das russische Proletariat die Staatsmacht erobert hatte, erklärte es den alten Staatsapparat (der, wie Marx klarlegt, Jahrhunderte lang, selbst in den meist demokratischen Republiken, den Klasseninteressen der Bourgeoisie angepaßt war) sofort, nach wenigen Stunden für aufgelöst und übergab **alle Macht den Räten**. In die Räte aber wurden nur die Werktätigen und Ausgebeuteten zugelassen, unter Ausschluß aller und jeder Ausbeuter.

Auf diese Weise **entreißt** das Proletariat der Bourgeoisie mit einem Schlage, sofort nach der Eroberung der Staatsmacht, eine **bedeutende Anzahl** ihrer Anhänger unter den kleinbürgerlichen und „sozialistischen“ Parteien. Denn diese Werktätigen und Ausgebeuteten wurden von der Bourgeoisie (und deren Handlangern, den Tschernow, Kautsky, Martow und Co.) betrogen und gewinnen nun **durch die Sowjetregierung zum ersten Mal** eine Waffe für den Massenkampf um ihre Interessen gegen die Bourgeoisie.

Zweitens kann und muß das Proletariat sofort, oder zum mindesten baldmöglichst der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Demokratie „ihre“ **Massen**, d. h. die Massen, die ihnen folgten, abgewinnen, **dadurch, daß es auf revolutionäre Weise, durch Enteignung der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, die allerwichtigsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Massen befriedigt**.

Die Bourgeoisie **kann das nicht tun**, möge sie auch eine noch so „machtvolle“ Staatsmacht besitzen.

Das Proletariat dagegen kann es sofort am Tage nach Eroberung der Staatsmacht durchführen, denn es verfügt über den erforderlichen Apparat (die Sowjets) und die ökonomischen Mittel (Enteignung der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie).

Eben auf diese Weise hat das russische Proletariat den Sozialrevolutionären die Bauernschaft **abgewonnen**, und zwar buchstäblich **in wenigen Stunden** nach Eroberung der Staatsmacht. Denn wenige Stunden nach Besiegung der Bourgeoisie in Petrograd erließ das siegreiche Proletariat ein „Dekret betreffs Grund und Boden“. Und durch dieses Dekret hat es mit einem Mal und ganz, mit revolutionärer Geschwindigkeit, Energie und Weitsichtigkeit sämtliche wichtigsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der **Mehrheit** der Bauern verwirklicht, die Großgrundbesitzer aber gänzlich und ohne Auskauf enteignet.

Um den Bauern zu beweisen, daß die Proletarier sie nicht majorisieren, nicht über sie befehligen, sondern ihnen helfen und ihre Freunde sein wollen, fügten die siegreichen Bolschewiki dem Dekret **kein einziges eigenes Wort** hinzu, sondern schrieben es Wort für Wort von den Wahlprogrammen der Bauern ab (den meist revolutionären natürlich), die die **Sozialrevolutionäre** in ihrem sozialrevolutionären Preßorgan veröffentlicht hatten.

Die Sozialrevolutionäre waren erregt, entrüstet empört, sie schrieten, die „Bolschewiki hätten ihr Programm gestohlen“. Allein sie wurden dafür bloß ausgelacht: was ist denn das für eine Partei, die man besiegen und aus der Regierung verjagen muß, um alles Revolutionäre, alles den Werk-tätigen Nützliche aus ihrem Programm zu verwirklichen! Diese Dialektik aber konnten die Vertreter der II. Internationale nie begreifen; nämlich, daß das Proletariat nicht siegen kann, ohne die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Allein eine solche Eroberung auf die Erzielung einer Stimmenmehrheit bei den Wahlen **unter der Herrschaft der Bourgeoisie** beschränken oder sie dadurch bedingen, zeugt von unverbesserlicher Geistesbeschränktheit, oder läuft auf ein Betrügen der Arbeiterklasse hinaus. Um die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen, muß das Proletariat erstens die Bourgeoisie stürzen und sich die Staatsmacht aneignen; zweitens, die Sowjetmacht einführen, nachdem es den alten Staatsapparat zertrümmert hat. Denn dadurch untergräbt es mit einem Mal die Herrschaft, die Autorität, den Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Kompromißler unter den nichtproletarischen werktätigen Massen; drittens, muß es dem Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Kompromißler auf die **Mehrheit** der nichtproletarischen werktätigen Massen **den Todesstoß versetzen** vermittels revolutionärer Verwirklichung **ihrer** wirtschaftlichen Bedürfnisse **auf Kosten der Ausbeuter**.

Die Möglichkeit hierfür wird selbstredend erst durch eine gewisse Höhe der kapitalistischen Entwicklung geschaffen. Ohne diese grundlegenden Bedingung kann es weder eine Ausscheidung des Proletariats in eine

besondere Klasse geben, noch auch können lange Vorbereitung, Erziehung, Schulung und Erprobung im Kampfe in langen Jahren von Ausständen und Demonstrationen oder Entlarvung und Vertreibung von Opportunisten Erfolg haben. Ohne diese grundlegende Bedingung können die Zentren keine solch große wirtschaftliche und politische Rolle spielen, daß das Proletariat mit ihrer Eroberung auch die gesamte Staatsmacht, oder vielmehr deren Lebensnerv erobert. Ohne diese grundlegende Bedingung kann es nicht diese Verwandtschaft und Nähe, dieses Band zwischen der Lage des Proletariats und derjenigen der nichtproletarischen werktätigen Massen geben, die für den Einfluß des Proletariats auf diese Massen und für den Erfolg der Einwirkung auf die letzteren unerläßlich sind.

V.

Aber gehen wir weiter!

Das Proletariat kann die Staatsmacht erobern, die Sowjetordnung verwirklichen, die Mehrheit der Werktätigen auf Kosten der Ausbeuter ökonomisch befriedigen.

Genügt das aber zu einem vollen und endgültigen Sieg?

Nein.

Bloß die kleinbürgerlichen Demokraten, die „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ als ihre hauptsächlichsten jetzigen Vertreter können sich vortäuschen, daß die werktätigen Massen unter kapitalistischer Herrschaft imstande sind, eine dermaßen hohe Entwicklungsstufe und Charakterfestigkeit, einen solchen Scharfblick und weiten politischen Gesichtskreis zu gewinnen, daß sie die Möglichkeit haben, durch **bloße Abstimmung** oder überhaupt auf irgend welche Weise im voraus, ohne lange Jahre von Kampfeserfahrung, sich für die eine oder die andere Klasse oder Partei zu **entscheiden**.

Das ist eine Illusion. Das ist eine süßliche Fabel der Pedanten und süßlichen Sozialisten von der Art Kautsky, Longuet, Macdonald.

Der Kapitalismus wäre kein solcher, wenn er einerseits die **Massen** nicht zu einem Zustand der Unterwürfigkeit, Unterdrücktheit, Einschüchterung, Verstreuung (im Dorfe!) und der Unwissenheit verurteilen würde; wenn er anderseits der Bourgeoisie nicht den machtvollen Lügen- und Betrugsapparat in die Hände geben würde, den Apparat, vermittels dessen sie die Arbeiter und Bauern zum besten halten, sie abstumpfen können und was dergleichen mehr ist.

Deshalb ist allein das Proletariat in der Lage, die Werktätigen vom Kapitalismus zum Kommunismus hinüberzuleiten. Es ist garnicht daran zu denken, daß die kleinbürgerlichen und halbkleinbürgerlichen Massen der Werktätigen im Voraus die komplizierteste der geschichtlichen Fragen entscheiden, ob sie „mit der Arbeiterklasse oder mit der Bourgeoisie gehen“ sollen. Unerläßlich ist ein **Schwanken** seitens der nichtproleta-

rischen werktätigen Schichten, unerlässlich ist ihre eigene **praktische Erfahrung**, die ihnen gestattet, die Führung der Bourgeoisie mit derjenigen des Proletariats zu **vergleichen**.

Gerade diesen Umstand aber lassen die Anhänger der „folgerichtigen Demokratie“ aus dem Auge, wenn sie sich einbilden, die wichtigsten politischen Fragen könnten durch Abstimmung gelöst werden. Tatsächlich aber werden solche Fragen, wenn sie akut und durch einen Kampf zugespitzt sind, durch einen **Bürgerkrieg** entschieden. In einem solchen Kriege jedoch ist **Erfahrung** seitens der nichtproletarischen Massen (der Bauernschaft in erster Reihe), Erfahrung im Vergleichen, ist ein Gegenüberstellen der Macht des Proletariats und derjenigen der Bourgeoisie von unermesslicher Bedeutung.

In dieser Beziehung ist eine Gegenüberstellung der Wahlen in die Konstituierende Versammlung in Rußland im November 1917 und des zweijährigen Bürgerkrieges 1917—1919 überaus lehrreich.

Welche Gebiete erwiesen sich als am wenigsten bolschewistisch? Erstens, das Ost-Uralgebiet und Sibirien, die 12%, bzw. 10% der Stimmzahl für die Bolschewiki gaben. Zweitens, die Ukraine mit 10% der Stimmen für die Bolschewiki. Von den übrigen Gebieten weist das Bauerngebiet Großrußlands, das Wolga-Schwarzerdegebiet den kleinsten Prozentsatz der Stimmen für die Bolschewiki auf; doch auch hier erhielten die Bolschewiki 16% der Stimmzahl.

Und eben in diesen Gebieten, in denen der Prozentsatz der bolschewistischen Stimmen im November 1917 am geringsten war, beobachteten wir den größten Erfolg der gegenrevolutionären Bewegungen und Aufstände, der Organisation der gegenrevolutionären Truppen. Eben in diesen Gebieten hat die Herrschaft Koltschaks und Denikins sich so manche Monate lang gehalten.

Die Unschlüssigkeit der kleinbürgerlichen Bevölkerung da, wo der Einfluß des Proletariats am kleinsten war, zeigte sich in diesen Gebieten besonders deutlich:

Erst waren sie für die Bolschewiki, als diese ihnen Grund und Boden gaben und die demobilisierten Soldaten die Friedenskunde brachten. Dann waren sie gegen die Bolschewiki, als diese im Interesse der internationalen Entwicklung der Revolution und der Erhaltung ihres Herdes in Rußland auf den Brester Frieden eingingen und dadurch das Kleinbürgertum in seinen tiefsten Gefühlen, den patriotischen, „beleidigten“. Insbesondere mißfiel die Diktatur des Proletariats den Bauern dort, wo der größte Kornüberfluß vorhanden ist, denn die Bolschewiki gaben zu verstehen, daß sie streng und resolut die Uebergabe dieses Ueberschusses zu festen Preisen an die Regierung fordern würden. Die Bauernschaft des Urals, Sibiriens und der Ukraine machte Kehrt und wendete sich Koltschak und Denikin zu.

Dann aber bewies die Erfahrung der „Demokratie“ von Koltschak und Denikin, die jeder Tintenkleckser in jeder Ausgabe der weißgardistischen

Zeitungen ausschrie, den Bauern, daß die Redensarten über Demokratie und Konstituierende Versammlung tatsächlich bloß ein Deckmantel für die Diktatur des Großgrundbesitzers und Kapitalisten seien.

Aufs neue beginnt ein Umschwung zugunsten des Bolschewismus. In Koltschaks und Denikins Rücken entflammen Bauernaufstände. Die roten Truppen werden von den Bauern als Befreier bewillkommenet.

Im Endergebnis war es gerade dieses Hin- und Herschwanken der Bauernschaft als des Hauptvertreters der kleinbürgerlichen Masse der Werktätigen, die das Schicksal der Sowjetmacht und der Herrschaft von Koltschak-Denikin entschied. Doch bis zu diesem „Endergebnis“ verlief eine recht langwierige Zeitspanne voll schweren Kampfes und qualvoller Schicksalsschläge, mit denen Rußland im Laufe von zwei Jahren nicht fertig wurde, die auch noch jetzt gerade in Sibirien und in der Ukraine fort dauern. Noch kann niemand dafür bürgen, daß sie, sagen wir, in Jahresfrist oder einem ähnlichen Zeitraum **endgültig** zu Ende sein werden.

Die Anhänger der „folgerichtigen“ Demokratie haben sich in die Bedeutung dieser geschichtlichen Tatsache nicht vertieft. Sie webten und weben sich ein Kindermärchen von einem Proletariat, das unter kapitalistischer Herrschaft vermittels Abstimmung die Mehrheit der Werktätigen „besiegen“ und für immer auf eine Seite ziehen kann. Die Wirklichkeit dagegen zeigt, daß erst Erfahrung, gewonnen in langem, hartem Kampfe, das **schwankende** Kleinbürgertum nach Anstellung eines Vergleichs zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Kapitalisten zu der Schlußfolgerung **geleitet**, die erstere sei der letzteren vorzuziehen.

Theoretisch geben sämtliche Sozialisten, die den Marxismus studiert haben und mit der Erfahrung der politischen Geschichte in den vorge-schrittenen Ländern während des 19. Jahrhunderts zu rechnen wünschen, zu, daß das **Schwanken** des Kleinbürgertums zwischen dem Proletariat und der Kapitalistenklasse unvermeidlich ist. Die wirtschaftliche Ursache dieses Schwankens wird von der Volkswirtschaftslehre klargelegt, deren Ergründungen unzählige von Malen in den Zeitungen, Flugblättern, Broschüren der Sozialisten der II. Internationale wiederholt wurden.

Jedoch diese Lehren auf die eigenartige Epoche der proletarischen Diktatur anzuwenden, sind die Leute nicht imstande. Kleinbürgerlich-demokratische Vorurteile und Illusionen (über „Gleichheit“ der Klassen, „folgerichtige“ oder „reine“ Demokratie, Entscheidung großer historischer Probleme durch Abstimmung usw.) setzen sie an die Stelle des **Klassenkampfes**. Sie wollen nicht begreifen, daß das Proletariat nach Eroberung der Staatsmacht seinen Klassenkampf nicht aufgibt, sondern ihn in anderer Form, mit anderen Mitteln fortsetzt. Die Diktatur des Proletariats ist ein Klassenkampf des Proletariats vermittels einer solchen Waffe, wie der Staatsmacht; ein Klassenkampf, zu dessen Aufgaben es gehört, durch lange Erfahrung, durch eine lange Reihe von praktischen Beispielen den nichtproletarischen werktätigen Bevölkerungsschichten zu beweisen, daß es vorteilhafter für sie ist, auf Seiten der proletarischen Diktatur zu sein,

als auf Seiten der bürgerlichen Diktatur, und daß es ein Drittes nicht geben kann.

Die Angaben über die Wahlergebnisse in die Konstituierende Versammlung im November 1917 zeigen uns den Grundton des Bildes, das uns die Entwicklung des Bürgerkrieges in den zwei darauffolgenden Jahren zeigt. Die Hauptstreitkräfte in diesem Kriege treten **bereits** bei den Wahlen in die Konstituante klar zutage. Wir sehen die Rolle der „Stoßtruppe“ des proletarischen Heeres, die Rolle des schwankenden Bauernstandes, die Rolle der Bourgeoisie. „Die Kadetten — so schreibt Swjatitzki in seinem Artikel — hatten den größten Erfolg in den gleichen Gebieten, wie die Bolschewiki: im Nordgebiet und im zentralen Industriegebiet“ (S. 116). Es versteht sich, daß die zwischen Proletariat und Bourgeoisie stehenden Zwischenelemente in den meistentwickelten kapitalistischen Zentren am schwächsten waren. Es versteht sich, daß der Klassenkampf in diesen Zentren am schärfsten war. Gerade hier waren die Hauptkräfte des Bürgertums, gerade hier, und hier allein, konnte das Proletariat die Bourgeoisie schlagen. Und nur das Proletariat konnte sie endgültig schlagen. Und erst nachdem es die Bourgeoisie endgültig geschlagen hatte, konnte das Proletariat, unter Ausnutzung einer Waffe, wie die Staatsmacht sie bietet, sich für immer die Sympathie und Unterstützung der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten erobern.

Die Angaben über die Wahlen in die Konstituierende Versammlung, wenn man sie nur zu benutzen, zu deuten versteht, zeigen uns aber- und abermals die Grundsätze der Marxistischen Lehre vom Klassenkampf.

Nebenbei gesagt, zeigen diese Angaben auch die Rolle und Bedeutung des nationalen Problems. Nehmen wir die Ukraine. Der Schreiber dieser Zeilen wurde bei den letzten Beratungen über die ukrainische Frage von einigen Genossen beschuldigt, das nationale Problem in der Ukraine zu sehr „aufgebauscht“ zu haben. Die Angaben über die Wahlen in die Konstituante zeigen, daß in der Ukraine bereits im November 1917 die Stimmenmehrheit auf die **ukrainischen** Sozialrevolutionäre und Sozialisten entfiel (3,4 Millionen Stimmen + 0,5 — 3,9 Millionen gegenüber 1,9 Millionen zugunsten der russischen Sozialrevolutionäre bei einer Gesamtstimmenzahl von 7,6 Millionen in der Ukraine). Bei den Truppen an der südwestlichen und rumänischen Front erhielten die ukrainischen Sozialisten 30%, resp. 34% der gesamten Stimmenzahl (gegenüber 40%, bzw. 59% für die russischen Sozialrevolutionäre).

Bei solcher Sachlage die Bedeutung des nationalen Problems in der Ukraine absichtlich übersehen — darin sündigen recht oft die Großrussen (und vielleicht nicht weniger oft die Juden) — hieße einen schweren, gefährlichen Fehler begehen. Eine Absonderung der russischen von den ukrainischen Sozialrevolutionären kann in der Ukraine im Jahre 1917 unmöglich bloßer Zufall sein. Und als Internationalisten sind wir verpflichtet erstens, mit besonderer Energie die (oft unbewußten) Ueberreste des großrussischen Imperialismus und Chauvinismus bei den „russi-

schen“ Kommunisten zu bekämpfen. Zweitens sind wir verpflichtet gerade in der Nationalitätenfrage, als einer verhältnismäßig unwichtigen (für die Internationalisten ist die Frage der Staatsgrenzen von minderwertiger, falls überhaupt von irgend welcher Bedeutung) auf Kompromisse einzugehen. Viel wichtiger sind andere Fragen; wichtig sind die grundlegenden Interessen der proletarischen Diktatur; wichtig sind die Interessen der Einheit und Disziplin in der gegen Denikin kämpfenden Roten Armee; wichtig ist die führende Rolle des Proletariats in bezug auf den Bauernstand. Bedeutend weniger wichtig ist die Frage, ob die Ukraine einen selbständigen Staat bilden soll oder nicht. Uns kann nicht einmal die Aussicht wundern — oder uns Furcht einjagen, — daß die Arbeiter und Bauern der Ukraine verschiedene Systeme erproben und im Laufe von, sagen wir, einigen Jahren in der Praxis die Verschmelzung mit der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die Absonderung von der letzteren in eine selbständige Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, verschiedene Formen eines mehr oder minder engen Bündnisses der beiden usw. usw. versuchen werden.

Dieses Problem im voraus, ein für allemal „fest“ und „unwiderruflich“ lösen wollen, hieße Beschränktheit oder einfach Stumpfsinn an den Tag legen; denn die Unschlüssigkeit der nichtproletarischen werktätigen Massen in einer **solchen** Frage ist durchaus natürlich, sogar unvermeidlich, jedoch dem Proletariat nicht im geringsten gefährlich. Ein Vertreter des Proletariats, der es wahrhaft versteht, Internationalist zu sein, muß **solche** Unschlüssigkeit mit der größten Vorsicht und Duldsamkeit behandeln, muß es den nichtproletarischen werktätigen Massen **selbst** überlassen, sich durch eigene Erfahrung aus diesem Schwanken herauszuschälen. Unduldsam und erbarmungslos aber, unversöhnlich und unerbittlich müssen wir in anderen, bedeutsameren Fragen sein, auf die ich zum Teil oben bereits oben hingewiesen habe.

VI.

Die Gegenüberstellung der Wahlen in die Konstituante im November 1917 und der Entwicklung der proletarischen Revolution in Rußland vom Oktober 1917 bis zum Dezember 1919 gibt uns die Möglichkeit, über den bürgerlichen Parlamentarismus und die proletarische Revolution in jedem beliebigen kapitalistischen Lande Schlüsse zu ziehen. Wir wollen versuchen, die hauptsächlichsten dieser Schlußfolgerungen in aller Kürze darzulegen oder sie wenigstens zu bezeichnen.

1. Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen **geneigt sind**, ihre Aufgaben zu lösen. Die **Lösung** der Aufgaben selbst aber kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern durch jegliche Form von Klassenkampf, bis hinauf zum Bürgerkrieg.

2. Die Sozialisten und Sozialdemokraten der II. Internationale stehen auf dem Standpunkt der vulgären kleinbürgerlichen Demokratie und teilen deren Vorurteil, daß die grundlegenden Fragen des Klassenkampfes durch Abstimmung entschieden werden können.

3. Die Beteiligung der Partei des revolutionären Proletariats an dem bürgerlichen Parlamentarismus ist notwendig zwecks Aufklärung der Massen, die durch Wahlen und den Kampf der Parteien im Parlament erzielt wird. Jedoch den Klassenkampf auf einen Kampf innerhalb des Parlaments beschränken oder einen derartigen Kampf als höchsten, entscheidenden, sich alle anderen Formen unterordnenden betrachten, hieße tatsächlich auf die Seite der Bourgeoisie, zum Kampf gegen das Proletariat, übergehen.

4. Solch einen Uebergang auf die Seite der Bourgeoisie bewerkstelligen tatsächlich sämtliche Vertreter und Anhänger der II. Internationale und auch alle Führer der deutschen sog. „unabhängigen“ Sozialdemokratie, denn sie anerkennen zwar ihren Worten nach die Diktatur des Proletariats, in der Tat aber schärfen sie vermittels ihrer Propaganda dem Proletariat den Gedanken ein, es müsse zuvörderst den formellen Willensausdruck der Mehrheit der Bevölkerung unter kapitalistischer Herrschaft (d. h. eine Stimmenmehrheit im bürgerlichen Parlament) erzielen; erst dann könne der Uebergang der politischen Macht an das Proletariat sich vollziehen.

Alles von dieser Prämisse ausgehende Gezeter der deutschen „unabhängigen“ Sozialdemokraten u. a. Führer des wurzelfaulen Sozialismus gegen die „Diktatur der Minderheit“ und was dgl. mehr ist, beweisen bloß, daß diese Führer die in den meistdemokratischen Republiken tatsächlich herrschende Diktatur der Bourgeoisie selbst nicht verstehen, noch auch die Bedingungen zur Vernichtung dieser Diktatur vermittels des Klassenkampfes begreifen.

5. Dieser Mangel an Verständnis besteht insbesondere in folgendem: sie vergessen, daß die Herrschaft der bürgerlichen Parteien zum großen Teil auf dem Betrug beruht, durch den sie weite Schichten der Bevölkerung irreführen: auf dem Druck des Kapitals. Und ferner täuschen sie sich über das Wesen des Kapitalismus, ein Selbstbetrug, wie er am meisten die kleinbürgerlichen Parteien kennzeichnet, die gewöhnlich an Stelle des Klassenkampfes mehr oder minder verschleierte Formen von Klassenversöhnung setzen wollen.

„Möge die Mehrheit der Bevölkerung sich unter Wahrung des Privateigentums, d. h. unter Wahrung der Herrschaft und des Drucks des Kapitals, zugunsten der Proletarierpartei aussprechen, — dann erst kann und muß sie die Macht an sich nehmen“ — so sprechen die kleinbürgerlichen Demokraten, die tatsächlichen Lakaien der Bourgeoisie, die sich „Sozialisten“ nennen.

„Möge das revolutionäre Proletariat zuerst die Bourgeoisie stürzen, den Druck des Kapitals brechen, den bürgerlichen Staatsapparat zer-

stören, — dann wird das siegreiche Proletariat sich geschwind die Sympathie und Unterstützung der Mehrheit der werktätigen nichtproletarischen Massen sichern, dadurch, daß es diese Massen auf Kosten der Ausbeuter befriedigt“ — so sprechen wir.

Das Gegenteil würde eine seltene Ausnahme in der Weltgeschichte bilden (doch auch bei einer solchen Ausnahme kann die Bourgeoisie zum Bürgerkriege Zuflucht nehmen, wie das Beispiel Finnlands zeigt).

6. Oder mit anderen Worten:

„Zuerst wollen wir uns verpflichten, das Prinzip der Gleichheit oder der folgerichtigen Demokratie anzuerkennen unter Wahrung des Privateigentums und des kapitalistischen Joches (d. h. tatsächlich eine Ungleichheit bei formeller Gleichheit) und dann wollen wir uns bemühen, auf dieser Grundlage die Entscheidung der Mehrheit herbeizuführen“ — so sprechen die Bourgeoisie und ihre Handlanger, die kleinbürgerlichen Demokraten, die sich Sozialisten und Sozialdemokraten nennen.

„Erst erobert der Klassenkampf dem Proletariat die Staatsmacht und zerstört die Pfeiler und Grundlagen der tatsächlichen Ungleichheit, und dann zieht das Proletariat, nach Besiegung der Ausbeuter, die gesamten werktätigen Massen nach sich zur **Vernichtung der Klassen**, d. h. zu der einzig wahren sozialistischen **Gleichheit**, die keinen Betrug darstellt“ — so sprechen wir.

7. In allen kapitalistischen Ländern gibt es neben dem Proletariat, oder demjenigen Teile des Proletariats, der sich seiner revolutionären Aufgaben bewußt und der imstande ist, für ihre Verwirklichung zu kämpfen, zahlreiche unbewußt proletarische, halbproletarische, halbkleinbürgerliche Schichten der werktätigen Bevölkerung, die der Bourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie (darunter auch den „Sozialisten“ der II. Internationale) folgen, von ihnen betrogen werden, nicht an ihre eigene Kraft, noch an die Kraft des Proletariats glauben, und die Möglichkeit nicht fassen, auf Kosten der Enteignung der Ausbeuter die Befriedigung ihrer dringendsten Bedürfnisse zu erlangen.

Diese Schichten der Werktätigen und Ausgebeuteten bilden für die Vorhut des Proletariats Verbündete, im Verein mit denen es eine feste Mehrheit der Bevölkerung besitzt. Doch kann das Proletariat diese Verbündeten bloß vermittels einer solchen Waffe, wie der Staatsmacht, gewinnen, d. h. erst nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparats.

8. In jedem beliebigen kapitalistischen Lande ist die Kraft des Proletariats unvergleichlich größer als die Zahl der Proletarier in der Gesamtbevölkerung. Das kommt daher, daß das Proletariat die ökonomische Herrschaft über das Zentrum und den Nerv des ganzen wirtschaftlichen Systems des Kapitalismus inne hat; aber auch daher, daß das Proletariat ökonomisch und politisch die **wahren** Interessen der bedeutenden Mehrheit der Werktätigen unter der kapitalistischen Staatsordnung ausdrückt.

Daher ist das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung bildet (oder wenn die vorgeschrittene und wahrhaft revolutionäre Vorhut des Proletariats eine Minderheit der Bevölkerung vorstellt) imstande, sowohl die Bourgeoisie zu stürzen, als auch hinterher zahlreiche Verbündete aus der Masse von Halbproletariern und Kleinbürgern zu werben, die sich nie und nimmer im voraus für die Herrschaft des Proletariats aussprechen, die Bedingungen und Aufgaben dieser Herrschaft nicht verstehen und erst aus fernerer eigener Erfahrung sich von der Unerläßlichkeit, Richtigkeit und Gesetzlichkeit der proletarischen Diktatur überzeugen würden.

9. Endlich gibt es in jedem kapitalistischen Lande stets weite kleinbürgerliche Schichten, die unaufhörlich zwischen Kapital und Arbeit schwanken. Um als Sieger hervorzugehen, muß das Proletariat vor allen Dingen den Moment für den entscheidenden Angriff auf die Bourgeoisie richtig wählen, unter anderem unter Berücksichtigung der Uneinigkeit zwischen der Bourgeoisie und deren kleinbürgerlichen Verbündeten oder der Haltlosigkeit ihres Bündnisses usw. Zweitens muß das Proletariat nach Erringung des Sieges diese Unschlüssigkeit des Kleinbürgertums in der Weise ausnutzen, daß es das Kleinbürgertum neutralisiert und es verhindert, sich auf die Seite der Ausbeuter zu stellen. Das Proletariat muß imstande sein, sich **trotz des Hin- und Herschwankens des Kleinbürgertums** eine gewisse Zeitlang zu halten usw.

10. Eine der unerläßlichsten Bedingungen für die Vorbereitung zum Siege des Proletariats ist ein langwieriger, beharrlicher, erbarmungsloser Kampf gegen den Opportunismus, Reformismus, Sozialchauvinismus und ähnliche bürgerliche Einflüsse und Richtungen, die unausbleiblich sind, insofern das Proletariat sich in kapitalistischer Umgebung befindet. Ohne solchen Kampf, ohne vorherige restlose Besiegung des Opportunismus (sowie des Anarchismus) in der Arbeiterbewegung kann von einer Diktatur des Proletariats nicht die Rede sein. Der Bolschewismus hätte die Bourgeoisie in den Jahren 1917—1919 nicht besiegen können, wenn er vorher, 1903—1917, nicht gelernt hätte, die Menschewiki, d. h. die Opportunisten, Reformisten, Sozialchauvinisten zu besiegen und sie schonungslos aus der Partei der proletarischen Vorhut zu vertreiben.

Und der gefährlichste Selbstbetrug — manchmal aber auch ein ganz gewöhnlicher Schwindel den Arbeitern gegenüber — besteht jetzt in der angeblichen Anerkennung der Diktatur des Proletariats durch die Führer der deutschen „Unabhängigen“, oder der französischen Longuetisten u. a., die aber in Wirklichkeit, **ihren Taten nach** in ihrer altgewohnten Politik der Kompromisse und Kompromißlein mit dem Opportunismus, der Ausöhnung mit den Opportunisten, des Kriechertums gegenüber den Vorurteilen der bürgerlichen Demokratie (der „folgerichtigen Demokratie“ oder der „reinen Demokratie“, wie sie es nennen), gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus und was dergleichen mehr ist, fortfahren.

16. Dezember 1919.

N. Lenin.

Jean Longuet.

Teurer Freund! Ein glücklicher Zufall und Jean Longuets sprichwörtliche Liebenswürdigkeit haben mir den stenographischen Text der Rede zukommen lassen, die der sozialistische Deputierte am 18. September dieses Jahres (1919) in der französischen Kammer hielt. Die Rede trägt den Titel: „Gegen den imperialistischen Frieden — für das revolutionäre Rußland“. Auf eine halbe Stunde versenkte mich die Broschüre in die Atmosphäre des französischen Parlaments aus der Epoche des Verfalls der bürgerlichen Republik und ließ mich an die erquickende Verachtung denken, mit der sich Marx über die künstliche Atmosphäre des Parlamentarismus äußerte.

Um mit einem Schlage seine Gegner für sich zu gewinnen, beginnt Jean Longuet damit, daß er seine „Kollegen“ an die Mäßigung und an die Liebenswürdigkeit erinnert, die ihn in dieser Versammlung niemals verließen. Er schließt sich ganz und vollkommen „den so richtigen Erwägungen an, für die hier unser Kollege Viviani mit seiner wunderbaren Beredsamkeit eingetreten ist“. In dem Augenblick, wo Longuet das Messer seiner Kritik anzusetzen versucht, wollen die besonders frechen Schreier des Imperialismus ihm sofort mit dem Namen Elsaß-Lothringen den Mund stopfen. O! Zuvorkommenheit ist Jean Longuets erster Charakterzug. Aus Zuvorkommenheit sucht er in erster Linie einen gemeinsamen Boden mit dem Gegner ausfindig zu machen. Elsaß-Lothringen! Hat nicht Longuet jetzt eben gesagt, er fände selbst im Friedensvertrage eine Reihe glücklich gelungener Paragraphen? „Es wurde hier jetzt eben eine Anspielung auf Elsaß-Lothringen gemacht. In diesem Punkte sind wir alle einig“. Und momentan versteckt Jean Longuet die Lanzette seiner Kritik, die wunderbarerweise einem Instrument für Nägelputzen ähnelt, in der Westentasche.

In seiner Kritik des Friedensvertrages geht Longuet vom Begriff der Nation aus, wie er von niemand anderem als von Renan, diesem reaktionären Jesuiten ohne Gott, definiert wurde. Von Renan, der einen gemeinsamen Boden mit dem nationalistischen Parlament gewährleisten soll, geht Longuet zum befreienden Prinzip der nationalen Selbstbestimmung über, das „von der russischen Revolution aufgestellt und von Präsident Wilson aufgenommen worden ist“. „Gerade dieses Prinzip, meine Herren, ja, das ehrwürdige erhabene Prinzip von Renan, Lenin und Wilson“ möchte Jean Longuet im Friedensvertrage verkörpert wissen. Doch „in einer gewissen Anzahl von Fällen (er sagt wirklich: in einer gewissen Anzahl von Fällen) ist das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung im Friedensvertrage unerfüllt geblieben“. Dieser Umstand wirkt auf Longuet betrübend.

Der höfliche Redner wird unterbrochen, man nennt ihn Deutschlands Sachwalter. Jean Longuet verteidigt sich energisch gegen die Anklage, die ihn als Beschützer Deutschlands, d. h. eines zertretenen und bedrückten Landes, gegen Frankreich, in Person seiner regierenden Henker, betrachtet. „Meine Freunde in Deutschland — ruft Longuet aus — waren diejenigen, die sich gegen den Kaiser erhoben. jahrelang im Kerker geduldet haben, diejenigen, von denen einige ihr Leben für die Sache geopfert haben, die wir verteidigen“. Um welche „Sache“ es sich hier handelt: um die „Wiederherstellung des im Jahre 1871 zertretenen Rechts“ oder um die Zerstörung der bürgerlichen Ordnung, darüber sagt Longuet garnichts. Mit den Leichnamen Liebknechts und Rosa Luxemburgs pariert er die Angriffe der französischen Imperialisten. Wenn die Helden des deutschen Kommunismus zu Lebzeiten alle Longuets, diese Aktionäre des Imperialistenblocks, auf dessen einem Flügel der russische Zar stand, beschämten, so sind sie nach dem Tode gerade gut dazu geeignet, um durch vermeintliche Freundschaft mit ihnen den französischen Arbeitern zu imponieren und ihr heldenhaftes Märtyrertum den wütenden Hunden des französischen Imperialismus als Gnadenknochen vorzuwerfen.

Und unmittelbar nach dieser Operation wendet sich Jean Longuet der „schönen Rede unseres Freundes Vandervelde“ zu. Ich zähle nach: drei Textzeilen trennen die Erwähnung der Märtyrergestalten Liebknecht und Luxenburg von der Verweisung auf „unseren Freund Vandervelde“. Dort, wo das Leben einen Abgrund aufgerissen hat, wo es zwischen Liebknecht und Vandervelde nichts als die Verachtung eines Revolutionärs gegen einen Verräter bestehen läßt, dort umarmt die Freundschaft des höflichen Longuet auf einmal den Helden und den Renegaten. Nicht genug damit! Um seine Achtung — im Sinne des parlamentarischen Wortgebrauchs — Liebknecht gegenüber zu legalisieren, beruft sich Longuet auf das Zeugnis des königlichen Ministers Vandervelde, der anerkannt hat, — und wer sollte das besser wissen als Vandervelde? — daß zwei Menschen die Ehre des deutschen Sozialismus gerettet haben: Liebknecht und Bernstein. Aber Liebknecht hielt ja Bernstein für einen erbärmlichen Schleicher des Kapitalismus. Aber Bernstein hielt ja Liebknecht für einen Wahnsinnigen und Verbrecher. Was hat das zu sagen? Auf der Bühne des verreckenden Parlamentarismus, in der künstlichen Atmosphäre von Lüge und Konvention kombiniert der höfliche Longuet mühelos Liebknecht, Vandervelde und Bernstein, wie er jetzt eben Renan, Lenin und Wilson vereinigte.

Aber die Handlanger des Imperialismus im Parlament beeilen sich nicht, den gemeinsamen Boden zu betreten, den Longuet mit seiner Beredsamkeit düngt. Nein, von ihren Positionen wollen sie nicht um eine Spanne weichen. Mögen die Äußerungen des Vandervelde über Liebknecht und Bernstein lauten wie sie wollen, aber die belgischen Sozialisten stimmten ja für den Friedensvertrag. „Sagen Sie, Herr Longuet, ja oder nein, stimmten die belgischen Sozialisten für den Friedensvertrag? (Sehr

gut! Sehr gut!).“ Jean Longuet selbst beabsichtigt zum Zweck einer verspäteten Reparatur seines sozialistischen Rufes gegen das Traktat zu stimmen, dessen Erscheinen er durch sein ganzes Benehmen vorbereitet hat. Deshalb läßt er die Frage ganz einfach unbeantwortet. Ja oder nein? Stimmen die belgischen „Freunde“ für den gemeinen, gewissenlosen, ganz von Grausamkeit, Habsucht und Niedertracht durchtränkten Vertrag von Versailles? Ja oder nein? Jean Longuet schweigt. Solange eine Tatsache von der Parlamentstribüne aus nicht festgestellt ist, existiert sie so gut wie gar nicht. Jean Longuet ist nicht verpflichtet, ehrlose Handlungen seines „beredten Freundes Vandervelde“ zu zitieren, wenn er die Möglichkeit hat, seine stilisierten Reden zu zitieren.

Und weiter... Vandervelde! Belgien! Die Neutralitätsverletzung! „Hier sind wir alle einig.“ Wir alle brandmarken dieses Niederretten der Unabhängigkeit des kleinen Landes. Es ist wahr, die Deutschen protestierten mit einer Verspätung. Nichts zu machen, so geht die Geschichte ihren Gang. „Nur langsam, nur allmählich — erklärt Longuet melancholisch — erwacht das Gewissen des vergewaltigten und betrogenen Volkes. War es denn nicht bei uns ebenso vor 47 Jahren, nach dem Sturz des Kaisertums?“ In dem Moment, wo die wachsamsten Kommiss des Kapitalismus aufmerksam werden in der Erwartung, Longuet würde sagen: „Unser eigenes Volk, duldet es nicht Eure Herrschaft bis auf den heutigen Tag, ist es nicht von Euch betrogen, niedergetreten, unterdrückt, ist es nicht von Euch in einen internationalen Henker verwandelt? Hat es je ein Zeitalter, hat es ein Volk gegeben, dem der Wille und die Gewalt seiner Regierung eine so schmachvolle, verbrecherische, henkerische Rolle in der Geschichte hat spielen lassen, wie die, die heute vom geknechteten Volk Frankreichs gespielt wird?“ — in demselben Moment wälzt der höfliche Jean Longuet 47 Jahre von dem Rücken des französischen Volkes ab, um die verbrecherische Gewalttäterbande, die das Volk betrügt und zertritt, nicht in der siegreichen Regierung Clemenceaus, sondern in der längst gestürzten und in ihrer Gemeinheit überflügelten Regierung Napoleons III. zu entdecken.

Und wiederum hält der Deputierte die harmlose Taschenlanzette in der Hand. „Ihr unterstützt Noske mit seinen 1,200,000 Soldaten, die morgen gegen uns eine große Armee werden schaffen können.“ Eine überraschende Anklage! Warum sollen denn die Börsenvertreter nicht Noske unterstützen? Das Band des Hasses gegen das revolutionäre Proletariat vereinigt sie. Aber diese Frage — die einzig reale — existiert für Longuet nicht. Er möchte seine Kollegen einschüchtern, dadurch daß er sagt, Noskes Armee werde „gegen uns“ auftreten. Gegen wen? Noske erdrosselt Luxemburg, Liebknecht und ihre Partei. Gegen uns — gegen die französischen Kommunisten? Nein, gegen die Dritte Republik, gegen das gemeinsame staatliche Unternehmen von Clemenceau—Bartou—Briand—Longuet.

Abermals Elsaß-Lothringen. Abermals „hierin sind wir alle einig.“ Gewiß ist es betäubend, daß kein Plebiszit durchgeführt worden ist. Umso mehr betäubend, da „wir“ uns vor einem Plebiszit absolut nicht zu fürchten brauchten. Uebrigens werden die nächsten Wahlen das Plebiszit ersetzen. Unterdessen wird auch Millerand die nötige patriotische, reinigende Erziehungsarbeit in Elsaß-Lothringen leisten, damit das künftige „Plebiszit“ das höfliche Rechtsbewußtsein Longuets mit den Tatsachen der Politik Foch-Clemenceau endgültig aussöhne. Longuet erleidet nur eins, — man möge die Refinigungsarbeit mit Maßgefühl durchführen, damit die „tiefen Sympathien Elsaß-Lothringens Frankreich gegenüber nicht beeinträchtigt werden“. Man humanisiere ein wenig Millerand, — und alles wird zum Besten verlaufen in dieser besten aller Welten.

Das französische Kapital hat sich des Saarbeckens bemächtigt. Hier gibt es keine „Wiederherstellung des verletzten Rechts“, und kein einziger durchtriebener Reporter hat hier „tiefe Sympathien“ entdecken können. Hier gibt es nur offenen Raub am hellichten Tage. Longuet ist gekränkt. Longuet ist betrübt. Vom humanitären Standpunkt abgesehen, „ist die Kohle des Saarbeckens, wie die Techniker uns belehren, nicht von bester Qualität“. War es denn wirklich nicht möglich — hält Longuet vor — die „uns“ nötige Kohle vom gekreuzigten Deutschland aus dem Ruhrgebiet zu bekommen? Wir hätten Kohle von bedeutend besserer Qualität und ohne parlamentarische Schwierigkeiten hinsichtlich der nationalen Selbstbestimmung. Dem Herrn Deputierten fehlt es augenscheinlich nicht an praktischem Sinn.

Gewiß. Jean Longuet ist Internationalist. Er erkennt das selber an. Und wer sollte das besser wissen? Was ist aber Internationalismus? „Wir faßten ihn niemals im Sinne der Erniedrigung des Vaterlandes auf, dabei ist das unsrige so vortrefflich, daß wir nicht gezwungen sind, uns dem Interesse irgend einer anderen Nation entgegenzustellen“. (Chor der Freunde: „Sehr gut! Sehr gut!“). Dieses vortreffliche Vaterland, das Foch-Clemenceau zur Verfügung steht, wird von Longuets Internationalismus keineswegs behindert, die hohe Qualität der Ruhrkohle auszunutzen. Nur muß dies in der parlamentarisch abgerundeten Form geschehen, die, wie wir sehen, von allen unseren Freunden gebilligt wird.

Jean Longuet wendet sich jetzt England zu. Wenn er bei der Beurteilung der Politik seines eigenen Landes sich auf Renans Autorität stützte, so erscheint er auch auf dem Schauplatz der englischen Politik in einer vollkommen respektablen Gesellschaft. Da man nicht umhin kann, Irland zu erwähnen, so „sei es gestattet, der großen Staatsmänner Englands, Gladstones und Campbell-Bannermanns zu gedenken“. Würde von Seiten Englands Irland die Freiheit verliehen werden, so stände der Föderation dieser Länder nichts im Wege. Nachdem Longuet nach der Methode des großen Gladstone Irlands Wohlfahrt gesichert hat, stößt er auf neue Schwierigkeiten: Frankreich selbst hat mehr als ein Irland. Longuet erwähnt Tunis. „Gestatten Sie mir, meine Herren, Sie daran zu erinnern,

daß dieses Land während des Krieges Frankreich die edelsten und größten Opfer dargebracht hat. Von 55,000 Kämpfern, die Tunis für Frankreich herausgestellt hat, sind ungefähr 45,000 Tote und Verwundete geblieben — so lauten die offiziellen Zahlenangaben. Und wir sind berechtigt zu sagen, daß diese Nation . . . durch ihre Opfer sich ein Recht auf größere Gerechtigkeit und größere Freiheit errungen hat“. (Chor der Freunde: „Sehr gut! Sehr gut!“). Die unglücklichen, beklagenswerten Araber aus Tunis, die von der französischen Bourgeoisie in den feuerspeienden Rachen des Kriegsofens geschleudert worden sind, das schwarze Kanonenfutter, das — ohne jegliche Ahnung wofür und wozu — an der Marne und Somme gleich den importierten spanischen Pferden und amerikanischen Büffeln vernichtet wurde — dieser ekligste Schandfleck im niederträchtigen Schauspiel des Weltgemetzels wird von Jean Longuet als hohes und edelmütiges Opfer hingestellt, das zuletzt durch Freiheit gekrönt werden soll. Nach der schlaffen Plauderei über Internationalismus und Selbstbestimmung wird das Recht der Araber von Tunis auf einen Fetzen Freiheit als ein Trinkgeld betrachtet, das die satte und großmütige Börse ihren Sklaven auf die Fürsprache eines ihrer Parlamentsmakler hin vorwirft. Wo sind denn die Grenzen des politischen Verfalls?

Nun kommt aber Rußland. Hier macht Jean Longuet mit dem ihm eigenen Taktgefühl als Einleitung eine tiefe Verbeugung vor Clemenceau. „Haben wir hier nicht alle einstimmig unserem Beifall Ausdruck gegeben, als Clemenceau uns von dieser Tribüne aus den Paragraphen vorlas, der den schändlichen Frieden von Brest-Litowsk annulliert?“ Bei der Erwähnung des Friedens von Brest-Litowsk gerät Jean Longuet ganz außer sich. „Brest-Litowsk ist das Denkmal der Wildheit und der Ehrlosigkeit des preußischen Militarismus“. Longuet sprüht Blitze und Donner. Kein Wunder: parlamentarische Blitze gegen den längst von der Revolution weggefegten Frieden von Brest-Litowsk bilden einen so günstigen und glücklichen Hintergrund für die delikaten kritischen Operationen des Deputierten mit dem Frieden von Versailles.

Jean Longuet erklärt sich für den Frieden mit Sowjetrußland. Aber selbstverständlich keineswegs in einem Kompromittierenden Sinne. Nein, Longuet kennt ganz genau den rechten Weg zum Frieden. Diesen Weg hat selbst Wilson betreten, als er seinen Bevollmächtigten Bullit nach Sowjetrußland sandte. Der Sinn und der Inhalt der Mission Bullits sind jetzt zur Genüge bekannt. Seine Bedingungen bildeten eine potenzierte Reproduktion der Kühlmann- und Czernin-Paragraphen von Brest-Litowsk. Hier gab es sowohl Rußlands Zergliederung, als auch eine grausame wirtschaftliche Ausplünderung. Doch . . . wählen wir lieber für unser Gespräch ein anderes Thema. Wilson hält bekanntlich an der nationalen Selbstbestimmung fest, und Bullit . . . „Ich betrachte Herrn Bullit als einen der aufrichtigsten, ehrlichsten und wohlgesinntesten aller Menschen, die ich jemals traf“. Wie erfreulich es ist, von Longuet belehrt zu werden, daß Rechtsschaffenheit noch nicht aufgehört hat bei der amerika-

nischen Börse in Kost zu sein, und daß es in der französischen Kammer immer noch Deputierte gibt, die die amerikanische Tugend richtig zu schätzen wissen.

Nachdem Longuet Clemenceaus und Bullits Güte gegen Rußland volle Anerkennung gezollt hat, läßt er auch die Sowjetrepublik nicht unbelobigt. „Keiner — sagt er — wird glauben wollen, daß das Sowjetregime zwei Jahre hindurch hätte bestehen können, wenn es nicht die breitesten Massen des russischen Volkes hinter sich hätte. Es hätte nicht eine Armee von 1,200,000 Soldaten schaffen können, die von den besten Offizieren des alten Rußland geführt werden und mit einem Enthusiasmus der Freiwilligen vom Jahre 1793 kämpfen“. In diesem Moment seiner Rede erreicht Longuet den Kulminationspunkt. Während er der Konventarmeen gedenkt, versinkt er in die nationale Tradition, verdeckt alle Klassengegensätze, vereinigt sich in heroischen Erinnerungen mit Clemenceau und liefert gleichzeitig eine historische Formel für die indirekte Adop-tierung des Sowjetstaates und der Sowjetarmee.

So ist Longuet. So ist der offizielle französische Sozialismus. So ist der Parlamentarismus der Dritten Republik in seinem besonders „demokratischen“ Ausdruck. Konvention und Phrase, Welkheit und Verschlagenheit, höfliche Lüge, Argumente und Handgriffe eines kleinen Sachwalters, der aber seine Tribüne ganz ernst für den Schauplatz der Geschichte hält. Jetzt, wo Klasse gegen Klasse offen ins Feld zieht, wo die historischen Ideen bis an die Zähne bewaffnet sind und wo Eisen in ihrem Rechtsstreit entscheidet, welch beleidigende Verhöhnung unserer Epoche sind jetzt „Sozialisten“ vom Schlage Longuet. Wir sahen ihn jetzt eben: er verbeugt sich nach rechts, er macht Kratzfüße nach links, er betet zum großen Gladstone, der Irland betrog, er fällt in die Kniee vor seinem leiblichen Großvater Marx, der den Heuchler Gladstone verachtete und haßte, er preißt den Zarengünstling Viviani, den ersten Ministerpräsidenten des imperialistischen Krieges, kombiniert Renan mit der russischen Revolution, Wilson mit Lenin, Vandervelde mit Liebknecht, verfertigt für das „Völkerrecht“ ein Fundament aus Kohle vom Ruhrgebiet und aus Gebein von Tunis, und während er alle diese unglaublichen Wunderdinge verrichtet, mit denen verglichen Feuer zu schlucken ein Kinderspiel ist, bleibt Longuet sich selbst gleich, er steht da als höfliche Verkörperung des offiziellen Sozialismus und als Krönung des französischen Parlamentarismus.

Teurer Freund! Es ist Zeit, mit diesem andauernden Mißverständnis aufzuräumen. Allzugroß sind die Fragen und Aufgaben, die die französische Arbeiterklasse zu lösen hat, sie sind zu scharf gestellt, als daß man das gleichzeitige Bestehen des verachtungswerten Longuetismus und der großen Realität des proletarischen Kampfes um die Macht länger dulden könnte. Mehr als alles übrige brauchen wir Klarheit und Wahrheit. Jeder Arbeiter muß ganz genau wissen, wer sein Freund, wer sein Feind, wer ein zuverlässiger Kampfgenosse und wer ein schnöder Verräter ist. Liebknecht und Luxemburg sind unser, Longuet und Vandervelde dagegen

müssen unbarmherzig in den gleichen Müllhaufen mit der Bourgeoisie geworfen werden, aus dem sie vergeblich auf den sozialistischen Weg herauszuklettern versuchen. Unser Zeitalter fordert vollwichtige Gedanken und Worte als Vorbedingung vollwichtiger Taten. Wir brauchen nicht mehr die veralteten Dekorationen des Parlamentarismus, sein Halbdunkel, seine optischen Täuschungen. Das Proletariat Frankreichs braucht die frische und kühne Luft der proletarischen Straße, einen präzisen Gedanken im Kopf, einen festen Willen im Herzen und — eine Büchse in der Hand.

Mit dem Longuetismus aufzuräumen, das fordert unverzüglich die politische Hygiene. Und wenn Longuets Rede in mir ein Gefühl erregte, für das die höfliche Sprache des Parlamentarismus keine passende Bezeichnung hat, so denke ich jetzt, am Schluß meines Briefes, mit Freuden an die herrliche Reinigungsarbeit, die das feurige französische Proletariat im durch und durch verunreinigten Gebäude der bürgerlichen Republik ausführen wird, wenn es endlich an die Lösung seiner letzten historischen Aufgaben herantritt.

L. Trotzky.

Moskau, den 18. Dezember 1919.



Italien und die Revolution.

Notiz der Redaktion. Die englische Kommunistin Gen. Pankhurst hat unlängst Italien besucht und an dem Kongreß der italienischen Sozialisten teilgenommen. Vorliegender Artikel ist das Ergebnis persönlicher Beobachtungen der Verfasserin.

„Italien befindet sich bereits im Zustande der Revolution“ — sagte ein ungarischer Genosse, der aktiven Anteil an der revolutionären Agitation genommen hatte, die der Entstehung der Sowjets in Ungarn voranging.

„Italien ist heute das, was Ungarn letztes Jahr war. Die gleichen revolutionären Merkmale dringen an die Oberfläche. Wir finden die gleiche Lebensmittel-Teuerung, den gleichen Mangel an allem Nötigen, die gleiche Arbeitslosigkeit, die gleiche Desorganisation in Zivil- und Militärbehörden.“

Der Kampf um Fiume, erklärte er, wird die militärische Desorganisation noch beschleunigen; desertierende Soldaten werden nach Fiume gehen oder werden viel eher glauben machen, daß sie dorthin gegangen sind. Diese Entschuldigung wird in den Augen derjenigen Offiziere annehmbar sein, die die Annexion billigen. D'Annunzio hat ungestraft ein Beispiel von Insubordination gegeben, dem andere folgen werden. Armee und Regierung stehen sich in der Frage von Fiume feindlich gegenüber; ein Keil ist zwischen die Regierung und ihre militärischen Streitkräfte getrieben, der eine weite Kluft zur Folge haben kann. Der nationalistische Geist Italiens ist erweckt, und dieser Geist wird sich möglicherweise von seinen Hemmungen befreien und im ersten Anlauf eine nationalistische Republik bilden. So wird die bürgerliche Revolution zum Ausbruch kommen. Die Blockade aber, die die andern alliierten Nationen als Strafmittel anwenden werden, wird in Italien die Erhebung der Massen, die Diktatur des Proletariats, die Sowjets und den Kommunismus hervorrufen.

Nach Fiume gelüftet es die italienischen Kapitalisten, weil der Besitz dieses Hafens den Handel Italiens mit Zentraleuropa und die Versorgung Italiens mit Kohle, Oel und anderen nötigen Rohstoffen erleichtern würde. Ein italienisches Fiume könnte außerdem der Ausgangspunkt für künftige Eroberungen sein. Die Italiener glauben, daß die britischen Imperialisten Gegner der Besitznahme Fumes durch Italien seien, da Großbritannien sich eine größere Kontrolle über den Hafen und sein Hinterland sichern könnte, wenn er sich in den Händen eines schwachen, von ihm errichteten slawischen Staates befinden würde, als in denen Italiens.

So wirft sich also der durch die Presse aufgestachelte italienische Nationalismus auf die Frage von Fiume. Selbst manche der italienischen Soldaten fragen sich: „Was hat der Völkerbund für einen Zweck, wenn er England und Frankreich ermöglicht, große Vorteile aus dem Kriege zu ziehen und Italien dies verweigert?“

Andererseits erzählen italienische sozialistische Genossen auch von andern Strömungen. Italien ist noch nicht seit langem ein einheitlicher Staat; in seinen einzelnen Bestandteilen macht sich unter dem Einfluß der Schulden und der Teuerung, die ein Endergebnis des Krieges sind, das Bestreben zum Abfall bemerkbar. Sollte irgend ein Teil des alten Königreichs abfallen, so würde er seinen Anteil an den Kriegsschulden des geeinten Italiens nicht anerkennen. Das ist eine Verlockung zur Uneinigkeit. Sollte eins der alten Königreiche abfallen, so würde es sich zur Republik erklären und sich wahrscheinlich als Demokratie auftun. Das ist heutzutage ein unbedingt nötiger Vorwand. Doch in Hungerszeiten darf die Demokratie nicht auf halbem Wege stehen bleiben: entweder einem jeden der gleiche Anteil, oder die Reichen bemächtigen sich der größeren Portion, während die Armen Hungers sterben. Angesichts des Hungers und des drohenden Untergangs gibt es nur eine Alternative: entweder Sowjet — oder die Diktatur der Reichen.

Während in Italien die kapitalistische Staatsmacht mit den überwältigenden Schwierigkeiten kämpft, die der Krieg hervorgerufen hat, wächst die proletarische Bewegung an Zahl, Macht und Anziehungskraft und an Stärke und Klarheit des Endziels.

Die Arbeiterbewegung in Turin.

In der Stadt Turin zählt die Lokalorganisation der Sozialistischen Partei 1000 Mitglieder, von denen nur ungefähr fünfzig Frauen sind. Der Mitgliedsbeitrag richtet sich nach der Beschäftigung des Mitglieds: Studenten und Arbeiter zahlen 70 Centesimi im Monat, Fachleute 5 Lire. Jedes Mitglied muß gleichzeitig der Italienischen Sozialistischen Partei angehören, deren Mitgliedsbeitrag 2 Lire jährlich beträgt. Wer der Partei beitreten will, muß deren Programm unterschreiben, und niemand wird als Mitglied aufgenommen, der — mindestens im Laufe des letzten Jahres — irgend einer bürgerlichen Partei angehörte. Alle Mitglieder der Sozialistischen Partei müssen Mitglieder einer Gewerkschaft sein.

Sozialistische Klubs.

Außer der Organisation der Sozialistischen Partei gibt es in Turin 25 sozialistische Klubs, die zusammen ungefähr 5000 Mitglieder haben. Jedes Parteimitglied muß Mitglied eines sozialistischen Klubs sein, die Klubmitglieder brauchen jedoch nicht der Partei anzugehören. Die Klubs sind tatsächlich Rekrutierungs- und Vorbereitungszentren der Partei. Jeder Klub hat sein eigenes Lokal und zerfällt in drei Abteilungen:

1. Abteilung für Erwachsene.

2. Abteilung für die Jugend im Alter von 14 bis 25 Jahren.

3. Abteilung für Frauen und Mädchen über 14 Jahre.

Ueber die Stellung der Mädchen wird gegenwärtig debattiert; man weist darauf hin, daß den Mädchen nichts Besonderes geboten wird, und man diskutiert die Frage, ob die Mädchen ihre eigenen Kreise haben oder sich denen der Jünglinge anschließen sollen.

Die sozialistische Jugend.

Die 25 sozialistischen Klubs von Turin bilden zusammen einen Stadtverband, und die Jugendsektionen der Klubs stehen in Verbindung mit der allitalienischen Organisation jugendlicher Sozialisten. Die Abteilungen der sozialistischen Jugendorganisationen in den Städten und Dörfern sind in Provinzialverbände gruppiert, die ihrerseits einen Nationalverband bilden. Die sozialistische Jugendorganisation zählt 27 000 Mitglieder und hat ein Wochenblatt „Vanguardia“ mit einer Auflage von 1700 Exp. Eine Zeitschrift für Kinder, „Germoglio“, erschien vor dem Kriege und steht nach einer zeitweiligen Pause vor ihrem Wiedererscheinen. In einigen zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Distrikten, in denen eine sozialistische Bewegung der Erwachsenen noch nicht existiert, haben sich bereits starke Abteilungen der sozialistischen Jugendorganisation gebildet, und in ihren Reihen sind einige von Italiens hervorragendsten Sozialisten zu finden.

Die jugendlichen Sozialisten von Turin halten Versammlungen und gesellige Zusammenkünfte ab, verbreiten Parteiliteratur und organisieren Ausflüge aufs Land. Ihre roten Velobrigaden, in Gruppen von etwa hundert Mann, fahren in die Dörfer und halten Versammlungen ab, verteilen Literatur und suchen sozialistische Klubs und Abteilungen zu gründen.

Die sozialistischen Klubs als Ganzes leisten der Bewegung „äußerst wichtige Dienste, dadurch, daß sie einen großen Teil der täglichen Propagandaarbeit ausüben. Bisweilen wird behauptet, daß ihre Mitglieder Tanz und Vergnügen zu viel Energie widmen, und tatsächlich hat sich die Jugendsektion des Klubs von San Paolo, eines der Arbeiterviertel von Turin, zeitweilig vom Klub zurückgezogen, da die Jünglinge der Meinung waren, daß unter dem Einfluß der Erwachsenen zu viel Zeit der Erholung und zu wenig dem Studium und der Propaganda gewidmet würde.

Es muß indessen hervorgehoben werden, daß die Werbearbeit unter den weniger entwickelten Mitgliedern des Proletariats leiden würde, wenn der Erholung ein zu begrenzter Raum angewiesen würde.

Sozialistische Organisationen für demobilisierte Soldaten.

An die 300.000 demobilisierter Soldaten sind in einer sozialistischen Organisation für Kriegsinvalide vereinigt. Dies ist in der Hauptsache das Werk der jugendlichen Sozialisten. Man hatte gefunden, daß die demobilisierten Soldaten in den Dörfern natürlicherweise geneigt waren, zusammenzukommen und ihre Kriegserfahrungen auszutauschen, und da sie der

verschiedensten Berufen angehörten — Schuster, Schneider u. a. — und viele von ihnen als Invaliden völlig arbeitsunfähig waren, so schien es am leichtesten, sie in einer sozialistischen Organisation für demobilisierte Soldaten zu vereinigen. Daneben gibt es auch eine bürgerliche Organisation für demobilisierte Soldaten.

Gewerkschaften.

In Turin zählt man 80.000 organisierte Arbeiter, die teilweise nach industriellen Unternehmen, teilweise nach ihrem Gewerbe organisiert sind. Im Druckgewerbe und den ihm verwandten Gewerben sind beide Prinzipien vereint.

Wie in England, so finden wir auch in Italien in der Metallbranche das Institut der Fabrikältesten, die indessen bisher in sonderbarer und äußerst unbefriedigender Weise organisiert waren. Laut einem Abkommen der Metallarbeiter mit den Arbeitgebern wurden die Fabrikältesten durch die Arbeiter der einzelnen Werkstätten gewählt, auf Grund einer durch den Vollzugsausschuß des Metallarbeiterverbandes vorgeschlagenen Liste. Die ungelerten Arbeiter und die Arbeiter verwandter Gewerbe hatten keine Stimme bei der Wahl der Fabrikältesten. Gegenwärtig ist nun eine Bewegung im Gange, die darauf hinzielt, die Fabrikältesten durch alle Arbeiter wählen zu lassen. Dieser Modus wird nach und nach von allen Fabriken angenommen.

Die Gewerkschaften und die industriellen Verbände verfolgen nicht den Zweck gegenseitiger Hilfe, sie sind lediglich Kampforganisationen, was ein sehr wichtiger Punkt ist.

Die Arbeitskammer.

Alle Gewerkschaften und industriellen Verbände sind der Camera del Lavoro angegliedert, die vor 20—25 Jahren gegründet wurde. Die Lega Mista (gemischte Liga), der alle die angehören, die unter keinen anderen Verband fallen, untersteht ebenfalls der Camera.

Während die Gewerkschaften keine Zwecke gegenseitiger Hilfe verfolgen, existiert dafür eine besondere Gesellschaft, die „Mutua“, der jeder Arbeiter für sich beitreten kann und die ebenfalls der Camera del Lavoro angegliedert ist. Die Mitglieder der „Mutua“ haben das Recht auf Krankheits- und Unfallunterstützungen, freie ärztliche Pflege und Geburtshilfe und freien Rechtsbeistand.

Der Camera angegliedert ist auch eine Kooperativgesellschaft, die mit der „Mutua“ ein gemeinschaftliches Unternehmen bildet, die Alleanza Cooperativa Torinesa. Die Alleanza hat heute ein Kapital von 45.000.000 Lire. Die „Mutua“ hat 20.000 Mitglieder, die Kooperativgesellschaft nur etwa 1000, da nur ihre Gründer Mitglieder sein können. Der Verwaltungsrat der Alleanza wird jedes Jahr aus der Zahl der Mitglieder der beiden Organisationen neu gewählt, auf Grund einer durch die sozialistische Partei aufgestellten Kandidatenliste. Diese ist allerdings weder obligatorisch

noch offiziell, und es können andere Vorschläge gemacht werden, tatsächlich werden aber immer diejenigen Kandidaten gewählt, die auf der Liste der sozialistischen Partei stehen.

Die sozialistische Partei stand in konsequenter Opposition gegen den Krieg, und nach dem Massenprotest gegen den Krieg in Turin versuchten einige kriegsfreundliche Mitglieder der Kooperativgesellschaft und der Mutua, vorwiegend Eisenbahner, die Leitung an sich zu reißen. Zu diesem Zweck machten sie zwei sehr verlockende Angebote. Die Anteilscheine der Kooperativgesellschaften kosteten ursprünglich 50 Lire und bringen eine Dividende von 1.50 per Anteilschein von diesem Betrag. Heute kosten die Anteilscheine indessen 600 Lire. Die erwähnten Chauvinisten versprachen im Fall der Wahl ihrer Kandidaten die Dividende für jeden Anteilschein nicht von 50 Lire, sondern von 600 Lire zu zahlen. Ferner versprachen sie Waren ausschließlich nur an Mitglieder der Kooperativgesellschaft zu verabfolgen, was ein sehr wichtiger Punkt war, denn der Mangel an Nahrungsmitteln war damals groß und der Ausschluß dritter Personen hätte es den wirklichen Mitgliedern ermöglicht, für sich mehr Nahrungsmittel einzukaufen. Aber trotz dieser Versprechungen wurden die Kandidaten der Sozialistischen Partei mit einer überwiegenden Mehrheit von 3 : 1 gewählt.

Die Alleanza unterhält auch je eine Ferienkolonie in den Alpen und an der Meeresküste, wo die Kinder ihrer Mitglieder freie Unterkunft finden. Da nicht alle Kinder untergebracht werden können, so werden sie nach ihrem Gesundheitszustand ausgewählt.

Die Camera del Lavoro besitzt ein großes Verbandslokal, in dem die Zentralbureaus all dieser Organisationen untergebracht sind. Da gibt es einen großen Versammlungssaal, mehrere kleinere Säle für öffentliche Zusammenkünfte, ein Café und Theater für 1200 Personen, bewirtschaftet durch die Kooperativgenossenschaft, und eine Leihbibliothek, ebenfalls durch die Alleanza verwaltet. Ferner sind da Bureaus der sozialistischen Partei, der jugendlichen Sozialisten, der Gewerkschaften, der Mutua und der Kooperativgenossenschaft, der Arzt und Augenarzt der Mutua, die diensttuenden Hebammen, die jederzeit bei Tag und Nacht gerufen werden können. Es ist tatsächlich ein imponierendes Gebäude, wie es in ganz Italien kein zweites gibt. Abend für Abend ist das Lokal voll von Arbeitern, und das Café, wo Tee, Kaffee, Bier, Wein, Eis u. a. zu haben ist, ist überfüllt. Man fühlt, daß dies nicht ein Haus für zufällige Müßiggänger ist, sondern ein Heim für die Masse der Turiner Arbeiterbevölkerung: ein Teil ihres Lebens und ein Faktor in ihrer Entwicklung.

Die sozialistischen Klubs von Turin haben ihrerseits wieder ein jeder ein Lokalzentrum für die Arbeiterbewegung, in kleinerem Maßstabe als die zentrale Camera del Lavoro. In San Paolo besichtigten wir eines dieser Klubhäuser. Im größten Raum wurde gerade getanzt, und in einem Raum daneben wurde Karten gespielt. In einem dritten Zimmer wählten sich Mitglieder Bücher aus einer Leihbibliothek aus. Das große flache Dach

diente als Gartenteerraum. In der Eingangshalle hingen Photographien von Klubmitgliedern, die während des Turiner Aufstandes gefallen waren. San Paolo gehört zu den revolutionärsten Zentren von Turin und wurde scherzweise „Republik San Paolo“ genannt.

In Turin steht die sozialistische Mehrheit auf Seiten der Sowjets und ist von der Notwendigkeit eines Aufstandes überzeugt. In der Camera del Lavoro wurde gerade an dem Abend, den wir dort verbrachten, eine Versammlung abgehalten, um über die militärische Organisation der Arbeiter zu diskutieren.

Es existieren drei Hauptströmungen in der italienischen sozialistischen Bewegung:

1. Die einen glauben, daß der Sozialismus mit Hilfe des Parlaments zum Siege gelangen kann und trachten deshalb danach, eine parlamentarische Mehrheit für die sozialistische Partei zu erhalten.

2. Die Anhänger der zweiten Richtung wollen Sowjets einführen und das Parlament nur für Zwecke der Propaganda benutzen. Sie sind der Meinung, daß die Sozialisten nicht nach einer Majorität im Parlament streben sollten, sondern glauben, daß eventuell ein bewaffneter Aufstand nötig sein wird.

3. Die dritte Richtung ist überhaupt gegen jede parlamentarische Beteiligung und will alle Energie auf die Vorbereitung des Bodens für die Sowjets und den Aufstand konzentrieren.

In Turin wiegen die beiden letzteren Richtungen vor, doch ist es wichtig, im Auge zu behalten, daß alle drei Richtungen der gleichen sozialistischen Partei angehören.

Pietro Rabuzzana, der Sekretär der Turiner sozialistischen Organisation, und Gramsci, der Herausgeber der „L'Ordine Nuovo“, eines neuen Wochenblattes, das die Gründung von Sowjets fordert, sind beide Anhänger der Beteiligung am Parlament zu Propagandazwecken.

Rabuzzana und andere agitieren dafür, durch eine allgemeine Regel festzusetzen, daß alle sozialistischen Parlamentsabgeordneten bei Aufstellung ihrer Kandidatur dem Parteiausschuß einen unterschriebenen Verzicht auf ihre Abgeordnetenwürde einhändigen wollen, den der Ausschuß jederzeit der Regierung gegenüber benutzen könnte, um auf diese Weise den Rücktritt eines jeden Abgeordneten zu erzwingen, der nach Meinung der Partei wesentlich von dem Standpunkt der Parteipolitik abgewichen ist. Die Durchführung dieses Vorschlages, glaubt man, werde die Parteidisziplin unter den sozialistischen Parlamentsabgeordneten aufrecht erhalten und die Innehaltung der Grundsätze der sozialistischen Partei seitens dieser Abgeordneten sicherstellen.

Gramsci andererseits hält wenig von diesem Vorschlag, obschon nicht ein einziger italienischer sozialistischer Parlamentsabgeordneter die durch ihn garantierten Forderungen befriedigt. Er bemerkt ganz richtig, daß, sollte ein Parlamentsmitglied der sozialistischen Partei untreu werden und die Partei seinen Rücktritt veranlassen, so würden die reaktionären

Mächte ihn vereint unterstützen und wahrscheinlich seine Wiederwahl ermöglichen. Gramsci baut sein Eintreten für Teilnahme am Parlament vielmehr auf das Argument, daß, wenn sich die Sozialisten von dieser Teilnahme lossagen, die Arbeiter, die noch nicht genügend vorgeschritten sind, um hinter die Kulissen des Parlaments zu blicken, nach und nach von der sozialistischen Partei abfallen und unter kapitalistischen Einfluß kommen könnten. Er zieht auch den Propagandawert der Wahlkampagne in Betracht und weist darauf hin, daß die Zensur zwar die Propaganda im allgemeinen unterbunden hat, daß aber Wahlpropaganda die Zensur nicht zu fürchten brauche.

Die Periode des Wahlkampfes ist die Zeit, während der seiner Meinung nach die Arbeiter am revolutionärsten gestimmt sind. Die von ihm angeführten Beispiele von Wahlbeeinflussung ließen uns dies leicht verstehen. So unterstützen in Iglezias auf Sardinien die Grubenarbeiter einen sozialistischen Kandidaten. Die Polizei begab sich in eine der Versammlungen der Grubenarbeiter, ließ heimlich Messer in die Taschen der sozialistischen Enthusiasten gleiten und kennzeichnete gleichzeitig deren Röcke mit Kreide. Die so mit Kreide gekennzeichneten Männer wurden an Ort und Stelle verhaftet, und da man natürlich bei ihnen unerlaubte Waffen fand, bis nach Beendigung der Wahlen eingekerkert. In Gioia del Colle wurden 500—600 sozialistische Wähler bis über den Tag der Wahl gefangen gesetzt. In einem anderen Distrikt wurde ein Tisch quer vor den Eingang in den Wahlraum gestellt. Regierungstreue Wähler durften eintreten, wenn sie unter dem Tisch durchkrochen. Anhänger der Opposition wurden mit Stockschlägen zurückgetrieben und am Wählen verhindert.

Gramsci glaubt, daß die italienische Revolution während der Wahlen ausbrechen wird, und wir fügen unsererseits hinzu, daß Vorfälle wie die angeführten, ausgezeichnete Argumente sind, die gerade während der Wahlen dazu dienen können, die Arbeiter zum direkten Vorgehen gegen das ganze bürgerliche Parlamentssystem und für die Sowjets aufzustacheln.

Die italienischen Neuwahlen wurden durch den Premierminister Nitti angeordnet, da er die Frage von Fiume nicht zur gleichzeitigen Zufriedenheit der italienischen bürgerlichen öffentlichen Meinung und der Entente zu lösen imstande ist.

Gramsci und andere glauben, daß das Ergebnis der gegenwärtigen Neuwahlen die Wahl einer größeren Gruppe von Sozialisten, die Ausmerzung der Liberalen, ein Kräftezuwachs der reaktionären Parteien einschließlich der christlichen Sozialisten sein wird, die er für reaktionärer als die Liberalen hält und die sich voraussichtlich eine große Anzahl Sitze durch Versprechungen erkämpfen werden, deren Erfüllung ihnen unmöglich sein wird. Die Folge dürfte eine streng militaristische Regierung sein, und dies, glaubt man, könnte die italienischen Arbeiter auf den Weg der Revolution stoßen.

E. Sylvia Pankhurst.

Die Internationale der Gewerkschaften.

Das Bestreben der Gewerkschaften, sich zu einer internationalen Vereinigung zusammenzuschließen, erhielt bereits auf dem Kongreß der I. Internationale, der im September 1866 in Genf stattfand, eine ziemlich ausgeprägte Form.

Der Kongreß anerkannte die Gewerkschaften als Notwendigkeit für den alltäglichen Kampf der Arbeiterklasse und den Schutz ihrer Interessen gegen die „unaufhörlichen Mißbräuche des Kapitals“, ja, er betonte auch, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften „durch die Vereinigung der Gewerkschaften verschiedener Länder allgemeine Verbreitung erhalten müsse.“

Außerdem gab der Kongreß eine Formulierung der Aufgaben der gewerkschaftlichen Bewegung, die bis auf den heutigen Tag ihre volle Bedeutung für die kapitalistischen Länder bewahrt hat. „Unabhängig von dem Kampf als unmittelbaren Widerstand gegen die Mißbräuche des Kapitals sollen die Gewerkschaften lernen bewußt zu handeln — als Kern der Organisation der Arbeiterklasse, im Namen des hehren Ideals ihrer völligen Befreiung. Sie sollen jeder sozialen und proletarischen Bewegung, die auf dieses Ziel gerichtet ist, Beistand leisten, sie sollen auch sich selbst als aktive Kämpfer und Vertreter ihrer ganzen Klasse betrachten; sie sollen besonders energisch zum Schutz der am schlechtesten bezahlten Kategorien der Werktätigen, wie z. B. der landwirtschaftlichen Arbeiter, einschreiten. Das wird der Association (d. h. der Internationale) unzweifelhaft alle diejenigen zuführen, die ihr noch nicht beigetreten sind, und in der ganzen ungeheuren Masse der Arbeiterklasse die Ueberzeugung erwecken, daß ihr Ziel durchaus nicht eng eigennützig ist, sondern die allgemeine Befreiung von Millionen Unterdrückter anstrebt.“

Der erste ernste Versuch, den Beschluß des Genfer Kongresses in die Tat umzuwandeln, wurde 25 Jahre später auf dem Brüsseler Internationalen Kongreß (August 1891) gemacht, d. h. zu einer Zeit, als die Internationale der Unternehmer bereits die tatsächliche Möglichkeit erhalten hatte, einen starken Druck auf die gewerkschaftliche Bewegung der verschiedenen Länder auszuüben.

Deshalb empfahl der Kongreß auch in jedem Lande, wo irgend möglich, nationale Arbeitersekretariate zu gründen, damit, „im Fall irgendwelche Konflikte zwischen Arbeit und Kapital entstehen, die Arbeiter verschiedener Nationalitäten davon benachrichtigt würden und die Möglichkeit hätten, ihre Maßregeln zu treffen.“

Der Londoner Internationale Kongreß machte einen weiteren Schritt in derselben Richtung, als er folgenden Beschluß faßte: „Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen, soll in jedem Lande ein besonderes gewerkschaftliches Zentralkomitee organisiert werden. Diese Komitees sollen nach Möglichkeit statistische Nachrichten über die Lage des Arbeitsmarktes sammeln. Sie sollen einander die Ergebnisse dieser statistischen Untersuchungen mitteilen sowie über hervorragende Ereignisse im gewerkschaftlichen Leben ihrer Länder berichten. Insbesondere sollen die Gewerkschaften aller Länder dafür Sorge tragen, daß die eingewanderten Arbeiter Mitglieder der nationalen Organisation werden und daß sie die Löhne nicht herabdrücken. Im Fall von Streiks, Aussperrungen und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, einander nach Kräften Hilfe zu leisten.“

Seitdem hat die internationale Vereinigung der Gewerkschaften bedeutende Fortschritte gemacht. Die Bildung internationaler Verbände der Arbeitgeber, die durch internationale Syndikate und Trusts eng verbunden sind, hat den Verbänden verschiedener Länder sogleich den stärksten Antrieb zur Entwicklung gegenseitiger Information, zu gegenseitigem Anschluß und gegenseitiger Hilfe gegeben. Die gewerkschaftlichen Komitees knüpften engere Beziehungen an zwecks Entscheidung gemeinsamer Fragen, es begannen reguläre Berichte über die internationale gewerkschaftliche Bewegung zu erscheinen. Zu Beginn des Krieges zählten alle internationalen gewerkschaftlichen Vereinigungen zusammen bereits etwa 9.000.000 Mitglieder.

Und dennoch entwickelten sich im Schoß der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung zugleich mit ihrem ungeheuren Wachsen Wechselbeziehungen, die bereits zu Beginn des Krieges zu fast völligem Bruch der internationalen Beziehungen führten. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände der verschiedenen Länder standen einander feindlich gegenüber; sie waren bereit, ihre eigenen engen Interessen mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Schon damals waren die internationalen Organisationen der Gewerkschaften von Feindseligkeit genährt, die durch den ununterbrochenen Kampf zwischen den kapitalistischen Ländern für die Herrschaft auf dem internationalen Markt diktiert wurde. Auf jedem internationalen Kongreß der Metall-, Leder-, Textil-, Holzarbeiter fanden wütende Debatten darüber statt, wo sich das Zentrum befinden solle, in London, Paris, Berlin, Brüssel oder Genf. Die französischen Delegierten beschuldigten die deutschen des Bestrebens, alles in ihre Hände zu ergreifen und ihre Hegemonie der ganzen Welt aufzudrängen, die Deutschen beschuldigten die Franzosen ungeniert der Unfähigkeit zur Organisation, die englischen Trade-Unions waren ein beständiges Angriffsobjekt ihrer Abgeschlossenheit und ihres aristokratischen Geistes wegen.

Und in diesem beständigen Kampf um die Oberherrschaft, der, was ganz natürlich ist, in so mancher Beziehung mit dem Kampf der kapiti:

listischen Kreise der verschiedenen Länder um die ökonomische Ueberlegenheit auf dem Weltmarkt übereinstimmt, wurde das Vermächtnis der Internationale gründlich vergessen und verlor zum großen Teil seine Kraft. Als die kapitalistischen Organisationen der verschiedenen Länder, die einen analogen Widerspruch durchleben zwischen dem Hang zur Internationalität und dem unüberwindlichen Bestreben, diese Internationalität in ein Objekt ihres ausschließlichen Monopols zu verwandeln, zur Lösung dieses Widerspruchs durch die Gewalt der Waffen schritten, fanden sie die ihrem Wesen nach fiktive Internationale der Gewerkschaften schon völlig bereit zu ihren Diensten.

Die Leichtigkeit, mit der Legien, Jouhaux, Gompers und Henderson schon am ersten Tage des Krieges ihre internationalen Verpflichtungen vergaßen, erklärt sich nur dadurch, daß dieser Bruch schon lange vor dem Kriege gründlich vorbereitet wurde durch jene gegenseitigen Beziehungen der Gewerkschaften, die auf dem Boden der imperialistischen Politik der bedeutendsten kapitalistischen Länder entstanden waren.

Während des Krieges herrschten in der gewerkschaftlichen Bewegung dieser Länder die gleichen Tendenzen wie vor dem Kriege. Der Unterschied bestand nur darin, daß das Kriegsmilieu Genauigkeit der Formulierung forderte, diese zuspitzte und das Fazit zog. Die Gewerkschaften, die bisher für rot galten, weil sie, wenn auch nur im Rahmen der kapitalistischen Ordnung gegen das Kapital kämpften, begannen nun „gelb“ zu werden. Zum Schluß des Krieges und in der Periode des bewaffneten Präliminarfriedens erreichte das Gelbwerden der Verbände einen solchen Grad, daß man sich in den vorgeschrittenen revolutionären Arbeiterkreisen, z. B. unter den klassenbewußten Arbeitern Deutschlands und Ungarns zur gewerkschaftlichen Bewegung ablehnend und feindlich zu verhalten begann als zu einer überholten und daher schädlichen Form der Arbeiterbewegung überhaupt. Diese ablehnende Haltung hat nunmehr zu einer gründlichen Durchsicht der gesamten prinzipiellen Begründung der Gewerkschaften geführt, eine Aufgabe, die in bedeutendem Maße dadurch erleichtert wird, daß die Periode des „Waffenstillstandes“ auch den weiten proletarischen Massen deutlich das wahre Wesen des imperialistischen Krieges mit allen seinen Folgen gezeigt hat.

Als ruiniert erwiesen sich nicht nur die besiegten Länder, sondern auch die siegreichen, von den neutralen nicht zu reden. Ueberall erwies sich das überreich und frech gewordene Kapital gleich unversöhnlich in bezug auf die Arbeiterklasse. Ueberall erklärte es alle Eroberungen der Arbeiterbewegung für „ungesetzlich“ und schaffte durch einen Federstrich die Freiheit der Streiks, die Freiheit der Versammlungen und die Freiheit des Wortes für die Arbeiter ab. Ueberall setzte es so ungeniert, so zynisch seine Diktatur auf den ersten Plan, daß den Arbeitermassen kein anderer Ausweg blieb, als aufs neue zum Vermächtnis der I. Internationale zurückzukehren und auf Grund desselben die ganze Praxis der gewerkschaftlichen Bewegung einer Durchsicht zu unterziehen.

Diese Durchsicht geht geschwind vor sich. Sie hat bereits dazu geführt, daß das Proletariat in allen Ländern anstatt sich von den Gewerkschaften loszusagen, beschlossen hat, ihnen einen neuen Inhalt zu geben, sie auszunutzen als mächtiges revolutionäres, alle Länder umfassendes Kampfmittel gegen das Kapital. Die gewerkschaftliche Bewegung beginnt überall sich rot zu färben und sich energisch von den gelben Führern und ihren Anhängern abzugrenzen. Der Bruch deutet sich bereits in allen kapitalistischen Ländern sehr deutlich an. In England haben die alten Trade-Unions jegliche Autorität in den Augen der Arbeitermassen verloren, und die Massenstreiks der letzten Monate finden ohne sie statt. Die Leitung geht in die Hände der Fabrikkomitees über, die für die gewerkschaftliche Bewegung völlig neue Aufgaben auf die Tagesordnung stellen.

Ein gleiches Bild läßt sich auch in Amerika beobachten, wo jetzt mit der Bildung des Einigen Großen Bundes (One Big Union) die leitende Rolle der gelben Führer von der Art Gompers bis zum Minimum reduziert ist.

Nicht weniger interessant ist die Umgestaltung der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland, die gegenwärtig den Weg geht, den die russischen Gewerkschaften bereits durchschritten haben. Die Fabrikkomitees (Beriebsräte) sprengen die alten Formen der gewerkschaftlichen Bewegung und vernichten erbarmungslos die Autorität der gelben Führer, die sich jenseits der Barrikaden begaben. Sie stellen kühn und entschieden neue Aufgaben auf, erstreben die Kontrolle über die Produktion, fordern Nationalisierung der Hauptzweige des wirtschaftlichen Lebens, entlarven erbarmungslos die durch und durch wurzelfaule Idee der „Neutralität“ der gewerkschaftlichen Bewegung und sich bewußt bestrebt, ihr Wirken mit der politischen Bewegung des Proletariats eng zu verknüpfen.

Und in einer ganzen Reihe von Betrieben ist diese Arbeit so weit vorgeschritten, daß die stärksten Verbände, wie z. B. der Metallarbeiterverband, sich bereits in den Händen der „Roten“ befinden.

Der revolutionäre Prozeß in der gewerkschaftlichen Bewegung der verschiedenen Länder hat den internationalen Imperialismus an die Barriere gestellt. Wenn die italienischen Verbände heute die Arbeiter auffordern, den russischen weißgardistischen Generälen keine Waffen zu geben; wenn die englischen Arbeiter großartige Streiks veranstalten und von der Regierung die Rückberufung der Truppen aus Rußland und Frieden mit der Sowjetmacht fordern; wenn die französischen Syndikate offen ihre Solidarität mit uns erklären, so wird die Logik des zugespitzten Klassenkampfes, der verstärkt wird durch den allgemeinen Ruin und das rasch anwachsende Elend, sie morgen zwingen, auch über die eigenen Angelegenheiten ein entscheidendes Wort zu sagen. Jene Sympathie und in gewissen Fällen auch Hilfe, die sie uns erweisen, **spricht vorläufig gleichzeitig von ihrer Kraft und ihrer Schwäche.** Sie lernen kämpfen, dadurch, daß sie zum Schutz der russischen Arbeiter auftreten, doch vorläufig wagen sie noch nicht, ihren Feinden zu Hause eine entscheidende Schlacht zu bieten. Die Solidarität mit uns erzieht die roten Gewerkschaften des Westens.

Mit jedem Tage nimmt sie schärfere Kampfformen an und zieht eine deutlichere Grenzlinie zwischen den gelben und roten Gewerkschaften.

Die Vertreter der abgestorbenen Formen der gewerkschaftlichen Bewegung bemühen sich vergebens, die alten Gewerkschaften zu galvanisieren und die Methoden ihrer Arbeit zu beleben. Zwar wurden zu diesem Zweck bald nach dem sogenannten „Versailler Frieden“ von den Gelben verschiedener Länder einzelne Versuche gemacht, die Arbeiterbewegung in das alte Bett des Trade-Unionismus auf internationalem Boden zu leiten. Sie meinten, daß es ihnen durch Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale aufs neue gelingen würde, die Arbeitermasse in den undurchdringlichen Panzer angeblicher Solidarität zu schmieden, die die Gewerkschaften in der Praxis unvermeidlich zur Solidarität mit den Kapitalisten und zur Feindschaft zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder führt.

Die kläglichen Versuche des Amsterdamer Kongresses, auf dem die Vertreter der Entente sich nicht des wohlfeilen Vergnügens enthalten konnten, die unglücklichen Arbeiter Deutschlands noch einmal vor den Imperialisten aller Länder auf die Kniee zu zwingen, erwiesen sich jedoch als dermaßen mißlungen, daß sie sogar unter den Anhängern der gelben Verbände keinen besonderen Enthusiasmus erweckten. Doch noch mißglückter und schon ganz einer jämmerlichen Parodie ähnlich erwies sich der gemeinsame Versuch der gelben Verbände und der Fabrikanten, in Washington das Fundament einer neuen Internationale der Arbeit zu legen. Aus dem ganzen Verlauf der Arbeiten der Washingtoner Konferenz, von ihrem Verhalten zu den besiegten und sogar neutralen Ländern schon nicht zu reden, war ersichtlich, daß sogar die Organisatoren selbst mit Mühe ein Lächeln unterdrückten, während sie an ihrem widerlichen heuchlerischen Werk arbeiteten. Von einer gleichen Atmosphäre umgeben war auch der kürzliche Versuch des übergelben Legien, eines früheren Führers des deutschen Proletariats, jetzt aber des ersten Kandidaten derer, die aus dessen Reihen verwiesen werden müssen. Im Namen von 12 Millionen Arbeitern, die in eine mythische, unbekannt wo hausende Internationale vereint sind, wandte er sich unlängst, wie die Zeitungen berichten, an die Gewerkschaften von Moskau, Petrograd und Odessa mit der Bitte, Nachrichten von sich zu geben und mit den Gelben in Verbindung zu treten, die sich angeblich anschicken, der Arbeiterklasse Sowjetrußlands wirkliche Hilfe zu leisten. Wer Legien bevollmächtigt hat, eine solche Sprache zu führen, ist unbekannt. Jedenfalls nicht die deutschen Fabrikkomitees, nicht die roten Verbände, nicht die französischen Syndikate, nicht die italienischen revolutionären Verbände, nicht die englischen Arbeitermassen, die entschieden gegen die Gelben auftreten.

Und auf alle diese Amsterdamer, Washingtoner und Legienschen Projekte des Betrugs der Arbeitermassen können unsere Arbeiter nur eine Antwort haben: eilige Mobilisation Hand in Hand mit den roten Gewerkschaften des Westens aller wahrhaft revolutionären Kräfte zur Schaffung

einer neuen gewerkschaftlichen Internationale, der vergönnt sein wird, nicht nur die Spaltung zwischen den Roten und Gelben zu vertiefen und endgültig die Aufgaben und Bestrebungen sowohl der ersteren wie der letzteren klarzulegen, sondern auch zur Organisation der proletarischen Diktatur im Weltmaßstabe zu schreiten.

Schon jetzt deutet es sich an, daß die Zeit zur Bildung einer solchen roten Internationale der Gewerkschaften nicht hinter den Bergen liegt. Der bevorstehende internationale Kongreß der Transportarbeiterverbände wird, wir sind überzeugt davon, voll und klar beweisen, daß seine Sympathien ganz und gar auf Seiten der Sowjetmacht und der III. Internationale sind. Jeder Tag bringt uns neue Beweise der internationalen Annäherung der Gewerkschaften verschiedener Länder auf dem Boden neuer Aufgaben, neuer Losungen der Arbeiterbewegung.

Das rasche Scheitern der II. Internationale und ihre Kapitulation vor der III. macht den roten Gewerkschaften nicht nur die Hände frei, sondern verleiht ihnen auch das stärkste politische Kampfmittel. **Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften aller Länder besteht darin, sich nicht nur ideell, sondern auch praktisch in eine einheitliche mächtige internationale Organisation zu vereinen, die bereit ist, Hand in Hand mit der III. Internationale an allen Fronten zu kämpfen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten, und zugleich bereits jetzt neue Formen des internationalen Verkehrs des Proletariats und des internationalen Aufbaus des kommunistischen Lebens vorzubereiten.**

Nicht nur Austausch von Sympathie, nicht nur gegenseitige Information, wie die erste Internationale es von den Gewerkschaften verlangte, sondern auch Austausch organisatorischer und technischer Erfahrung, Koordination der Kampf- und Organisationsaktionen, gemeinsame Ausarbeitung gemeinsamer Pläne der Kontrolle über die Weltproduktion, die Weltversorgung und Verteilung, Errichtung eines einheitlichen Weltzentrums der Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte, Einführung einheitlicher Methoden des sozialen Arbeitsschutzes und der sozialen Fürsorge, — das ist in den Hauptzügen die nächste Aufgabe der neuen Internationale der Gewerkschaften.

Ohne sich von der III. Internationale zu isolieren und ohne hinter dieser zurückzubleiben, soll sie in gleichem Schritt mit dieser gehen, überall die Arbeiter- und Bauern diktatur mit dem Fundament eines festen internationalen Produktionsbandes des Proletariats der verschiedenen Länder unterbauen. Die Gemeinsamkeit der Aufgaben auf dem Gebiet der Politik und Produktion ist dermaßen notwendig, daß es bereits jetzt vollkommen möglich ist, die ersten praktischen Schritte auf dem Wege zur Wiederherstellung der internationalen Verbindung zwischen den Gewerkschaften aller Länder auf dem Boden der Klassenbeziehungen zu bestimmen. Der Kampf für die Arbeiterdiktatur ist von nun an der einzige Inhalt der internationalen gewerkschaftlichen Bewegung. Der kommunistische Aufbau ist ihre einzige Losung. Und man kann mit Bestimmtheit sagen, daß der Tag nicht

fern ist, wo sich in der III. Internationale zwei mächtige Strömungen der internationalen proletarischen Bewegung vereinen, und die kommunistischen Parteien aller Länder Hand in Hand mit den roten Gewerkschaften den Kapitalismus auf dem Wege stürmen, den die I. Internationale, wenngleich nicht ganz genau, doch richtig vorgezeichnet hat.

G. Zyperowitsch,
(Vorsitzender des Petrograder Rats der Gewerkschaften).



Aufruf an die Arbeiter und Bauern Frankreichs.

Genossen!

Euer Volk hat auf dem Altar des Ungetüms, genannt Vaterland, so viele Opfer gebracht wie noch kein anderes. Nie hat ein Volk solche Anhäufung von Verwüstungen, Trümmern und Toten in seinem Lande erleben müssen. Der Körper des unglücklichen Frankreichs ist in eine klaffende Wunde verwandelt. Seine besten Söhne sind gefallen. Seine reichsten Provinzen sind vernichtet. Es ist von ungeheuren Staatsschulden schwer belastet. Seine blühenden Finanzen, die ihm die Rolle des Weltbankiers verschafften, sind vollständig zusammengebrochen. Das siegreiche Frankreich kehrt aus dem imperialistischen Blutbad von 1914—18 zerbrochener heim als selbst das besiegte Deutschland. In keinem Lande brachte der Krieg mit solch fürchterlicher Augenscheinlichkeit die Grausamkeit, die Dummheit, die Unfähigkeit und die heillose Unbeholfenheit der herrschenden Klassen zum Ausdruck. In keinem Lande läßt der Krach der bürgerlichen Demokratie die Revolution deutlicher als notgedrungenen Ausweg erscheinen, als in Frankreich.

Trotz des ruhmvollen Sieges und des schonungslosen Friedens, der die Keime weiterer Kriege in sich trägt, entwickelt sich die wirtschaftlich-politische Krise zur Katastrophe. Die Industrie ist im Untergang begriffen, es mangelt an Heizmaterial und Rohstoffen, die Reihen der Arbeitslosen mehren sich. Die Lebensverteuerung verurteilt die Arbeiterschaft zur physiologischen Verschmachtung. Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft würde die Versklavung, die Ausbeutung der Arbeiter- und Bauernmassen noch unerträglicher gestalten. Sie würde das Chaos vergrößern und schließlich den gänzlichen Zusammenbruch des sozialen Organismus hervorrufen. Es hat nun den Anschein, als wolle die unter der Maske der parlamentarischen Lakaien herrschende Finanzoligarchie, die schon jetzt mit den Kapitalisten Englands und Amerikas in Konflikt geraten ist, ihren Todeskampf verlängern. Das Volk würde dadurch in neue blutige Abenteuer gestürzt werden. Der vollständige Zerfall der Kultur würde die Folge sein.

Diesem großen Uebelstande ist nur die Revolution als einziges Mittel entgegenzustellen. Um dem Elend, dem Hunger und dem Tode zu entgehen, bleibt für die Arbeiterklasse die Erzwingung der Staatsmacht als einzige Hilfsquelle übrig. Einzig und allein die Arbeitermassen sind imstande, unter dem Ansturm und der Leitung des besser organisierten, ziel-

bewußteren und im Klassenkampfe abgehärteten industriellen Proletariats durch systematische Unterdrückung der Bourgeoisie und Aufhebung der Landesgrenzen die Klassen- und Nationalgegensätze zu beseitigen. Einzig und allein ihre tatkräftige Mitwirkung bei der Gründung einer internationalen Arbeitergemeinschaft, deren methodische und wirtschaftlich kombinierte Anstrengungen die Kriegsverheerungen beseitigen und den schaffenden Kräften einen riesigen Aufschwung geben würden, kann die Menschheit retten und zu neuem Leben führen.

Wer gesunden Menschenverstand hat, muß bei unvoreingenommener Betrachtung der Tatsachen die wohlthuende Unvermeidlichkeit der Entwicklung der proletarischen Revolution feststellen.

In Petrograd und Moskau entbrannt, läuft das Feuer durch Europa. Der geschichtliche Gang brachte das russische Volk dazu, als erstes seine schweren Ketten zu brechen. Von dem lehrreichen Beispiel der Pariser Kommune durchdrungen, hat die Kommunistische (bolschewistische) Partei Rußlands die Leitung der Befreiungsbewegung in dem Augenblick in die Hand genommen, als die Sozialkompromißler in Eintracht mit der Bourgeoisie im Begriff waren, die Revolution zu ersticken. Allmählich, im Feuer des Kampfes, im Lichte der Tatsachen, schmiedete sie neue Waffen, die der Arbeiterschaft der ganzen Welt den Sieg geben werden.

Anfang März 1919, auf ihrem ersten Kongreß, hat die Kommunistische Internationale durch Annahme der Thesen des russischen Bolschewismus darauf hingewiesen, daß allein die Diktatur des Proletariats es vermag, den wirtschaftlichen und politischen Widerstand der Ausbeuter zu brechen, den bürgerlichen Staatsapparat zu vernichten, den Bruch mit der Vergangenheit und den allmählichen und endgültigen Aufbau des sozialistischen Staates zu erzielen.

Die Kommunistische Internationale betonte unter anderem, daß die bürgerliche Demokratie nichts anderes darstellt als eine Demokratie der Sklaveneigentümer, eine Diktatur der Bourgeoisie, das heißt, die gewalttätige Unterdrückung der Mehrheit durch die unbedeutendste Ausbeuterminderheit. Sie machte kein Hehl daraus, daß die Diktatur des Proletariats als erste Etappe auf dem Wege zum Kommunismus unvermeidlich ist, d. h. eine notwendige Uebergangsstufe bildet zwecks rücksichtsloser und rascher Unterdrückung der Ausbeuterminderheit durch die große Mehrheit der Bevölkerung.

Die Kommunistische Internationale stellte endlich fest, daß das parlamentarische System der bürgerlichen Demokratie die Volksmassen von der Ausübung der Staatsmacht, die durch einige Bank- und Industriekönige monopolisiert ist, fernhält, die proletarische Diktatur dagegen, durch das Rätesystem verwirklicht, allmählich die gesamte Arbeiter- und Bauernschaft zur tatkräftigen Leitung der öffentlichen Angelegenheiten heranzieht.

Die Diktatur des Proletariats, die Sowjetrepublik, — das sind die zwei Lösungen, von der Kommunistischen Partei Rußlands auf die Tagesordnung

gestellt, mit goldenen Buchstaben auf die rote Fahne der III. Internationale geschrieben, die im Begriff sind, die Welt zu erobern.

Diese Losungen üben auf die Arbeitermassen einen derartigen Einfluß aus, daß die alten, von Reformismus und Opportunismus mürbe gewordenen offiziellen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und ihre Führer sich gezwungen sehen, entweder ihren Verrat durch Uebergang in den Dienst der Bourgeoisie offen zu bekennen, oder ihre sinnlosen Hoffnungen auf die Lösung der sozialen Frage durch ein Zusammenwirken der Klassen aufzugeben.

Auf den Kongressen von Luzern und von Bern haben die hohen Würdenträger der II. Internationale ihr wahres Antlitz gezeigt: unfähig oder einfältig, heuchlerisch und niederträchtig. Durch innere Widersprüche gespalten und zerfleischt, stellt die II. Internationale nur einen wankenden Schatten dar. Verräterin des Proletariats, gehorsames Werkzeug der kapitalistischen Bourgeoisie, ist sie zur Internationale der Gelben geworden. Verdammt von der Arbeiterklasse, artet sie immer mehr in einen Generalstab korruptierter Parlamentarier oder bestechlicher Beamten aus. Die lebensfähigsten Elemente des Weltproletariats wenden diesem in Fäulnis geratenen Organismus eines nach dem anderen mit Abscheu den Rücken.

Die sozialdemokratische Partei Norwegens, der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei Schwedens, die sozialistische Arbeiterpartei Dänemarks, die sozialistische Partei Italiens, die Britische sozialistische Partei, die kommunistische Partei Hollands, die sozialistische Partei Bulgariens, die „Tesnjaki“, die sozialistische Partei Serbiens, die griechische sozialistische Gruppe in Saloniki, die kommunistische Partei Polens, die kommunistische Partei Ostgaliziens, die sozialistische Partei Böhmens, die sozialistische Partei Elsaß-Lothringens, die sozialistische Partei Mexikos — sie alle haben sich der III. Kommunistischen Internationale angeschlossen.

Endlich die 750.000 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese mächtigste der deutschen politischen Parteien hat auf ihrem Parteitag zu Leipzig ihren Anschluß an die Moskauer Internationale beschlossen. An der Gründung der Moskauer Internationale hat die mutige Partei der Spartakisten teilgenommen, deren Wegweiser Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von den Junkern Scheidemanns und Noskes, den Freunden und Gesinnungsgenossen der Führer der II. Internationale, feige ermordet wurden.

In allen Kulturländern der Welt haben also die sozialistischen Parteien entweder gänzlich ihren Anschluß an die Moskauer Internationale verwirklicht, oder es sind die stärksten, gesündesten und dem Proletariat am nächsten stehenden Gruppen aus ihren Parteien ausgetreten, um sich der III. Internationale anzuschließen.

Allein die französischen Genossen sind noch nicht dazu gekommen,

die Einigung in eine kommunistische Partei, die offiziell der III. Internationale angehören soll, zu verwirklichen.

Genossen! Unser Land der glorreichen revolutionären Vergangenheit ist gegenwärtig zur Festung der Weltreaktion geworden. Es ist der Herd aller Intrigen, die gegen die Freiheit der Proletarier und der Völker bewerkstelligt werden. In Paris werden alle Attentate gegen die revolutionären Nationen, alle erdenklichen Kombinationen der untergehenden Bourgeoisie zwecks Behauptung ihrer Weltherrschaft vorbereitet.

Wir wissen, in welcher schwieriger Lage das an den Folgen des imperialistischen Krieges mehr als je eine andere große Nation verblutende, ruinierte und erschöpfte Frankreich sich befindet. Wir wissen, daß Eure Herrscher während des Konfliktes erfinderisch genug waren, die sozialistischen und syndikalistischen Vorkämpfer massenhaft niedermetzeln zu lassen. Wir wissen, daß Ihr bis zu den letzten Monaten unter der lähmenden Drohung der englisch-amerikanischen Okkupationstruppen und der schwarzen Armee geschmachtet habt. Wir wissen, daß ein Teil Eures Volkes, unter dem trügerischen Anschein des Sieges, in der Hoffnung lebt, durch eine chauvinistische und gewalttätige Politik alle durch den Krieg verursachten Verwüstungen von Deutschland gutmachen zu lassen. Wir wissen, daß Eure Clemenceau und Poincaré, Eure Millerand und Tardieu, Eure Minister von gestern und von morgen, verdorbene, der Bourgeoisie mit Leib und Seele verkaufte Männer sind, zynisch, aller Verbrechen fähig, um den Verzweiflungsaufstand der Lohnsklaven unter ihren Stiefeln zu zertreten.

Wir kennen aber auch den Wert des französischen Proletariats. Es hat mit seinem Blute die schönsten Seiten der revolutionären Geschichte beschrieben. Wir kennen auch den Wert des Frankreichs von Babeuf und von Blanqui, das Frankreich von 1830, 31, 48, das ruhmreiche Frankreich der Kommune, das für Revolutionen bestimmte Land, den heiligsten Boden des Kommunismus und des Sozialismus.

Genossen! Noblesse oblige! Ihr werdet Euch Eurer Vergangenheit würdig erweisen. Aber warum bisher soviel Unentschlossenheit und Zurückhaltung?

Viele von Euch haben sich dem Kommunismus angeschlossen. Das Komitee des syndikalistischen Schutzes, der Ausschuß zur Wiederaufnahme der Internationalen Beziehungen, die Kommunistische Partei, das Komitee der III. Internationale und viele andere Gruppen rufen vermittels der Zeitschriften „La Vie Ouvrière“ und „L'Internationale“ das Erwachen und die rasche Entwicklung wahrer revolutionärer Traditionen in Frankreich hervor. Wir bemerken bei Euch viele Gruppen, wir sehen derer viel zu viele, Genossen! Diese Zersplitterung der leitenden Kräfte hemmt jeglichen Willen, jegliche gemeinsame Aktion. Diese verderblichen Splitterungen verurteilen Eure Anstrengungen zur Fruchtlosigkeit, Eure Bewegung zum Mißerfolg. Ahmet Euren Feinden nach! Gegen die Arbeiterklasse sind

sie fest geschlossen. Stellt dem reaktionären Block Euren revolutionären entgegen.

Vor allen Dingen müßt Ihr ganz entschieden mit den Sozialverrättern, den Lakaien der Bourgeoisie, brechen. Aber auch mit den opportunistischen Sozialisten, die gestern die bürgerliche Demokratie und die parlamentarische Republik in Schutz nahmen und heute unter dem Druck der Massen vorgeben, die Diktatur des Proletariats und das Rätssystem anzuerkennen, dabei aber tausend Ausreden machen, schwanken, zögern, stöhnen, zaudern, jegliche revolutionäre Tat zurückhalten und verderben.

Die rechtsstehenden Sozialisten (Gruppe Thomas und Renaudel) sind nun ungefährlich. Sie sind von nun an von der Arbeiterschaft abgewiesen. Ihr müßt Eure Angriffe gegen die Sozialisten des Zentrums konzentrieren (Gruppe Longuet—Cachin). Sie sind die gefährlichsten Feinde der Revolution. In Worten sind sie mit dem Proletariat, in der Tat aber sind sie mit der Bourgeoisie. Diese haben nämlich das Scheitern des Generalstreiks vom 21. Juli verursacht, dessen Mißerfolg den Fall der Räterepublik in Ungarn und die Ermordung des Kommunisten in Budapest zur unmittelbaren Folge hatte. Durch ihr ewiges Schwanken bringen diese Männer Mißtrauen, Entmutigung und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft. In kritischen Augenblicken werfen sie sich vom Schreck ergriffen der Bourgeoisie zu Füßen, nach den Siegen suchen sie wieder die Annäherung an das Proletariat. Feige verlassen sie es in den Tagen der Niederlagen. Wenn Ihr Eure Zentrumssozialisten nicht verjagt, so werden Euch Eure Menschewiki gerade so gut verraten, wie die Menschewiki immer und überall Rußland, Deutschland, die Ukraine und Ungarn verraten haben.

Dieser gänzliche Bruch mit den Verrättern von rechts und den Opportunisten vom Zentrum ist bereits in Frankreich von einer großen Anzahl Proletariern verwirklicht worden. Darin liegt die Bedeutung der bei den Parlamentswahlen erlittenen Niederlage. Es war aber eine Niederlage der sozialistischen Partei, nicht der Arbeiterklasse. Die junge kommunistische Partei Frankreichs wiederholte den von der Spartakuspartei bereits begangenen Fehler, keine eigenen Kandidaten aufzustellen. So hat also darauf verzichtet, die Wahlkampagne und die Parlamentstribüne für revolutionäre Agitation zu verwerten. Dies veranlaßte eine große Anzahl klassenbewußter Arbeiter zur Zurückhaltung. Durch Boykott der Wahlen haben die Arbeiter nicht nur ihren Zweifel an dem demokratischen Wert des allgemeinen Stimmrechts und der parlamentarischen Mittel kundgegeben. Sie weigerten sich mit Recht, für die Listen zu stimmen, wo die Kommunisten, denen sie ihr Vertrauen entgegenbringen, zusammen mit den verachteten Opportunisten und den verhaßten Sozialpatrioten standen.

Dieses Beispiel des gesunden politischen Sinnes der französischen Arbeiterschaft hervorhebend, sind wir umsomehr überrascht, daß diejenigen Genossen, deren kommunistische Ehrlichkeit und Ergebnis unbestreitbar ist und die seit dem Jahre 1917 die aufrichtigen Sozialisten aufforderten, die II. Internationale zu verlassen, aus Bequemlichkeitsrück-

sichten oder aus Achtung vor dem allerheiligsten Einheitsprinzip heute zurückhaltend bleiben.

Werden die französischen Genossen bis zum Tode abergläubisch an diese Einheit gefesselt bleiben, die, nicht recht verstanden, sie mehrmals zu schweren Fehlern veranlaßt hat?

Was soll denn sonst Einheit heißen, wenn nicht Einheit der Theorie und der Taktik? Und welche Theorie und Taktik könnte von den Kommunisten gemeinsam mit den Sozialverrättern und den Opportunisten durchgeführt werden?

Als Einheit der Theorie kann für Euch, Genossen, nur die Einigkeit der Arbeiterschaft gelten, die fest entschlossen ist, die soziale Umwälzung unmittelbar ins Werk zu setzen und sie bis zum vollendeten Aufbau der kommunistischen Gesellschaft durchzuführen.

Die Einheit der Taktik kann nur diejenigen Kommunisten vereinigen, die entschlossen sind, die revolutionäre Tat, die unmittelbare Aktion der Massen anzuwenden, um die politische Macht und die kapitalistischen Produktionsmittel von der Bourgeoisie zu erzwingen, zur Verwirklichung der Theorie, zur Durchführung des Programms der III. Internationale.

Diese doppelte Einheit der Theorie und Taktik ist die einzig zulässige und mögliche. Dies ist die revolutionäre Einheit. Ihr habt die Pflicht, diese Einheit sofort zu bewerkstelligen, — gegen alle diejenigen, die unsere kommunistische Theorie und Taktik für unannehmbar halten, selbst wenn sie die sozialistische oder kommunistische Etikette geborgt haben, — in Eintracht mit allen denen, die sich unserer Theorie und Taktik vollständig angeschlossen haben, wenn sie auch keine offizielle Etikette tragen.

Die Nachrichten, die aus Frankreich einlaufen, bezeugen, daß zwischen den letzteren, mögen sie sich Sozialisten, Kommunisten, Syndikalisten oder Anarcho-Kommunisten nennen, eine Uebereinstimmung über die Grundlagen unseres Programms erzielt ist. Die übrigen Meinungsverschiedenheiten sind nicht wesentlich. Das Bündnis ist leicht zu verwirklichen. Es muß ohne Verzögerung geschlossen werden.

Eure zerstreuten Anstrengungen sind zur Machtlosigkeit verurteilt, sie sind ein Fehler, der bei längerer Dauer unverzeihlich werden könnte.

Der Zerfall der kapitalistischen Ordnung, die gänzlich verworrene Lage, in die die herrschenden Klassen durch den Krieg und den ruchlosen Frieden von Versailles geraten sind, dürften einer von einer großen, aus allen revolutionären Elementen zusammengeschmolzenen Partei durchgeführten Propaganda eine unwiderstehliche Wirkung sichern.

Die Befreiungsbewegung wächst in der ganzen Welt mit überraschender Geschwindigkeit.

Arbeiter Frankreichs, fügt die Kraft Eurer konzentrierten Tat derjenigen Aktion hinzu, die von 2 Millionen um die kommunistische Fahne gesammelten Arbeitern für das Heil der Menschheit geführt wird.

Proletarier Frankreichs vereinigt Euch!

Moskau, den 9. Dezember 1919.

Jacques Sadoul.

Der Arbeiterkongress in Glasgow.

Der ordentliche Kongreß der britischen Trade Unions hat sich diesmal fast offen zum Bolschewismus bekannt. Von Glasgow aus sind bereits früher die ersten Proteste der Arbeiter gegen den Krieg und später die Bewegung zugunsten der russischen Revolution ausgegangen. Seit der Amnestie ist das ganze Clyde-Gebiet von einem großen Aufstand ergriffen, der den Zweck hatte, die 40-stündige Arbeitswoche durchzusetzen. In Glasgow werden die besten revolutionären Blätter herausgegeben: „The Socialist“ — das Organ der Socialist-Labour Party, dessen Einfluß beständig zunimmt, und „The Worker“ — das Organ der Arbeiterkomitees, die ungeachtet der unausgesetzten Verfolgungen seitens der Regierung, ungeachtet der Inhaftierungen, Deportationen, Konfiskation von Zeitungen, Broschüren, Manifesten, stets mutig weiter gekämpft haben.

Man sieht sofort, noch vor der Eröffnung des Kongresses, daß sich etwas geändert hat. Der Empfang der Kongreßteilnehmer durch die Munizipalität, bisher ein obligatorischer Akt, ist unterblieben. Auf einer gelegentlich des Kongresses veranstalteten Versammlung mußten Henderson und Thomas auf das Wort verzichten, da die Anwesenden Lenin und Trotzky Beifall zujubelten und das „Rote Banner“ sangen.

Auf dem Kongreß ergriff zunächst Brownlie, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, das Wort, um Erklärungen über einen Brief an Bowerman zu geben, der von der Presse veröffentlicht wurde und großen Lärm gemacht hat. Der Brief war in der von der A. G. T. so beliebten Art geschrieben: Maximum der Produktion, Minimum des Zeitaufwandes usw., wobei die Arbeitgeber vor allem auf eins achten: das Maximum der Produktivität. Brownlie spielte auf eine Sabotage der Produktion seitens der Arbeiter an, und die kapitalistischen Blätter spendeten ihm reiches Lob.

Auf dem Kongreß ward ihm weniger Lob zu teil. Er behauptete zwar, man habe ihn falsch verstanden und wollte seinen Gedanken genauer darlegen. Die Delegierten beraubten ihn jedoch durch ihre Zwischenrufe der Möglichkeit dazu. Ben Turner von den Webern sagte ihm: „Brownlie, ich liebe Ihre Verbündeten nicht. Wenn man den Staatsbankrott hemmen will, soll man damit anfangen, daß man aufrichtig und gänzlich auf die Intervention in Rußland verzichtet, daß man aufhört, 75 Millionen täglich zu verschleudern. Die gesamte Menschheit verlangt eine neue Klasse von Menschen. Sie will nichts mehr von denen wissen, die eine weitere Steigerung der verstärkten Leistungen der Arbeiter wünschen, die auf eine Hebung der Produktivität zu ihrem eigenen persönlichen Vorteil dringen.“

Smillies Rede.

Nach diesem Zwischenfall ergreift Robert Smillie das Wort und tritt sofort in eine lebhafte Debatte ein:

„Es gibt wenig Personen hier, die geneigt sein dürften, zu bestreiten, daß die Regierung nur durch das Mittel der Lüge die Macht in Händen hat, daß sie das Land getäuscht hat und auf Grund eines Programms zur Macht gelangt ist, das sie hinterher abgelehnt hat. Wenn das wahr ist, so muß eine solche Regierung, die alle von ihr übernommenen Verpflichtungen verletzt, mag sie auch eine Arbeiterregierung sein, verjagt werden.“

Nachdem er dann einen historischen Ueberblick über die Tätigkeit des „Dreibundes“ und die Untätigkeit des Parlamentskomitees gegeben hat, erklärt er:

„Ich bin der Ansicht, daß das Parlamentskomitee nicht mehr das Vertrauen der Arbeitermassen genießt. Die Personen, aus denen es sich zusammensetzt, müßten die Interpreten der Macht unserer Bewegung sein. Sie müßten der Regierung gegenüber stark genug sein, um den Willen der Arbeiter durchzusetzen. Die Regierung schenkt bloßen Deklarationen und den sie besuchenden Abordnungen zu wenig Beachtung.“

Die Frage der Blockade, durch die Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern dem Hungertode überliefert werden, die Frage der Intervention in Rußland, sind jede für sich eine hinreichende Ursache zur Einberufung eines Kongresses. Man wird vielleicht einwenden, daß dies rein politische Fragen sind. Es gibt aber gegenwärtig in der ganzen Welt keine wichtigere Frage für die Arbeiter als die Frage der Intervention in Rußland. (Beifall.) Wenn es der kapitalistischen Regierung gelingen sollte, die sozialistische Regierung in Rußland zu vernichten — was jedoch nicht der Fall sein wird, — so werden die patriotischen Kapitalisten, die Männer, die während des Krieges zu Millionären geworden sind, sich sofort daran machen, die enormen natürlichen Reichtümer Rußlands mit billiger Arbeitskraft auszubeuten und den Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen.

Diese Tatsachen genügen ausreichend, um die Einberufung unseres Kongresses zu rechtfertigen. Allein Mr. Churchill gab Erklärungen über die Einmischung in Rußland, über die Konskription, und das Parlamentskomitee erklärte sich befriedigt.“

Robert Williams von den Transportarbeitern unterstützte Smillie eifrig. Clynes, der ehemalige Minister des Verpflegungswesens, versuchte geschickt das Komitee zu retten, hatte damit jedoch keinen Erfolg, und mit 2 586 000 Stimmen gegen 1 876 000 wurde das moralische Verhalten des Komitees verworfen. Die Mehrheit umfaßte die Grubenarbeiter, die Eisenbahner, die Mechaniker, einen großen Teil der Transportarbeiter und viele ihrer Mitgliederzahl nach weniger wichtige Gewerkschaften.

Die Nationalisierung der Gruben.

Dies müßte gegenwärtig eine erledigte Angelegenheit sein, und die Bestimmungen der Kommission, die eine teilweise Nationalisierung festsetzen, müßten in Anwendung kommen. Die Regierung hatte sich in der Tat verpflichtet, die Anträge der von ihr ernannten speziellen Kommission zu unterschreiben; allein in diesem Punkt, wie in den anderen, entzieht sich die Regierung ihren Verpflichtungen und leistet willig den Kapitalisten Gehorsam. Gleichzeitig versucht sie, die öffentliche Meinung gegen die Grubenarbeiter zu mobilisieren, dadurch, daß sie durch ihre Blätter erklären läßt, daß die „unsinnigen Ansprüche“ der Grubenarbeiter im Begriff sind, die gesamte Industrie des Landes zu zerstören.

Um dies Manöver zu vereiteln, haben die Grubenarbeiter beschlossen, ihre Aktion durch die gesamte Arbeiterbewegung unterstützen zu lassen. Sie haben damit vollen Erfolg gehabt, denn ihr Vorschlag hat 4 478 000 zustimmende Voten erhalten. Es gab nur eine ganz geringfügige Opposition von 77 000 Stimmen.

Dieser Vorschlag setzt fest, daß — falls die Regierung auf ihrer Ablehnung des Sankeyschen Berichts beharrt — ein Spezialekongreß einberufen werden soll, um die Mittel und Wege zu bestimmen, durch die die Regierung gezwungen werden kann, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die „direkte Aktion“.

Eine lange Debatte entspann sich über eine Resolution von Tom Shaw folgenden Inhalts:

„Der Kongreß erklärt sich gegen das Prinzip der direkten Aktion in rein politischen Fragen“.

Im Gegensatz zu den Angaben der meisten französischen Blätter hat der Kongreß diese Resolution nicht angenommen.

Nachdem mehrere Reden für und wider die Resolution gehalten worden waren, stellte Jack Mills von den Metallarbeitern den mit 2 255 000 gegen 2 086 000 Stimmen angenommenen Antrag, die Erörterung dieser Frage abzubrechen.

Die Frage ist somit nicht entschieden, aber dieses Votum muß als ein Schachzug gegen die Feinde der „direkten Aktion“ angesehen werden, die zuversichtlich auf die Annahme der Resolution Tom Shaws durch den Kongreß gerechnet hatten.

Alfred Rosmer.

Amerika und die russische Revolution.

Die russische Februarrevolution wurde von der amerikanischen kapitalistischen Presse freudig begrüßt. Der Sturz des Zarismus befriedigte die traditionelle Ideologie breiter Kreise und erleichterte die Politik der offenen Unterstützung der jetzt ganz und gar „demokratischen“ Entente, ja, was noch wichtiger war, die neue Situation versprach der amerikanischen Bourgeoisie auch wesentliche materielle Vorteile.

Frankreich und England waren finanziell, ökonomisch und politisch aufs innigste mit dem alten Regime verbunden und mußten einer neuen bürgerlichen Regierung in Rußland unvermeidlich als alte Wucherer gegenüber treten. Jede weitere Einmischung dieser Mächte in die finanziellen und ökonomischen Angelegenheiten Rußlands konnte notwendigerweise immer wieder von den alten Versprechungen und Verpflichtungen ausgehen, die für ein neues Rußland, auch wenn es auf bürgerlicher Grundlage organisiert wurde, sich als entwicklungsfeindlich erweisen mußten.

Das junge Amerika, für das erst kürzlich der Export von Kapital und Industrieprodukten eine Lebensfrage geworden war, stand einer neuen Sachlage in Rußland ganz anders gegenüber. Es fehlten direkte politische Reibungen über den Balkan, Konstantinopel, Persien, Afghanistan usw., und man war nicht gebunden durch finanzielle Forderungen oder alte ökonomische Konzessionen oder Versprechungen. So konnten die Vereinigten Staaten von Nordamerika erwarten, daß eine neue kapitalistische Regierung für die Entwicklung der ungeheuren ökonomischen Möglichkeiten sich in erster Linie auf das amerikanische Kapital stützen werde.

Die Freude in der amerikanischen Presse und in den kapitalistischen Kreisen war denn auch aufrichtig, und man entsandte sofort eine Kommission mit dem Reaktionär Root an der Spitze und ein paar „Sozialisten“ im Gefolge, um die neuen Ausbeutungsmöglichkeiten näher zu prüfen und so bald wie möglich Verbindungen anzuknüpfen. Auch wurde eine umfangreiche Eisenbahnbrigade ausgerüstet, damit die amerikanischen Wohltaten schnell und glatt über das ungeheure Gebiet ergossen werden könnten.

Kerenski genoß in Amerika die Sympathie der Dollarfinanz und ihrer Sippe, solange man in ihm den starken Mann zu sehen glaubte, der mit Hilfe von amerikanischem Gelde die Situation in Rußland für die kapitalistischen Interessen retten würde. Zu diesem Zweck sollte aber auch Rußland den Krieg gegen Deutschland fortsetzen. Nicht nur weil eine Konkurrenz von einem siegreichen Deutschland für die amerikanischen Interessen in Rußland und Sibirien sich als geradezu verhängnisvoll erweisen konnte, sondern mehr noch aus allgemeinen politischen Rücksichten.

Die weitere und endgültige finanzielle Unterstützung Kerenskis wurde daher kategorisch davon abhängig gemacht, daß an einem bestimmten Datum eine Offensive gegen Deutschland begonnen werde. Durch diese Forderung eröffnete Wilson zu gleicher Zeit die größten Möglichkeiten für die Ausbreitung des amerikanischen Kapitals in Rußland und der positiven Rolle von Kerenski und der russischen Bourgeoisie.

Nach dem endgültigen Scheitern dieser Offensive änderte sich die öffentliche Meinung und die Haltung der Presse in Amerika. Das Spiel war vorläufig verloren. Amerika hatte sich nicht nur in den Krieg einzumischen, sondern auch Ernst zu machen, und der ganze Haß der amerikanischen Bourgeoisie richtete sich selbstverständlich gegen die Bolschewiki.

Als diese im November die Macht ergriffen und es sogar verstanden, die Konstituante aufzulösen, wurde die Wut nur gedämpft durch die Gewißheit, daß diese „Ungeheuerlichkeit“ sofort zusammenbrechen müsse.

Auch die Presse der amerikanischen sozialistischen Partei, z. B. das offizielle Organ „The Call“ und erst recht die mit der sozialistischen Partei sympathisierenden Gruppen der Intellektuellen sträubten sich gegen die „undemokratische“ Auflösung eines „Volksparlaments“.

Eine links-sozialistische Gruppe, die „Liga der sozialistischen Propaganda“ und deren Organ „Die neue Internationale“ verteidigten energisch die Auflösung der Konstituante, und auch das „Büreau für bolschewistische Aufklärung“, das von dieser Liga zusammen mit den russischen Genossen begründet worden war, verbreitete Manifeste zur Begründung der Politik der neuen Sowjetrepublik.

Auf die breiten Massen der amerikanischen Proletarier, die dem Parlamentarismus sowieso sehr skeptisch, wenn nicht gar ganz ablehnend gegenüberstanden, machte die kräftige und konsequente Politik der Bolschewiki einen geradezu gewaltigen Eindruck. Alle Informationen über Rußland, die Arbeiterdiktatur, alle Versammlungen, alle diesbezüglichen Drucksachen fanden enthusiastische Aufnahme, und es ist nur zu bedauern, daß gerade unmittelbar nach der Oktoberrevolution die Kräfte der russischen Genossen sowie der aktiven amerikanischen Kommunisten bei weitem zu gering und zu unorganisiert waren, um die Situation sofort in vollem Maßstabe auszunutzen.

Auch der Brest-Litowsker Friede wurde im allgemeinen von den amerikanischen Arbeitern richtig eingeschätzt.

Selbstverständlich versuchte die kapitalistische Presse die Situation für eine antibolschewistische Bewegung auszunutzen. Aber sowohl die anfängliche Weigerung Trotzki's, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, als die spätere Erklärung, daß der „Friede“, wenn auch unter dem Druck der übermächtigen Umstände akzeptiert, doch nur einen vorübergehenden Charakter trage, machten in Amerika großen Eindruck. Als darauf Trotzki seine Rote Armee auszubilden begann, war der Enthusiasmus in den Vereinigten Staaten wie auch in Kanada so groß, daß sich eine Be-

wegung herausbildete zur Entsendung von amerikanischen Freiwilligen für die Rote Armee in Rußland.

Auf diesbezüglichen Versammlungen der Liga der sozialistischen Propaganda meldeten sich jedesmal mehrere Hunderte von Rotgardisten. Damals wurde gerade von der amerikanischen Regierung ernstlich erwogen, die russische Sowjetrepublik anzuerkennen, freilich mit der Absicht, sie mit Hilfe von Brot und Lebensmitteln und gegenrevolutionärer Propaganda und Intrigen von innen aus zu untergraben und zu stürzen.

Die große Sympathie der amerikanischen Arbeiter für die revolutionären Methoden des Kommunismus, sowie auch die innere Kraft der Sowjetrepublik, die unter anderem in der würdigen Antwort Lenins auf die Begrüßung Wilsons zum Ausdruck kam, haben damals die amerikanischen Kapitalisten von einem für sie gefährlichen Experiment zurückgehalten. Damit wurde auch eine aktive Unterstützung der Roten Armee seitens der amerikanischen Arbeiter ganz aussichtslos.

Auf eine Anfrage um Reiseerlaubnis für Rotgardisten nach Rußland antwortete die Regierung, daß man Rußland nur helfen könne, wenn man sich in die amerikanische Armee in Frankreich einschreiben lasse.

Bald darauf folgte eine Verständigung mit Japan, um gemeinsam in Ostsibirien vorzugehen. Amerika nahm aktiven Anteil an den Kriegsoptionen in Archangelsk und an der Einkreisungspolitik und Erwürgung der jungen sozialistischen Republik.

Inzwischen wuchs unter dem Einfluß der russischen Ereignisse sowie der eigenen Erfahrung die revolutionäre Bewegung in Amerika sehr schnell, und die amerikanische Regierung war gezwungen, diese als eine unmittelbare Gefahr zu betrachten und zu bekämpfen.

Die Liga der sozialistischen Propaganda wurde abgelöst von einer Organisation in größerem Maßstabe unter dem Namen „Left Wing Section Socialist Party“ (Linker Flügel der sozialistischen Partei), woraus sich dann wiederum die amerikanische Kommunistische Partei gebildet hat als Abteilung der III. Internationale.

Daneben stehen auch die industriellen Arbeiter, die in der I. W. W. organisiert sind, auf revolutionärem Standpunkt; und eine der Hauptorganisationsfragen für die nächste Zukunft ist, diese beiden Elemente zu verschmelzen, um den revolutionären Kampf gemeinsam führen zu können.

Dazu werden die ruchlosen Verfolgungen der amerikanischen Justiz, die bereits Tausende von Kämpfern zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt hat, das ihrige beitragen. Arbeitslosigkeit in ungekanntem Maßstabe, fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise und der Einfluß der russischen proletarischen Revolution schaffen auch in Amerika eine Situation für entscheidenden Klassenkampf.

Die imperialistische Politik Wilsons, die sich in erster Linie auf die näherliegenden Ziele des amerikanischen Imperialismus richtet, panamerikanische Bestrebungen, Verständigung mit Japan über Teilung der Beute in China, eine englische Politik in Europa, unmittelbare Ausnützung der

russischen Situation durch Anerkennung der Sowjetregierung etc. wird jetzt schon vom amerikanischen Trustkapital als zu eng empfunden.

Die gewaltigen Kräfte des amerikanischen Imperialismus sowie auch die innere Lage zwingen zu einer neuen, großzügigeren Politik. Wilson wird heftig kritisiert, weil seine Politik darauf hinaus ging, Japan und England zu verstärken, ohne die günstige Lage für Amerika genügend auszunützen. Es erheben sich sogar Stimmen gegen die Ratifizierung des Versailler Friedens.

Die noch etwas unsichere imperialistische Politik Wilsons wird von einer weiterblickenden, konsequenteren imperialistischen Politik abgelöst werden. Das bedeutet Konflikte mit Japan und in letzter Instanz auch mit England.

Für die innere Politik bedeutet es eine weitere und schärfere Spaltung zwischen den korrumpierten Oberschichten der Arbeiter und den breiten Massen der Ausgebeuteten, sowie schonungslose Unterdrückung der Massenbewegungen und der von den Kommunisten und I. W. W. betriebenen Propaganda.

Die von Amerika unterstützte direkte Einmischungspolitik seitens Frankreich und England in die inneren Angelegenheiten Rußlands, zu welchem Zweck Truppen der verbündeten Mächte nach Rußland gesandt wurden, hat endgültig Schiffbruch gelitten. Es werden besonders in Amerika wieder Stimmen laut, die es mit einer Bekämpfung von innen heraus versuchen wollen unter Wiederaufnahme von ökonomischen Beziehungen. Zwischen Amerika und der Sowjetrepublik kann es aber niemals Frieden geben. Auch ein halbwegs befriedigendes Verhältnis wäre nur unter sehr starkem Druck des amerikanischen Proletariats denkbar. Die Zeichen vermehren sich schnell, daß es dazu kommen wird. Aber hierdurch wird auch schon das Ende des amerikanischen Kapitalismus und der Sieg der Weltrevolution gesichert.

S. J. Rutgers.



Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Diktatur des Proletariats.

Das Aktionsprogramm der Partei ist mitten im Kampfe geschaffen worden. Es ist der Ausdruck des Ringens der klassenbewußten Arbeiterschaft nach grundsätzlicher und taktischer Klarheit in einem revolutionären Kampfe, der völlig andere Kampfbedingungen als die bisher gewohnten geschaffen hatte. Es heißt ja auch im Aktionsprogramm:

„Sie (die U. S. P.) erstrebt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Dieser Satz, der von entscheidender Bedeutung ist, erfährt in den Kreisen der Partei eine verschiedene Interpretation, entsprechend den verschiedenen Ansichten über die Diktatur des Proletariats und ihre Anwendbarkeit. Die eine Seite billigt die Diktatur des Proletariats nur, wenn sie tatsächlich von vornherein die Diktatur der Volksmehrheit ist, wenn die Mehrheit des Volkes die Diktatur will. Im Grunde genommen läuft das auf ein Bekenntnis zur Demokratie hinaus. Eine andere Richtung geht von der Anschauung aus, daß die Diktatur des Proletariats nur möglich sei, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter ihr stehe. Diese Richtung übersieht, daß revolutionäre Bewegungen niemals gemacht werden, sondern von unten kommen, wenn die Spannung so groß ist, daß die aktiven Elemente des Proletariats vorstoßen. Es ist ein absurder Gedanke, eine Revolution erst dann beginnen lassen zu wollen, wenn man sich überzeugt hat, daß die zahlenmäßige Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihr steht. Ist aber einmal die offene Revolution da, so ist die einzige Möglichkeit, sie zum Erfolg zu führen, die Diktatur des Proletariats, sei es zunächst auch nur einer Minderheit des Proletariats. Revolutionen sind noch nie durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden. Nur im revolutionären Kampf, nur durch die Anwendung der Diktatur, durch die entschlossene Ausnutzung des Erfolges können die Vorderreihen des kämpfenden Proletariats die Mehrheit mit sich reißen.

Das Proletariat im weitesten Sinne des Wortes ist tatsächlich die Volksmehrheit. Das Aktionsprogramm spricht nicht davon, daß die Diktatur des Proletariats die Diktatur der Volksmehrheit sei, sondern daß das Proletariat der Vertreter der Volksmehrheit sei. An diesen Satz aber knüpfen die Interpretationen der geschilderten beiden Richtungen an, und

er ist auslegungsfähig. Der kommende Parteitag wird Klarheit darüber schaffen müssen, ob diese Auslegungen dem Willen der Parteimehrheit entsprechen. Ein Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats unter den Vorbehalten dieser Richtungen ist kein Bekenntnis. Eine authentische Auslegung jedoch kann niemals einen klaren Wortlaut ersetzen. **Es ist deshalb nötig, daß in dem angeführten Satze des Programms die Worte: „des Vertreters der großen Volksmehrheit“ gestrichen werden, um hier völlige Klarheit zu schaffen.**

Die Diktatur des Proletariats ist in einer revolutionären oder vor-revolutionären Situation keine ferne Zukunftsforderung, sondern Gegenwartsforderung. Eine revolutionäre Partei darf in solcher Situation ihre Tätigkeit nicht darauf konzentrieren, im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung Fortschritte in der Richtung auf dies Ziel zu erreichen, sondern das Ziel selbst zu erreichen. Dementsprechend dürfen ihre Gegenwartsforderungen nicht hinter dem Ziel zurückbleiben. Beim Zusammentritt der Nationalversammlung kämpfte die U. S. P. im Parlament nicht um das Räte-system, sondern um die Verankerung der Räte in der Verfassung, um einen unmöglichen Kompromiß zwischen bürgerlicher Demokratie und Räte-system. Die Bewegung von unten auf trieb die Führer der Partei vorwärts. Das Aktionsprogramm stellte neben der Forderung der Einordnung des Räte-systems in die Verfassung die Forderung der entscheidenden Mitwirkung der Räte. Die Verwirklichung dieser Forderung würde bedeuten, daß auch dann noch bürgerliche Parlamente und Räte nebeneinander bestehen, wobei die Parlamente in die Rolle beratender Körperschaften herabgedrückt wären. Ein derartiger Zustand in einer revolutionären Epoche ist ein Unding. Das Bürgertum würde sofort versuchen, aus den beratenden Parlamenten Kampfinstrumente um die Macht zu schaffen, und das Proletariat wäre sofort gezwungen, ihnen den Garaus zu machen.

Die Formulierung von Punkt 1 der nächsten Forderungen der U. S. P. ist der Rückstand jener Anschauungen, die den Weg über den Parlamentarismus zum Sozialismus als den gangbarsten ansehen. Entsprechend dem grundsätzlichen Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats muß zur Erzielung völliger Klarheit an Stelle der verwirrenden Forderungen nach der Verankerung des Räte-systems und der entscheidenden Mitwirkung die klare Forderung gestellt werden: **Schaffung einer auf dem reinen Räte-system sich aufbauenden Verfassung der deutschen Einheits-republik, Schaffung einer wirtschaftlichen, auf dem Betriebsratssystem aufgebauten Verfassung, die der höheren Organisation der Betriebsräte die Beherrschung und Leitung der Produktion überträgt.**

Entsprechend dieser Verfassung müßte der parlamentarische Kampf der Partei sich gestalten. Er darf nicht mehr zersplittern in dem Versuch, große grundlegende Gesetze, die sich grundsätzlich gegen das Proletariat wenden — wie die Verfassung, — zu verbessern zu suchen durch zahllose Einzelanträge, sondern er muß die großen Linien betonen, dadurch daß

er dem Programm des Bürgertums das Programm des revolutionären Proletariats gegenüberstellt. Alles, was durch Verbesserungsversuche erreicht wird, bedeutet einen Kompromiß mit den Todfeinden des Proletariats. In einer revolutionären oder vorrevolutionären Situation ist keine Zeit für Kompromisse, die nur Sinn haben, wenn sie für lange Zeiträume Gültigkeit besitzen würden.

Es wird deshalb die Aufgabe des kommenden Parteitags sein, Klarheit zu schaffen über die Anwendung des Parlamentarismus. Die Stellung zu dieser Frage ist eine grundsätzliche, wenn sie unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß der Parlamentarismus zum Sozialismus führen werde. Eine solche Anschauung ist mit dem Wesen einer revolutionären Partei unvereinbar.

Die Frage, ob die Partei sich überhaupt an parlamentarischen Wahlen beteiligen und Vertreter in die Parlamente entsenden soll, ist eine taktische. Zu einem Zeitpunkt, in dem offen revolutionäre Kämpfe geführt werden, haben Vertreter der Revolutionspartei in den bürgerlichen Parlamenten nichts zu suchen. Ganz abgesehen davon, daß man sie beim offenen Kampfausbruch sofort unschädlich machen würde. In einer vorrevolutionären Situation muß die Parlamentstribüne benutzt werden, um die Massen durch Fanfarenstöße zu sammeln und anzuspornen. Parlamentarische Kleinarbeit in solcher Situation würde nur Kraftvergeudung bedeuten.

Aehnliches gilt für die Beteiligung an Wahlen. In einer Situation, in der der offene Ausbruch revolutionärer Kämpfe so nahe bevorsteht, daß nur Monate, ja Wochen noch von dem Ausbruch trennen, würde die Beteiligung an Wahlen nur eine Schwächung der revolutionären Stoßkraft bedeuten. **Und die Situation in Deutschland ist vorrevolutionär!**

In Zusammenhang mit dieser Frage steht die andere, ob Räte-system und Parlamentarismus gleichwertige Kampfaffen sind. Der Parlamentarismus wird immer nur gewisse Kampfbedingungen verwenden können, während das Räte-system die eigentliche Stoßaffe des Proletariats gegen den Kapitalismus ist. Der Durchbruch zum Sozialismus wird durch das Räte-system erfolgen. Die jetzige Fassung des Aktionsprogramms lautet:

„Um dieses Ziel (den Sozialismus) zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfaffen einschließlich der Parlamente.“

Um auch hier Klärung zu schaffen, ist es notwendig, daß klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die U. S. P. im Räte-system die Hauptaffen im Kampf um den Sozialismus erblickt, während sie die anderen Kampfaffen, einschließlich der Parlamente, als Hilfsmittel dieses Kampfes betrachtet.

Durch diese Klärung würde gleichzeitig den Versuchen ein Ende gemacht werden, durch die Verfolgung des Parlamentarismus bis in seine letzten Konsequenzen hinein die Partei auf den Weg der parlamentarischen Demokratie und damit auf den Weg einer opportunistischen Kompromiß-politik zu drängen. Wer in der heutigen Situation auf dem Boden des Par-

lamentarismus Anschluß sucht an die rechtssozialistische Partei, gar an eine Regierungsbildung mit Rechtssozialisten auf dem Boden des Parlamentarismus denkt, der betritt den Boden jener Politik, die man vor dem Kriege als revisionistisch bezeichnete. Die rechtssozialistische Partei ist nur dem Namen nach eine sozialistische Partei. In Wahrheit ist sie eine auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehende bürgerliche Reformpartei. Der heftige Vorwurf, den wir gegen diese Partei erheben, daß sie mit bürgerlichen Parteien eine Regierung gebildet hat, würde sich gegen uns selbst richten, wenn wir nicht grundsätzlich jede Regierungsbildung mit dieser bürgerlichen, sich fälschlich sozialistisch nennenden Partei ablehnen wollten.

Die Einigung des Proletariats wird sich nicht auf dem Wege der Verkoppelung der U. S. P. mit der rechtssozialistischen Partei vollziehen. Diese Partei ist unsere Feindin und Feindin der Revolution wie jede andere bürgerliche Partei. Gegen sie richtet sich unser Kampf. Unser Ziel ist, sie niederzukämpfen, die Arbeiter, die ihr noch anhängen, vom wahren Wesen dieser Partei zu überzeugen und sie auf dem Boden unseres revolutionären Programms — entsprechend dem Schlußsatz unseres Aktionsprogramms, mit uns zu vereinigen. Es bedeutet eine völlige Verkennung der revolutionären Aufgaben der U. S. P., wenn man ihre Aufgabe darin erblickt, den Kampf nach links zu führen und nach rechts eine Arbeitsgemeinschaft zu suchen. **Der Feind steht rechts, nicht links.**

Unter demselben Gesichtspunkt muß eine klare Entscheidung in der Frage der Internationale getroffen werden. Die Zentralinstanzen unserer Partei hatten sich entschieden, Vertreter nach Luzern zu entsenden unter der Voraussetzung, daß eine Beteiligung an der Zweiten Internationale nur möglich sei, wenn die Rechtssozialisten ausgeschlossen und unser Programm zum mindesten auf dem Kongreß zur Diskussion gestellt würde. Weder das eine noch das andere ist geschehen. Allein die Zentralinstanzen der Partei haben die Konsequenzen nicht gezogen. Sie sind der Ansicht, daß die U. S. P. trotzdem auf dem Kongreß von Genf vertreten sein müsse. Statt der klaren Entscheidung wollen sie den unerträglichen Zustand der Unklarheit abermals verlängern, wollen hinter die Bedingungen zurückgehen, die sie vor Luzern aufgestellt hatten. **Es ist notwendig, daß die Zweite Internationale für die U. S. P. D. erledigt ist, daß eine Beschickung des Genfer Kongresses nicht stattfindet.**

Die Konsequenz ist, daß die U. S. P. D. den internationalen Anschluß wo anders suchen muß. Der Konzentrationspunkt aller wirklich revolutionären sozialistischen Parteien ist heute Moskau. Grundsätzlich trennt die U. S. P. D. nichts von den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale, die die logische Konsequenz der Anschauungen sind, die die U. S. P. D. verfolgt. Wir dürfen uns nicht hemmen lassen dadurch, daß uns nahestehende Parteien und Parteigruppen in den westlichen Ländern, in denen die opportunistische Strömung noch stärker ist als bei uns, vor diesem Schritt zurückschrecken. Unsere Aufgabe ist es nicht, uns durch diese nachge-

bliebenen Parteien hemmen zu lassen, sondern ihnen voranzugehen, sie vorwärtszutreiben und durch unser Beispiel den Klärungsprozeß bei ihnen zu beschleunigen. **Anschluß an die Dritte Internationale** — diese klare Entscheidung muß getroffen werden, wenn überhaupt eine aktionsfähige Internationale geschaffen werden soll.

Die im Vorstehenden kurz angedeuteten Fragen werden auf dem Parteitag geklärt werden müssen. Die Reichskonferenz wird über sie diskutieren. In den Kreisen der Genossen im Lande sind diese Fragen längst als brennende Probleme erkannt. Das Drängen nach klaren grundsätzlichen Entscheidungen in diesen Fragen kommt von unten auf. Die Massen erkennen, daß die Klärung dieser Fragen notwendig ist für die Erhaltung der Aktionsfähigkeit der Partei. Die Zeiten vor dem Märzparteitag schrecken. Das Nebeneinander-, das Gegeneinanderarbeiten der heterogensten Strömungen in der Partei, das damals herrschte, wo grundsätzliche Anhänger der bürgerlichen Demokratie und des alleinseligmachenden Parlamentarismus neben und gegen die Anhänger des Räterystems und der Diktatur des Proletariats arbeiteten, machte die Partei aktionsunfähig und nahm ihr die Werbekraft. Die Klärung auf dem Märzparteitag, die Schaffung des Aktionsprogramms hat den Aufstieg der Partei eingeleitet und ermöglicht. Die Klarheit, die damals geschaffen wurde, besteht heute nicht mehr. Nachdem eine Kampfpause eingetreten ist, der Druck der Masse von unten her nachgelassen hat, schiebt sich die Bewegung des Parlamentarismus wieder in den Vordergrund. Der Versuch, das Aktionsprogramm im Sinne des Parlamentarismus auszulegen, muß schließlich jenen Zustand vor dem Märzparteitag wieder heraufbeschwören. Es ist deshalb brennend notwendig, daß die revolutionären Grundsätze der Partei so fest und eindeutig im Aktionsprogramm verankert werden, daß jeder Versuch, die Partei nach rechts hin abzudrängen, von vornherein sich als Versuch, die Grundsätze der Partei zu durchbrechen, kennzeichnen muß.

Deutschland befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Die treibenden Kräfte der kommenden Revolution werden in den Wintermonaten voll zur Wirkung kommen. Unsere Partei muß deshalb durch volle grundsätzliche Klärung kampfbereit gemacht werden. Um so mehr, als wir die neue Revolution nicht nur kommen sehen. Wir wollen sie auch.

Kurt Geyer.

Notiz der Redaktion. Vorliegender Artikel von Kurt Geyer ist vor dem Leipziger Kongreß der Unabhängigen geschrieben und hat in der Presse viel Aufsehen erregt.

Das große Interesse in Betracht ziehend, das die Evolution in den Reihen der deutschen Unabhängigen für uns alle bietet, bringen wir den Artikel eines Führers des linken Flügels der Unabhängigen als Dokument zur Information unserer Leser. Kurt Geyer gehört zu dem äußersten Flügel der Partei der Unabhängigen.

Die Darlegungen Kurt Geyers in der Frage der Diktatur des Proletariats scheinen uns nicht ganz richtig. In solchen Ländern wie Deutschland

bildet das Proletariat schon lange die Mehrheit der Bevölkerung. Die Diktatur des Proletariats wäre hier also zweifellos eine Diktatur der Mehrheit des Volkes. In jedem Fall ist das Proletariat aber der „Vertreter“ der Mehrheit der Bevölkerung, d. h. der Verteidiger der Interessen der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung.

Die Hauptbedingung einer siegreichen Diktatur ist die Mehrheit in der Arbeiterklasse selbst. Darauf soll die Aufmerksamkeit der Anhänger der Diktatur des Proletariats in Deutschland gerichtet sein.

Kurt Geyer wird Kautsky und Konsorten niemals davon überzeugen, daß die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung bereits für die proletarische Diktatur ist. Kautsky und Konsorten werden unbedingt gleich Shylock eine Abstimmung bei Erhaltung der Macht der „Demokratie“ (der bürgerlichen natürlich) fordern. Für die Kommunisten ist aber eins wichtig: Mehrheit in den Sowjets, Mehrheit in der Arbeiterklasse.



Die sterbende und die emporsteigende Internationale.

Zum Januar 1920 bereitete die II. „Internationale“ ihren Paradekongreß in Genf vor. Die offiziellen Troubadours dieser gelben Genossenschaft leiteten mit besorgter Miene die „Vorarbeiten“ zu diesem Kongreß und taten so, als ob alles in bester Ordnung sei. Man braucht bloß in Genf zusammenzukommen, dort eine neue langatmige Resolution auszuarbeiten, und dann werden die Dinge schon ein ganz anderes Gesicht bekommen. Die Armen! Sie haben augenscheinlich gar keine Ahnung davon, daß ihre letzten Tage herannahen. Sie bemerken nicht, daß die II. Internationale bereits selig entschlafen ist.

So erhebt sich ein Schwindsüchtiger zuweilen noch unmittelbar vor dem Tode plötzlich von seinem Lager und beginnt die rosigsten Pläne für die Zukunft zu entwerfen. Und dabei steht der Tod mit der Sense bereits hinter seinem Rücken.

Im letzten Augenblick haben sich die Führer der II. Internationale jedoch anders besonnen und es für gut befunden, den in Genf anberaumten Kongreß auf den Herbst 1920 zu verlegen. Noch einfacher wäre es gewesen, meine Herren, Ihren Kongreß ad calendas graecas*) zu verschieben. Die Herren Kautsky und Henderson, Huysmans und Noske hoffen, daß das Rad der Geschichte sich im Verlauf des Frühjahrs und Sommers rückwärts drehen wird. Vergebliche Hoffnung! Wenn Europa sich auch weiterhin mit derselben Schnelligkeit revolutionieren wird wie in den letzten zwei Jahren — und es liegt aller Grund vor, dies zu hoffen, — dann wird zu dem Zeitpunkt, den die Herren Sozialdemokraten jetzt für ihren Kongreß festgesetzt haben, ein Leichentuch die Gebeine der Zweiten „Internationale“ bedecken, und die Kommunistische Internationale wird bereits die Führung über einen bedeutenden Teil der ganzen Welt in Händen halten.

Die Zweite Internationale ist dem Tode geweiht. Weder die Gebirgsluft der Schweiz, noch die Quacksalberei des sozialchauvinistischen „Doktors der tibetanischen Medizin“, Herrn Kautsky, noch auch selbst der Degen des militärischen „Spezialisten“ der II. Internationale, Herrn Noske, können sie mehr retten.

Man kann sich schwerlich eine Atmosphäre größeren Zerfalls und größerer Fäulnis vorstellen, als diejenige, die jetzt die berüchtigte Zweite Internationale umgibt. Die II. Internationale im gegenwärtigen Zeitalter ihres Niedergangs bietet fürwahr ein wenig anziehendes Schauspiel dar.

*) bis zum Sankt Nimmerleinstag.

Einige Beispiele:

Bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 hatte der Vollzugsausschuß der II. Internationale seinen Sitz bekanntlich in Brüssel. Vorsitzender dieses Vollzugsausschusses war Herr Vandervelde, einer der angesehensten Vertreter der II. Internationale. Schriftführer des Vollzugsausschusses, nächster Gehilfe und Berater Vanderveldes, war sein Parteigenosse Camille Huysmans. Beim ersten Schuß, der 1914 fiel, gingen diese beiden — mit Respekt zu melden — „Sozialisten“ auf die Seite „ihres“ Königs Albert und damit zugleich auch auf die Seite des Imperialismus der Entente über. Huysmans hatte jedoch im dritten oder vierten Jahr des Krieges, während er als halber Emigrant in Holland lebte, die Unvorsichtigkeit, einige unschuldige Artikel zu schreiben, in denen er den Börsenkönigen schüchtern andeutete, daß es eigentlich wohl an der Zeit sei, ein Ende zu machen mit ihrem „Befreiungskrieg“, der zu jenem Zeitpunkt dem europäischen Proletariat bereits einige Millionen Menschenleben gekostet hatte. Dieses armselige Gestammel des schüchternen Protestanten war hinreichend, um Herrn Huysmans den Ruf eines „Verräters“ einzutragen. Und weiter? Der Krieg ist nun beendet. König Albert und Gemahlin haben ihren feierlichen Einzug in Brüssel gehalten. Die II. Internationale ist bekanntlich in Bern „wiederhergestellt“ worden. Und Herr Vandervelde ist nach wie vor ein Würdenträger der II. Internationale. Aber außer seinem Beruf als Führer der II. Internationale hat derselbe Herr Vandervelde auch noch einen Nebenberuf: er ist Justizminister in der bürgerlichen Regierung „seines“ Königs Albert. Und in dieser Eigenschaft hat Herr Emil Vandervelde nun unlängst seinen nächsten Gehilfen, den Schriftführer der II. Internationale Huysmans, gerichtlich belangt, weil dieser seinerzeit in Holland „verräterische“ Artikel geschrieben hat. Ist das nicht ein Schauspiel für Götter?

Wir wissen noch nicht, wie dieser famose Gerichtsprozeß ausgehen wird. Aber es genügt schon, daß er überhaupt entstanden ist.

Oder nehmen wir eine andere Figur, die die II. Internationale in Frankreich verkörpert. Wir meinen Herrn Albert Thomas.

Albert Thomas ist schon seit langer Zeit der hervorragendste Vertreter der II. Internationale in Frankreich. Neben Herrn Renaudel erscheint Albert Thomas als der anerkannte Führer der französischen Sozialpatrioten. Während des Krieges ist Albert Thomas bekanntlich zweimal in Rußland gewesen. Das eine Mal wurde er von der ehemaligen Kaiserin Maria Feodorowna empfangen, von den Hofdamen umschmeichelt und sogar der Förderung durch Grigori Rasputin „selbst“ gewürdigt. Zum zweiten Mal besuchte Albert Thomas Petrograd, als Kerenski und Tschcheidse mit Miljukow am Ruder standen, und wurde von den russischen Bankiers und den ideellen Inspiratoren Koltschaks und Denikins äußerst liebenswürdig empfangen. Während des Krieges hatte Albert Thomas etwa zwei Jahre lang das Amt eines Kriegsministers in der bürgerlichen französischen Regierung inne. Jetzt hat man Albert Thomas den Abschied gegeben, —

man braucht ihn nicht mehr. Und nun beschäftigt sich Albert Thomas in seiner Muße wieder mit dem „Sozialismus“. Aber seine ehemaligen Chefs haben ihren getreuen Diener dennoch nicht ganz vergessen. Dieser Tage erst meldete ein Radio, daß Albert Thomas der Ernennung auf den Posten — was meint man wohl? — eines älteren Sekretärsgehilfen des berühmten Völkerbundes gewürdigt worden sei, d. h. derselben imperialistischen Organisation, die von den Räubern der Entente zwecks besserer Erdrosselung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt geschaffen worden ist.

Seinerzeit hat Karl Kautsky den bekannten Sozialverräter Samuel Gompers dafür an den Pranger gestellt, daß dieser gleichzeitig Vorsitzender der Arbeiter-Trade-Union und Vizevorsitzender des Verbandes der Arbeitgeber war. Als Samuel Gompers, wie erinnerlich, im Jahre 1910 nach Berlin kam, veröffentlichte Kautsky in der „Neuen Zeit“ aus diesem Anlaß einen spöttischen Artikel, den er mit dem ironischen Gruß beschloß: Willkommen, Herr Vorsitzender der Arbeiterverbände, glückliche Reise, Herr Vorsitzender des Verbandes der Arbeitgeber!

Wir erinnern Herrn Kautsky an diesen Zwischenfall und hoffen, daß er auch jetzt, wenn sein nächster Genosse von der II. Internationale her, wenn Herr Albert Thomas die Residenz Noskes, Scheidemanns, Kautskys und Ludendorffs besuchen sollte, er wiederum einen Artikel schreiben und ihn mit den Worten schließen wird: Willkommen, großer Führer der II. Internationale, glückliche Reise, Herr Geschäftsführer des räuberischen Völkerbundes! . . .

Nur noch zwei Beispiele.

Ebert ist, wie bekannt, der Vorsitzende und Führer der Sozialdemokratie Deutschlands, die an der II. Internationale teilgenommen hat. Ein Radio aus Nauen vom 26. Dezember 1919 berichtet:

— Präsident Ebert hat dem Bischof von Breslau anläßlich seiner Ernennung zum Kardinal ein Begrüßungstelegramm mit den wärmsten Wünschen gesandt.

Nicht übel? . . .

Der von uns bereits erwähnte Karl Kautsky ist bekanntlich das theoretische Oberhaupt der II. Internationale gewesen. Er ist auch jetzt noch der hervorragendste Theoretiker dieser ehrenwerten Gesellschaft. Jedem aufgeklärten europäischen Arbeiter sind die theoretischen Ausfälle Kautskys gegen die Sowjetmacht in Rußland, gegen die Kommunisten Deutschlands und der ganzen Welt bekannt. Es ist bekannt, daß die gegen die Sowjetrepublik Rußland gerichteten Artikel Kautskys an leitender Stelle in den von Denikin, Koltschak und anderen ultrareaktionären zaristischen Generälen herausgegebenen Zeitungen erschienen. Derselbe Kautsky hat unlängst eine Broschüre „Terrorismus und Kommunismus“ erscheinen lassen, die großes Aufsehen erregte und in unserer Zeitschrift bereits eingehend besprochen worden ist. Hier wollen wir nur eine Perle aus dieser Broschüre anführen. Zwecks gründlicher Verunglimpfung der Bolschewiki teilt Kautsky in seiner „wissenschaftlichen“ Untersuchung (die mit der

Kautsky kennzeichnenden Gründlichkeit die Frage von Adams Zeiten an behandelt) mit, daß in den großen Städten der Sowjetrepublik, wie er, Kautsky, an der Hand von Dokumenten feststellen konnte, eine . . . Nationalisierung der Frauen stattfindet*).

Man sieht, wie tief diese nur noch der Vergangenheit angehörenden Leute, die jetzigen besten ideellen Vertreter der sterbenden II. Internationale gesunken sind. Einen höheren Grad von Degenerierung kann man sich schwer vorstellen.

Der Kampf zwischen der Zweiten und Dritten Internationale begann gleich in den ersten Tagen des imperialistischen Gemetzels. Als die Sozialdemokraten der II. Internationale den imperialistischen Krieg guthießen, gruben sie sich selbst das Grab. Jeder Schuß auf den europäischen Schlachtfeldern des imperialistischen Gemetzels, jede Salve aus den 42-Zentimetergeschützen traf die ehemalige Popularität der II. Internationale.

Im Lauf der ersten Kriegsperiode machte die III. Internationale ihre vorbereitende, sozusagen ihre Embryoperiode durch. Die Blüte der europäischen Arbeiterschaft, von verbrecherischer Hand gegeneinander geworfen, durchlebte die schärfste ideelle Krise. In jenen kalten Herbst- und Winternächten, als die französischen, deutschen und englischen Arbeiter in den Schützengraben einander gegenüber liegen mußten und schweren Gedanken darüber nachhingen, zu welchem Zweck all diese furchtbare Hölle vor sich gehe, in diesen Nächten entstand und erstarkte im tiefsten Schoße des europäischen Proletariats der Gedanke, daß die Schaffung einer neuen ehrlichen internationalen Arbeitergenossenschaft, d. h. der III. Internationale, notwendig geworden sei.

Jetzt nähert sich der ideelle Kampf zwischen der II. und der III. Internationale seinem Ende. Die II. Internationale hat ideell eine vollständige, zerschmetternde Niederlage erlitten. In ihrer ganzen Ideologie, die von den großen Ereignissen und Erschütterungen der letzten fünf Jahre vollkommen untergraben worden ist, ist nicht ein einziger Punkt lebendig geblieben. Und nunmehr gewinnen die Zusammenstöße zwischen der II. und III. Internationale schon nicht mehr allein einen ideellen Charakter, sondern auch den Charakter eines offenen, bewaffneten Kampfes.

Anders konnte es auch gar nicht kommen. Das Proletariat erhebt sich mit der Waffe in der Hand gegen die Bourgeoisie. Die II. Internationale steht im Barrikadenkampf auf derselben Seite wie die Bourgeoisie. Die Waffen mit der Bourgeoisie kreuzen heißt sie mit der II. Internationale kreuzen.

Man nehme Deutschland. Wer ist dort der hervorstechendste Vertreter der II. Internationale? Unzweifelhaft Noske! Noske ist nicht aus

*) Es wird dabei auf irgend einen Scharlatan verwiesen, der in einer in Berlin erschienenen Broschüre ein höchst albernes „Dokument“ in diesem Sinne veröffentlicht hat. Dabei gibt Kautsky zu, daß die Nationalisierung vermutlich ohne Gutheißen der bolschewistischen Führer geschehe.

den Reihen der II. Internationale ausgeschlossen worden, — Noske und seine Partei bilden im Gegenteil die Hauptstütze dieser II. Internationale. Und wer verkörpert in Deutschland am prägnantesten die III. Internationale? Unzweifelhaft die Partei der Kommunisten, deren Begründer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von den Herren Scheidemännern ermordet wurden. Der Kampf zwischen der II. und der III. Internationale auf deutschem Boden ist ein offener Kampf mit der Waffe in der Hand. In dieser Hinsicht ist Deutschland das Land, wo die Zusammenstöße zwischen der II. und der III. Internationale in klassisch klarer Form vor sich gehen, — in einer Form, die es jedem gewöhnlichen Arbeiter klarlegt: die II. Internationale ist die Internationale der Mörder der Arbeiterklasse, ist eine Agentur der Kapitalisten, die III. Internationale dagegen ist die Internationale der vorgeschrittensten Arbeiter, die entschlossen sind, zu sterben oder den Kapitalismus niederzuringen.

In den kleinen Ländern wie Esthland und Georgien, wo die Sozialdemokraten (Menschewiki) — die Anhänger der II. Internationale — am Ruder stehen und wo die kommunistischen Arbeiter — die Anhänger der III. Internationale — ohne jegliches Gericht und Urteil zu Dutzenden und Hunderten erschossen werden, geht dieser Kampf zwischen den beiden Internationalen in ebenso klassisch ausgeprägter Form vor sich. Und im Grunde genommen beobachten wir in England wie in Frankreich, in Amerika wie in Italien das gleiche Bild. Je mehr der Klassenkampf auch in diesen Ländern seine schärfste Form annimmt, — die des Bürgerkrieges, — wird dieses Bild sich mit immer größerer Klarheit vor dem geistigen Auge der Arbeiter der ganzen Welt entrollen . . .



Am 5. Dezember 1919 ist auf dem Kongreß der unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands in Leipzig mit 227 Stimmen gegen 54 der Beschluß gefaßt worden, aus der II. Internationale auszutreten und Beziehungen zur Kommunistischen Internationale anzuknüpfen.

Das ist ein Ereignis von außerordentlicher geschichtlicher Tragweite. Das ist der letzte Schlag gegen die wurzelfaule und vor unseren Augen untergehende II. Internationale. Von diesem Schlag wird die II. Internationale sich nicht wieder erholen. Das ist das **Ende** der II. Internationale.

Wer bleibt jetzt noch in der II. Internationale?

Lediglich die „sozialdemokratischen“ Gendarmen, lediglich die offenbaren Henker der Arbeiterklasse. **Noske** — das ist der wahre Führer der dahinsterbenden II. Internationale.

Den Priestern der Berner „Internationale“ ist es bisher nur deshalb gelungen, eine gewisse Anzahl von Arbeitern in ihren Reihen festzuhalten, weil die „Unabhängigen“ und ähnliche, ihnen verwandte Elemente durch ihre Teilnahme an der II. Internationale die Blöße der Sozialverräter à la Scheidemann, Renaudel un. Co. bedeckten. Jetzt ist dieses Feigenblatt herabgerissen. Die II. Internationale steht jetzt vor den Arbeitern der

ganzen Welt da als offener Agent der Bourgeoisie, als bewußter Mitläufer des räuberischen „Völkerbundes“. Die II. Internationale steht vor der ganzen Welt da, verworfen von allen ehrlichen Arbeitern, verachtet von allen klassenbewußten Proletariern. Die II. Internationale überlebt ihr ruhmloses Ende.

Der Beschluß des Leipziger Kongresses der Unabhängigen bedeutet den größten moralischen Sieg der Kommunistischen Internationale. Kautsky war der bedeutendste theoretische Führer der Partei der Unabhängigen und ihr Begründer. Und Kautsky war auch der Hauptlasterer der Kommunistischen Internationale. Kautsky ist zum Renegaten geworden, zum Sykophanten, der die Verleumdung und Verdächtigung des Kommunismus zu seinem Spezialgeschäft gemacht hat. Und was sehen wir? Jetzt ist Kautsky von seiner eigenen Partei verworfen worden. Von Kautsky hat sich sogar die Organisation abgewandt, die er selbst geschaffen hat. Nun bleibt Kautsky nur noch eins übrig: offen zur Partei Scheidemann überzugehen.

Wir verfügen noch nicht über ausreichendes Material, um in allen Einzelheiten darüber unterrichtet zu sein, wie sich der Kampf der Richtungen auf dem Leipziger Kongreß der Unabhängigen abgespielt hat.

In den Resolutionen des Kongresses sind, soweit man nach den kurzen Radiogrammen urteilen kann, viele Zweideutigkeiten enthalten. Es sind auf dem Kongreß augenscheinlich halbchauvinistische Reden über die Gefahren des „russischen Einflusses“ in der Internationale gehalten worden. Eine Resolution für den **sofortigen** Eintritt in die III. Internationale erhielt nur etwas über ein Drittel der Stimmen. In der von der Mehrheit angenommenen Resolution gibt es nicht wenig Elemente der „Diplomatie“. Und es kann kein Zweifel obwalten, daß sich unter den rechtsstehenden Führern der Unabhängigen gar manche finden werden, die die Resolution gern so „auslegen“ möchten, daß die II. Internationale dabei einen Vorteil gewinnt. Aber das Wesentlichste ist nichtsdestoweniger getan. Das Eis ist gebrochen. Die Arbeiter haben ihre Führer genötigt, einen Schritt vorwärts zu tun.

Die Partei der Unabhängigen in Deutschland zählt 750 000 Mitglieder. Die dieser Partei angehörenden Arbeiter stehen im Grunde ihres Herzens in der Mehrzahl zur Kommunistischen Internationale. Diese Arbeiter sind von Kautsky und Co. auf jede Weise betrogen worden. Ihre Beschlüsse wurden von den „Führern“ sabotiert. Ihr Wille wurde mißachtet. Jetzt fangen diese Arbeiter an, Revanche zu nehmen.

Der Beschluß der unabhängigen Partei Deutschlands wird von außerordentlichem Einfluß auf alle Zwischenelemente in den anderen Ländern sein. Die Differenzierung wird nun sowohl in Frankreich und in England als auch in Amerika rascher vonstatten gehen. Dieser Tage hatten wir Gelegenheit, Zeitungen einzusehen, die von den Sozialdemokraten des „Bund“ in Polen herausgegeben werden. Bisher ist der polnische Bund der eifrigste Anhänger der II. Internationale gewesen. Jetzt, nach dem

Beschluß des Leipziger Kongresses der Unabhängigen, erklärt sich sogar der opportunistische polnische Bund für die Notwendigkeit des Austritts aus der II. Internationale (in den Artikeln des bekannten Führers der Opportunisten im Bund, W. Medem). Die intime Nachbarschaft mit Noske scheint sogar W. Medem nicht besonders angenehm.

Der polnische Bund, der aus der II. Internationale flüchtet! Das hat schon eine gewisse Aehnlichkeit mit . . . der Flucht der Ratten vom sinkenden Schiff . . .

Die Dritte Kommunistische Internationale ist fast überall, mit Ausnahme von Rußland, genötigt, illegal zu arbeiten. Es gibt keine Skorpionen, die die Bourgeoisie mit Unterstützung der Vertreter der II. Internationale nicht auf das Haupt der Kommunisten niederregnen ließe. Den kommunistischen Arbeitern der verschiedenen Länder kostet es ungeheure Mühe, einander Nachricht zu geben. Auf unserem Wege stehen Stacheldrahtverhaue, die nicht nur von der Hand des verknöcherten Mörders Clemenceau, sondern auch von den geübten „Diplomaten“ aus der II. Internationale errichtet sind. Wir haben Millionen von Hindernissen zu überwinden. Und dennoch wächst und erstarkt die internationale Verbrüderung der Arbeiter unter der Fahne des Kommunismus mit jeder Stunde. Erst neun Monate sind seit dem Tage verflossen, da in Moskau die Kommunistische Internationale organisiert wurde. In dieser Zeit ist unsere Organisation um ein Vielfaches gewachsen. Eine einfache Aufzählung der Organisationen, die sich der Kommunistischen Internationale bereits angeschlossen haben, beweist dies genügend augenfällig.

Am ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale im März 1919 in Moskau nahmen 24 Parteien und Organisationen teil.*) Seit dieser Zeit sind folgende offiziellen Nachrichten über den Anschluß an unsere internationale Genossenschaft an uns gelangt:

Am 19. März 1919 faßte der Ausschuß der italienischen sozialistischen Partei in Mailand den Beschluß, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Am 8. April beschloß der Kongreß der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

Am 10. Mai erhielten wir die Nachricht, daß der schwedische sozialdemokratische Jugendbund der III. Internationale beigetreten sei.

Am 14. Juni beschloß die Konferenz des linken Flügels der schwedischen sozialdemokratischen Partei ihren Beitritt zur III. Internationale.

*) Wir müssen bemerken, daß die weiter unten angeführten Daten äußerst unvollständig sind. In der Tat haben sich bedeutend mehr Parteien und Organisationen der III. Internationale angeschlossen. Allein in Frankreich haben Dutzende von lokalen Organisationen ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale erklärt. Genaue Nachrichten zu erhalten ist jedoch äußerst schwierig.

Am 22. Juni traf die Nachricht von einem analogen Beschluß des Kongresses der bulgarischen sozialdemokratischen Partei (Teschak) ein.

Am 20. Juli erhielten wir die Mitteilung, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens den formellen Anschluß an die III. Internationale beschlossen habe.

Am 16. Juli faßte der Kongreß der italienischen Sozialisten in der Schweiz eine Resolution über seinen Anschluß an die Kommunistische Internationale.

Der Kongreß der schweizerischen sozialdemokratischen Partei sprach sich für den Beitritt zur III. Internationale aus. Beim Referendum stimmte dafür nur die Minderheit, jedoch eine sehr bedeutende.

Im August faßte der Kongreß der Sozialisten der Vereinigten Staaten den Beschluß, der Kommunistischen Partei beizutreten. In Amerika gibt es jetzt zwei kommunistische Parteien, — beide gehören der III. Internationale an.

Im August erhielten wir auch die Nachricht, daß die Kommunistische Partei Ostgaliziens sich unserer Organisation angeschlossen habe.

Im September trafen Nachrichten über den Anschluß der sozialistischen Partei Elsaß-Lothringens an die Kommunistische Internationale ein.

Gleichlautende Nachrichten erhielten wir im selben Monat vom ukrainischen Verband sozialistischer Parteien in Amerika und von einer Anzahl finnischer Arbeiterorganisationen.

Im Oktober bestätigte der Kongreß der italienischen sozialistischen Partei in Bologna mit riesiger Stimmenmehrheit den Anschluß der italienischen Partei an die Kommunistische Internationale.

Am 23. Oktober traf die Nachricht vom Beschluß der Britischen Sozialistischen Partei ein, der III. Internationale beizutreten.

Am 20. November traf die Nachricht vom Anschluß eines Teils der dänischen sozialdemokratischen Partei an die III. Internationale ein.

Im Dezember erhielten wir Mitteilungen über den Beitritt der böhmischen, lothringischen und mexikanischen sozialistischen Parteien zu unserer Organisation.

Im Dezember erhielten wir auch die offizielle Mitteilung über den Anschluß der Sozialisten und Kommunisten Südslawiens (120 000 Mitglieder) an die Kommunistische Internationale. In demselben Monat schlossen sich die Sozialisten von Korea der Kommunistischen Internationale an.

Im selben Monat traf auch die Nachricht ein, daß in einer europäischen Stadt ein internationaler Kongreß der Arbeiterjugend abgehalten worden sei, auf dem Vertreter von 220 000 Parteimitgliedern anwesend waren und wo einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, der Kommunistischen Internationale beizutreten.

Im Dezember 1919 wurden auf dem Kongreß der spanischen Sozialisten für die III. Internationale 12 500 Stimmen abgegeben, für die II. — 14 000.

Am Skandinavischen Arbeiterkongreß (Dezember 1919) nahmen 268 Vertreter von 300 000 Arbeitern teil. Die kommunistische Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Und Anfang Dezember kam es schließlich auch zu dem Beschluß der deutschen Unabhängigen in Leipzig, von dem wir oben gesprochen haben.

In einem Lande, wo die Bourgeoisie mit Unterstützung der weißen Sozialdemokraten erst vor anderthalb Jahren 70 000 Arbeiter umgebracht hat — wir meinen Finnland —, veröffentlichte ein Arbeiterblatt („Viesti“) einen Artikel mit der Ueberschrift: „Der Siegeszug der III. Internationale“.

In diesem Artikel lesen wir:

„Auf den ersten Blick scheint in Finnland, in Ungarn, in Deutschland alles „ruhig“ zu sein, nachdem die gegenrevolutionäre Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Diener die besten Arbeiter umgebracht haben. Aber das scheint nur auf den ersten Blick so. Während die arglistigen „Führer“ der Arbeiter überall in der Raserei des Wahnsinns alle Anstrengungen machen, um die revolutionäre Bewegung der Völker auf den schlüpfrigen Weg beschränkter und enger Interessen zu lenken und die III. Internationale sowie ihre besten Vorkämpfer mit Schmutz zu bewerfen suchen; während die Schwätzer in den Parlamenten, die durch Betrug von den Arbeitern ihre Vollmachten erhalten haben, die Energie ihrer Klasse mit allen Mitteln zu untergraben suchen; — zur selben Zeit lebt und erstarkt der Geist der proletarischen Revolution außerhalb der Parlamente, setzt die Kommunistische Internationale ihren unwiderstehlichen Siegeszug fort.

„Sogar in den Ländern, wo das von den „Arbeiterführern“ gespielte Doppelspiel in Wahrheit bis zur Virtuosität gediehen ist, wo das Betrügen der Arbeiterklasse sich in Wahrheit bis zu einer völligen Wissenschaft entwickelt hat, sogar in solchen Ländern wie Frankreich vereinigen sich die Arbeiter bewußt oder instinktiv in immer dichteren Scharen um das Banner der Kommunistischen Internationale. Die soziale Ungerechtigkeit ist allzu unerträglich geworden. Die feierlichsten Versprechungen der Machthaber haben sich als betrügerisch erwiesen. Der Krieg hat mit Elend begonnen und zu noch größerem Elend geführt. Das Parlament hat sich als eine Verräterinstitution entpuppt. Die für den äußeren Feind geschliffenen Bajonette sind gegen den inneren „Feind“, gegen die Arbeiter gekehrt worden. Die „demokratische“ Gewalt bedroht die hungrigen Arbeiter mit der Faust und dem Seitengewehr.

„Ist es demnach verwunderlich, wenn die werktätigen Volksmassen taub werden für die süßen Reden ihrer arglistigen Führer, wenn sie ihres fortdauernden Verrats müde werden und um jeden Preis bestrebt sind, dem Untergang auszuweichen? Ist es verwunderlich, daß diese werktätigen Massen zum Klassenkampf, zur II. Internationale, zur Befreiung hinstrebten. . .“

Man kann diese Zeilen im Organ der finnischen Arbeiter, die so schwere Prüfungen durchgemacht haben, nicht ohne Erregung lesen . . . Ja, die Arbeiter Finnlands haben recht. Es geschieht in der Tat ein Siegeszug der III. Internationale. Recht hat auch unser französischer Genosse Loriot,

der einem seiner Artikel in der Zeitung „La Vie Ouvrière“ die Ueberschrift gegeben hat: „Die einige Internationale: die Dritte“.

Die kommunistische Internationale — sie ist der emporsteigende Stern.

Die II. Internationale stirbt ruhmlos dahin. Die III. Internationale wächst mit schwindelerregender Schnelligkeit empor. Der Kampf zwischen der II. und III. Internationale ist der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die Bourgeoisie ist eine dem Tode geweihte Klasse. Das Proletariat aber ist die Klasse, die zur Macht emporsteigt und vor der sich eine unabsehbare Zukunft ausbreitet. Die Kommunistische Internationale wird in nächster Zukunft die Arbeiter der ganzen Welt vereinen. Die Kommunistische Internationale leuchtet allen Bedrückten in der ganzen Welt wie ein Stern am Himmelsgewölbe.

G. Sinowjew.



Die revolutionäre Bewegung in Amerika.

I. Der weiße Terror.

Vor einem Jahr befanden sich die Vereinigten Staaten noch im Kriegszustande. Die Führer der Amerikanischen Föderation der Arbeit (The American Federation of Labor) mit Samuel Gompers an der Spitze hatten der Regierung eine willige Unterstützung seitens der Gewerkschaften gesichert und unternahmen selbst Reisen nach Europa, um im Interesse des internationalen Kapitalismus mit allen Mitteln die Unterdrückung der unter den dortigen Arbeitern anwachsenden revolutionären Stimmung zu fördern. Gleich den englischen Trade Unions entsagten die Gewerkschaften in Amerika ihren meisten Rechten und vertrauten die Wahrung ihrer Interessen dem Schiedsgericht der Regierung, dem sogenannten „Kriegsarbeitskomitee“ (The War Labour Board) an. Nach allem zu urteilen, waren die amerikanischen Trade-Unionisten äußerst patriotisch gestimmt: sie kauften für Hunderttausende Obligationen der Freiheitsanleihe, sie spendeten recht bedeutende Summen zum Besten des Roten Kreuzes und für verschiedene Kriegsbedürfnisse, sie stürzten sich mit den Fäusten auf jedermann, der sich weigerte aufzustehen, wenn die amerikanische Nationalhymne gespielt wurde.

Es schien, daß alle Proteste gegen den Krieg erstarben waren. Die Führer der sozialistischen Partei, die unter dem Druck der wachsenden revolutionären Stimmung der Massen gezwungen waren, in St. Louis ein Manifest herauszugeben, das die Arbeiter zu Massenkundgebungen gegen den Krieg aufrief, sabotierten absichtlich die praktische Verwirklichung dieses Planes. Sie unternahmen nichts zur Organisation einer solchen Bewegung, im Gegenteil, viele von ihnen unterstützten offenkundig die Kriegsmaßregeln der Regierung. So stimmte Meyer London, der einzige Sozialist im amerikanischen Kongreß, für den offiziellen Aufruf des Kongresses, der zum Jahrestage des Eintritts Italiens in den Krieg veröffentlicht wurde. Sozialisten, Mitglieder der Stadtverwaltung von New-York, stimmten für die Bewilligung des Kredits zur Errichtung eines Triumphbogens zum Empfang der von der Front heimkehrenden Truppen, während in den Inschriften neben anderen amerikanischen Siegen auch der „Sieg bei Murmansk“ erwähnt war. Mittlerweile schmachteten jedoch Hunderte von Arbeitern im Kerker, weil sie versucht hatten, das in St. Louis aufgestellte Programm durchzuführen; sozialistische Versammlungen wurden verboten, sozialistische Blätter geschlossen.

Die auf syndikalistischer Grundlage errichtete große Organisation der unqualifizierten Arbeiter, „Industrielle Arbeiter der Welt“ (The Industrial Workers of the World), wurde grausamen Verfolgungen ausgesetzt, obgleich sie sich offiziell nicht gegen den Krieg geäußert hatte. Die Bourgeoisie fühlte instinktmäßig die große Gefahr, die diese Arbeiterorganisation für sie in sich barg. Obgleich das Gesetz keinen Anlaß zur Verfolgung dieser Organisation bot, wurden ihre Mitglieder dennoch von den Behörden überall auf empörendste Weise behandelt: sie wurden verhaftet, geprügelt und sogar erschossen. 500 Grubenarbeiter, die Mitglieder dieser Organisation waren und in Arizona in den Ausstand traten, wurden unter Bewachung von Polizeibeamten, die im Dienst der Kapitalisten standen, in unbewohnte Gegenden verschickt. Ueber hundert Führer der Organisation wurden zu 15 bis 20 Jahren Gefängnishaft verurteilt.

Unter dem Deckmantel des Krieges führte die Bourgeoisie den weißen Terror ein. Das Spionagegesetz, das gegen die deutschen Agenten gerichtet war, wurde zur Zerstörung der Arbeiterorganisationen, zur Verhaftung der Sozialisten und Propagandisten aus der Mitte der organisierten industriellen Arbeiter ausgenutzt. Im Lauf der Kriegszeit wurden nicht mehr als ein Dutzend deutscher Agenten laut dem Spionagegesetz verurteilt, dafür waren aber die Kerker von Tausenden amerikanischer Sozialisten überfüllt, die diesem Gesetz verfallen waren; unter ihnen befanden sich Debs, Haywood und viele andere. Allmählich gewann die Bourgeoisie diesen Repressalien so viel Geschmack ab, daß sie sogar die konservativen Führer der sozialistischen Partei, wie Viktor Berger, Adolf Germer und andere Mitglieder des nationalen Vollzugsausschusses, zu verfolgen begann. Der Schreiber dieser Zeilen wurde zweimal auf Grund des Spionagegesetzes verurteilt, und zwar einmal nur deshalb, weil er in seiner Rede einen Artikel aus dem englischen Blatt „Manchester Guardian“ zitierte.

Die Regierung gestattete sogar den weißgardistischen bürgerlichen Organisationen „deutsche Spione zu fangen“. Diese Organisationen bestanden aus Fabrikbesitzern, Bankiers, Studenten und Handlungsgehilfen. Sie trugen verschiedene Benennungen, z. B. „Bund der nationalen Sicherheit“, „Amerikanische Schutzliga“, „Amerikanische Verteidigungsgesellschaft“, „Diener der Freiheit“ u. a. Alle diese Verbände von Privatpersonen führten den heftigsten Kampf gegen die Revolutionäre, sowie überhaupt gegen alle Agitatoren aus der Mitte der Arbeiter. Da sie sich zum Ziel gesetzt hatten, alle vorhandenen Arbeiterorganisationen zu vernichten, terrorisierten sie alle Arbeiter in den Fabriken und Werken; überall hatten sie ihre Spione, und sie setzten die Entlassung der Arbeiter durch, die an den Gewerkschaften oder an den sozialistischen Parteiorganisationen aktiven Anteil nahmen. Die Arbeiter mußten die Freiheitsanleihe kaufen und zum Besten des Roten Kreuzes zeichnen, um nicht entlassen zu werden; die Landfarmer wurden auch boykottiert und setzten sich dem Ruin aus, wenn sie sich weigerten, die Freiheitsanleihe zu kaufen, sei es auch aus Mangel an Geldmitteln.

Besonders grausamen Verfolgungen waren die ausländischen Arbeiter ausgesetzt, vor allem nach der russischen Revolution. Es wurde ein besonderes Gesetz erlassen, das die Regierung berechnete, jeden Ausländer aus den Vereinigten Staaten auszuweisen, „der selbst einer Organisation angehörte, die zum Sturz der Regierung oder zur Aufhebung des Eigentums aufrief, oder andere dazu aufforderte“. Auf Grund dieses Gesetzes wurden Hunderte von ausländischen Arbeitern ohne Gericht und Verhör aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen und zwar nur, weil sie Sozialisten oder Mitglieder der Organisation der Industriellen Arbeiter der Welt waren. Von den Ausländern hielt die Regierung die russischen Arbeiter für die gefährlichsten. In New-York wurden vier russische Jünglinge und ein russisches Mädchen verhaftet und dem Gericht überliefert für die Herausgabe eines Flugblattes, in welchem die Regierung der Vereinigten Staaten, die Truppen nach Sibirien entsandte, einer heuchlerischen Politik geziehen wurde. Einer der verhafteten Jünglinge, Jakob Schwartz, wurde während des Verhörs im Polizeibezirk zu Tode geprügelt, die übrigen vier aber zu 25 Jahren Gefängnishaft verurteilt. Die Polizei überfiel viermal das russische Volkshaus in New-York und zerstörte völlig dessen Aufklärungstätigkeit.

Die bürgerliche Presse eröffnete eine wütende Provokationskampagne gegen alle Arbeiterorganisationen und gegen die sozialistische Propaganda. Jeden Streik war sie bestrebt, als gewalttätigen Versuch, die Regierung zu stürzen, auszugeben. Die allamerikanische Regierung sowie die Regierungen der einzelnen Staaten ernannten besondere Untersuchungskommissionen, die beauftragt wurden festzustellen, was Bolschewismus sei: in diesen Kommissionen wurden jedoch nur erklärte Gegner der Sowjetmacht und bekannte Gegenrevolutionäre verhört. Die Aussagen dieser Herren veröffentlichte die bürgerliche Presse auf der ersten Seite, unter Reklametiteln, in Riesenschrift. Gleichzeitig wurden von dem Generalpostmeister nach seinem Gutdünken alle Ausgaben der sozialistischen Presse und der Arbeiterzeitungen, die durch die Post versandt wurden, zurückgehalten. Gegen diese Anordnungen konnte nirgends Einspruch erhoben werden, und er selbst war nicht verpflichtet, jemandem über seine Handlungen Rechenschaft zu geben. Was die in fremden Sprachen erscheinenden Ausgaben anbetrifft, so wurden sie einer Zensur unterzogen.

Die durch den weißen Terror geschaffene Atmosphäre der Repressalien gab den Kapitalisten die Möglichkeit, fast alle Arbeiterorganisationen zu zerstören. Das Kriegsarbeitskomitee, das ein von der Regierung gegründetes Schiedsgericht darstellte, befand sich unter der Kontrolle liberaler Elemente und sympathisierte sehr mit den Interessen der Arbeiter. Obgleich sich diese Institution völlig auf die Regierungsmacht stützte und ihre Anordnungen für alle obligatorisch waren, weigerten sich die Großkapitalisten entschieden, sich diesen Anordnungen zu fügen, während den Arbeitern im Fall des Ungehorsams unverzügliche Einberufung zur Wehrpflicht drohte,

wie ehemals im zaristischen Rußland. Es kam so weit, daß die Forderungen der Gewerkschaften ganz unbeachtet gelassen wurden und die Unternehmer begannen, die qualifizierten Fachleute, die einen hohen Arbeitslohn erhielten, durch unerfahrene und unwissende Arbeiter zu ersetzen. So zählte der Metallarbeiterverband nur hochbesoldete erfahrene Fachleute; in Bridgeport, einem bedeutenden Mittelpunkt der Kriegsindustrie, waren die Metallarbeiter in eine sehr starke Gewerkschaft zusammengeschlossen; während des Krieges nahmen die Unternehmer schlecht besoldete unerfahrene Arbeiter an, die viermal weniger Arbeit leisteten als qualifizierte Arbeiter. Solche Methoden der Unternehmer machten die Tätigkeit der einst so starken Gewerkschaften zunichte und beraubten sie allen Einflusses. Andererseits stieg die Teuerung trotz der seitens der Regierung getroffenen Maßregeln mit jedem Tage, so daß sogar der während des Krieges erhöhte Arbeitslohn sich als ungenügend erwies. Es wurden beständige Veränderungen und Aufbesserungen notwendig, und das erweckte zunehmende Unzufriedenheit, die sich oft durch Streiks Luft machte.

Zu solchen Streiks verhielten sich die offiziellen Vertreter der Gewerkschaften, die in der kriegsindustriellen Organisation der Regierung hohe Ämter bekleideten, streng ablehnend. Diese Vertreter verstanden sehr wohl, daß die Streiks des neuen Typus, die ohne Erlaubnis der offiziellen Gewerkschaftsführer angekündigt wurden und auf dem Boden der Solidarität entstanden, zu einem Generalstreik führen und der Existenz der Gewerkschaften selbst gefährlich werden können, folglich aber auch der Existenz ihrer Führer. . . . Der Amerikanischen Föderation der Arbeiter gehören ja etwa 150 Gewerkschaften an, und jede hat eine ganze Menge gut besoldeter Angestellten und schließt mit den Arbeitgebern besondere Verträge und trifft mit ihnen Uebereinkommen.

Wenn die Mitglieder irgend eines Verbandes streiken, so fahren die übrigen gewöhnlich fort zu arbeiten, sie ersetzen bisweilen sogar die Streikenden. Das Bestreben zu gemeinsamen Aktionen, die sich nicht auf die einzelnen Berufe beschränken, und diese Aktionen der Initiative und Kontrolle der Arbeiter selbst unterzuordnen, bedrohte daher die Herrschaft der trade-unionistischen Bürokratie, und deshalb trat letztere offen auf die Seite der Kapitalisten und erklärte dem „Bolschewismus“ den Krieg. Samuel Gompers rief die organisierten Arbeiter zu einer großartigen Kampagne gegen den Bolschewismus auf, und eine ganze Reihe von Verbänden, die ohne Erlaubnis der Vertreter gestreikt und Erhöhung des Arbeitslohnes gefordert hatten, wurde gerügt und sogar aus der Amerikanischen Föderation der Arbeiter ausgeschlossen.

Der weiße Terror hörte mit dem Ende des Krieges nicht auf. Im Gegenteil, er nahm noch grausamere Formen an. In den Vereinigten Staaten gab es keinen im voraus bearbeiteten Plan der Wiederherstellung und Demobilisierung der Industrie und in dem Augenblick, als der Vertrag über die Einstellung der Kriegsoperationen unterzeichnet wurde, starb die gesamte Kriegsindustrie plötzlich ab, und Tausende von Arbeitern wurden

auf die Straße gejagt. Gleichzeitig wurden die von der Regierung festgesetzten Preise der Bedarfsartikel aufgehoben und die Preise stiegen mit einem Schlage bis zu unerhörter Höhe. Viele Unternehmen, besonders in der Textilindustrie, setzten sogleich den Arbeitslohn herab und die Arbeiter waren gezwungen in Ausstand zu treten, den sie ohne Unterstützung seitens der Gewerkschaften und oft sogar trotz deren offiziellen Anordnungen durchsetzten.

Die nach dem Kriege eingetretene Stockung ausnutzend, provozierten die Unternehmer die Arbeiter zum Streik, um sie endgültig zu schlagen. Gleichzeitig setzten die weißgardistischen Organisationen, die bereits ihren offiziellen Charakter eingeübt hatten, alles in Bewegung, was in ihren Kräften stand, um die Arbeiter noch mehr einzuschüchtern. Die aus dem Kriege zurückgekehrten Soldaten, von denen viele keine Arbeit finden konnten, wurden gedungen, um sozialistische Versammlungen zu sprengen und die Lokale der Parteinstitutionen zu überfallen. Große Banden solcher gedungenen betrunkenen Soldaten umzingelten sozialistische Versammlungen und verprügelten jeden, den sie für einen Sozialisten hielten. Privathäscher und Polizisten, gedungen von den Kapitalistenorganisationen, schritten zur Verwirklichung eines ganzen Planes von Morden an den Agitatoren und Organisatoren der Arbeiter.

Sobald der Friede geschlossen war, beeilten sich die Kapitalisten, den weißen Terror zu legalisieren. In den meisten Städten und in vielen Staaten wurde jetzt unter Drohung einer strengen Strafe das Hissen roter Fahnen verboten. In 16 Staaten wurde ein Gesetz eingeführt, das jeden mit langjähriger Gefängnisstrafe bedrohte, „der zum Sturze der Regierung oder zur Abschaffung des Privateigentums aufruft, sowie jeden, bei dem **irgende welche Aufrufe oder Blätter gefunden werden, die zu solchen Taten aufordern**“. Tom Mooney, dessen Unschuld unumstößlich festgestellt war, schmachtet bis jetzt im Kerker. Er ist zur lebenslänglichen Gefängnishaft verurteilt. Aber die Mörder Frank Little, eines der Gründer der J. W. W., sind unbestraft geblieben. Die Kapitalisten des Kupfertrusts, die eigenmächtig die streikenden Mitglieder der J. W. W. in die Wüsten von Arizona verschickt haben, erfreuen sich bis jetzt ihrer Freiheit. Hunderte von Sozialisten und Mitgliedern der genannten Organisation befinden sich im Gefängnis und sind Folterqualen und brutaler Behandlung ausgesetzt. Viele sind im Kerker gestorben, viele haben Selbstmord begangen, viele haben den Verstand verloren. Und endlich hat die amerikanische Regierung die Maske abgeworfen und entsendet jetzt Truppen zum Kampf gegen die Streikenden . . .

Der Kapitalismus durchlebt gegenwärtig in Amerika eine Periode endgültigen Zerfalls, und was an seine Stelle treten wird, — das hängt von dem Klassenbewußtsein und dem Mut der Arbeiter ab. Wenn die Arbeiter sich nicht im voraus zum Widerstand rüsten, dann werden die Kapitalisten offen eine Militärdiktatur errichten und die ganze ungeheure Arbeit

termasse in völliger Knechtschaft halten. Die einzige Rettung für die Arbeiter ist die Diktatur des Proletariats.

Inwiefern unter den amerikanischen Arbeitern das Klassenbewußtsein bereits erwacht ist, diese Frage wollen wir im folgenden Artikel behandeln.

John Reed.

(Fortsetzung folgt.)



Die sozialistische Bewegung in Rumänien.

In diesem Aufsatz über die Geschichte der sozialistischen Bewegung in Rumänien während der letzten Jahre will ich unterlassen, solch allbekannte Tatsachen zu behandeln, wie die gewerbliche und kulturelle Rückständigkeit Rumäniens, die ziffernmäßige Bedeutungslosigkeit seines Stadtproletariats (150—160.000 gegenüber $6\frac{1}{2}$ Millionen ländlicher Bevölkerung) und endlich die unterdrückte Lage der geknechteten rumänischen Bauernschaft, die jahrhundertlang ein Sklavenleben geführt hat.

Rumänien ist als Land bekannt, in dem auf dem Boden eines denkbar stark entfesselten orientalischen Lehnssystems der Kapitalismus sich im Laufe der letzten 40 Jahre mit außerordentlicher Geschwindigkeit entwickelt hat. Im Laufe von etwa 40 Jahren machte die rumänische Bourgeoisie in der Gestalt der das Staatsruder führenden liberalen Partei sämtliche Stadien der kapitalistischen Entwicklung durch: sie entfaltete sich erst zu üppiger Blüte und geriet danach in Verfall und Zersetzung, die während des Krieges in vollem Zusammenbruch endeten. Mehr vielleicht, als in irgendeinem anderen Lande war die Bourgeoisie in Rumänien bestrebt, sämtliche Reichtümer und Kräfte des Landes zu ihrer persönlichen Bereicherung auszunutzen. In wenigen Jahrzehnten hat sie das Land zu völligem Ruin gebracht durch rückhaltlose Ausbeutung und Unterdrückung der Bauernschaft und der Arbeiterklasse.

Die zur Verzweiflung getriebene Bauernschaft empörte sich mehr als einmal gegen ihre Unterdrücker, die Großgrundbesitzer und Pächter. Der letzte dieser Aufstände, der 1907 ausbrach und zweifellos ein Wiederhall der ersten russischen Revolution war, wurde von der liberalen Regierung in einem Blutbade gelöscht; 10.000 Bauern wurden erschossen. Nach diesem blutigen Gericht versprach die liberale Regierung der Bauernschaft weitgehende Reformen: Landzuteilung vermittels Enteignung der großen Güter und Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Drei Jahre vor Beginn des Krieges wurde in Rumänien eine konstituierende Versammlung einberufen, in die kein einziger Vertreter der Bauernschaft oder der Arbeiter durchdrang. Die verkündeten Reformen wurden hingezogen, die versprochenen Gesetze unablässig gestutzt, — und das währte bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Zur Bekämpfung der Bauernaufstände wurde ein besonderes starkes Landgendarmeerikorps gebildet, das in den Dörfern zum unbeschränkten Machthaber wurde und eine undurchdringliche chinesische Mauer zwischen Dorf und Stadt aufrichtete. Die zweite machtvolle Waffe, vermöge derer die liberale Bourgeoisie ihre Herrschaft über

die landlosen und landarmen Bauern nicht nur beibehielt, sondern noch verstärkte, war die Gründung von Bauernbanken, in denen die Dorfreichen unumschränkt wirtschafteten. Die Arbeiterbewegung entstand in Rumänien bekanntlich 1905, unter dem unmittelbaren Einfluß der russischen Revolution. Bei dieser Gelegenheit muß bemerkt werden, daß der Großkapitalismus und die Großindustrie in Rumänien sich bedeutend schneller entfalteten und um sich griffen, als das in den anderen Balkanstaaten, wie z. B. in Bulgarien, der Fall war. Die Arbeiterbewegung trug anfangs einen rein wirtschaftlichen Charakter. Späterhin aber, nach dem Jahre 1907, als die Regierung zu Massenausweisungen von jüdischen, ungarischen, transsylvanischen Arbeitern schritt und den Arbeiterführer Rakowski des Landes verwies, nahm die Bewegung eine politische Färbung an. Im Herbst 1909 gab die mit der Protestversammlung anlässlich der Hinrichtung Ferrers zusammenfallende Verhaftung Rakowskis an der Grenze von Rumänien die Veranlassung zu dem ersten bedeutenden Zusammenstoß zwischen den Arbeitermassen und der Polizei. In Bukarest wurden mehrere Dutzend Arbeiter verprügelt; zahlreiche Verhaftungen erfolgten, und nach einiger Zeit fand der erste Prozeß gegen die sozialistischen Arbeiter statt. 1911, nach dem Sturz der liberalen Regierung und nachdem das Parlament ein Gesetz angenommen hatte, das den Angestellten und Arbeitern der staatlichen Unternehmen das Ausstands- und Verbandsrecht entzog, wurde die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet, die sämtliche sozialistischen Arbeitergruppierungen vereinte und mit der Organisation der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften in engem Zusammenhang stand. Auf dem im selben Jahre abgehaltenen Parteitag wurde das nach Erfurter Muster aufgestellte Parteiprogramm angenommen. Besondere Aufmerksamkeit verdiente das unter Leitung Konstantin Dobroshanus von M. Bushor ausgearbeitete Agrarprogramm. In diesem letzteren forderte die Partei die **tellweise** Enteignung von Großgrundbesitzen (ohne Entschädigung) und deren Uebergabe an die Bauerngemeinden in langjährige Pacht, die Zuteilung von Weideland an die Bauern und restlose Aufhebung derartiger Lehdienste, wie zwangsmäßige Arbeit für die Grundbesitzer u. a. m.

In seinem Werke „Die neue Leibeigenschaft“ (Nelo bagia), das unter der rumänischen Bourgeoisie einen Sturm der Entrüstung hervorrief und dem Verfasser erbitterte Ausfälle der liberalen Intellektuellen einbrachte, gibt der Theoretiker der Partei, der russische Emigrant Konstantin Dobroshanu eine glänzende Analyse der Lage der rumänischen Bauernschaft und unterzieht die Agrarreformen der liberalen Partei einer vernichtenden Kritik.

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges hielt die rumänische sozialdemokratische Partei sich in Nachahmung der deutschen Sozialdemokratie an eine streng legale Taktik. Auf dem Gebiete der Politik forderte die Partei die Reform des Wahlrechts, agitierte bei den Wahlen für ihre Kandidaten und leitete außerdem den wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften. Der

Kampf wurde hauptsächlich durch die Parteipresse, durch Veranstaltung von Massenversammlungen und friedlichen Straßenkundgebungen geführt. Auf irgendwelche Kompromisse mit den bürgerlichen politischen Parteien ging die rumänische Sozialdemokratie nicht ein. Die Propaganda wurde ausschließlich unter dem Stadtproletariat, den kleinen Handwerkern und den Handlungsgehilfen geführt. In dem Heere und in den Dörfern wurde keinerlei Agitation getrieben. Der Mitgliederbestand setzte sich bloß aus Arbeitern zusammen (einschl. Handwerkern und Handlungsgehilfen). Die Vertreter der Intellektuellen in der Partei konnten an den Fingern hergezählt werden. Diejenigen unter ihnen, die sich gleich zu Anfang entschlossen unter das Banner der Partef gestellt hatten, sind diesem Banner bis zum heutigen Tage treu geblieben.

Der Weltkrieg traf die Partei in einer Krise und einem erbitterten Streit über die Parteistatuten. Allein die der Existenz des gesamten Weltsozialismus drohenden Ereignisse, wie die erschütternde Kunde von der Ermordung Jaurès, die Nachricht von der Anerkennung des Krieges durch die deutsche sozialdemokratische Partei, von dem Chauvinismus, den die französischen Sozialisten ganz unerwartet an den Tag legten, ließen jedwede Meinungsverschiedenheiten in der Partei verstummen und führten zu einer zeitweiligen Aussöhnung der „Autonomisten“ und „Zentralisten“. Eine außerordentliche Konferenz wurde einberufen, die eine Protestresolution gegen den Krieg annahm. In dieser Resolution wurde dem Kriege der Krieg erklärt und die Neutralität Rumäniens als Kampfeslosung ausgegeben. Ferner wurde in der Resolution darauf hingewiesen, daß der Weltkrieg notwendigerweise zur sozialen Revolution führen müsse. Von diesem Augenblick an, nämlich von August 1914 bis zum 15. August 1916, d. h. bis zum Eintritt Rumäniens in der Krieg, verwandte die rumänische Partei ihre ganze Kraft und Tätigkeit auf den Krieg gegen den Krieg und auf den wirtschaftlichen Kampf gegen die einsetzende Lebensteuerung.

Ziffernmäßig war die Partei recht schwach: sie zählte insgesamt etwa 1000 Mitglieder, während die Gewerkschaften einen Mitgliedbestand von nicht mehr als 10 000 aufwiesen. Allein in den ersten zwei Jahren des Weltkrieges führte die Partei ihre ganze Kraft zu energischer Propaganda ins Feld, und durch weitestgehende Verbreitung ihres Organs „Lupta“ (Der Kampf), durch eine ganze Reihe von Aufrufen und volkstümlichen Flugschriften, durch Veranstaltung von zahlreichen Versammlungen vermochte sie sich die Neigung der breiten proletarischen Massen zu sichern. Die von der sozialistischen Partei veranstalteten Protestversammlungen gegen den Krieg zogen gewöhnlich mehrere tausend Zuhörer, vorwiegend Arbeiter, heran. An den Maikundgebungen von 1915 und 1916 nahmen gegen 10 000 Personen teil, während die von den herrschenden bürgerlichen Parteien, der konservativen und der liberalen, veranstalteten Versammlungen, trotz diensteifriger Unterstützung seitens der Polizei, mit Mühe und Not ein knappes Tausend Zuhörer zusammenbringen konnten.

Im Oktober 1914 begann die Partei das Tagblatt „Lupta“ herauszugeben, außer dem Monatsheft des Jugendverbandes und der Zeitschrift „Victoral Social“.

Im Februar 1915 veranstaltete die bulgarische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Sofia eine allbalkanische Protestversammlung gegen den Krieg. Die rumänische Partei entsandte ihre Vertreter zur Teilnahme an der Versammlung. Zu den Rednern gehörte übrigens auch der Vertreter der serbischen sozialistischen Partei, Genosse Lapschewitsch.

Bei dieser Gelegenheit wurde in Sofia der gemeinsame Kampf sämtlicher sozialistischer Parteien der Balkanstaaten gegen den Krieg in Aussicht genommen. Es wurde beschlossen, sich von jedweden sozialpatriotischen Elementen entschieden loszusagen und unter anderem endgültig mit der bulgarischen Partei der „weitherzigen Sozialisten“ zu brechen.

Im Mai desselben Jahres fand in Bukarest eine gemeinsame Beratung der rumänischen Sozialisten mit den Genossen von der bulgarischen Partei der „Tesnaki“ statt. Im Juli aber wurde in Bukarest eine allgemeine Konferenz der balkanischen sozialistischen Parteien abgehalten, der außer den rumänischen Genossen Vertreter der bulgarischen Partei der „Tesnaki“ und der griechischen sozialistischen Partei beiwohnten. Die Vertreter der serbischen Partei wurden durch die Kriegszustände an der Teilnahme verhindert. Bekanntlich wurde auf dieser Konferenz der Entwurf der Vereinigung der Balkanstaaten in eine föderative demokratische Republik ausgearbeitet. Ferner wurde ein Mißbilligungsvotum gegen die Verständigungspolitik der II. Internationale ausgesprochen. Im Herbst 1915 war die rumänische sozialistische Partei durch Gen. Rąkowski auf der Zimmerwalder Konferenz vertreten und schloß sich öffentlich der Zimmerwalder Kommission an.

Die Agitationstätigkeit der rumänischen Partei, die wiederholt eintägige politische Ausstände veranstaltete, währte bis zum Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg. Im Laufe dieser ganzen Zeit spielte die liberale Regierung eine überaus zweideutige Rolle: einerseits bereitete sie sich insgeheim für den Krieg vor und dienerte vor dem russischen Zaren Nikolaus II., der kein Gold für die Kriegsagitation sparte; anderseits brach sie offiziell ihre Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn bis zum Sommer 1916 nicht ab und gewährte der sozialistischen Agitation gegen den Krieg und für die Neutralität Rumäniens verhältnismäßige Freiheit. Allein jedermann begriff, worauf dieses Spiel hinauslief. Die unter dem Einfluß der Regierungspresse stehende friedliche Bevölkerung erklärte offenmütig: „Wir halten es mit dem, der sich als der Stärkere erweisen wird“.

Im Juni 1916 änderte die Regierung scharf ihre Beziehung zu der sozialistischen Agitation. Als die Galatzer Hafenarbeiter, unter Aufstellung nicht nur wirtschaftlicher Forderungen, sondern auch der Losung des Protestes gegen den Krieg, einen eintägigen Ausstand erklärten, behauptete der Stadtpräfekt von Galatz, Gussi, ein bekannter Agent der Zarenregierung, er werde keinerlei Kundgebungen zulassen. Und als die Arbei-

ter mit Frauen und Kindern eine friedliche Prozession durch die Straßen von Galatz veranstalteten, wurden Truppen herausgerufen, die Feuer auf die Arbeiter eröffneten. Zehn Mann wurden getötet, über hundert verwundet. Am 15. August 1916 erklärte die rumänische Regierung Oesterreich-Ungarn den Krieg. An diesem Tage fand die letzte von der sozialistischen Partei als Protest gegen den Krieg veranstaltete freie Versammlung statt. Der Zirkus, in dem die Versammlung um 12 Uhr mittags beginnen sollte, wurde von Truppen umzingelt, die zur Versammlung strömende Volksmasse von der Kavallerie zerstreut. So endete dieser Abschnitt im Kampfe der rumänischen Partei gegen den Krieg.

Zwei Wochen nach Beginn des Krieges wurde das Parteiorgan „Lupta“ sistiert. Gen. Rakowski wurde verhaftet und als gefährlicher Staatsverbrecher interniert. Fast alle Mitglieder der Partei wurden zum Militärdienst einberufen. In dem Zentralkomitee blieben bloß zwei Mitglieder. Doch nach dem schriftlichen Protest gegen Rakowskis Verhaftung, den diese beiden dem Minister des Innern, dem gewissen Sozialisten Morzunu und dem Vorsitzenden des Ministerrats, I. Bratlanu, einreichten, wurden auch sie verhaftet. Ein Teil der Genossen wurde nach einiger Zeit freigelassen, fünf Gewerkschaftssekretäre jedoch kamen ins Gefängnis. Das Lokal des sozialistischen Klubs wurde von der Polizei versiegelt; der Partei wurde aufs strengste verboten, irgendwelche Versammlungen, selbst wenn sie aus drei Personen beständen, zu veranstalten. Auf diese Weise wurde jede legale Tätigkeit unmöglich. Einige unserer Genossen machten dann den Vorschlag, zu geheimer Tätigkeit überzugehen, unter Anwendung mehr revolutionärer Kampfmethoden. Diese Genossen hielten es für verbrecherisch und sinnlos, in einem Augenblick untätig dazustehen, wenn das Blut unserer Brüder, der Arbeiter und Bauern Rumäniens, um der imperialistischen Interessen der Bourgeoisie willen vergossen wurde. Allein der Uebergang zu geheimer Tätigkeit und die Aenderung der Parteitaktik ließen sich nicht ohne weiteres bewerkstelligen. Der entsprechende Vorschlag wurde von der Partei mit Entrüstung aufgenommen. Die sozialdemokratische Partei darf nur offen vorgehen, behaupteten die Genossen hartnäckig . . .

In den ersten drei Kriegsmonaten geriet die sozialistische Bewegung in Rumänien völlig in Stillstand. Der größte Teil des Landes wurde von österreichisch-deutschen und bulgarischen Truppen zerstört. Die Regierung und ein bedeutender Teil der Bourgeoisie flüchteten aus dem von Bulgaren besetzten Constanza zuerst an die Donau, dann nach der Moldau und Rußland. Die Eisenbahnen und Landstraßen entlang zogen sich endlose Züge von Flüchtlingen. Am 6. Dezember 1916 besetzten die deutschen Truppen unter Feldmarschall Mackensens Führung Bukarest. Drei Viertel von Rumänien wurden von deutschen Truppen besetzt. Ein Teil der Parteigenossen blieb in Bukarest. Gar mancher von ihnen dachte, die Lage unserer Partei werde sich unter deutscher Okkupation bessern, man werde in gewissen Grenzen wieder legal arbeiten können.

Allein diese Hoffnungen fanden ein schnelles Ende. Zwar wurden die verhafteten Genossen auf freien Fuß gesetzt; unser Klub wurde wieder eröffnet, und im Laufe der ersten drei Monate konnten wir fast ohne Einmischung seitens der deutschen Polizei kleine Parteiversammlungen abhalten.

Doch bemühten wir uns vergebens um die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitung, Eröffnung einer Parteschule oder auch nur einer gewöhnlichen Schule, Veranstaltung legaler Parteiversammlungen. Die Lage der Arbeiter und der unbegüterten Bevölkerung im allgemeinen war in Bukarest, wie auch in anderen Städten, eine verzweifelte; die Hungersnot begann, die Familien der an die Front geschickten Soldaten blieben ohne Mittel zum Unterhalt. Die sozialdemokratische Partei sandte eine offizielle Eingabe über die bedrängte Lage der Bevölkerung an die deutschen Behörden, doch führte die Eingabe natürlicherweise zu keinem Ziel. An der „freien“ Moldau war die Lage eine noch schlimmere, die Sterblichkeitsziffer unter der Bevölkerung erreichte eine erschreckende Höhe; unsere Genossen hatten die ganze Wucht eines unerbittlichen weißen Regierungsterrors am eigenen Körper zu erproben. Jede Beziehung zur Moldau wurde abgebrochen; das ganze Land, die ganze Bevölkerung und nicht minder auch unsere Partei wurden in zwei verschiedene territoriale Hälften geteilt. Dieser Zustand währte zwei volle Jahre.

Doch dann, gegen Ende eines harten Winters, als wir bereits am Rande einer aussichtslosen Verzweiflung standen, als wir unsere Sache für lange Zeit hinaus verloren glaubten, brachen plötzlich die Strahlen einer warmen Sonne durch. Ich erinnere mich genau des hellen Wintermorgens, des ersten Sonnenstrahls und der unerwarteten Nachricht auf der ersten Seite des „Vorwärts“, daß in Rußland eine Revolution ausgebrochen sei.

Mit welcher Gier lasen wir später die kurzen, atemraubenden, so interessanten Berichte über die Ereignisse in Petrograd; welche Debatten entsprangen unter den Genossen über das zukünftige Schicksal der Revolution! Unser kleiner Kreis, der letzte Ueberrest der Partei, lebte wieder auf. Mitte März fand die erste unorganisierte Hungerkundgebung statt: 2000 Frauen erschienen auf den Straßen und forderten von den deutschen Behörden „Brot und Frieden“. Die Demonstration nahm einen friedlichen Verlauf. Gleichzeitig verbreitete die Partei ein hektographiertes Flugblatt, in dem von der weitgehenden Bedeutung der russischen Revolution die Rede war und die Forderung des sofortigen Friedensschlusses aufgestellt wurde. Das brachte die deutsche Polizei auf die Beine; in unserem Klub und in unseren Wohnungen wurden Haussuchungen vorgenommen; fünf Mitglieder der Partei, darunter auch die Schreiberin dieses Artikels, wurden verhaftet. Uebrigens wurden wir nach kurzer Zeit freigelassen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Jederlei Versammlungen wurden bedingungslos untersagt. Dieses Mal wendete unser Kreis sich wiederum an die deutsche Behörde mit der Bitte um Erlaubnis, den 1. Mai feiern zu

dürfen; anfangs versprach man unsere Bitte zu erfüllen, dann aber wurde das Versprechen zurückgezogen. Soviel ich mich erinnern kann, verlief die Maifeier von 1917 sehr stürmisch in Berlin und noch stürmischer in Ungarn. In Jassy befreiten die russischen revolutionären Truppen an diesem Tage Gen. Rakowski, der mit noch einigen rumänischen Genossen unverzüglich nach Rußland abreiste. Auf jenen Zeitpunkt fällt der Beginn unserer Beziehungen zu den bulgarischen Genossen, wie auch — durch unsere Genossen unter den deutschen und österreichischen Soldaten — zu der ungarischen und deutschen Partei. Die Nachricht von der in Aussicht genommenen Konferenz in Stockholm erweckte große Hoffnungen nicht allein in der Partei, sondern auch in der gesamten Arbeiterklasse Rumäniens; leider wurden diese Hoffnungen nur zu bald zu Wasser, doch für uns war die Stockholmer Konferenz schon allein deshalb von Bedeutung, weil sie uns die Möglichkeit gab, über die rumänische Grenze zu kommen und mit den russischen Genossen in Verbindung zu treten. Drei Monate lang bemühten wir uns vergeblich, von den deutschen Behörden die Erlaubnis zur Abreise zu erhalten. Die Partei hatte mich als ihren Delegierten gewählt; doch wahrscheinlich hatte die rumänische Polizei den Deutschen meine nahen Beziehungen zur russischen revolutionären Bewegung angezeigt, denn die deutsche Regierung in der Gestalt ihres Vertreters Mirbach verweigerte mir kategorisch die Reiseerlaubnis. Endlich, nach Einmischung der deutschen sozialdemokratischen Partei, wurde die Erlaubnis zur Reise nach Stockholm den Genossen Frimu und Konstantinesku erteilt. Nach der in Stockholm abgehaltenen III. Zimmerwalder Konferenz und der Veröffentlichung ihres Manifestes, wie auch unter dem Einfluß der zu uns durchgedrungenen Mitteilungen der rumänischen kommunistischen Gruppe in Odessa, zog unsere Bukarester Gruppe, die das Zentralkomitee der Partei vorstellte, wiederum die Aenderung der Taktik und die Möglichkeit eines revolutionären Hervortretens der Arbeiter- und Bauernmassen in Erwägung. Bedauerlicherweise verhinderte uns die durch den Krieg und die Okkupation verursachte völlige Desorganisation der Partei an der Durchführung einer planmäßigen Propaganda- und Organisationsarbeit, wie sie z. B. von unseren Genossen in Bulgarien vollbracht wurde . . . Nicht wenig störte uns auch unsere langjährige Gewohnheit, offen und legal vorzugehen . . . Die Propaganda wurde bei uns von einzelnen Personen und kleinen Gruppen geführt, die oft ohne jede Kontrolle des Zentralkomitees geheime Flugschriften herausgaben. Viele von diesen Blättern waren durchaus nicht in kommunistischem Geiste verfaßt . . . Andererseits erhielten wir Nachricht, daß unsere Genossen an der Moldau unter dem Einfluß des Regierungsterrors nach wie vor den Standpunkt der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit vertraten und, anstatt durch die bessarabischen Gruppen die russische Revolution zu unterstützen, teilnahmslos den sich vor ihren Augen entfaltenden großen Ereignissen zuschauten . . . Die russische Oktoberrevolution machte einen ungeheuren Eindruck auf die breiten Arbeitermassen Rumäniens. Unsere Gruppe in

Bukarest gab ein illegales Manifest heraus, das die Massen zu revolutionärem Vorgehen aufforderte . . .

Im Zusammenhang mit dieser Veröffentlichung, infolge unzulänglicher Geheimhaltung und des Zutuns eines Spitzels, der in unsere Partei eingedrungen war, fanden Verhaftungen statt. Ferner wurde die polizeiliche Aufsicht verschärft und fast ununterbrochen wurden Haussuchungen bei sämtlichen Mitgliedern des Zentralkomitees vorgenommen.

Nach unserem öffentlichen Protest gegen die Verhaftung unserer Genossen, denen die Todesstrafe drohte, wurde ihr Geschick gemildert: das Kriegsgericht verurteilte zwei von ihnen zu je vier Monaten Gefängnis und einen zur Internierung in einem Konzentrationslager in Deutschland.

Dem Brester Frieden folgte der Friede von Bukarest. Dieser Friede war bekanntlich ein überaus schwerer für Rumänien, und er stellte das Land in vollständige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Zentralmächten.

Der Tag des 1. Mai 1918 fiel für Rumänien mit dem Beginn der Friedensverhandlungen zusammen. An diesem Tage lud unsere Gruppe in einem Privatgarten außerhalb der Stadt zu einer geheimen Beratung ein, der außer den Mitgliedern des Zentralkomitees auch Vertreter des Bukarester Komitees, des Klubs, der Gewerkschaftskomitees und des Jugendverbandes, ferner Genossen aus drei anderen Städten und die kurz zuvor von der Moldau zurückgekehrten Genossen beiwohnten.

Auf der Beratung wurden Berichte über den gegenwärtigen Augenblick, über die Lage in der Republik Rußland und in Europa verlesen. Darauf wurde einstimmig beschlossen, ein neues Parteiprogramm auszuarbeiten und es bei der ersten besten Gelegenheit dem Parteitag zur Gutheißung zu unterbreiten, mittlerweile aber eifrig Propaganda zu treiben, nach Möglichkeit in die Dörfer durchzudringen und sich nicht an den Wahlen zu beteiligen, die nach Monatsfrist stattfinden sollten.

Diese konspirative Beratung sollte geheim gehalten werden. Doch auch dieses Mal erwiesen unsere Genossen sich als nicht genügend konspirativ, und der Sitzungsbericht fiel deshalb in die Hände der deutschen Polizei. Zwei Wochen nach der Beratung wurden die 13 Referenten unter Mitwirkung der rumänischen Polizei von den deutschen Behörden verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich sämtliche Mitglieder unseres Zentralkomitees mit Ausnahme eines Genossen, der zufälligerweise bei der Beratung nicht zugegen war. Wir wurden vor die Wahl gestellt: uns in ein Konzentrationslager nach Deutschland zu begeben oder aber, der Verschwörung gegen die Regierung angeklagt, in Rumänien vor Gericht gestellt zu werden und zwar vor ein Zivilgeschworenengericht.

Wir wählten das letztere.

Die Untersuchung zog sich zwei Monate hin; das Leben in dem Gefängnis zu Wakareschti war erträglich, bloß gestattete man uns keinen Empfang von Besuchern, selbst nicht von Verwandten; in den Augen der

Spießbürger waren wir eine Art von „Opfern der Deutschen“. Unter den Arbeitern rief unsere Verhaftung große Erregung hervor; vor dem Gefängnis wurden in einem fort Kundgebungen veranstaltet. Gerade als wir im Gefängnis saßen, tagte in Jassy das Parlament, doch außer einem einzigen Abgeordneten, dessen Name uns leider nicht bekannt ist, fand sich unter den Vertretern der sogenannten linksstehenden Parteien — den Volks- und den Arbeitsgruppieren — niemand, der sich entschlossen hätte, eine Anfrage über unsere Sache zu stellen. Jedoch zwei Monate nach unserer Verhaftung wurde dank der Bemühungen unserer bulgarischen Genossen von den Vertretern der Unabhängigen, Haase und Ledebour, im deutschen Reichstag eine Anfrage über unsere Verhaftung gestellt, und eine Woche später wurden wir auf freien Fuß gesetzt.

Mittlerweile begann es unter den Truppen, den österreichischen, deutschen und insbesondere den bulgarischen, zu gären. Bedeutsame Ereignisse zogen heran. Im September wußten wir genau, daß Anfang November in Bulgarien revolutionäre Ereignisse stattfinden würden. Der Ton der sozialistischen Zeitungen ließ darauf schließen, daß auch in Deutschland und Oesterreich die Revolution nicht allzu fern sei. Endlich gelang es uns, die Verbindung mit der Moldau herzustellen, und erst dann erfuhren wir von all den Schrecken des weißen Terrors an der Moldau, von der zwangsmäßigen Annexion Bessarabiens, die infolge des Verrats seitens der Bourgeoisie erfolgte; wir erfuhren ebenfalls von der schmachvollen Ermordung unseres Genossen Max Weckeler durch einen rumänischen Offizier in Jassy, von den zahlreichen Verhaftungen und der verschärften Tätigkeit der Kriegsgerichte an der Moldau und endlich von der völlig passiven Haltung der moldauischen Arbeitermassen und der rumänischen Truppe gegenüber den revolutionären Ereignissen in Rußland. . .

Der grenzenlose wirtschaftliche Zerfall, die Lebensteuerung, das unbehinderte Wachstum der Spekulation, all dieses rief endlich auch unter den rumänischen Arbeitermassen einen Entrüstungsausbruch hervor. Im Oktober 1918 begann ein Eisenbahnerausstand in der Moldau; der Streik verbreitete sich nach Bukarest; ihm folgten Ausstände in anderen Arbeitszweigen. Die noch immer in Rumänien weilenden deutschen Behörden setzten der Veranstaltung von Versammlungen im sozialistischen Klub keine Hindernisse mehr entgegen; die Versammlungen wurden immer stärker besucht; das Haupterörterungsthema bildete die russische Revolution. Wir arbeiteten im Namen der Partei eine Erklärung aus, in der wir auf die Notwendigkeit einer Aenderung der Parteitaktik und der Vorbereitung zur Einführung der Diktatur des Proletariats hinwiesen. Die Einberufung eines Parteitages wurde für die nächste Zukunft in Aussicht genommen. Im November brach in Bulgarien, Oesterreich und Deutschland die Revolution aus. Die deutschen Behörden und Truppen verließen Rumänien. Ohne Aufschub verkündete König Ferdinand an der Moldau die Mobilisation und den Kriegszustand. Nach dem Abmarsch der deut-

schen Truppen blieb die rumänische Residenz zwei Wochen lang faktisch ohne jede Verwaltung; wäre im rumänischen Proletariat das Klassenbewußtsein genügend entwickelt, wären die Arbeiter gut organisiert gewesen, so hätten sie mühelos die Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats verkünden können. Jedoch Mangel an Vertrauen auf ihre eigenen Kräfte und völlige Desorganisation ließen sie auch hier, wie an der Moldau, den günstigen Augenblick verpassen.

Die Partei beschränkte sich auf die Veröffentlichung eines revolutionären Aufrufs an die Bürger und Arbeiter mit einem Protest gegen die Mobilisation; außerdem wurde die erste Nummer der Zeitung „Der Sozialismus“ herausgegeben. Mit dem Einzug der Königlichen Truppen in Rumänien wurde die Zensur eingeführt, doch war der Aufruf zum größten Teil bereits gedruckt und verbreitet, sodaß die Zensur ihn wohl oder übel gutheißend mußte.

Nachdem die Deutschen das Land verlassen hatten, brach die wirtschaftliche Arbeiterbewegung mit unerwarteter Kraft los. Sie griff mit elementarer Gewalt und völlig unorganisiert um sich. Die sozialistische Partei war nicht imstande, die Bewegung in die Hand zu bekommen. Einzelne Ausstände entflamten ohne jede Warnung im ganzen Lande, um ebenso plötzlich wieder zu verlöschen. Vorläufig ging alles friedlich von statten, ohne offene Zusammenstöße mit der Regierung. In Jassy arbeitete in dieser Beziehung die Gruppe der orthodoxen Sozialdemokraten, die sog. „Minimalisten“, während in Bukarest zu jener Zeit drei Richtungen bestanden: die sehr schwach vertretene Richtung der „Minimalisten“, die aus organisierten Maximalisten und Zentralisten bestehende Zentrumsgruppe und endlich die gewissermaßen anarchistische Richtung der ungenügend klassenbewußten Arbeiter und eines Teils der Jugend. Vor die Tatsache einer stetig wachsenden Arbeiterbewegung gestellt, begann die rumänische Regierung ein Doppelspiel zu treiben: einerseits erklärte sie durch ihre amtlichen Vertreter und die Presse ihre Bereitwilligkeit, den Weg der Reformen und Ausgleichs zu beschreiten und ihren Wunsch, die allerbesten Beziehungen zu der sozialistischen Partei zu unterhalten; sie veröffentlichte sogar eine Verfügung über teilweise Entelgnung des Großgrundbesitzes, über Landzuteilung an die Bauern usw. Andererseits aber ließ sie das Land im Kriegszustand, übte in barbarischer Weise Zensur aus und setzte nach wie vor ihre beliebten Methoden der Bestechung und Provokation der Arbeiter in Bewegung. Unsere Partei, die zu jenem Zeitpunkt über vier Tagesblätter: in Bukarest, Ploesch, Braila und Jassy verfügte, war bestrebt die Arbeitermassen durch die Presse mit den Ereignissen in Rußland, dem Verlauf der russischen Revolution und dem Programm der kommunistischen Partei bekannt zu machen. Zu gleicher Zeit wurde auf Versammlungen Propaganda für die Idee der Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gemacht. Uebrigens trug diese Propaganda einen rein theoretischen Charakter.

Am 13. Dezember 1918 erklärten sämtliche Druckereiarbeiter in Bukarest den Ausstand und forderten Lohnerhöhung. . . Die Zeitungsredaktionen wandten sich an die sozialistische Partei mit dem Versprechen, den Streik zu unterstützen, falls die Partei ihrerseits ihnen helfen wolle, die Aufhebung der Zensur zu erkämpfen. Tags zuvor brachte das Regierungsorgan „Victorul“ einen Drohartikel gegen die Bolschewiki, die die Zeitung des Hochverrats anklagte.

Am Tage des Druckerausstandes konnte das Zentralkomitee sich nicht versammeln, die Genossen aus dem Gewerkschaftszentralkomitee waren ebenfalls abwesend, und eine kleine Gruppe von Genossen, die sich eingefunden hatten, beschloß die Drucker durch eine Straßenkundgebung und die Erklärung eines Generalstreiks zu unterstützen. Die Genossen hatten nicht einmal Zeit, alle Arbeiterorganisationen von ihrem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Um 3 Uhr nachmittags wurde ein kleines Häuflein von zufälligen Demonstranten und Druckern, die sich ihnen angeschlossen hatten, von einem hinbeordneten Truppenteil umzingelt; die Metallarbeiter aus den Fabriken, die inzwischen herangekommen waren, eilten ihren Genossen mit dem Kampfruf „Nieder mit der Armeel“ zur Hilfe. Auf Befehl des Präfekten von Bukarest, General Stefanescu, feuerten die Soldaten eine Salve ab; gegen 20 Mann wurden getötet und mehr als hundert verwundet. . . Die am Orte des Zusammenstoßes eintreffenden Arbeitermengen flohen in panischem Schrecken. Eine Gendarmerieabteilung stürmte das Lokal des sozialistischen Klubs und zerstörte es bis auf den Grund. Die im Lokal anwesenden Genossen wurden auf das grausamste mit Gewehrkolben bearbeitet, die Arbeiterinnen wurden von den Gendarmen an den Haaren auf die Straße gezogen. Sämtliche Verhafteten wurden auf die Polizei gebracht; unterwegs mußten sie einen Hagel von Drohungen und Schmährufen seitens der bürgerlichen Straßenmeute über sich ergehen lassen.

Bis zum Anbruch der Nacht wurden gegen 200 Verhaftungen vorgenommen. Viele von uns wurden zu Hause verhaftet, ohne daß wir von dem Vorgefallenen auch nur eine Ahnung gehabt hätten. Dieses Mal legte die liberale Regierung die Maske ab und zeigte sich offen als unser Feind. Acht Tage lang schmachteten wir in dem berüchtigten Kellergeschoß des Bukarester Polizeigebäudes, wo wir zu je 60 Personen in Zellen von 2 Quadratmeter Größe untergebracht waren. Die Behandlung, die uns zuteil wurde, war die denkbar schlechteste. In der zweiten Nacht wurden die Genossen Frimu, Kritesku, Moskowitsch und Pal grausam mißhandelt. Das gleiche Schicksal harnte auch meiner; doch als ich rundweg erklärte, ich würde mir das Leben nehmen, sollte die Drohung ausgeführt werden, ließen die Henker mich in Ruhe. Gen. Frimu starb später an den Folgen der Mißhandlung, obgleich amtlich kundgegeben wurde, er sei am Typhus gestorben. All dieses geschah mit Wissen des Ministerpräsidenten Bratianu und des Ministers des Innern Mirsesku.

Wir alle wurden dem Kriegsgericht überwiesen. Doch gleich bei

dem ersten Verhör beim Kommissar zeigte es sich, daß keinerlei Belege unserer Anteilnahme an der Vorbereitung eines Aufstandes vorhanden seien. Es war erwiesen, daß die ganze Sache auf die Veranstaltung eines friedlichen ökonomischen Streiks hinauslief. Allein die Regierung wollte ihren Plan, die Sozialisten zu vernichten, nicht aufgeben und begann neue Agenturauskünfte zu sammeln und Verhaftungen vorzunehmen. Der Verfasserin dieser Zeilen wurde noch vor ihrer Befreiung vorgeschlagen, das Land auf immer zu verlassen, nichtsdestoweniger aber verweigerte man ihr dennoch die Reiseerlaubnis. Endlose Gerichtsverhandlungen begannen. Unser Prozeß diente als vortreffliches Agitationsmaterial nicht nur in Rumänien, sondern auch in Transsylvanien und der Bukowina. 3½ Monate später sah die Regierung sich unter dem Drucke eines vollen Umschwungs in der öffentlichen Meinung zugunsten der Sozialisten, wie auch unter dem Drucke der stetig zunehmenden Agitation unter den Arbeitermassen, genötigt, die Verhafteten frei zu lassen, mit Ausnahme von 4 Personen, die sich des Unterhalts persönlicher Beziehungen zu den russischen und ungarischen Bolschewiki schuldig erwiesen hatten.

Also schmählich endete der Versuch der Regierung, die rumänische Partei zu erdrosseln.

Im April 1919, nach Freilassung aller Genossen, fand endlich unter Anteilnahme von Vertretern der sozialistischen Parteien Transsylvaniens und der Bukowina eine Parteikonferenz statt. Die bessarabische Gruppe sandte bloß eine Erklärung, daß sie in vollem Einvernehmen mit den russischen Parteien arbeite. Auf der Konferenz wurde endgültig die Parteideklaration ausgearbeitet, die als nächstliegendes Ziel die Diktatur des Proletariats anerkannte.

Die auf der Konferenz verlesenen Berichte zeigten, daß die Zahl der im Gewerkschaften organisierten sozialistischen Arbeiter bereits 35.000 erreichte und die Zahl der übrigen Mitglieder der sozialistischen Partei 2500 betrug. In Transsylvanien umfaßt die sozialdemokratische Partei 75.000 Genossen, die den Gewerkschaften und der Partei angehören; in der Bukowina besteht die sozialdemokratische Partei aus 15.000 Mitgliedern.

Die Konferenz sprach sich mit Stimmenmehrheit für den Anschluß an die III. Internationale aus, doch wurde die endgültige Entscheidung bis zum Parteitag verlegt. Ferner wurde im Namen der russischen Partei der Wunsch ausgedrückt, daß die transsylvanische Partei ihre Vertreter, die Genossen Fluersch und Schumanku, aus der provisorischen Regierung Transsylvaniens abberufe. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, die Wahlen in die rumänische konstituierende Versammlung zu weitgehender Agitation unter den Volksmassen auszunutzen und eigene Kandidaten aufzustellen.

Ein neues Parteiprogramm wurde angenommen: in der Agrarfrage beschloß die Partei, die Sozialisierung des Bodens zu fordern, in bezug auf die Industrie aber die teilweise Nationalisierung der Fabriken und Werke.

Die Verfolgungen der sozialistischen Partei wurden nach der Konferenz wieder aufgenommen. Einige Mitglieder der Partei mußten ins Ausland flüchten. Ungeachtet dieser Repressalien aber fuhr die Arbeiterbewegung in ihrem Wachstum fort, und bloß das neue militärische Abenteuer der rumänischen Regierung in Ungarn hemmte zeitweilig ihren natürlichen Entwicklungsgang.

K. Arbori-Ralli.



Polen und die Weltrevolution.

(Schluß)*)

3. Die polnischen Gebiete bei Kriegsausbruch.

Bei Ausbruch des Krieges zwischen den drei Raubstaaten, die über Polen herrschten, erwies sich die gesamte herrschende Klasse Polens auf seiten „ihrer“ Regierungen: Warschau überschlug sich in Kriegsbegeisterung für Rußland, Krakau in Begeisterung für Oesterreich, Posen verhielt sich mit einiger Reserve, aber äußerlich war es loyal gegen Deutschland.

Beginnen wir mit Galizien, weil hier von Anfang an eine aktive Kriegspolitik seitens der polnischen politischen Gruppen getrieben wurde.

Wie gesagt, hatte die Sozialdemokratische Partei Galiziens seit Jahren in Verbindung mit dem österreichischen Generalstab gestanden, und als der Krieg ausbrach, erstand mit einem Schlage unter aktiver Mitwirkung Daszynskis und der gesamten Parteileitung und unter Kommando Pilsudskis eine „polnische Legion“ zum Kampfe gegen Rußland. In erster Linie waren es politische Flüchtlinge aus Russisch-Polen, die sich dieser Freischar anschlossen, sie bildeten den Kern der Truppen. Außerdem zogen viele galizische Wehrpflichtige es vor, in der Legion statt im österreichischen Heere zu dienen. Die österreichische Heeresleitung ließ alle Künste der Demagogie spielen, um die patriotische Rage dieser jungen Leute auszunützen. Die Legion hatte polnisches Kommando, eine besondere Uniform mit nationalen polnischen Abzeichen. Kriegerisch leistete sie von Anfang an Tüchtiges.

Gleichzeitig bildete sich in Krakau mit Genehmigung der österreichischen Regierung ein „National-Komitee“ zur Unterstützung der Kriegsführung gegen Rußland, in dem neben dem Exminister Jaworski Herr Daszynski paradierte. Dieses Komitee trieb eine intensive Propaganda, bei der der Haß gegen den Zarismus die Hauptrolle spielte. Die Politik dieses Komitees krankte von Anfang an an einer inneren Verlogenheit. Wie konnte man in der Tat das polnische Volk zum Kampfe gegen den Zarismus aufrufen, wenn es galt, diesen Kampf Schulter an Schulter mit der preußischen Regierung zu führen? War nicht diese preußische Regierung ein noch schlimmerer Feind des Polentums als der Zarismus? Bedeutete nicht der Sieg des deutschen Imperialismus, für den die Polen ihr Leben in die Schanze schlagen sollten, die schlimmste Gefahr für die Polen als Nation? Und Oesterreich? War es nicht ebenfalls der nationale Unterdrücker, wenn auch mit sanfteren Mitteln? Im Siege des deutsch-österreichischen Imperialismus über den russischen war ein Heil für das polnische Volk

*) Siehe „Die Kommunistische Internationale“ Nr. 6, Seite 83—95.

sicher nicht zu suchen, sondern es hieß zum Brudermord auffordern, wenn man die polnischen Soldaten in österreichischer Uniform gegen die polnischen Soldaten in russischer Uniform hetzte. Dieser Zwiespalt wurde noch klaffender, als es sich in den ersten Monaten des Krieges erwies, daß Oesterreich als kriegführende Macht eine klägliche Rolle spielte, daß nicht das halbwegs polenfreundliche Oesterreich, sondern das polenfeindliche Deutschland das Heft in der Hand hatte und daher im Siegesfalle nicht der Habsburger, sondern der Hohenzoller über das Schicksal der Polen verfügen würde.

Diese innere Lüge bewirkte denn auch, daß die Propaganda recht wenig Erfolg hatte. Die Politiker vom Schlage Pilsudskis und Daszynskis hatten darauf gerechnet, daß das Eindringen der polnischen Legion in Russisch-Polen dort den nationalen Aufstand entfachen würde, und die Spekulation hierauf hatte die österreichische Regierung bei der Inszenierung des Unternehmens geleitet. Diese Hoffnung schlug indessen gründlich fehl: die Bauern und die Arbeiter jenseits der Grenze empfangen die Legionen als Feinde und dachten gar nicht daran, sich ihnen anzuschließen. Das war die erste bittere Enttäuschung.

Warschau, das „Herz Polens“, aber war bei Kriegsbeginn nicht nur loyal, sondern begeistert für das zaristische Regime. Es spielten hier verschiedene Motive mit. Vor allem brach spontan der wütende Haß gegen das Deutschtum aus, gegen Deutschland als „Erbfeind“ der polnischen Nation. Daneben war es der Bluttausch, der weite Kreise des Volkes erfaßte. Die gleiche Suggestion, die bei Anfang des Krieges die Massen, besonders der städtischen Bevölkerung aller Länder erfaßte, wirkte auch in Polen und erwies sich stärker als der Haß gegen die fremde Regierung. Es ist jedenfalls Tatsache, daß in Russisch-Polen die Wehrpflichtigen sich nicht nur nicht dem Kriegsdienst entzogen, sondern freiwillig sich stellten. Vielleicht ist die Ursache darin zu suchen, daß der Haß gegen die Deutschen, eine Folge der infamen preußischen Unterdrückungspolitik, stärker war als der Haß gegen das zaristische Regime. Indessen will mir scheinen, daß bei diesem blindwütigen Kriegstaumel Ueberlegungen überhaupt die geringste Rolle spielten. Der Drang zu kämpfen, zu morden, angefacht durch die mit allen Mitteln des Staates betriebene Propaganda, machte in den ersten Kriegswochen hier, wie überall, die Massen taub und blind. Ein nicht zu unterschätzendes Motiv war ferner auch der Kriegsprofit. Die russische Regierung brauchte die hochentwickelte polnische Industrie zur Kriegsführung und kargte mit dem Gelde nicht. Die Armee, die in Polen aufmarschierte, brachte ebenfalls Geld ins Land; die Offiziere feierten Orgien, und selbst der einfache Soldat hatte in den ersten Wochen Geld in der Tasche, und ließ es draufgehen. Warschau „schwamm im Gelde“, und das erzeugte Kriegsrasch und Siegestimmung. Am allerwenigstens wirkten ganz sicher die Manifeste der Regierung. Wenn Nikolai Nikolajewitsch den Polen leichter Hand die Freiheit versprach, schenkte kein ernsthafter Politiker dem Glauben. Höchstens bestand das

unklare Gefühl, daß im Fall eines russischen Sieges die drei Teile Polens vereinigt würden und daß daraus ein Vorteil für die Polen entstehen könnte.

In diesem allgemeinen Kriegstaukel behielten einzig die klassenbewußten Proletarier klaren Kopf. Die „Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens“ erfüllte ihre revolutionäre Pflicht und begann sofort den Kampf gegen den Völkermord, und ebenso die „Liewica“, der wirklich revolutionäre, marxistische Flügel der P. P. S. Indessen verhalten, wie in allen Ländern, diese Stimmen erfolglos in dem allgemeinen Kriegsräusche.

Eine sonderbare Stimmung herrschte in den polnischen Ländern unter preußischer Herrschaft. Die polnischen Abgeordneten im Reichstag stimmten für die Kriegskredite und wurden nicht müde, die Loyalität der Polen zu beteuern. Die Wehrpflichtigen traten unter dem Druck der Disziplin ohne Murren in die Regimenter ein, und viele von ihnen wurden sicher von dem Kriegstaukel erfaßt. Aber im allgemeinen war die polnische Bevölkerung feindselig gegen Deutschland gestimmt. Die grobschlächtige, von der Regierung betriebene Propaganda, deren Leitmotiv war: „Die Kosakenhorden werden das Land überschwemmen, wenn nicht alle für den Krieg wirken“, machte in den polnischen Provinzen, die doch gerade am ersten einer russischen Invasion ausgesetzt waren, keinen Eindruck. Kenner der Verhältnisse, die Gelegenheit hatten, damals an Ort und Stelle zu beobachten, versichern, daß wenn das russische Heer in Posen einmarschiert wäre, es von der polnischen Bevölkerung mit offenen Armen empfangen worden wäre. Der Regierung war diese Stimmung wohl bekannt, und sie zögerte nicht, mit scharfen Repressalien vorzugehen, was selbstverständlich die Sache noch verschlimmerte.

Vereinzelt fanden sich freilich Politiker aus diesen Provinzen, die sich der deutschen Regierung mit Eifer zur Verfügung stellten und den hoffnungslosen Versuch machten, in den Städten Russisch-Polens, die von deutschen Truppen besetzt wurden, Propaganda für Deutschland zu machen. Heute aber sehen wir einige von ihnen, vor allem Herrn Korfanty, in der polnischen Regierung eine Rolle spielen, und sie gebärden sich als Haupttrüfer im Streit gegen Deutschland.

Mit der Besetzung Polens durch die deutsch-österreichische Armee begann für die Sieger die „polnische Frage“ aktuell zu werden. Es begann ein infamer Schacher zwischen Deutschland und Oesterreich, und an diesem Schacher beteiligten sich mit Eifer polnische Patrioten, Herr Daszynski und seine Partei mit einbegriffen.

Zunächst wurde ein Provisorium geschaffen. Die deutsche Regierung setzte einen „Regentschaftsrat“ in Warschau ein. Von einflußreichen Politikern gab sich niemand zu dieser Rolle her, und in Ermangelung anderer Leute wurden dann zwei der ersten besten Aristokraten, Fürst Lubomirski und Graf Ostrowski nebst dem Erzbischof Kakowski mit den

Aemtern beglückt. Auch ein Ministerrat wurde geschaffen, und es fanden sich abermals nur ein paar Nullen, politische Streber, die sich dazu hergaben. In Wirklichkeit herrschten die Okkupanten, und zwar blieben zwei Okkupationen — in einem Teil des Landes die deutsche, im anderen die österreichische, — bestehen; ihre Aufgabe war vor allem, das Land der deutsch-österreichischen Kriegsführung nutzbar zu machen, und sie haben denn auch das System der Plünderung bis zur äußersten Grenze getrieben. Besonders in der deutschen Okkupation hat der General Beseler Unglaubliches geleistet. Nicht nur mußte die Landwirtschaft und die Industrie hergeben, was irgend Deutschland brauchen konnte — Produkte, Rohstoffe, Maschinen, — sondern es wurde auch die niederträchtigste Kriegssklaverei durchgeführt: Hunderttausende polnischer Arbeiter wurden nach Deutschland verschleppt, wo sie auf den Gütern der Junker, in den Munitionsfabriken und Bergwerken arbeiten mußten. Daß dadurch der Haß gegen das Deutschtum bis zum äußersten getrieben wurde, ist selbstverständlich. In Deutschland aber ging die Verblendung so weit, daß allen Ernstes in der Presse und im Parlament den Polen „schnöder Undank“ vorgeworfen wurde, weil sie nicht den „Befreiern vom Moskowiterjoch“ zjubelten. Schier unglaublich, aber wahr: diese Töne schlug auch die sozialdemokratische Presse an (besonders das „Hamburger Echo“ und das Leibblatt Noskes die „Chemnitzer Volksstimme“).

Dieses Provisorium konnte indessen nicht ewig dauern. Die deutsche Regierung zögerte jedoch, ihre Pläne kundzugeben. Mit gutem Grunde: in Berlin hegte man immer noch Hoffnung, mit der zaristischen Regierung zu einem Sonderfrieden zu gelangen und war bereit, ihr dann nicht nur das „befreite“ Polen wieder auszuliefern, sondern unter Umständen Galizien dazu, denn einen Verrat an den österreichischen Bundesgenossen hätte man gern in den Kauf genommen.

Oesterreichischerseits dagegen machte man den Polen rosige Hoffnungen, zwar nicht auf die Selbständigkeit, aber auf eine Vereinigung Russisch-Polens mit Galizien unter dem gnädigen Szepter der Habsburger.

Und die polnischen Politiker? Sie trieben lustig Konjunkturpolitik. An eine Wiederherstellung Polens war bei einem deutschen Siege nicht zu denken. Vor allem war es klar, daß die Provinzen unter preußischer Herrschaft nichts zu hoffen hatten. In der Tat: dem preußischen Raubstaate, der auf neuen Völkermord ausgezogen war, zumuten, daß er als Sieger auf früheren Raub verzichten solle, war absurd. Daher verzichteten die Politiker des Krakauer Nationalkomitees leichten Herzens auf Posen, Westpreußen und Oberschlesien. Ihre Presse, das Krakauer „sozialdemokratische“ Organ eingerechnet, empfand es nicht als nationale Schmach, diesen Verzicht zu leisten, bei dem über vier Millionen Polen der preußischen Ausrottungspolitik ausgeliefert blieben. Dafür war man drauf und dran, die Herrlichkeit eines polnischen Teilstaates, bestehend aus dem bisherigen Russisch-Polen und Galizien, auszumalen. Die Publizisten der

P. P. S. mühten sich zu beweisen, wie lebensfähig dieses Staatsgebilde sein würde, und zerbrachen sich den Kopf, ob die österreichisch-ungarische Monarchie dann vom Dualismus zum Trialismus übergehen würde, oder ob es ohne diese „Reform“ abgehen würde. Wer gar optimistisch war, sah allerdings bereits ein selbständiges Königreich Polen, für das der König alsbald in Person des österreichischen Erzherzogs Stefan, dessen Sohn mit einer Fürstin Czartoriska verheiratet ist, gefunden war. Auch diese Kombinationen machten die Sozialpatrioten lustig mit.

So dauerte das Kinderspiel, bis die russische Revolution ausbrach. Jetzt galt es auch für die deutsche Regierung, sich konkreter über die Zukunft zu äußern, denn es bestand die Gefahr, daß das revolutionäre Rußland starke Anziehungskraft auf Polen ausüben würde. Indessen waren die maßgebenden Kreise nicht einig. Die österreichische Kombination wurde fallen gelassen, da es der Militärpartei gefährlich schien, den Verbündeten, mit dem man bereits sehr peinliche Konflikte hatte, zu stärken. Dagegen bequeme man sich zur Schaffung eines „Pufferstaates“ aus Russisch-Polen, dessen Selbständigkeit höchst fragwürdig geworden wäre. An Kandidaten für die Krone fehlte es nicht. Es meldeten sich die Wittelsbacher (Bayern), weil im 16. Jahrhundert einer ihrer Vorfahren eine Jaggellonische Prinzessin geheiratet hatte, und die Wettiner (Sachsen), weil zwei ihrer Vorfahren im 18. Jahrhundert den polnischen Thron geschändet hatten.

Damit aber dieser Pufferstaat nicht gar zu üppig würde, forderte Ludendorff eine „Grenzregulierung“, bei der das Kohlenbecken von Dombrowa, der Industriebezirk Lodz und überhaupt der westliche Teil des Landes bis an die Pilitza an Deutschland fallen sollte.

Diese schönen Pläne machten es selbst den nationalsozialistischen Politikastern unmöglich, weiter am preußisch-deutschen Strange zu ziehen, und in Wien war man äußerst ungehalten. Es gab zu jener Zeit viel Aufregung zwischen Berlin und Wien. In Berlin hielt man es jedenfalls für geboten, der polnischen Legion, die man bisher rücksichtslos als Kanonenfutter gebraucht hatte, den Garaus zu machen, und Herrn Pilsudski widerfuhr unerwartetes Glück: er wurde in Magdeburg gefangen gesetzt.

Die Warschauer Kreaturen des Generals Beseler, die Herren vom Regimentsrat und ihre Minister machten freilich auch diese Politik mit.

Auf die Februarevolution folgte die russische Novemberrevolution. Die proletarische Regierung Rußlands erklärte in der polnischen Frage, was selbstverständlich war: das revolutionäre Proletariat verzichtet auf jede nationale Unterdrückung und stellte es dem polnischen Volke frei, über sein Schicksal zu entscheiden; in Brest suchten die Vertreter Rußlands die Anerkennung dieses Rechts von Deutschland zu erzielen. Die deutsche Regierung weigerte sich indessen, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ anzuerkennen, sie behielt den Raub in den Klauen und wollte nach eigenem Ermessen über das „befreite Polen“ bestimmen.

4. Das Entstehen des neuen polnischen Staates.

Ein halbes Jahr später war es plötzlich aus mit der Politik der starken Faust: die Revolution in Oesterreich und Deutschland brach die Ketten der Fremdherrschaft für Polen. Die Vorgänge, die sich nun in Polen abspielten, sind derart anormal, daß sie für die meisten Zeitgenossen vollständig unerklärlich erscheinen.

Suchen wir, uns ein Bild zu machen.

Die Anhänger des Herrn Pilsudski beliebten es so darzustellen, als hätten sie die deutschen und österreichischen Okkupationsstruppen entwaffnet. Das ist krasse Uebertreibung. Diese Truppen waren durch das Garnisonsleben im höchsten Grade demoralisiert; Soldaten und Offiziere waren zu widerlichen Marodeuren und Spekulanten geworden. Als die Revolution in Oesterreich ausbrach, waren einige Tage später sämtliche österreichische Soldaten in Polen in voller Flucht. Niemand brauchte sie zu entwaffnen, denn sie warfen von selbst die Waffen fort und ließen alles Kriegsmaterial im Stich. Das ganze von diesen Truppen bisher besetzte Gebiet Polens war plötzlich „herrenlos“ geworden. Es ist das ein Gebiet ohne Großstädte, das reine Agrarland. Die Bauernschaft in diesem Gebiet aber, namentlich im Gouvernement Lublin, gehört zu der aufgeklärtesten Polens. Sie suchte alsbald sich zu organisieren. Ferner bestand in dem österreichischen Okkupationsgebiet ein Geheimbund, die „Polnische militärische Organisation“, der die früheren Legionäre angehörten. Die Bauern und diese Legionäre ergriffen nun die Macht. So entstand die „Lubliner Regierung“, an deren Spitze Daszynski trat. In Westgalizien standen nur wenig Truppen, und zwar waren es zunächst Regimente aus anderen österreichischen Kronländern, und die Soldaten hatten es nicht minder eilig, nach Hause zu gelangen. Daher war es der „Lubliner Regierung“ ein Leichtes, sich auch in Westgalizien zu befestigen. Diese Regierung proklamierte alsbald demokratische Reformen: allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlen für Männer und Frauen, Selbstverwaltung, Achtstundentag. An revolutionäre, proletarische Forderungen dachte sie nicht. Da die Fabrikarbeiter zu jener Zeit in Deutschland und in Rußland weilten, war niemand da, der die Herren von der P. P. S. an den Sozialismus erinnert hätte. Inzwischen strömten die Legionäre, die man in die österreichische Armee oder in Gefangenenlager gesteckt hatte, herbei, und mit ihrer Hilfe bildete die „Lubliner Regierung“ eine Volksmiliz, die mit den vorgefundenen Waffen ausgerüstet wurde. Waren es auch nur ein paar tausend Mann, so war es doch eine organisierte Truppe, was bei dem allgemeinen Chaos von Bedeutung war.

Während sich das im österreichischen Okkupationsgebiet abspielte, blieb in Warschau und im deutschen Okkupationsgebiet zunächst alles beim alten.

Erst ein paar Wochen später, als auch in Deutschland die Revolution ausbrach, spielten sich hier ähnliche Dinge ab. Die deutschen Soldaten ließen alles im Stich und strömten heimwärts. Herr v. Beseler war über

Nacht machtlos geworden. Die Herren Regenten fühlten, daß sie die best-gehaßten Leute in Warschau waren und beeilten sich, in der Versenkung zu verschwinden. Sie flehten Herrn v. Beseler an, Pilsudski freizulassen, denn in ihm, dem populären Führer der Legion, sahen sie den einzig möglichen Retter. Ihre Bitte wurde gewährt, Pilsudski kam, wurde von den Regenten zum „Oberhaupt des polnischen Staates“ ernannt, und Herr Daszynski schickte ihm einen Teil der Miliz aus Lublin, und die „Warschauer Regierung“ war fix und fertig.

Da auch in Warschau und Lodz die Arbeiter fehlten, so gab es niemand, der das Idyll stören konnte, zumal bei der allgemeinen Freude über die Befreiung von der Beselerschen Herrschaft die Bevölkerung willig alles über sich ergehen ließ. Die Reaktionäre, die freilich den „Sozialisten“ Pilsudski mit scheelen Augen ansahen, beruhigten sich bald, als sie sahen, daß er noch zahmer war als Herr Daszynski und daß er die einzige Sorge, die sie in diesen Tagen hatten, beseitigte, da er, gestützt auf die Miliz, eifrig für „Ruhe und Ordnung“ sorgte. .

Zwischen der Warschauer und Lubliner Regierung gab es ursprünglich einige Reibungen, aber man einigte sich bald. Herr Pilsudski ernannte zu Ministern ein paar ultragemäßigte Mitglieder der P. P. S. (Herr Daszynski freilich zog sich schmallend zurück) und ein paar nicht minder gemäßigte Demokraten. Im übrigen versprach er einen „konstituierenden Landtag“ einzuberufen, aber die Bedingungen (allgemeine, gleiche, direkte Wahl mit Einschluß der Frauen), die in Lublin proklamiert waren, mußte die Warschauer Bourgeoisie in Kauf nehmen, denn ein Zurück hätte die Volksmassen gar zu sehr vor den Kopf gestoßen.

In Posen ging folgendes vor sich: die Garnison der Festung Posen bestand ausschließlich aus landesfremden Deutschen, ebenso die Garnison der übrigen Städte; auch diese Soldaten eilten heimwärts. Dagegen kamen in Massen Polen heim, die in der Westfrontarmee gedient hatten.

Wie überall in Deutschland wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, und diese erwiesen sich in der Provinz Posen naturgemäß polnisch. Die Regierung Ebert-Scheidemann, weit entfernt, ähnlich der proletarischen Regierung Rußlands das Selbstbestimmungsrecht der Polen anzuerkennen, nahm eine polenfeindliche Haltung an, worauf nach kurzem Kampfe mit den Deutschen in Posen ein polnischer „Volksrat“ gebildet wurde, der die Verwaltung übernahm. Gemäß den geschilderten sozialen Verhältnissen in Posen erwies sich dieser Volksrat als kleinbürgerlich - reaktionär. Er beschloß in seiner Weisheit, daß die Lösung der polnischen Frage Sache der Friedenskonferenz sei, und betrachtete seine Aufgabe darin, „für Frieden und Ruhe zu sorgen“. Aus diesem Grunde trat er nur in lose Verbindung mit der Warschauer Regierung, die den biedereren Spießern von Posen viel zu radikal war, hielt im Lande darauf, daß „vorläufig alles beim alten“ bleibe. Selbst die preußischen Beamten wurden in ihren Aemtern belassen; es wurde nur den wichtigeren ein polnischer Beirat beigegeben. Erst später, als die deutsche Regierung Truppen gegen Polen sandte (der

berüchtigte Grenzschutz Noskes), spitzten sich die Verhältnisse zwischen Deutschen und Polen in der Provinz zu, und es kam zu harten Kämpfen. Sehr charakteristisch ist, daß das Kommando über die Posener polnischen Truppen dem General Dowbor Mujnicki überwiesen wurde, der bei der Demobilisierung der russischen Armee ein gegenrevolutionäres polnisches Freikorps in Bobruisk gebildet hatte. Der „Sozialist“ Pilsudski bestätigte als Oberkommandierender der Armee diese Wahl.

Somit war die Bildung einer selbständigen polnischen Regierung im gewissen Sinne das Werk des Zufalls. Die Revolution in Rußland und in Deutschland hatte die Ketten der Fremdherrschaft über Polen gesprengt, aber die polnischen Volksmassen hatten an dieser revolutionären Befreiung nicht aktiv teilgenommen, aus dem Grunde nicht, weil das alleinige revolutionäre Element in Polen infolge der erzwungenen Emigration der polnischen Arbeiter nach Rußland und nach Deutschland lahmgelegt war. Deshalb konnten die abenteuernden Elemente der Nationalsozialisten, die Herren Daszynski und Pilsudski, das Heft in die Hand nehmen. Die einzige soziale Schicht, auf die sich diese Leute stützten, war das nationalistische Kleinbürgertum, das im Grunde durchaus reaktionär ist, dem aber diese Zufallsführer weitgehende demokratische Einrichtungen (ein sehr demokratisches Wahlrecht und eine Volksmiliz) aufzwingen konnten, weil ihre Macht schließlich revolutionären, wenn auch fremden Ursprungs war.

Die Wahlen zum „konstituierenden Landtag“, die für das frühere Russisch-Polen und Galizien im Februar stattfanden (Posen enthielt sich aus den angegebenen Gründen vorläufig der Wahl), ergaben, wie bei der Struktur des Landes nicht anders zu erwarten war, eine bäuerliche Mehrheit, zumal die Arbeiter zum Teil der von der Kommunistischen Partei*) ausgegebenen Parole der Wahlenthaltung folgten.

Diese Mehrheit ist in polnischen Fragen durchaus konfus. Die Partei-gruppierung ist erst im Gange, die bäuerlichen Abgeordneten sind politisch wenig geschult. Zum Teil befinden sie sich unter starkem klerikalem Einfluß, zum Teil unter dem Einfluß nationalistischer Demagogen. Nur in Fragen, die die Bauern unmittelbar interessieren, halten sie zusammen. Eine Ueberraschung war, daß die früheren bürgerlichen Parteien vollständig desorganisiert sind: sowohl die Ultrakonservativen Galiziens, als die ebenso reaktionäre Partei der „Realpolitiker“ im früheren Russisch-Polen sind vorläufig von der Bildfläche verschwunden. Die früher in Russisch-Polen scheinbar allmächtige Partei der „Nationaldemokraten“ (sie hat in Wirklichkeit mit Demokratie noch weniger gemein, als die „Nationalliberalen“ Deutschlands mit Liberalismus) ist im Landtage schwach vertreten. Die Liberalen, die früher sehr viel Geräusch machten, sind so gut wie verschwunden. Das beweist wohl kaum, daß die sozialen Gruppen, deren Vertreter diese Parteien waren, an Bedeutung verloren haben, sondern es be-

*) Sie war aus der Vereinigung der früheren „Sozialdemokratie Russisch-Polens und der „Liewica“ entstanden.

deutet, daß bei der jäh veränderten politischen Lage diese Parteien den Zusammenhang verloren, ihr Apparat in die Brüche ging.

Die Beratungen des Landtages machen einen unsagbar kläglichen Eindruck. Nicht ein schöpferischer Gedanke ist in der Rede der Minister und der Abgeordneten zu finden, und es war ein unglaublicher Skandal, als bei der Beratung über die Verfassung die Regierung als „Richtlinie“ einen verschimpften Abklatsch der „Verfassung vom 3. Mai“ vorlegte, der Verfassung, die sich der polnische Adel gab — anno 1791! Diese Volksvertretung steht beständig unter dem Eindruck ihrer eignen Ueberflüssigkeit.

Nur einmal ist es bisher zu einem parlamentarischen Kampfe größerer Tragweite gekommen: bei Beratung der Agrarreform. Es ist schon an sich sehr kennzeichnend, daß der Landtag, der in der Verfassungsfrage sich in öder Unfruchtbarkeit verliert, dazu gedrängt wurde, die Agrarfrage in Angriff zu nehmen, ehe noch der Staat eigentlich konstituiert ist. Diese Agrarfrage aber läuft für die Abgeordneten, die Vertreter des mittleren und reichen Bauernstandes, darauf hinaus, daß diese Bauern das Land der Großgrundbesitzer haben wollen; sie sind keineswegs revolutionär und wollen daher „real bezahlen“, aber Land müssen sie haben. Das Ganze läuft also darauf hinaus, was man in Deutschland „Güterschlächtere!“ nennt: Aufteilung der großen Güter und Verkauf der Parzellen an Bauern. Als dieser Plan auftauchte, erregte er die lebhafteste Beunruhigung der Gutsbesitzer. Sie riefen die Hilfe der Posener an, und diese entschlossen sich jetzt, die Wahlen zum konstituierenden Landtage vorzunehmen, was sie bisher verweigert hatten, weil sie nämlich hofften, daß sie auf diesem Wege den reaktionären Flügel im Landtage stärken würden. Das war in der Tat der Fall: die Provinz Posen wählte Abgeordnete, die „jeden Eingriff in das Eigentum“ verwarfen. Trotzdem ergab sich für die Reform eine Mehrheit; jedoch betrug sie nur eine Stimme.

Im übrigen geht die Staatsbildung unter schweren Bedingungen vor sich. Die Demoralisation, die der Krieg nach sich zieht, macht sich überall bemerkbar; in den Staatsämtern herrscht Korruption und Vetternwirtschaft der schlimmsten Art, und noch erschreckender vielleicht ist die bodenlose Unfähigkeit der Regierenden. Dabei ist die wirtschaftliche Lage trostlos. Die Arbeitslosigkeit nimmt ungeheuerliche Dimensionen an, da die Industrie vollständig lahmgelegt ist und die Arbeiter allmählich aus dem Auslande heimkehren. Hunderte von Dörfern sind während des Krieges niedergebrannt, viele Städte verwüstet, und es bedürfte einer Riesenarbeit, nur die Schäden des Krieges gutzumachen, ganz davon zu schweigen, daß infolge der seit Jahrhunderten dauernden Mißwirtschaft überall eine Unmenge von Kulturarbeit zu leisten wäre.

5. Polen im Dienst der Ententemächte.

Von Anfang an entstand die Frage, welche Stellung die Sieger im Weltkriege zur „polnischen Frage“ einnehmen würden. Präsident Wilson hatte sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgelegt, Frankreich und

England hatten diesen Standpunkt akzeptiert. Indessen standen die weißen Henker der kapitalistischen Politik den nationalen Fragen ratlos gegenüber, und in Polen nahmen die Dinge ihren Lauf, ohne daß die Beschlüsse des selbstherrlichen Areopags abgewartet wurden.

Die polnischen Politiker zeigten, kaum daß sie der Fremdherrschaft entronnen waren, starke Neigung, andere zu knechten, und gaben erst damit der Entente entscheidenden Einfluß auf die Geschichte Polens.

Vor allem kam es zu Kämpfen in Ostgalizien und in Oesterreich-Schlesien. In Ostgalizien entbrannte mit dem Zusammenbruch Oesterreichs der Kampf zwischen Ruthenen und Polen in hellen Flammen. Die ersteren fühlten sich eins mit den benachbarten „Ukrainern“, und diese suchten sich der Stadt Lemberg zu bemächtigen. Daraus entbrannten blutige Kämpfe, die vorläufig mit dem Siege der Polen endeten.

In Oesterreich-Schlesien liegen die Dinge ungemein kompliziert. Es handelt sich hier um den Konflikt zwischen Polen und Tschechien. Das Fürstentum Teschen, um das sich vor allem der Streit dreht, hat zwar eine polnische Majorität, aber es befinden sich rein tschechische Enklaven inmitten des polnischen Sprachgebiets, und in anderen Teilen des Landes sind umgekehrt polnische Enklaven im tschechischen Gebiet eingekapselt. Für den polnischen wie für den tschechischen Staat handelt es sich indessen vor allem um die Beherrschung des Karwiner Kohlenreviers, und daher setzen beide Teile alles daran, das ganze Land an sich zu reißen. Ferner erhebt Polen Ansprüche auf die Zips (polnisch Spiz), ein Gebiet, das sich bogenförmig in die südlichen Abhänge des Tatragebirges einschleibt. Dieses von Polen und von deutschen Kolonisten (diese sind Nachfahren deutscher Bergleute, die bereits im 15. Jahrhundert einwanderten, um nach Gold und Kupfer im Gebirge zu graben) bewohnte Ländchen gehörte bisher politisch zu Ungarn. Jetzt erheben die Tschechen Ansprüche auf die ganze südlich der Tatra und der Karpathen gelegene Slowakei und auch auf die Zips.

Nicht minder kompliziert sind die polnisch-deutschen Grenzfragen. Die Provinz Posen ist, abgesehen von den äußersten, westlichen, an die Provinz Brandenburg grenzenden Kreisen, polnisches Gebiet. Strittig wird die Sache in Westpreußen. Im breiten Strich längs der Weichsel ist die Bevölkerung zweifellos polnisch und ferner sind die Kaschuben, die weiter nordwärts bis an die Küste der Ostsee sitzen, ein polnischer Stamm. Indessen sind nicht nur die Städte hier vorwiegend deutsch, sondern es gibt auch Landstriche mit deutscher Bauernschaft, die schon seit langer Zeit hier ansässig ist. Nun wären schließlich diese nationalen Fragen zu lösen, etwa durch Zugeständnisse in bezug auf die Schulsprache u. s. w., aber für kapitalistische Staaten ist die Lösung unmöglich aus folgenden Gründen: Polen fordert die gesamte Weichsellinie bis Danzig, weil es sonst keinen Zugang zum Meer hat; das bedeutet dann aber, daß die deutsche Provinz Ostpreußen vom übrigen Deutschland abgeschnitten wird. Im Frieden ist es nicht weiter schlimm; man würde halt von Berlin nach Königsberg eine kurze Strecke über polnisches Gebiet reisen. Aber im Kriege? Ostpreußen

wäre dann militärisch für Deutschland nicht zu halten. In diesem Sinne handelt es sich für beide Staaten um „Lebensfragen“.

Ein weiteres Streitobjekt ist Oberschlesien. Wie gesagt, steht hier den deutschen Großgrundbesitzern und Kapitalisten eine geschlossene polnische Volksmasse gegenüber.

Doch abermals handelt es sich nicht nur um nationale Probleme: Polen fordert das oberschlesische Kohlenbecken, weil dieser Besitz den Staat aus einem reinen Agrarlande zum Industrielande macht; Deutschland will auf dieses Kohlenbecken nicht verzichten, weil sonst im Fall eines Konfliktes mit Polen der gesamten Industrie Mitteldeutschlands die Kohlenzufuhr abgeschnitten werden kann.

Bei der Feststellung der Friedensbedingungen mit Deutschland wurden nun seitens der Sieger die polnischen Wünsche nicht erfüllt: die Provinz Posen und Teile Westpreußens muß Deutschland an Polen abtreten; dagegen soll in einem Teile Westpreußens und in Oberschlesien ein Plebiszit entscheiden. Danzig wird zur Freistadt erklärt und gerät nur indirekt in Abhängigkeit von Polen.

Diese weisen Entscheidungen sind nur kümmerliche Notbehelfe, weil, wie gesagt, die „Fragen“ nicht zu lösen sind. Wenn Deutschland und Polen als kapitalistische Staaten bestehen bleiben, so müssen, wie immer das Plebiszit ausfällt, diese Staaten um die strittigen Gebiete auf Leben und Tod ringen. Nur wenn in beiden Ländern die proletarische Revolution den Sieg des Sozialismus herbeiführt, ist der Friede zwischen beiden Völkern möglich, da es sich dann einfach nur um Lösung der **wirtschaftlichen** Probleme gemäß den gegebenen natürlichen Bedingungen handeln kann.

Der tschechisch-polnische Streit ist ebenfalls noch nicht gelöst. Ob eine Lösung gefunden wird bei dem Friedensschluß zwischen der Entente und Oesterreich, bleibt abzuwarten.

Jedenfalls war die Regierung des Herrn Pilsudski somit von vornherein auf das Wohlwollen der Ententemächte angewiesen, denn diese hatten das Machtwort bei der Festlegung der Grenzen des neuen polnischen Staates zu sagen. Der Preis, um den dieses Wohlwollen zu erkaufen war, lautete: Kampf gegen das sozialistische Rußland!

Für diesen Kampf aber war die gesamte Bourgeoisie Polens um so leichter zu haben, als ihre eigenen Interessen dazu drängten. Die polnische Bourgeoisie weiß eben genau, daß, solange das sozialistische Rußland besteht, die polnischen Proletarier an ihm eine feste Stütze haben. Außerdem handelt es sich um die Grenzen des polnischen Staates gen Osten. Ethnographisch erstreckt sich das polnische Gebiet ostwärts bis etwa an die Linie des Bug. Aber der polnische Adelsstaat hatte sich weite Gebiete im Osten unterworfen — Litauen, Weißrußland, Podolien, Wolhynien, die Ukraine, und erstreckte sich bis an die Düna und den Dnjepr. In diesen „Ostmarken“ des historischen Polenstaates blieb die Bauernbevölkerung national und religiös dem Polentum fremd, aber den litauischen, weißrussischen und ukrainischen Bauern hatte der polnische Edelmann den Fuß auf

den Nacken gesetzt, und bis heute haben die polnischen Adelsfamilien gewaltige Besitzungen in diesem Gebiet, und zwar sind es neben dem mittleren Landadel Magnatenfamilien der Radziwill, Sapieha, Czartorski, Zamoycki, Lubomirski, Potocki, Sanguszko, Kossakowski, Tyszkiewitich, die hier begütert sind und enorme Lätifundien besitzen. Kein Wunder also, daß die polnischen Aristokraten ihren ganzen gewaltigen Einfluß aufboten, um den „Bolschewismus“ auszurotten und jene Gebiete dem polnischen Staate anzugliedern.

Hätten die Herren Pilsudski, Daszynski und Konsorten einen Funken demokratischen, geschweige denn sozialistischen Gefühls, so müßten sie sich sagen, daß sie diese Annexionspolitik im Osten nie und nimmer mitmachen dürfen. Ganz abgesehen von allen Sympathien und Antipathien in bezug auf das sozialistische Rußland (das verpflichtet war, den genannten Ländern zu Hilfe zu eilen), rein vom polnischen demokratischen Standpunkt aus muß die Annexion dieser Gebiete unbedingt verworfen werden. Erstens weil es nicht im Interesse der polnischen Demokratie liegen kann, die Macht der polnischen Aristokratie zu stärken; zweitens, weil selbst politische Alphabeten klar sehen müssen, daß der polnische Staat diese Gebiete nur durch äußere Gewalt beherrschen kann, also durch die Annexion gezwungen wird, zu einem Militär- und Raubstaat zu werden. Oder glaubt jemand im Ernst daran, daß die Bauern dieser Gebiete, die bereits alle Vorteile des Sowjetsystems kennen gelernt haben und vorübergehend im Besitz des Landes waren, jemals sich freiwillig wieder dem Joch der polnischen Herren fügen und auf das Land verzichten werden? Vorausgesetzt aber, daß die „Landfrage“ geregelt wird, daß man die Magnaten dahin bringt, ihre Güter zu parzellieren und an die Bauern zu verkaufen, so bleibt immer noch der nationale Gegensatz. In diesen Gebieten bilden nämlich die Polen noch nicht zehn Prozent der Bevölkerung (sie sind neben den Juden in den Städten vertreten, ferner ist auf den Gütern ein Teil der Arbeiter polnisch und schließlich ist eine geringe Anzahl polnischer Bauern vorhanden).

Eine Polonisierung ist daher ausgeschlossen und je mehr der litauische, weißrussische und ukrainische Bauer kulturell fortschreitet, desto energischer wird er gegen die polnische Fremdherrschaft ankämpfen. Daher ist es für die Demokratie des neuerstehenden Staates purer Selbstmord, wenn sie diese Annexionspolitik betreibt.

Freilich, vielleicht empfinden Pilsudski und sein Anhang das, aber — sie müssen eben diese Politik des Selbstmordes betreiben. Sie müssen, weil sie sich mit Haut und Haaren den kapitalistischen Räubern der Entente verschrieben haben und diese ihnen den Krieg gegen das sozialistische Rußland, gegen den Bolschewismus befehlen.

So kam es, daß das neuentstehende Polen von Anfang an in ein Heerlager verwandelt wurde, daß es Krieg nach allen Fronten führte: gegen Deutschland, gegen Tschechien, gegen Rußland. Die Staatsverwaltung ist im vollen Chaos: auf dem Gebiet der Verwaltung, der Verkehrsmittel, der Schulwesens, der Finanzen herrscht ein schauerhafter Zustand; die Industrie

liegt darnieder, in den Dörfern wüten der Hungertyphus, die Pocken und andere Epidemien. Aber anstatt alle Kraft an die Organisation des Staatswesens zu setzen, muß die Regierung Pilsudskis dem entkräfteten Lande neue ungeheure Opfer auferlegen für die Kriegführung.

Eine besondere Gefahr liegt für die Zukunft Polens darin, daß es — wie ja selbstverständlich — diesen Krieg nur auf Kredit führen kann. So viel an deutschem und österreichischem Kriegsmaterial immer in den Festungen und sonstigen Lagern den Polen in die Hände fiel, die Armee brauchte Waffen, Munition und Ausrüstung. Das liefern mit viel Vergnügen und zu hohen Preisen die amerikanischen, englischen und französischen Kriegslieferanten, die sonst kaum wüßten, wie sie diese Mordwerkzeuge verwenden sollen. Der polnische Staat kauft, da er kein Geld hat, zu wucherischen Bedingungen und stürzt sich in Schulden, die weit, weit über die Leistungsfähigkeit des ruinierten Landes hinausgehen. Die Folge ist dann, daß während Polen den Eroberungskrieg führt, die amerikanischen, englischen und französischen Kapitalisten „friedliche Eroberungen“ in Polen machen.

Sie nisten sich in den Banken und in der Industrie ein, wobei sie die Notlage des Landes ausnützen. Auf diese Weise gerät das befreite Polen in wirtschaftliche Sklaverei: die fremden Kapitalisten sind heute bereits Herren des Landes, und jeder Tag Kriegführung knüpft diese wirtschaftlichen Fesseln fester. Es gibt kein Entrinnen.

Im Mai 1919 machte die Politik der Ententemächte eine neue Wendung, als sie den Admiral Koltschak als Oberhaupt des russischen Staates anerkannte. Das hätte eine Warnung für die Politiker in Warschau sein müssen; weder Koltschak noch ein anderer Repräsentant des imperialistischen Rußlands kann jemals auf die Herrschaft über die westlichen Gebiete des ehemaligen zaristischen Rußlands verzichten. Wird die Sowjetrepublik niedergeworfen, dann steht dem neuen Polenstaat ein Kampf auf Leben und Tod mit dem imperialistischen Rußland bevor. Welcher Wahnsinn also, wenn Polen seine Kräfte aufreibt gegen Sowjetrußland, wenn es hilft, ein neues imperialistisches Rußland, das ihm mit dem Tode droht, zu errichten. Das derbe deutsche Sprichwort ist die einzig zutreffende Charakteristik hierfür: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber“.

6. Die Kommunistische Partei Polens.

Das revolutionäre Proletariat Polens war, wie erwähnt, in dem Moment des Zusammenbruchs der Okkupation machtlos, weil die Scharen der Industriearbeiter zwangsweise außerhalb des Landes weilten. Die beiden revolutionären Parteien — die Sozialdemokratie Russisch-Polens und die „Liewica“ — die sich seitdem zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens zusammengeschlossen haben, konnten unter diesen Umständen gar nicht daran denken, wie es ihrem Programm entsprochen hätte, die Diktatur des Proletariats zu proklamieren, d. h. die Macht an sich zu reißen, und es wäre lächerlich, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen. Sie haben ihre Pflicht

vollauf getan dadurch, daß sie von Anfang an dem neuen Staat mit schärfster Kritik gegenübertraten, daß sie unermüdlich Propaganda für den Kommunismus und für das Sowjetsystem machten.

Wer die Verhältnisse kennt oder imstande ist, sich in die Lage hinein-zudenken, begreift, daß diese Propaganda zunächst nur geringen Erfolg haben konnte. Auch die Arbeiter sind schließlich Stimmungen unterworfen, und es ist erklärlich, daß im ersten Moment der Befreiung vom fremden Joch die patriotische Wallung (das Wort im besten Sinne genommen), auch auf die Arbeiter einwirken mußte. Es kam hinzu, daß die P. P. S., unterstützt von der Regierung, eine lebhaft demagogische Agitation entfalten konnte, während unsere Genossen vom ersten Augenblick an den wüsten Verfolgungen der kleinbürgerlichen Kreise und der neugeschaffenen Polizei ausgesetzt waren. Ihre Redaktionen und Druckereien wurden demoliert, jeder Agitator war der Wut des künstlich aufgehetzten Mob ausgesetzt. Ähnlich wie die Bolschewiki in der Periode Kerenski, mußten unsere polnischen Genossen konspirativ arbeiten. Die alte Regel, daß die Massen auf politischem Gebiet nur durch Erfahrung lernen, wiederholte sich auch im gegebenen Fall: es bedurfte der bitteren Erfahrung, damit die polnischen Arbeiter erkannten, daß das „befreite“ Vaterland ihnen nur Steine statt Brot zu bieten hat.

Das Haupttätigkeitsfeld der revolutionären Propaganda ist der einzige Industriebezirk, in dem die Produktion aufrechterhalten wurde, nämlich die Kohlenbecken von Dombrowa. Ferner hat die Kommunistische Partei starken Anhang unter den städtischen Arbeitern in Warschau, Lodz, Lublin (Wasserwerke, elektrische Zentralen, Straßenbahnen u. s. w.). Unerwartet erfolgreich war ihre Propaganda unter den Landarbeitern. Eine ganze Reihe energisch durchgeführter Streiks bezweckte vor allem die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, hatten indessen auch politische Bedeutung. Die Industriearbeiter sind immer noch zum weitaus größten Teil arbeitslos, und es ist klar, daß diese arbeitslosen Massen zu planvollem politischen Kampfe wenig geeignet sind. Die revolutionäre Propaganda wirkt wohl auf sie ein, und bei den zahlreichen Demonstrationen fanden die revolutionären Losungen von Monat zu Monat mehr Anklang, aber entscheidende Aktionen können von diesen Arbeitslosen erst dann ausgehen, wenn sich die politische Situation soweit zugespitzt hat, daß die weitesten Kreise der proletarischen Bevölkerung von der Notwendigkeit des politischen Umsturzes überzeugt sind.

Und wir dürfen der polnischen Regierung unsere Anerkennung nicht versagen: was irgend an ihr ist, tut sie, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Mit Ausnahme vielleicht der Regierung Ebert-Scheidemann in Deutschland, hat noch nie eine Regierung in stupider Verkennung der Lage durch Vernachlässigung der Tätigkeit, durch das Vertrauen auf rohe Gewalt, durch blindwütige Verfolgung der Arbeiterbewegung so eifrig an ihrem eigenen Sturze gearbeitet, wie die Regierung des Herrn Pilsudski.

Allerdings gestattet der Krieg dieser Regierung vorläufig noch, die Massen unter nationalistischer Suggestion zu halten. Die Methoden, die dabei verfolgt werden, sind in allen Stücken ein Abklatsch der in Deutschland angewendeten. Die neugebackenen Staatslenker Polens sind nicht vergebens bei den Besler, Falkenhayn und Konsorten in die Schule gegangen, und es wirkt zuweilen geradezu komisch, wie sie die Allüren der borussischen „Weltbezwinger“ nachäffen. Selbst die Sprache, die sie führen, ist nur eine Uebersetzung aus dem Deutschen; man hört ordentlich den schnarrenden Feldwebelton heraus.

Gegen den Krieg anzukämpfen ist jedenfalls die dringendste Aufgabe der polnischen Kommunisten, und sie tun das in vollem Maße. Damit treffen sie die herrschende Clique an ihrer wunden Stelle und arbeiten am wirksamsten für die europäische Revolution.

Die Perspektiven der polnischen revolutionären Bewegung vorauszu bestimmen ist aus dem Grunde besonders schwer, weil das „unabhängige“ Polen durchaus abhängig bleibt von der Entwicklung der Dinge im übrigen Europa. So würde eine kommunistische Umwälzung in Deutschland sofort auf Polen zurückwirken. Nicht minder abhängig bleibt aber Polen von den Ententeländern. Es würde genügen, daß in Frankreich und England aus diesem oder jenem Grunde eine Aenderung der Politik eintritt, die heute darauf gerichtet ist, Polen als den Sturmbock gegen den Bolschewismus zu brauchen, damit sofort die ganze Herrlichkeit der Regierung wie ein Kartenhaus zusammenstürzt. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß das polnische Proletariat noch lange Zeit darauf angewiesen bleibt, im harten Ringen seine Position gegenüber dem Kapitalismus zu verteidigen, aber es ist ebensogut möglich, daß es plötzlich vor die Aufgabe gestellt wird, die Staatsmacht an sich zu reißen.

Für die Polnische Kommunistische Partei kann daher die Aufgabe nur dahin lauten, mit klar auf das Ziel der Diktatur des Proletariats gerichteten Augen weiter zu arbeiten.

J. Marchlewski (Karski).



Terrorismus und Kommunismus.

Unlängst erschien ein neues Buch, das gegen den Kommunismus gerichtet ist, — ein Buch aus der Feder des bekannten Renegaten des Marxismus, Karl Kautsky, — unter dem Titel „Terrorismus und Kommunismus“.

Diesem neuen Werk des von nun ab für die Marxisten endgültig „gewesenen“ Mannes widmet Gen. Lenin in dem 5. Heft der „Kommunistischen Internationale“ einen Artikel unter dem Titel: „Wie die Bourgeoisie die Renegaten ausnutzt.“ Die russischen Weißgardisten sind in ihrem in Helsingfors erscheinenden Organ „Russkaja Shisn“ tatsächlich schon dazu gekommen, das letzte Auftreten des Renegaten auszunutzen.

Kautsky hat sich zweifellos oftmals auf Marx berufen, um seine Verleumdung des Bolschewismus zu rechtfertigen, — vermutlich ging es auch nicht ohne Beschwörung des Geistes unsers großen Lehrers ab bei der Begründung folgender These, die bei Kautsky die Grundlage bildet.

„Die Hoffnung auf die Weltrevolution ist unbegründet“, behauptet Kautsky — und was meint ihr wohl, worin besteht sein Argument? Eine Revolution in Europa nach dem Typus in Rußland wäre nämlich „**Entfesselung**“, **Entfesselung von Bürgerkriegen in der ganzen Welt für eine ganze Generation** und dabei nicht Entfesselung eines wirklichen Klassenkampfes, sondern eines „**brudermordenden Kampfes unter den Proletariern.**“

Wie stellte sich aber Marx zu der proletarischen Revolution? Dachte er sie sich außerhalb der Formen des Bürgerkrieges?

Diese Frage wollen wir in folgenden Zeilen berühren. In seinem 1875 verfaßten Werk „Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß“ zitiert Karl Marx folgende Mitteilung, die er in der Versammlung des Zentralausschusses des Bundes der Kommunisten, in London am 15. September 1850, gemacht hatte.

In der Begründung seines Antrages über die Teilung des Bundes sagt Marx unter anderem wörtlich folgendes: „Wir sagen zu den Arbeitern: Ihr werdet **15, 20, 50 Jahre Bürgerkrieg und Völkerschlachten** zu überleben haben, und zwar nicht nur, um die Gesellschaftsordnung umzugestalten, sondern auch, um Euch selbst zu verändern und zur politischen Herrschaft fähig zu werden.“

Marx fürchtete, wie wir sehen, nicht die „Entfesselung der Bürgerkriege für eine ganze Generation“, — er lehrte, daß die soziale Revolution nur auf diese Weise siegen kann, — daß es notwendig ist, die dürre Wüste des Bürgerkrieges zu durchschreiten, um in das gelobte Land des Kommunismus zu gelangen. Und von diesem Standpunkt hat sich Marx niemals losgesagt.

In seinem Werk „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, einem Sammelbuch aus Aufsätzen für die „Neue Rheinische Zeitung“, schrieb Marx:

„Das jetzige Geschlecht gleicht den Juden, die Moses durch die Wüste führt. Es hat nicht nur eine neue Welt zu erobern, es muß untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.“

In seinem Werk „Der Achtzehnte Brumaire“, verfaßt 1852, stellt Marx in folgenden Worten die bürgerlichen Revolutionen den proletarischen entgegen:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist des Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Katzenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Hic Rhodus, hic salta!“

Also die „proletarische Revolution“ stellt Marx den „kurzlebigen“ Revolutionen der Bourgeoisie gegenüber, — er denkt sie sich als ganze historische Periode, in der Epochen des Aufschwungs mit Momenten des Sinkens der revolutionären Woge abwechseln. Wie dachte sich denn Marx diese „proletarische Revolution“?

Gerade als Bürgerkrieg. „Bürgerkrieg in Frankreich“ nannte Marx eines seiner besten Werke, das dem Ruhm der Pariser Kommune von 1871 gewidmet ist, die ja gerade ein „brudermordender Kampf unter den Proletariern“ war, vor dem Kautsky so bange ist, — denn im Lager Thiers kämpften gegen die Kommunarden die betrogenen Versailer Proletarier.

Alle erinnern sich jener begeisterten Zeilen, in denen Marx die Märtyrer der Kommune preist, — wir gedenken hier nur folgender Worte, die er den Arbeitern widmet:

„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschicht-

licher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“

Also diese „langen Kämpfe“, den Kampf um die Macht, dessen erster Akt die Kommune war, dachte sich Marx als „eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse“, — das heißt, daß der Bürgerkrieg sich seiner Ansicht nach über eine ganze Epoche hinziehen sollte.

Das ist der wahre revolutionäre Marxismus, dessen Quellen in den Werken des großen Lehrmeisters sprudeln, dessen Doktrine die in seinem Namen schwörenden elenden Epigonen zu fälschen sich bestreben, — doch umsonst.

Marx ist mit uns, und nicht mit unseren Feinden. Der Kommunismus ist revolutionärer Marxismus, der durchgeführt wird in der Epoche der zur Wirklichkeit gewordenen sozialen Revolution.

Es gab aber eine Zeit, wo auch Kautsky selbst in der Frage über die Dauer des Bürgerkrieges Marx folgte. Wir haben das 1909 erschienene Werk Kautskys „Der Weg zur Macht“ im Auge, das mit Recht sein „Schwanengesang“ genannt wird. Er äußerte damals die Vermutung, daß die proletarische Revolution sich nicht durch eine, sondern durch mehrere Generationen hinziehen könne. Seine Worte lauten:

„Ob diese revolutionäre Periode ebenso lange dauern wird, wie die der Bourgeoisie, die 1789 begann und bis 1871 währte, ist natürlich unabsehbar. Wohl vollzieht sich heute alle Entwicklung weit rapider als ehemals, aber andererseits ist auch das Kampffeld ungeheuer gewachsen. Als Marx und Engels das „Kommunistische Manifest“ schrieben, sahen sie als das Kampffeld der proletarischen Revolution nur Westeuropa vor sich. Heute ist es die ganze Welt geworden.

Aber das Proletariat wird aus der revolutionären Aera, die anhebt und vielleicht ein Menschenalter lang dauert, auch anders hervorgehen, als es in sie hineingeht.“

So schrieb Kautsky, als er noch nicht mit dem Marxismus gebrochen hatte wie jetzt. Möge Kautsky sich selbst betrachten, „was er war und was er geworden ist“.

In seinem Buch „Terrorismus und Kommunismus“ beweist Kautsky, nach den Worten des Sozialpatrioten Stampfer im „Vorwärts“, ausführlich, wie die Bolschewiki schließlich immer zum Gegenteil dessen kommen, was ihr Ziel war: „sie waren Gegner der Todesstrafe und wirken durch Massenerschießen“ . . .

Nach dem Referat der „Rußkaja Shisn“ schreibt Kautsky weiter: „Die Bolschewiki haben der Geschichte der Pariser Kommune ihren wütenden Terrorismus entnommen, aber nicht die Grundlagen der Demokratie und Menschlichkeit beherzigt. Der Terror läßt die revolutionäre Energie der Massen erlöschen und bereitet den Boden für die künftige Reaktion vor, er führt zum Untergang der demokratischen Macht, die sich auf den Willen des Volkes stützt.“

„So erging es Robespierre, — so wird es auch den Bolschewiki ergehen“, sagt Kautsky. Diese Erklärung Kautskys bezüglich des Terrors der russischen Arbeiter- und Bauernrevolution unterscheidet sich durchaus nicht davon, was Lloyd George und Clemenceau über dieses Thema sagen, was die von den Bankiers bestochene bürgerliche Presse der ganzen Welt tagaus tagein behauptet.

Wie äußerte sich aber Karl Marx über den revolutionären Terror?

1847 schrieb er in seinem Artikel „Die moralisierende Kritik und die kritische Moral“:

„Die Schreckensherrschaft mußte daher in Frankreich nur dazu dienen, durch ihre gewaltigen Hammerschläge die feudalen Ruinen wie vom französischen Boden wegzuzaubern. Die ängstlich rücksichtsvolle Bourgeoisie wäre im Dezember nicht mit dieser Arbeit fertig geworden.

Die blutige Aktion des Volkes ebnete ihr also nur die Wege.“

Im Januar 1849 charakterisiert die „Neue Rheinische Zeitung“ in folgenden Worten das „heroische Nachspiel“ der Bewegung von 1848 — den „Terrorismus“ der ungarischen Revolutionäre.

„Zum ersten Mal in der revolutionären Bewegung von 1848, zum ersten Mal seit 1793, wagt es eine von der konterrevolutionären Uebermacht umzingelte Nation, der feigen konterrevolutionären Wut die revolutionäre Leidenschaft entgegenzustellen.“

Alle Sympathien Marx' waren, wie wir sehen, auf der Seite des revolutionären Terrors.

Es gab jedoch eine Zeit, wo Kautsky über den „Terrorismus und Kommunismus“ objektiver zu urteilen vermochte. Wir haben sein 1895 erschienenes Werk „Die Vorläufer des Sozialismus“ im Auge, in dem er die kommunistische Bewegung des Mittelalters und der Reformationsepoche von der Unmenge von Lüge und Verleumdungen reinigte, wodurch die bürgerlichen Geschichtsschreiber das Gedenken dieser Bewegung anschwärzen wollten.

Den besten Teil dieses Buches bilden die Abschnitte, die der Kommune von Münster, diesem „neuen Jerusalem“ der Reformationsepoche, gewidmet sind. In Münster in Westfalen ergriffen Anfang 1534 die Kommunisten jener Zeit — die Wiederläufer — die Macht.

Gegen viele Anklagen hatte unser Geschichtsschreiber die „allzu frühen Vorgänger“ des kommunistischen Frühlings zu schützen und in den „Vorläufern des Sozialismus“ konnte er auch die Frage von dem Terror nicht unberührt lassen. Die Abhandlungen Kautskys über diese Frage sind sehr wichtig zur richtigen Wertung seiner gegenwärtigen Stellung bezüglich des roten Terrors der russischen Kommunisten; wie Himmel und Erde unterscheiden sie sich von seiner gegenwärtigen Stellung.

Vor fünfundzwanzig Jahren erfaßte Kautsky sofort das Wesen der Frage.

„Vor allem darf man nicht vergessen, schrieb er, daß in Münster der Kriegszustand bestand, seitdem der Bischof es am 10. Februar überfallen hatte. Dieser Umstand wird gewöhnlich von den parteiischen Geschichtsschreibern des Wiedertäuferturns übersehen.

Ein Krieg muß eine merkwürdig geringfügige Sache sein. Wie käme es sonst, daß „gutgesinnte“ Historiker, die mit so viel Scharfsinn auch den unbedeutendsten Umstand zu entdecken wissen, der auf die oft recht gleichgültigen Handlungen eines Monarchen Einfluß gehabt haben kann, fast regelmäßig vergessen, den Kriegszustand in Rechnung zu stellen, wenn es sich um die Handlungen eines demokratischen oder gar kommunistischen Gemeinwesens handelt, das um seine Existenz kämpft. Man lese nur die herkömmlichen bürgerlichen Darstellungen der Erhebung der Pariser Kommune von 1871 oder der Schreckensherrschaft in der großen französischen Revolution!

Ebenso ist es den Wiedertäufern in Münster ergangen.“

In unseren Tagen hat der Historiker Kautsky in der Rolle eines Publizisten auch einen äußerst „unbedeutenden Umstand“ außer acht gelassen, und zwar hat er vergessen, den Kriegszustand in Rechnung zu stellen, wenn von den Handlungen des kommunistischen Gemeinwesens die Rede ist, das in Rußland für seine Existenz kämpft. . . Und daher ist es natürlich, daß heute sogar die ultrareaktionäre „Rußkaja Shisn“, die die Rückkehr zum Zarismus predigt, die „Gutgesinntheit“ Kautskys konstatiert.

Was sagt denn Kautsky weiter?

„Wenn man die Wiedertäufer verstehen will, darf man an ihr Reich nicht den Maßstab des Friedenszustandes anlegen, sondern den einer belagerten, und zwar einer unter besonders erschwerenden Umständen belagerten Stadt. Denn für sie galt nicht das gewöhnliche Kriegsrecht; eine ehrenvolle Kapitulation war für sie ausgeschlossen. Die Belagerten hatten nur die Wahl zwischen dem Sieg und dem martervollsten Tod. Gegenüber Rebellen erscheint selbst die grausamste Strafe zu gelind. Das ist, wie Luther sagt, ein Liebesdienst, den ihnen die Fürsten erweisen. Ziehen aber die Rebellen die Konsequenz des fürstlichen Blutdurstes, dann zeigen die Gelehrten deutlich, welche Scheußlichkeiten die Freiheit und Gleichheit gebiert. Das ist die Logik der „Leuchten der Wissenschaft.“

Kautsky war in seiner Eigenschaft als Historiker ein sehr scharfsichtiger Analytiker; er gedachte alles dessen, was man nicht vergessen darf, er vergaß nicht, die unbedeutendsten Umstände in Rechnung zu stellen.

Warum hat er denn jetzt vergessen, daß ganz Sowjetrußland eine belagerte Festung ist, gegen die sich die allmächtigen, starken Imperialisten der ganzen Welt zusammengeschlossen haben? Oder meint er, daß die russischen Kommunisten eine andere Wahl hatten als die Wiedertäufer des 16. Jahrhunderts?

Möge er wenigstens die offiziellen Armeebefehle der zaristischen Generale kennen lernen, die allen Kommunisten den Tod versprechen. „Wehe den Kommunisten“, schrieb Judenitsch in seinem Aufruf, der in der

Nr. 1 des in Gatschina erschienenen „Prinevski Krai“ veröffentlicht wurde. Kautsky kann sich hieraus überzeugen, daß die Grausamkeit der weißen „Demokraten“ des 20. Jahrhunderts dem „fürstlichen Blutdurst“ des 16. Jahrhunderts nicht nachsteht.

Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß Kautsky — der Historiker der proletarischen Revolution — die Unvermeidlichkeit der Anwendung des Terrors seitens der Arbeiterkommune ebenso erklärt, wie die unparteiischen Historiker der größten bürgerlichen Revolution den anti-feudalen Terror von 1793.

Geben wir A. Aulard das Wort (Politische Geschichte der französischen Revolution).

Bis zum 10. August 1792 war die Revolution bestrebt, die Regierung auf der Grundlage des Rechts und der Freiheit zu organisieren.

Später, als die Kräfte des Widerstandes der Vergangenheit untereinander in Koalition traten und einen Bürgerkrieg und einen auswärtigen Krieg hervorriefen, als die Nation fühlte, daß sie an der Front und im Rücken angefallen wird, und für ihre Existenz zu fürchten begann, da stellte die Revolution die Aktion der Grundprinzipien von 1789 ein und wandte gegen ihre Feinde die gleichen Gewaltmittel der alten Gesellschaftsordnung an, die diese gegen sie richtete. Und zwar in dieser Einstellung der Gültigkeit der Grundprinzipien von 1789 besteht der Terror, und diese Einstellung wurde endgültig, als die Gefahr ihren Höhepunkt erreichte, als Paris selbst sich am meisten dieser Gefahr bewußt war und am meisten darunter litt, d. h. im August und September 1793.“

Also, der Terror wurde hervorgerufen durch die Notwendigkeit der französischen Republik, sich gegen eine ganze Welt innerer und äußerer Feinde zu verteidigen. Im Augenblick der Todesgefahr für die Revolution, als Frankreich einem fremdländischen Ueberfall ausgesetzt war, und die Royalisten Hand in Hand mit den Girondisten im Innern des Landes einen Aufstand nach dem andern entfachten.

„Seitdem wird das Wort Terror als Bezeichnung eines gewissen Mittels der Regierung benutzt. Am 5. September kam eine Deputation, die aus den Kommissaren von 48 Pariser Sektionen und aus den Mitgliedern des Jakobinerklubs bestand, in den Konvent und sagte: „Gesetzgeber, stellt den Terror an die Tagesordnung.“ In derselben Sitzung benutzte Bareur, der im Namen des allgemeinen Rettungskomitees sprach, diese Phrase in seiner Rede: „Wie es schien, deutete alles auf die sich vorbereitende Bewegung in Paris hin. Aufgefangene Briefe berichteten von den Anstrengungen der Agenten fremdländischer Regierungen und der Aristokratie, die Unruhe in der großen Stadt, wie sie sie nannten, anzufachen. Nun wohl, sie werden diese Unruhe erleben, doch nur organisiert, von der revolutionären Armee reguliert, die schließlich dieses große Wort erfüllt, daß uns die Pariser Kommune gesagt hat: Wollen wir den Terror an die Tagesordnung stellen.“

Das terroristische Regime störte wirklich die bürgerlichen Rechte, die die Revolution verkündet hatte. Aber „einige der Schlä-

ge, die der persönlichen Freiheit versetzt wurden, ließen sich durch die Verstärkung der Strenge der Gesetze erklären, die gegen die Emigranten gerichtet waren, der Gesetze, die infolge der bewaffneten Hilfe notwendig wurden, welche die Mehrzahl dieser Emigranten unseren Feinden erwies.“

Und der Terror während der großen französischen Revolution hat vor dem Schiedsgericht der Geschichte seine Rechtfertigung gefunden.

„Das revolutionäre Schiedsgericht, sagt Aulard, hat seine Bestimmung erfüllt, es hat wirklich die Royalisten, die Priester, die keinen Eid geleistet hatten und den Vendéern und den Ausländern halfen, und alle Agenten der Gegenrevolution terrorisiert; es hat dadurch den Erfolg der nationalen Verteidigung gesichert.“

Die feudale Welt rüstete sich gegen die siegreiche Revolution, da durch daß sie mit ihren Feinden außerhalb des Landes ein Bündnis gegen sie schloß. — Die damals noch revolutionäre Bourgeoisie rettete ihre Eroberungen durch gegen die Feudalen gerichtete Gewalt. Hat denn das siegreiche Proletariat nicht das gleiche Recht, gegen die Weltbourgeoisie, die einen Feldzug gegen das Proletariat plant, das gleiche Mittel anzuwenden, durch das diese seinerzeit den Feudalismus besiegte?

Doch geben wir wieder Kautsky, dem alten Kautsky, das Wort.

In seiner Analyse der Geschichte des Aufstandes von Münster rückt Kautsky immer neue Momente in den Vordergrund, die als erschöpfende Erklärung der Unvermeidlichkeit des antibürgerlichen Terrors der proletarischen Revolution dienen.

„Neben der besonderen Situation, die in Münster zu Bluttaten reizte, ist also in Betracht zu ziehen der Charakter des Jahrhunderts, welches eines der blutdürstigsten, vielleicht das blutdürstigste der Geschichte gewesen ist.“

Die friedfertigsten aller Menschen, waren die Wiedertäufer systematisch allenthalben wie wilde Tiere gehetzt und den scheußlichsten Martern preisgegeben worden. Daß die Verzweiflung unter diesen armen Menschen schließlich eine Richtung aufkommen ließ, die der Schafsgeduld überdrüssig wurde und zu gewaltsamem Widerstand riet, ist nicht zu verwundern. Zu verwundern ist es nur, daß sie so lange brauchte, sich zu entfalten und daß sie stets nur einen Teil der Verfolgten umfaßte.“

Wenn Kautsky nicht bezüglich der russischen Revolution die Stellung eines „parteiischen“ Historikers eingenommen hätte, so würde er auch den Charakter unseres Jahrhunderts in Betracht ziehen, das an Blutdurst dem 16. Jahrhundert nicht nachsteht, — denn im imperialistischen Weltkrieg wurden zwecks Ergreifung neuer Märkte zur Bereicherung der Kapitalisten zehn Millionen Menschen getötet, zwanzig Millionen verwundet und verstümmelt.

Wenn Kautsky einigermaßen objektiv wäre, dann würde er sich erinnern, daß die russische Revolution aus der ungeheuerlichen Kriegskatastrophe erwachsen ist, und dieser Umstand konnte nicht umhin, dem Charakter des Bürgerkrieges, der aus dem imperialistischen Krieg erwachsen ist, seinen Stempel aufzudrücken.

Unser Historiker könnte sich der Worte eines der größten Historiker aller Zeiten und aller Völker erinnern, daß der „Krieg zum Lehrmeister der Gewalt wird“. (Thukydides, Die Geschichte des Peloponnesischen Krieges.)

Der Historiker Kautsky würde sich der Verwilderung der Sitten erinnern, die der Dreißigjährige Krieg in Deutschland zur Folge hatte; ein ausgezeichnetes Bild davon gab der deutsche Romanschriftsteller des 17. Jahrhunderts Grimmelshausen in seinem berühmten Roman „Simplicius Simplicissimus“.

Unser Historiker könnte sich auch der Worte Marx' in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ über die Pariser Soldaten erinnern, die die bonapartistischen Generäle Lecomte und Clement Thomas niederschossen.

„Die eingewurzelten Gewohnheiten, die den Soldaten unter der Zucht der Feinde der Arbeiter beigebracht worden, verlieren sich selbstredend nicht in demselben Augenblick, wo diese Soldaten zu den Arbeitern übergehen.“

Kautsky hätte sich 1895 zweifellos gewundert, daß die russischen Arbeiter und Bauern zu lange ihren Feinden gegenüber allzu milde waren, wodurch sie den Bürgerkrieg in die Länge gezogen haben.

Kautsky fährt fort in seinem Bericht über den „roten Terror“.

„Jetzt hatte eine Reihe glücklicher Umstände den so grausam Mißhandelten eine feste Stadt in die Hände gespielt. Aber bereits bedrohte sie von außen völlige Ausrottung.

Wie handelten sie unter diesen Umständen?

Jetzt, nach Beginn der Belagerung wurden diese mit dem äußeren Feinde Verschworenen nicht etwa hingerichtet, was dem Kriegsrecht und dem guten Beispiel des Bischofs entsprochen hätte, sondern aufgefordert, die Stadt zu verlassen! Und das nennt man „Schreckensherrschaft“! Welch elende Heuchelei!“

Zu solcher Art „Terror“ nahm auch die russische Arbeiter- und Bauernrevolution in ihren ersten Stufen leider zu oft Zuflucht. (Noch im Sommer 1918 anerkannte der verstorbene K. Arsenjew, eine Stütze unserer liberalen Publizistik, daß die Sowjetmacht bisher nicht zum Terror gegriffen habe.)

Nur die eiserne Notwendigkeit, nur der erbarmungslose Krieg, den die ganze bürgerliche Welt uns erklärte, hat die Arbeiter und Bauern gezwungen, den Weg des revolutionären Selbstschutzes zu betreten. Kautsky fährt fort:

„Im Verlauf der Belagerung wurde ein strenges Regiment in der Stadt notwendig. Eine Reihe von Hinrichtungen fand statt. Sieht man die Fälle an, die Kerssenbrock und Gresbeck erzählen, so betreffen sie stets Vergehen gegen die Sicherheit der Stadt: Einverständnis mit dem Feinde, Vergehen gegen die Disziplin, Versuche, zu desertieren oder die Bevölkerung zu entmutigen. Kein Zweifel, eine Grausamkeit, aber nicht grausamer als der Krieg. Und den hatten die Täufer nicht gesucht. Er war ihnen aufgedrängt worden. Bei jeder Gelegenheit befeuerten sie ihre Friedensliebe.“

Wenn unsere Historiker sich zu den gegenwärtigen Ereignissen in Rußland wenigstens mit einem Hundertstel der Objektivität verhalten würde, die er bei der Erforschung der Kommune von Münster an den Tag gelegt hat, so würde er sehen, daß auch die russischen Revolutionäre die Verräter des sozialistischen Vaterlandes, die Spione der Entente, die Betrüger, die Störer der revolutionären Ordnung im Augenblick des erbarmungslosesten Kampfes, die Deserteure aus der Roten Armee hinrichten. Die Kommune von Rußland hat im Augenblick des Todeskampfes nicht weniger Recht, ihre Feinde zu vernichten als die Kommune von Münster. Und auf die Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland lassen sich die Worte des alten Kautsky sehr wohl anwenden, daß „die Hinrichtung eine Grausamkeit ist, aber nicht grausamer als der Krieg,“ daß der Krieg der Sowjetrepublik „aufgedrängt“ worden ist, daß diese „bei jeder Gelegenheit ihre Friedensliebe beteuert.“

Kautsky entging früher auch nicht der Unterschied zwischen dem roten und weißen Terror.

„Ein „Schreckensregiment“ herrschte nicht bloß in Münster, schrieb er, sondern auch im Machtbereich des Bischofs. Und der Vergleich zwischen beiden fällt nicht zugunsten des letzteren aus.

Der Bischof war der Angreifer, die Täufer die Angegriffenen. Der Bischof tötete um seines Profits willen, die Täufer töteten, um nicht selbst getötet zu werden. Sie kämpften um ihr Leben. Und die Bischöflichen liebten es, die Täufer auf martervolle Weise zu Tode zu bringen, namentlich durch Ersäufen und Verbrennen. In Münster wurden die Verurteilten nicht gequält. Es gab dort nur zwei Hinrichtungsarten, über die selbst das humane neunzehnte Jahrhundert nicht hinausgekommen ist, das Köpfen und das Erschießen.“

Jetzt scheint Kautsky in völliger Ungewißheit darüber zu sein, daß nicht nur in Sowjetrußland Terror herrschte, sondern auch in den Machtgebieten der Gegenrevolution. Er ist sogar blind in bezug auf den Terror, dessen Objekt unter seinen Augen die deutschen Arbeiter, dessen Subjekt — Scheidemann und Noske sind.

Warum nicht gar! Der „gutgesinnte“ Historiker weiß, daß der Vergleich nicht zugunsten des weißen Terrors ausfällt, und er schweigt über dessen Schrecken.

Kautsky fügt hinzu, daß die Wiedertäufer „weit entfernt, besonders grausam zu sein, sich vielmehr für ihre Zeit und für ihre besondere Situation als ungewöhnlich milde erwiesen. Ihre Grausamkeit bestand darin, daß sie sich nicht geduldig hinschlachten ließen wie Schafe, allerdings ein unsühnbares Verbrechen in den Augen eines jeden „Gutgesinnten“. Das Hinüberschießen ist ein hochzupreisender Liebesdienst, jeder Schuß herüber dagegen eine teuflische Bestialität!“

Die bekannte Moral des Hottentotten: es ist gut, wenn ich dem Nächsten sein Weib nehme, es ist schlimm, wenn er mir meins nimmt.

Da Kautsky jetzt „gutgesinnt“ geworden ist, findet er keine Rechtfertigung für jene Taten der russischen Kommunisten, die er seitens der Pioniere des Kommunismus vor etwa 400 Jahren ganz natürlich fand.

Wenn Kautsky von der Vergangenheit spricht, versteht er die bürgerliche Lüge bis zu Ende zu geißeln.

„Mit der Beschuldigung der Grausamkeit eng verschwistert ist die der Tyrannei: Münster zeigte uns, wohin die Freiheit und Gleichheit des Kommunismus führe.“

Sowjetrußland zeigt, wohin die Verwirklichung des Sozialismus führt, so jammern die Sozialistenfresser aller Länder.

Der alte Kautsky kannte bereits vor 25 Jahren den Wert der gewöhnlichen bürgerlichen Märchen, jetzt wiederholt er sie selbst ohne jegliche Kritik.

Was antwortet aber der Historiker den Lästern der Kommune von Münster?

„Der Belagerungszustand hat stets eine Aufhebung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten und die unumschränkte Verfügung der Militärbehörden über Leben und Gut der belagerten Bevölkerung zur Folge gehabt, so sehr, daß das Wort „Belagerungszustand“ gleichbedeutend geworden ist mit der Beseitigung des gemeinen Rechtes und der politischen Freiheiten. Der Kommunismus hat bisher leider noch nicht das Wunderelixier erfunden, wodurch diese notwendige Konsequenz des Belagerungszustandes überflüssig geworden wäre. Er konnte auch in Münster nicht verhindern, daß die Belagerung zur militärischen Diktatur führte. Wem das nicht deutlich die Verwerflichkeit des Kommunismus und die Verworfenheit des Kommunisten beweist, dem ist nicht zu helfen.“

Wie wohl verstand Kautsky vor 25 Jahren so manche Dinge, die er jetzt ganz und gar nicht versteht!

Schwer war es, besser als Kautsky es mit den oben zitierten Worten getan hat, jene eiserne Logik der Entwicklung der Arbeiterrevolution darzulegen, die Unvermeidlichkeit und die historische Rechtfertigung des roten Terrors im Prozeß des proletarischen Kampfes aufzudecken, — man konnte nicht besser die bürgerlichen Lästern des Kommunismus widerlegen.

Doch das, was dem Historiker Kautsky so klar war, liegt jetzt außerhalb des Horizonts des Politikers Kautsky.

„Die Bourgeois schreiben den Arbeitern alle jene schändlichen Taten zu, die sie selbst im Fall ihres Sieges niemals zu begehen versäumen“, schrieb Fr. Engels 1874 in seinem Artikel: „Die Bakunisten an der Arbeit“.

Kautsky verstand es, die bürgerliche Lüge der Vergangenheit zu entlarven, wenn es sich darum handelte, das lichte Gedenken der Märtyrer des Kommunismus von Verleumdung zu reinigen, — aber er wiederholt die lügenhaften Erdichtungen der bürgerlichen Sykophanten bezüglich der Nachfolger und Vollender des Werks der Kommunisten von Münster, bezüglich derjenigen, denen es bestimmt ist, das Werk des Kommunismus zum Sieg zu führen.

„Steh auf, erwach, schau um dich, was du warst, und was du geworden bist,“ möchte man ihm mit den Worten Kolzows sagen . . .

Und das revolutionäre Proletariat wird, wenn es den alten Kautsky, bei dem es noch viel lernen kann, mit dem Kautsky unserer Tage vergleicht, für den der revolutionäre Marxismus ein Buch mit sieben Siegeln ist, ihn mit vollem Recht als einen Renegaten brandmarken.

W. Bystrjanski.



Zwei Jahre ökonomischer Diktatur des Proletariats in Russland.

Nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten ergreift das Proletariat nicht nur die politische, sondern auch die ökonomische Herrschaft mit all ihren materiellen und organisierten Prärogativen und übernimmt unverzüglich die Leitung des gesamten ökonomischen Lebens.

Als erste hat die Arbeiterklasse Rußlands die Bahn des Sturzes des Kapitalismus betreten, sich als erste Siegerin in der beginnenden Weltrevolution erwiesen und als erste hat sie die ökonomische sowie die politische Diktatur des Proletariats verkündet. Jedoch als Vorposten der Weltrevolution muß sie einem wütenden Ansturm des Weltkapitals, das bestrebt ist, den Gang der historischen Entwicklung zu hemmen und die Arbeiterrevolution zu ersticken, die Spitze bieten.

Die Arbeiterklasse ist gezwungen, ihr Programm einer Organisation der Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage, mitten im Kampf gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt, die englische, französische, russische usw., zu verwirklichen.

Nur von dem Standpunkt der der Arbeiterklasse zugefallenen historischen Aufgabe aus kann man die verwickelten Verhältnisse, die erzielten Resultate und die ganze jetzige Lage begreifen, erklären und ermessen und den weiteren Gang der Ereignisse voraussehen.

Alle Kräfte, alle Mittel, die Gesamtarbeit aller Gebiete sind darauf gerichtet, dieser historischen Hauptaufgabe, die das Proletariat löst, zu dienen. In diesen zwei historischen Jahren ist es der Sowjetmacht tatsächlich auf ökonomischem Gebiet gelungen, die kapitalistische Gesellschaftsform zu stürzen, die Arbeiterklasse der Städte und die Bauern der Dörfer von dem ökonomischen Joch der Kapitalisten und Gutsbesitzer zu befreien. In diesen zwei Jahren ist es der Sowjetmacht gelungen, die Volkswirtschaft in den Dienst der sozialen Revolution und des heroischen Kampfes zu stellen, den die Arbeiterschaft Rußlands gegen die anstürmenden Feinde, ihre Eroberungen festhaltend und die künftige Entwicklung der Gesellschaft verteidigend, führt. Trotz des grausamen Kampfes und Bürgerkrieges dieser beiden Jahre ist es der Sowjetmacht gelungen, neue ökonomische Verwaltungsorgane zu gründen, die Produktion zu erhalten und sogar weitere Schritte auf dem Wege der Entwicklung neuer Industriezweige zu tun und große Arbeitermassen zu dem Aufbau des ökonomischen Lebens heranzuziehen.

Unsere **ökonomische Politik** hatte im Laufe dieser zwei Jahre einige bestimmende Richtlinien.

Wenn wir die verschiedenartigen Verfügungen, Resolutionen und veröffentlichten Dekrete zusammenfassen, können wir vier Richtlinien hervorheben, in deren Grenzen sich unsere ökonomische Tätigkeit entwickelt hat. Es sind dies folgende:

Erstens: Die Schaffung neuer Verwaltungsorgane des ökonomischen Lebens an Stelle der zerstörten kapitalistischen Organe, ihre Gründung unter unmittelbarer Beteiligung der Arbeitermassen an der Verwaltung.

Zweitens: Aufhebung des Privatbesizes an Produktionsmitteln, des Privatgrundbesizes, Nationalisierung von Banken, Fabriken, Werken, Gruben, der Handelsflotte, die den Kapitalisten entrissen wurden.

Drittens: Die Organisation einer **einheitlichen Volkswirtschaft**: — die Organisation von Sowjetwirtschaften auf dem Lande, Staatstrusts in der Industrie, die Vereinigung vereinzelter Unternehmungen unter der Verwaltung gemeinschaftlicher Sowjetorgane.

Viertens: Der Uebergang der Industrieerzeugnisse in die Hände des Staates und ihre staatliche Verteilung.

Derartig waren die Grundlagen, die, beeinflußt durch eine ganze Reihe von Bedingungen äußerer und innerer Art, abhängig von den Wechselbeziehungen der Kräfte, technischen Möglichkeiten und Veränderungen in der Kampfesphäre, verwirklicht wurden. Wenn wir der Zeitfolge nach die Entwicklung unserer ökonomischen Politik verfolgen, ist der Unterschied zwischen dem **ersten** und dem **zweiten Jahre** der Sowjetmacht klar ersichtlich.

Das erste Jahr ist die Periode der Zerstörung alter kapitalistischer Formen. Enteignung der Enteigner, Wegnahme der Produktionsmittel von Kapitalisten und Gutsbesitzern, Vernichtung kapitalistischer Organisationen — all dieses bildete den Inhalt der Tätigkeit im ersten Jahre.

Am 26. Oktober 1917 wurde das Dekret über die Aufhebung des Privateigentums der Grundbesitzer veröffentlicht, am 28. Juni 1918 dasjenige der Nationalisierung der gesamten Großindustrie. Im ersten Jahre wurden alle Banken und die ganze Handelsflotte nationalisiert. Im nämlichen Jahre vollzog sich die Liquidierung der Aktiengesellschaften, sowie verschiedener anderer kapitalistischer Organisationen.

Natürlich werden gleichzeitig damit Arbeiterorgane der Sowjetmacht gegründet, werden Maßnahmen zur Organisation der Volkswirtschaft auf neuen Grundlagen getroffen, jedoch der Schwerpunkt der Arbeit liegt nicht darin, sondern auf dem Gebiet der Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Das erste Jahr ist die Sturm- und Drangperiode der sozialistischen Massen gegen den Kapitalismus, Sprengung der Fesseln des Kapitalismus, Vernichtung all dessen, wodurch der Kapitalismus seine Herrschaft ausübt hatte.

Das zweite Jahr — das ist die Zeit, in der der Schwerpunkt der Tätigkeit auf schöpferische, positive Arbeit zur Gründung und Organisation neuer

Formen der Volkswirtschaft, auf Vervollkommnung und Verbesserung des Verwaltungsapparats, Hebung der Produktion usw. übertragen wird.

Auf diese ökonomischen Fragen haben der II. Kongreß der Volkswirtschaftsräte Ende Dezember 1918 und der Kongreß der Kommunistischen Partei im März 1919 — ersterer in seinen Resolutionen, letzterer in seinem von der Partei anerkannten Programm — ihr Hauptaugenmerk gerichtet.

In der Resolution des ersten Kongresses heißt es: „Die Grundidee des gesamten ökonomischen Lebens gipfelt in der Frage der Vereinigung der städtischen, sowie auch der ländlichen Volkswirtschaft und in der Entwicklung der Produktivkräfte, sowohl in der erzeugenden, als auch in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft.“

„Eine größere Zentralisierung der Leitung der Industrie, die Nationalisierung aller Arten der Industrie, erfordert die Lösung der Aufgabe der Verwaltung von Riesenunternehmungen und Verbänden durch proletarische Kräfte, sowie die Massenberechnung und Verteilung der Produkte in allgemein nationalem Maßstabe. Diese Aufgabe ist so schwer, daß die Lösung derselben, erschwert durch Hunger, niedrigen Stand der Kultur und Bürgerkrieg, nur eine sehr langsame sein kann.“

Der Parteikongreß hat die ökonomische Linie noch schärfer vorgezeichnet; er sagt, daß die Hauptbasis, die die wirtschaftliche Politik der Sowjetmacht bestimmt, in der Hebung der allseitigen Produktivkräfte des Landes bestehe.“

Dieses verlangten wir von unseren ökonomischen Organen, von den Gewerkschaften, von den Arbeitern in Fabriken, Werken, in den Gruben, in Stadt und Land. Das waren unsere Aufgaben im zweiten Jahre der Sowjetherrschaft, durch die unsere tägliche Arbeit und unsere ganze Tätigkeit bestimmt wurde.

Unter Bedingungen ununterbrochenen Kampfes, als das ganze Land ein einziges Kriegslager bildete und als die Aufgaben des Krieges alles unterjochten, wurde unsere ökonomische Politik erzeugt. Mit schier übermenschlicher Kraftanspannung mußte man bei Durchführung dieser Politik nicht nur äußeren, sondern auch inneren Widerstand brechen. Nicht nur die Angriffe der Gegenrevolutionäre hinderten ihre Verwirklichung, sondern auch heimliche sowie offenkundige Sabotage seitens des höheren technischen Personals, Saumseligkeit und Rückständigkeit waren die Feinde, gegen die man einen schweren Kampf führen mußte. Es muß betont werden, daß unsere Politik der tatsächliche Ausdruck des Willens der Arbeiterschaft war. Keinerlei ausgleichende bürgerliche und kleinbürgerliche Lösungsworte fanden beim Proletariat Anklang. Die ökonomische Politik der Sowjetmacht war der folgerichtige Ausdruck des Kampfes und der Bestrebungen des Proletariats. Wenn wir auf die beiden verflochtenen Jahre zurückblicken, können wir diese Tatsache voller Ueberzeugung feststellen.

Jetzt wollen wir zur Durchsicht der Resultate schreiten, die zwei

Jahre angestrenzter Arbeit auf dem Gebiet der Durchführung proletarischer ökonomischer Politik ergeben haben.

Fürs erste wollen wir die Organisation der ökonomischen Verwaltung, wie sie gegenwärtig besteht, betrachten.

Die **Gewerkschaften** bilden die Grundlage der Sowjetorgane, die das ökonomische Leben verwalten.

Von unten bis oben ist der Verwaltungsapparat auf dieser Basis begründet.

An der Spitze der gesamten Verwaltung steht der **Oberste Rat der Volkswirtschaft**, in den Provinzen — die lokalen **Volkswirtschaftsräte**.

Die ganze Arbeit des Obersten Rats der Volkswirtschaft wird durch ein **Präsidium** geleitet, das aus **11 Personen** besteht. Entsprechend den Industriezweigen: dem metallurgischen, chemischen, textilen, elektrotechnischen usw., wird der Oberste Rat der Volkswirtschaft in **50 Produktionsabteilungen** eingeteilt, an deren Spitze die Kollegien, bestehend aus 3—7 Personen, stehen.

Der Vorsitzende sowie sein Stellvertreter werden durch das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee bestätigt, die Glieder des Präsidiums — durch den Rat der Volkskommissare. Jedoch vor der Bestätigung wird die Kandidatenliste gewöhnlich von dem Allrussischen Rat der Gewerkschaften begutachtet.

Alle Kollegien der Abteilungen des Obersten Rates werden durch das Präsidium bestätigt, jedoch unbedingt nach Vereinbarung mit den betreffenden Gewerkschaften. Neben den Spezialisten (Ingenieuren und Technikern) werden in sämtliche Kollegien und in das Präsidium Arbeiter gewählt.

Die örtlichen Räte der Volkswirtschaft sind die Exekutivorgane des Obersten Rates der Volkswirtschaft und sind auf denselben Prinzipien aufgebaut wie der Oberste Rat, jedoch selbstredend in kleinerem und engerem Umfange.

In den einzelnen Unternehmungen und Staatstrusts sind aus 5—7 Personen bestehende Verwaltungen und Direktionen, teils Arbeiter, teils Spezialisten, organisiert, die durch die betreffende Abteilung des Obersten Rats oder des örtlichen Rats nach Vereinbarung mit den betreffenden Gewerkschaften bestätigt werden.

Viele Spezialisten befinden sich in dem Bestande der Kollegien sowie der Fabrikverwaltungen; die letzten statistischen Untersuchungen ergaben gegen 60 % Spezialisten und gegen 40 % Arbeiter.

Ohne Spezialisten können wir natürlich nicht auskommen. Doch haben wir das verfluchte Erbe des Kapitalismus, der aus dem Spezialisten, aus dem Ingenieur, dem Techniker, dem Verwalter — nicht einen gemeinnützigen Arbeiter, sondern einen Diener des Kapitalisten und seiner Tasche machte, noch nicht ausgerottet. Dieser Mietling des Kapitals kann nicht so bald von seinen alten Gewohnheiten lassen. Er ist und wird lange noch

ein heimlicher Verehrer des Kapitalismus bleiben, von dessen Almosen er lebte.

Daher rührt seine Feindseligkeit gegen die neue Ordnung. Daher sein, wenn nicht offenkundiger, so doch heimlicher Widerstand. Doch gab uns die Arbeiterklasse bereits nicht wenige hervorragende Administratoren und Organisatoren; und es werden im Laufe der Zeit aus ihrer Mitte immer mehr und mehr solcher hervortreten.

Gleichzeitig damit kommen neue, junge Spezialisten, die jetzt die Hochschule beenden und noch nicht dem verderblichen Einfluß des Kapitalismus ausgesetzt waren, an die Arbeit und werden die Organisation und Verwaltung des ökonomischen Lebens neu beleben.

Ebenso oder fast ebenso, mit nur geringen Abweichungen, sind auch die anderen ökonomischen Kommissariate errichtet — das **Volkskommissariat der Landwirtschaft**, das **Volkskommissariat für Verpflegung** und das **Volkskommissariat der Arbeit**. Letzteres ist sowohl seiner Arbeit als auch dem Bestande seiner Leiter nach, fast vollständig mit den Gewerkschaften verschmolzen.

Auf diese Weise besitzen wir bereits einen festen Verwaltungsapparat. Natürlich hat er seine ernstesten Mängel, die schwer zu beseitigen sind, da die besten Kräfte an der Front sind.

Dieser Apparat ist kolossal, in ihm gibt es viel Bürokratismus, viele Verwaltungszwistigkeiten. All das werden wir allmählich ausrotten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß es uns zuguterletzt gelingen wird, diesen Apparat zu vereinheitlichen, was eine große Kraftersparnis ergeben und die Schnelligkeit der Handlungen erleichtern wird.

Auf diese Weise haben wir den Apparat kapitalistischer Verwaltung durch einen ökonomischen Sowjetapparat ersetzt, der bereits in allen Winkeln unseres ökonomischen Lebens tiefe Wurzeln gefaßt hat.

Dieser Apparat erfüllt, wie wir sehen werden, trotz der schweren äußeren und inneren Bedingungen, ausgezeichnet seine Aufgaben, zu deren Durchsicht wir jetzt gelangen.

Als Ergebnis zweijähriger Arbeit vollzog sich ein fast völliger Uebergang der Produktionsmittel aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Gesellschaft, in Gestalt der Sowjetorgane.

Beginnend mit den Hauptindustriezweigen und den größten Unternehmen, wurde die Nationalisierung von Fabriken, Werken, Gruben usw. durchgeführt. In Westeuropa wurden häufig ganz falsche Gerüchte darüber verbreitet, daß die Nationalisierung ganz planlos vollzogen wurde. Das ist ein absoluter Nonsens. Die Nationalisierung ging, besonders in der zweiten Hälfte von 1918, ganz planmäßig vonstatten und erstreckte sich auf die für die Organisation der Volkswirtschaft notwendigen, wichtigsten Gebiete und Unternehmungen. Die Nationalisierung hatte nicht nur eine kolossale ökonomische, sondern auch eine ungeheure politische Bedeutung. Vermittels der Nationalisierung entzogen wir unseren Klassenfeinden diejenigen Mittel und Waffen, vermöge deren sie die

Arbeitermassen beherrscht, geknechtet und ausgenutzt haben. Durch die Nationalisierung haben wir ihnen den materiellen Boden entzogen.

Die Kleinindustrie und das Hausgewerbe, sowie die Genossenschaften wurden nicht nationalisiert, sondern sogar durch spezielle Dekrete und Verfügungen geschützt.

Untenstehende Tabelle gibt eine Vorstellung von dem Umfang der im Laufe zweier Jahre vollzogenen Nationalisierungen.

Nationalisiert wurden im Laufe von zwei Jahren (1918—19):

1. Unternehmungen 4.000
2. Schiffe der Handelsflotte 16.000
3. Gutsbesitzer- und Privatland 60.000.000 Desjatinen
4. Alle Banken in allen Städten.

Diese Daten sind hinsichtlich der Unternehmungen ein wenig vermindert. 4000 Unternehmungen befinden sich unter der Leitung des Obersten Rats der Volkswirtschaft, jedoch sind in der Provinz nicht wenig Unternehmungen nationalisiert, die von den örtlichen Organen verwaltet und daher von den zentralisierten Organen nicht aufgenommen wurden.

Mit Gewißheit kann man behaupten, daß gegenwärtig 90% der gesamten Industrie nationalisiert ist.

Wir erhielten als Erbeil vom Kapitalismus zersplitterte, nicht vereinigte Unternehmen.

Wie bereits früher erwähnt, wurde uns die Aufgabe zuteil, die Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage zu organisieren. Es war unumgänglich, auf dem Gebiet der Industrie, auf dem Gebiet der Landwirtschaft Verbindungen vereinzelter Unternehmungen zu organisieren und zu gründen, ihre Versorgung mit Brennmateriale und Rohstoff zu organisieren, ihre Finanzverhältnisse neu zu gestalten.

Das war eine kolossale Aufgabe, deren Lösung noch lange nicht vollendet ist. Im Laufe dieser zwei Jahre sind zwar feste Grundlagen gelegt worden, jedoch noch äußerst viel Arbeit steht bevor.

Wenn wir das Ergebnis dessen, was im Laufe von zwei Jahren auf ökonomischem Gebiet Neues organisiert wurde, betrachten, erhalten wir folgendes Bild:

Organisiert wurden:

1. Auf dem Gebiet der Industrie:

1. Staatliche Trusts 90
2. Fabrikleitungen 4000
3. Staatliche Einkaufsapparate von Holz, Flachs, Wolle, Hanf u. a.

2. Auf landwirtschaftlichem Gebiet:

1. Sowjetwirtschaften 2399
2. Landwirtschaftliche Kommunen und Artels 5961

Auf diese Weise sind sowohl die Industrie, als auch die Landwirtschaft nicht nur eingefügt in den Rahmen der Verwaltung der neuen Organe proletarischer Diktatur, sondern auch in bezug auf Betrieb innerlich reorganisiert. Eine Konzentration der Produktion hat sich vollzogen. Eine in ökonomischer Hinsicht hervorragende Erscheinung sind solche Trusts, wie der der elektrischen Branche, der ohne Ausnahme sämtliche Unternehmungen umfaßt, die sich bis zur Oktoberumwälzung in erbittertem Konkurrenzkampf miteinander befanden, oder der Trust der staatlichen Maschinenbaufabriken, der 16 der allergrößten Unternehmungen vereint. Die nationalisierten Unternehmungen der Textilindustrie, deren es über 500 gibt, sind ebenfalls in mehreren Verbindungen vereint (im ganzen 40 Verbindungen), die mehrere Unternehmen umfassen und durch eine „Hauptverwaltung“ geleitet wurden.

Das Trustsystem auf dem Gebiet der Industrie ergab hinsichtlich der Finanzierung, Versorgung und Registrierung der Produkte glänzende Resultate. Die Abrechnung der nationalisierten Unternehmen mit ihren Verbänden vollziehen sich jetzt nur in „geldloser Form“ vermittels der Buchführung. Auch die Verteilung von Brennmaterial und Rohstoff ist bei diesem System eine gleichmäßigere und richtigere. Wenn wir die ausnahmsweise schwierige Lage, in der sich Sowjetrußland in diesen zwei Jahren in bezug auf Brennmaterial befand, in Betracht ziehen — es verfügte nur über 10 % der notwendigen Kohle und hatte nur 93 Mill. Pud Naphtha an Stelle der alljährlichen 400 Millionen —, so gelang es uns nur dank der Zentralisation bei der Verteilung und einer gewissen Oekonomie, eine furchtbare Krisis zu vermeiden. Die Versorgung mit Rohstoffen war eine befriedigende.

In der Landwirtschaft hat die Organisation von Sowjetwirtschaften, die von Sowjetorganen verwaltet werden, die Erhaltung der landwirtschaftlichen Kultur und großer Wirtschaften ermöglicht und zum erstenmal dem industriellen Proletariat Gelegenheit gegeben, sich an der Landwirtschaft zu beteiligen; zum erstenmal wurden feste Bande zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land geknüpft. Größtenteils wurde das Land der Gutsbesitzer Teilungen unterworfen, und die Befürchtung lag nahe, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft zu Grunde gehen werde. Außerdem war eine Verstärkung des Kleingrundbesitzes zu befürchten. Jedoch das Leben hat das Gegenteil bewiesen. Immer stärker und stärker drang die sozialistische Strömung ins Dorf. Gegenwärtig befinden sich ungefähr 3 Millionen Desjatinen Land bereits in Händen von Sowjetwirtschaften und landwirtschaftlichen Kommunen. Das bedeutet einen großen Schritt vorwärts. Eine weitere regelrechte Entwicklung wird es ermöglichen, die Landwirtschaft auf neuer Basis aufzubauen, sie zu großer technischer Höhe zu bringen und vermittels der Sowjetwirtschaften und landwirtschaftlichen Kommunen sozialistische Kultur im Dorf zu verbreiten und die Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage zu organisieren.

Die ökonomische Lage und die Resultate der ökonomischen Tätigkeit betrachtend, müssen wir vor allem sagen, daß die ökonomische Lage als Resultat unserer ökonomischen Tätigkeit von den veränderten Umständen des Bürgerkrieges abhing.

Bis zur Hälfte des Jahres 1918 liquidierten wir den imperialistischen Krieg. Wir demobilisierten unsere Industrie und stellten uns hauptsächlich die Aufgabe, die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung und der Arbeiterschaft zu befriedigen. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren vernichtet und repräsentierten keinerlei Macht mehr.

Jedoch die Einmischung der Weltbourgeoisie, die der Gegenrevolution in Rußland die ganze Zeit über tatkräftige Unterstützung angedeihen ließ, um die Sowjetmacht zu stürzen, flößte den vertriebenen Kapitalisten und Großgrundbesitzern frischen Mut ein und trieb den Bürgerkrieg auf die Spitze. Je nach dem Ergebnis des Kampfes, während dessen wir uns beständig unserer Feinde erwehren mußten, wechselte unsere ökonomische Basis beständig.

Das Donezbecken, der Ural, der Kaukasus — die Hauptquellen von Brennmaterial und Rohstoff, von Kohle, Naphtha, Gußeisen, Eisen und Stahl — gingen von Hand zu Hand. Einige Zeit befanden sie sich in Händen des Sowjets, jedoch erneuerte Angriffe der Weißgardisten entzogen sie uns wieder, zerstörten die bereits hergestellte Produktion und beraubten uns der angesammelten Vorräte. Jetzt wurde der Zentralrayon von Sowjetrußland zu unserer Grundbasis.

Durch den Verlust des Donezbeckens büßten wir 80% all unserer Kohle ein, die Einnahme Bakus durch die Engländer beraubte uns des Naphthas, die Einnahme des Südens und des Urals entzog uns die Metalle. Es ist leicht zu ermessen, unter welch schweren Bedingungen sich unser ökonomisches Leben entwickelte.

Doch abgesehen von den territorialen Bedingungen wurde unsere ökonomische Lage noch durch den Umstand beeinflusst, daß wir unsere Industrie abermals mobilisieren, wieder in den Dienst des Krieges stellen mußten.

Unter derartigen Verhältnissen entwickelte sich unsere ökonomische Tätigkeit und wurde unser Programm verwirklicht.

Jedoch als Endergebnis können wir konstatieren, daß wir ungeachtet solch schwerer Bedingungen ökonomisch erstarkten und im Laufe der Zeit immer bessere Resultate erzielten. Wollen wir die Daten betrachten, die die Grundzüge unserer ökonomischen Tätigkeit, wie sie sich im Laufe von zwei Jahren ohne Unterbrechungen vollziehen konnte, charakterisieren!

1. Anschaffung von Brennmaterial und Rohstoff.

Benennung des Produkts.	Quantität. 1918.	Quantität. 1919.
A. Anschaffung von Brennmaterial.		
1. Kohle (Moskauer und Borowitscher Rayon)	gegen 30 Mill. Pud	gegen 30 Mill. Pud
2. Holz (angeschafftes und vorräufiges)	4 Mill. Kub.-Sash.	5 Mill. Kub.-Sash.
3. Torf	58 Mill. Pud	60 Mill. Pud
4. Naphtha	93 Mill. Pud	(Baku ist von den Engländern besetzt)
B. Anschaffung von Rohstoff und Vorräte an Rohstoff auf den Lagern.		
1. Flachs	—	5½ Mill. Pud
2. Baumwolle	2.794 Pud	6½ Mill. Pud
3. Wolle	—	2 Mill. Pud
4. Hanf	—	2 Mill. Pud
5. Leder	5.461.000 Stück	2.365.000 Stück (in 6 Mon.)
6. Metall (Vorräte) . .	30. Mill. Pud	40 Mill. Pud

Obige Daten beziehen sich nur auf vom Obersten Rat der Volkswirtschaft angeschaffte und verwertete Brennmaterial und Rohstoffe.

Wir sehen, daß sich die Lage in bezug auf Brennmaterial durch den Verlust des Naphthas verschlimmert hat. 1918 gelang es uns noch, aus Baku Naphtha zu erhalten, 1919 jedoch gar nicht mehr. Dadurch wurden wir veranlaßt, auf den Eisenbahnen und in einer Reihe von Unternehmungen Holzbeheizung einzuführen, wodurch natürlich die Beheizung von Häusern Einbuße erleidet. Vor dem Kriege wurde nicht mehr Holz angeschafft, als jetzt (von 4—5 Millionen Kub.-Sash.), jedoch wurde zu jener Zeit die Industrie vermittle Kohle und Naphtha beheizt und das Holz hauptsächlich zur Beheizung der Wohnhäuser verwandt, während jetzt das Holz hauptsächlich Brennholz für die Industrie ist. Die Torferlangung hat zugenommen, und es wurde im Jahre 1919 mehr Torf produziert (1918: 58 Mill. Pud, 1919: 60 Mill. Pud). Für die Textilindustrie vollzog sich die Anschaffung von Rohstoffen befriedigend; sie ist daher vollständig mit Rohstoffen versorgt. Flachs und Felle wurden in solchen Mengen angesammelt, daß diese Artikel sogar ins Ausland ausgeführt werden konnten.

Mit den Metallen hatten wir einen schweren Stand, wir zehrten die ganze Zeit über alten Vorräten. Nachdem wir den Sieg über Koltshak

davongetragen hatten und der Ural in unsere Hände übergang, verbesserte sich die Lage, und gegenwärtig versorgt uns der Ural mit Metall.

Im allgemeinen sind die **Versorgungsapparate der Sowjetmacht** durchaus in Ordnung und funktionieren gut, so daß sie nicht nur den ehemaligen Vermittler — den Kaufmann — beseitigt haben, sondern bereits mit dem **Kooperationsapparate*)** zu konkurrieren beginnen. Wir haben bereits auf die schweren Bedingungen hingewiesen, unter denen sich der Betrieb vollzog: Okkupierung der Gebiete, die uns Brennmaterial lieferten, durch unsere Feinde, sowie Besetzung der Gebiete, die uns mit Getreide versorgten, Entziehung Hunderttausender von Arbeitskräften durch den Krieg — all dieses hemmte die Entwicklung der Produktion und der Produktionskräfte auf den verschiedenen Gebieten unseres ökonomischen Lebens.

Ein Teil der Unternehmungen mußte ganz geschlossen werden, ein anderer arbeitet in verkleinertem Umfang. Dessenungeachtet sind die **Mitteilungen der bürgerlichen Zeitungen Westeuropas** über die Verringerung unserer Industrie übertrieben und erlogen.

Die letzten, nicht ganz vollständigen statistischen Daten haben ergeben, daß in Sowjetrußland (exklusive der Eisenbahnen, des Handels usw.) gegenwärtig **über eine Million Arbeiter** beschäftigt werden. Auf einigen Industriegebieten (Kohle im Moskauer Bezirk, in der elektrotechnischen Branche u. a.) arbeiten alle Unternehmen **vollzählig**; auf anderen, z. B. in der Textilbranche, erreicht die Zahl der geschlossenen Unternehmungen die Höhe von 50 %, doch gibt es kein Gebiet der Industrie, von dem man behaupten könnte, es sei vollständig eingegangen. Im allgemeinen beträgt die Zahl der Lohnarbeiter (Arbeiter und Angestellte) mindestens 3 Millionen.

Auf einigen Gebieten macht sich sogar ein Fortschritt bemerkbar.

Im Laufe dieser zwei Jahre haben unsere ökonomischen Organe sich an den **Bau von 15 bedeutenden Unternehmungen** gemacht, deren einige **bereits vollendet** und sich in Funktion befinden. Eine große **Lokomotivremontefabrik** in Podolsk (Moskauer Gouvernement) ist schon in voller Tätigkeit, desgleichen eine **Patronenfabrik** in Simbirsk; zwei große **Elektrizitätswerke**, das eine in Kaschira, das andere im Sumpf Schatursk (wird mit Torf betrieben) sind bald fertig und werden bereits in einigen Monaten zu arbeiten beginnen. Eine **Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Werkzeuge** ist in Saratow im Bau begriffen. Doch das allergrößte Unternehmen ist die Bearbeitung großer Schieferlager in den Gouvernements Samara und Kasan, die 1919 begonnen wurde. Mehrere Bergwerke arbeiten bereits. Das ist das bedeutendste Ereignis unserer industriellen Tätigkeit. Außerdem wurden im Gouvernement Kasan Naphthaquellen entdeckt, und es wird dort in einigen Monaten mit dem Bohren begonnen werden. Das im Wolgagebiet entdeckte und verarbeitete Brennmaterial eröffnet uns außerordentlich weite Perspektiven. Andere Neuerungen nebensächlicher Art, die wir

*) Genossenschaftsapparat.

einführen, lassen wir unerörtert. Aus den oben angeführten Beispielen ersehen wir, daß der schöpferische Prozeß der Entwicklung der Produktion nicht nur nicht eingeschlafen ist, sondern fortgesetzt wird und vorwärts schreitet. Unsere Hauptaufgabe in der ökonomischen Tätigkeit besteht in der Verteidigung der Revolution, in der Arbeit für die Rote Armee, in ihrer Versorgung mit allem Notwendigen. Ueber diese Seite der Produktion wollen wir nicht sprechen. Von ihr wird unser Kampf Zeugnis ablegen. Jedoch unter dieser Bedingung ist die Arbeit für die Bedürfnisse der **Zivilbevölkerung** eine bedeutende.

Wir führen nur die Daten der Hauptindustriezweige an, die den Bedürfnissen des Militärs, sowie der Bevölkerung dienen.

Produktion und Vorräte im Jahre 1919.

Gewebe.

Durchschnittliche monatliche Ausarbeitung: 14 Mill. Arschin. *)
Vorräte an Geweben betragen ungefähr 1 Milliarde Arschin.

Zucker.

Produktion im Lauf der Saison 1918—1919:
In Sowjetrußland 4 Mill. Pud. **)
In der Sowjetukraine . . 10 Mill. Pud.

Streichhölzer.

Im Jahre 1918 wurden 1 032 023 Schachteln produziert. 1919 wurden im Laufe von sechs Monaten 412 809 000 Schachteln produziert.

Seife.

Die Produktion beträgt monatlich 20—25 000 Pud.

Salz.

Gegen 10 Millionen Pud wurden gewonnen.

Bei der Verteilung dieser Produkte wird eine bestimmte Reihenfolge beobachtet. Das Hauptaugenmerk ist auf die Versorgung der Roten Armee gerichtet, dann folgt die Arbeiterschaft und in dritter Reihe — die übrige Bevölkerung.

Um die Landesverteidigung und die Produktivkräfte aufrecht zu erhalten, müssen die Rote Armee und die Arbeiterklasse mit allem Notwendigen versehen werden. Mit dieser Aufgabe wurde unsere Industrie betraut.

Im ersten Jahre nach dem Umsturz haben wir die gesamte Industrie in den Dienst der friedlichen Bevölkerung gestellt.

*) 1 Arschin — 0,711 Meter.

**) 1 Pud — 16,38 Kilogramm.

Wir haben die Industrie demobilisiert, jedoch die Ereignisse gestalten sich derartig, daß wir unser „friedliches“ ökonomisches Programm mit einem „militärischen“ vertauschen mußten, was wir auch taten. Dabei wissen wir sehr wohl, daß wir nur bei **allgemein** fester ökonomischer Lage unsere militärischen Aufgaben lösen können. Daher lenken wir unsere Aufmerksamkeit auf allseitige Hebung der Produktivkräfte und auf Erhaltung unseres ökonomischen Hinterlandes.

Jetzt wollen wir die Lebensmittelfrage erörtern, die sich in diesen zwei Jahren am empfindlichsten fühlbar machte. Die getreidereichsten Gebiete, der Don, der Süden Rußlands, das Wolgagebiet, Sibirien, befanden sich in den Händen der Gegner oder gingen von Hand zu Hand.

Als wir nach der Oktoberrevolution die Zügel der Herrschaft ergriffen, hatten wir fast gar keine Getreidevorräte. Die Ernte im Jahre 1918 war über den Durchschnitt (in Sowjetrußland ergab sie in 25 Gouvernements 1236 Mill. Pud). Der Verpflegungsapparat, der in dieser Zeit organisiert wurde, ermöglichte es, 106 Millionen Pud zu beschaffen.

Dadurch wurde es möglich, die Bevölkerung gegen Ende 1918—1919 besser und planmäßiger mit Brot zu versorgen, als in der ersten Hälfte von 1918. Auch die Ernte von 1919 war über dem Durchschnitt, zu dieser Zeit gelangten das ganze **Wolgagebiet** und ein Teil von **Sibirien** in unsere Hände.

In diesem Jahr sind die Ernteaussichten bedeutend besser, als im vorigen. Sie stoßen hinsichtlich des Transports, der hauptsächlich im Dienst des Krieges steht, auf Hindernisse.

Doch dank der Vervollkommnung des Verpflegungsapparates kann man bestimmt auf eine freilich nicht große Verbesserung rechnen.

Eine wesentliche Verbesserung der Ernährungsfrage kann man nur von einer Rückeroberung des **Dongebiets** nach der Besiegung Denikins seitens der Roten Armee erwarten.

Wir haben hier nur eine Beschreibung der allgemeinen ökonomischen Lage Sowjetrußlands geliefert und die Ergebnisse zweijähriger Tätigkeit auf ökonomischem Gebiet konstatiert. Selbstverständlich konnten wir in diesem Artikel nicht all das erwähnen, was die Arbeiterschaft zu dem gigantischen Aufbau eines neuen Lebens, der sich vor unseren Augen vollzieht, beigeteuert hat.

Man kann nur sagen, das russische Proletariat nahm nicht nur die Zügel der politischen, sondern auch die der ökonomischen Verwaltung des Landes in seine Hand und hat es verstanden, die gesamte Volkswirtschaft zu vereinen und dieser Verwaltung unterzuordnen und zu einer einheitlichen Organisation der früheren zersplitterten, ökonomischen Verhältnisse umzugestalten.

Der Weltkapitalismus macht bei der sich jetzt entwickelnden sozialen Weltrevolution verzweifelte Anstrengungen, Sowjetrußland zu ersticken. Die **Blockade** dient ihm als Mittel zu diesem Zweck. Jedoch auch hier steht ihm eine große Enttäuschung bevor. Schon jetzt ist ersichtlich, daß das ökonomische Leben Sowjetrußlands in diesen beiden ungewöhnlich schwe-

ren Jahren, wenn auch äußerst langsam, so doch unabwehlich vorwärts geschritten ist. Die Vereinigung der Volkswirtschaft erschließt der weiteren Entwicklung neue reiche Quellen. Die ökonomische Krise, die unter kapitalistischen Verhältnissen unausbleiblich gewesen wäre, kann bei dem System wohlorganisierter ökonomischer Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft nicht eintreten.

Unsere weitere ökonomische Politik wird in der Hebung der Produktion, in der Entwicklung der Selbsterziehung der Arbeitermassen, in der Verbesserung des Apparates der ökonomischen Verwaltung bestehen.

Das Proletariat Sowjetrußlands steht fest auf dem Vorposten der sozialen Weltrevolution . . .

W. Miljutin.



Die Sowjetmacht und die Denkmäler des Altertums.

Unter den mannigfachen Verleumdungen, die über die Sowjetmacht verbreitet werden, empörte mich besonders das Gerücht amerikanischer Zeitungsartikel, in denen wir des Vandalismus gegen Museen, Paläste, Landsitze von Großgrundbesitzern, Kirchen, die hervorragende Denkmäler des Altertums darstellen und oftmals auch einzigartige Kunstwerke sind, beschuldigt werden.

Wir können diese Anklage mit Stolz und Entschiedenheit zurückweisen und dürfen behaupten, daß wir in der Frage des Schutzes solcher Denkmäler Wunder vollbracht haben. Selbstverständlich will ich damit nicht behaupten, daß während der russischen Revolution nicht einzelne künstlerische Werte zugrunde gegangen sind. Wir wissen von einigen niedergebrannten Herrensitzen, zerstörten Bibliotheken, geplünderten Sammlungen und dergleichen mehr, aber man wird doch begreifen, daß eine so gewaltige Erschütterung wie die Revolution nicht ohne einzelne Exzesse verlaufen konnte, und wir müssen die Herren Imperialisten darauf aufmerksam machen, daß während des Krieges in den von den „allerzivillisiertesten“ bürgerlichen Armeen okkupierten Gebieten Zerstörung von menschlichem Eigentum in unvergleichlich viel höherem Maße stattgefunden hat.

In Rußland war diese Erscheinung vorübergehend und währte nur so lange, bis die Regierung die Zügel in ihre Hand nahm. Gegenwärtig finden wir nicht nur in Petrograd und seiner Umgebung, wo ungeheure Schätze dieser Art angehäuft sind, nicht nur in Moskau und den in der Umgebung von Moskau liegenden Schlössern, die ebenfalls einzig in ihrer Art sind, sondern auch in der Provinz, oft sogar in den abgelegensten Winkeln, Vertreter der Abteilung für Schutz der Denkmäler des Altertums und der Kunstwerke; diese Vertreter hüten unter Mitwirkung von gebildeten Bauern und Arbeitern das künstlerisch-wertvolle Volkseigentum wie ihren Augapfel.

Amerikanische Zeitungen haben es gewagt, von Plünderungen und Unordnung in den kaiserlichen Palästen zu sprechen! Ich wäre sehr glücklich, einigen Ausländern zeigen zu können, was in diesen Palästen gegenwärtig geschieht. Ja, wir haben eine schwere Zeit durchgemacht, als aller Art bewaffnete Abteilungen, mitunter auch Bänden — unsere sowohl wie fremde — Gatschina und Zarskoje Ssjelo unsicher machten, als es in Petrograd gar keine Polizeimacht gab. Unter diesen Verhältnissen mußte es als

ein fast hoffnungsloses Unterfangen erscheinen, die allein schon ihrem materiellen Werte nach unermeßlichen Schätze der Paläste und Museen schützen zu wollen. Dazu kam noch, daß in vielen Palästen, besonders im Winterpalais, die Keller von Wein, Schnaps und Cognac gepropft voll waren. Wir mußten alle diese Vorräte schonungslos vernichten, da sonst die Trunkenheitsexzesse sich auf die Eremitage und die Säle des Winterpalais ausdehnen und ein unerhörtes Unheil anrichten konnten. Im Wein liegt eine furchtbare Versuchung, und ich erinnere mich jenes braven Soldaten des Pawlowschen Regiments, der gleich anderen Schildwachen sich nicht hatte enthalten können, vom Wein zu kosten, von dem er Hunderttausende von Flaschen bewachte; nachher sagte er mir, sich entschuldigend: „Stellen Sie mich neben eine offene Kiste mit Gold — und ich werde es nicht berühren, aber neben dem Wein zu stehen ist unmöglich“. Und dennoch haben wir es zuwege gebracht, durch Vernichtung dieses Weines, unter Anwendung der härtesten Maßnahmen, mit Ehren das damals drohende Unglück abzuwenden.

Wenn Sie heute das Winterpalais oder das Schloß in Gatschina betreten und dort einige Spuren der Zerstörung bemerken, seien Sie überzeugt, das sind noch nicht verwischte Spuren der Zeit, als Kerenski und seine Junker und Kosaken dort hausten.

Uebrigens werden Sie solche Spuren heute fast gar nicht mehr finden; wir haben sie getilgt.

Was die Museen betrifft, so befinden sie sich in der musterhaftesten Ordnung, unter der Verwaltung der besten Museumsleiter; die Museen sind sehr bereichert worden, da ihnen die verschiedensten künstlerischen und historisch-wichtigen Werke einverleibt worden sind, die dorthin aus Privatpalästen und Landsitzen übergeführt wurden, wo ihre Sicherheit weniger gewährleistet war.

Während die besten Bilder der alten Eremitage auf Veranlassung Kerenskis nach Moskau übergeführt worden sind und dort, in Kisten verpackt, des Tages harren, an dem wir in Petrograd absolut sicher sein können, füllen sich die Säle der Eremitage von neuem mit wundervollen Kunstwerken, die teils gekauft, teils aus privaten Schatzkammern, die bisher dem Publikum unzugänglich waren, hierher übergeführt worden sind. Welche Wunderwerke sind entdeckt und gegenwärtig in den Palästen Jussupow, Stroganow u. a. den Volksmassen und der Schuljugend zur Schau gestellt worden.

Die Paläste selbst werden von uns verschiedenen Zwecken dienstbar gemacht. Nur einige wenige unter ihnen, in der Art des kunsthistorisch wenig interessanten Anitschkowpalais und des Marienpalais, sind einer nützlichen Bestimmung dienstbar gemacht. Das Winterpalais aber ist in einen Kunstpalast verwandelt worden. In seinen prunkvollen Riesensälen, die von Rastrelli und seinen Schülern gebaut worden sind, werden Sie stets eine Volksmenge finden, die vorzügliche Musik in der Ausführung der Staatskapelle oder des Staatsorchesters anhört, oder auserlesenen kinema-

tographischen Vorstellungen, oder aber speziellen dramatischen Vorführungen beiwohnt.

Eine Ausstellung löst hier die andere ab; einige von ihnen waren wahrhaft großartig durch die Menge der ausgestellten Werke. Sowohl die Ausstellungen, als auch die Museen bemühen wir uns zu wirklichen Bildungsquellen zu gestalten, dadurch daß wir sie mit Vorträgen verbinden und jeder Besuchergruppe besondere Instruktoren und Führer zugesellen. Wir sondern aus den Museen einzelne Gruppen von mäßigem Umfang aus und veranstalten Sonderausstellungen, z. B. die buddhistische religiöse Kunst oder die Totengebräuche und der Totenglaube der Aegyptier u. dgl. mehr; dadurch schaffen wir Quellen des Anschauungsunterrichts, und solche Ausstellungen werden in dem verödeten Petrograd von Massen interessierter Besucher aufgesucht.

Andere Paläste sind vollständig in Museen verwandelt. In erster Reihe steht hier das riesengroße Katharinenpalais in Zarskoje Ssjelo und das ihm benachbarte Alexanderpalais. Die ganze Geschichte des Selbstherrscherthums entfaltet sich hier vor den Augen der Arbeiter und der Jugend, die in Massen aus Petrograd hierher kommen, durch die hundertjährigen Parks wandern und dann dieses Palais betreten, das in musterhafter Ordnung gehalten wird; dabei wird mit Erfolg das Ziel im Auge behalten, bei dem Massenbesuch nicht nur die Wände, die Möbel und die Kunstwerke vor Beschädigung zu hüten, sondern sogar die interessanten Mosaikfußböden der Säle. In unserer Fürsorge gehen wir soweit, daß, wo Dielenläufer nicht ausreichen, wir für die Besucher besondere Leinenschuhe, die über die Stiefel angezogen werden, bereit halten, um den Fußboden nicht zu schädigen. Und das flößt dem Besucher, so wenig er an eine derartige Umgebung gewöhnt sein mag, das Gefühl ein, daß er Volkseigentum vor sich hat, wo alles vom Staat und vom Publikum mit der größten Sorgfalt gehütet werden muß.

Im Katharinenpalais sieht er die bizarre und schwere Pracht der Zeit Elisabeths und die grazilöse, behaglich-harmonische Herrlichkeit der Epoche Katharinas II. Diese kaiserliche Herrenkultur, die aus dem Westen die besten Architekten, die besten Tapezierer und Meister in Porzellan, Bronze und Teppichweberei usw. nach Rußland lockte, erreicht scheinbar während der Regierung Pauls mit ihrer unvergleichlichen Vollkommenheit der Werke des ersten Empire ihren Gipfelpunkt.

Uebrigens ist das benachbarte Pawlowsk das beste Denkmal des Geschmacks jener Epoche. Die geschmackvolle Auswahl der Kunstwerke, die seine Ausstattung bilden, sowie die bewunderungswürdige Verzierung seiner Säle machen Pawlowsk zu einem unvergleichlichen Denkmal, wie es ähnlich kaum in Europa zu finden ist.

Doch auch im Großen Schloß in Zarskoje Ssjelo hat diese Kunstepoche ihre anziehenden Spuren hinterlassen. Durch Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Leibeigenen haben die Zaren, die selbstgewiß an der Spitze ihres Adels standen, es verstanden, sich ganz Europa dienstbar zu machen und

den asiatischen Luxus ihrer Moskauer Vorfahren durch die überaus verfeinerten Werke europäischer Kultur abzulösen.

Unter Alexander I. sinkt der Geschmack ein wenig. In seinem Empire empfinden wir eine gewisse Kälte, die jedoch der Größe nicht entbehrt. Es ist die Abspiegelung des Napoleonischen Imperialismus im Imperialismus Rußlands mit seinen Leibeigenen.

Dann die Gemächer Alexanders II., vornehm, komfortabel, mit einem Anflug von bürgerlich-englischem Geschmack; es sind prunklose Arbeitskabinette und Gastzimmer eines britischen Gentleman, eines wohlhabenden Landedelmannes. Und plötzlich sehen wir Alexander III. vor uns; es ist ein sonderbarer, plumper, pseudorussischer Stil, ein hauptsächlich materieller Prunk.

Dieser Verfall beginnt schon unter Nikolai I. mit seiner schweren Bronze, mit den Pariser Sachen zweiter Sorte, den Erzeugnissen des zweiten Kaiserreichs.

Aber der plumpe, quasirussische Stil Alexanders III. fügt dazu das, was uns nach Asien zurückführt. Nur mit äußerster Mühe werden wir hier einen Schimmer wahrer Kunst finden. Das sind durchweg Sachen, die viel kosten, prunkend, schreiend, auf grobe Effekte berechnet. Man fühlt, daß der Adel sich überlebt hat und nicht mehr die Gesellschaft führt, nicht einmal auf dem Gebiet der materiellen Kultur, der Einrichtungskultur. Sie passen sich bereits dem Leben in abstoßenden Wohnungen an, die nur darauf berechnet sind, ihre Untertanen durch eine scheinbare Pracht, durch Talmigold zu blenden. Wir fühlen schon, daß das Selbstherrschertum sich nur noch künstlich hält und kein Selbstvertrauen mehr hat; es will blenden und kann es nicht, daher das Streben nach Kolossalität der Dimensionen und nach Kostbarkeit des Materials.

Jedoch wenn wir schon ein schnelles Sinken von Stufe zu Stufe sehen, von Alexander I. zu Nikolai I., von diesem zu Alexander II., dann zu Alexander III., so erleben wir offensichtlich einen Sturz in den Abgrund, wenn wir die geschmacklosen Gemächer Nikolaus II. betreten. Was finden wir da nicht alles! Irgend ein bunter Kattun und an ihm befestigte Photographien, haarklein wie im Zimmer des ersten Stubenmädchens irgend einer Millionärin. Da gibt es eine Rasputinecke, die mit vergoldeten Heiligenbildern behängt ist, da finden wir merkwürdige Wannen, kolossale Divans und sehr eigenartig geschmückte „Toilettenräume“, die in uns den Gedanken an grobe tierische Sinnlichkeit erwecken, dort gibt es auch Möbel im Marktgeschmack, solche Möbel, wie sie sich in Wohnungseinrichtungen von reichgewordenen ahnenlosen Parvenüs finden, die sich jeglicher Art „Möbel“ kaufen, wie es ihrem verwilderten Geschmack behagt.

Wir finden hier eine bizarre Verbindung von zwei Strömungen — die widerwärtige Geschmacklosigkeit eines degenerierten russischen Edelmannes und die nicht minder widerwärtige Geschmacklosigkeit einer deutschen Spießbürgerin.

Und wir haben es doch mit Nachkommen kaiserlicher Geschlechter zu tun! Niemand wird sich des Gedankens entschlagen können, selbst wenn man ihn nicht darauf stößt, daß die Dynastie mit schwindelnder Schnelligkeit moralisch und ästhetisch gesunken ist.

Unsere Künstler machten den Vorschlag, alle Räume Nikolais II. als Vorbild schlechten Geschmackes gänzlich unberührt zu lassen; wir haben es auch so gemacht, denn dieser Spaziergang durch die Vergangenheit, die jüngste Vergangenheit aus der Zeit des Zusammenbruchs der Romanow, erweist sich, wenn man ihn durch eine entsprechende Vorlesung erläutert, als eine wundervolle Illustration zur Kultur der Zarengeschichte.

In dieser Hinsicht bietet Gatschina sehr viel lehrreiches Material. Jedoch fürchte ich, daß gegenwärtig General Judenitsch und die ihn begleitenden großbritannischen Kulturträger den von uns so sorgfältig gehüteten und bei den Volksmassen so populären Palästen, die in Museen verwandelt sind, großen Schaden zugefügt haben.

In Moskau wird von zahlreichen Exkursionen der Kreml besucht, der, abgesehen von einigen Gebäuden, die von Regierungsinstitutionen besetzt sind, in ein riesiges, lehrreiches Museum verwandelt worden ist, die Kirchen auch miteingeschlossen.

Die um Moskau herum gelegenen Herrensitze werden von uns gehütet. In den Fällen, wo sie nicht durch ihr Ensemble etwas Einheitlich-Ganzes darstellen, wird aus ihnen und ebenso aus den Klöstern alles, was vom künstlerischen oder historischen Standpunkt ausreichend wertvoll erscheint, weggetragen und in spezielle Museen, durch die Moskau bereichert worden ist, übergeführt. Die Paläste jedoch, die durch ihren Stil wertvoll sind, wie Archangelskoje und Ostankino, sind sogar in unserer schweren Zeit Stätten, zu denen alle die pilgern, die sich an den einheitlichen Denkmälern der für unseren Adel „ruhmvollen“ Zeit erfreuen wollen, der Zeit, als er ganze Generationen seiner Sklaven aussaugend und zugrunderichtend, wenigstens elegant zu leben verstand und wußte, was er in Europa kaufen sollte, wohin dann im Austausch gegen die „Einrichtung“ ganze Ströme russischen Arbeiterschweißes flossen.

In einem Lande, das eine Revolutionskrise durchmacht, in dem die Massen naturgemäß von Haß gegen Zaren und Herren erfüllt sind und unwillkürlich diesen Haß auf deren Wohnungen und Hauseinrichtungen übertragen, ohne dabei im stande zu sein, den künstlerischen und historischen Wert abzuschätzen, da dieselben Herren, dieselben Zaren sie in Unbildung dahinleben ließen, — in solch einem Lande hatten wir es natürlich nicht leicht, unser Werk zu vollbringen. Mußten doch nicht nur die Zerstörungswoge aufgehalten, die Kulturwerte bewahrt werden, sondern wir mußten darangehen, diese neu zu beleben, aus Museumsmumien lebendige Schönheit zu erwecken, durch die der unbewußt nach Schönheit dürstende Arbeiter erquickt würde. Wir hatten aus verschlossenen Schlössern und Herrensitzen, wo die an alles gewöhnten und nichts mehr bemerkenden degenerierten Abkömmlinge einst berühmter Geschlechter dahinvegetierten,

öffentliche Institutionen zu machen, die, mit Liebe gehütet, zahlreichen Besuchern Stunden der Freude bereiten sollen. Das war in der Tat ein schwieriges Werk.

Das Kommissariat für Volksbildung und seine Abteilung für Schutz der historischen und künstlerischen Denkmäler kann jederzeit vor der zivilisierten Menschheit Rechenschaft ablegen über seine Arbeiten in dieser Richtung und darf es mit Zuversicht aussprechen, daß nicht nur das internationale Proletariat, der beste Teil dieser zivilisierten Menschheit, sondern jeder ehrliche Mensch dieser ungeheuren Leistung den Zoll der Hochachtung nicht versagen kann.

Nicht auf einzelne Fälle von Zerstörung muß man Gewicht legen — sie hätten in jedem beliebigen, sogar dem aufgeklärtesten Lande stattgefunden, sondern darauf, daß in einem Lande, das durch eine verbrecherische Politik im Stadium der Barbarei zurückgehalten worden war, diese Zerstörung keine großen Dimensionen angenommen hat, sondern durch die Kraft der Arbeiter- und Bauernregierung in einen stark organisierten Schutz des Volkseigentums verwandelt worden ist.

A. Lunatscharski.

Kreml, den 28. Oktober 1919.



Die Internationale der Intellektuellen.

Ende dieses Monats findet in Bern — in der Schweiz — ein internationaler Kongreß der Intellektuellen statt. Vertreter der intellektuellen Kräfte Englands, Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder werden sich unter einem Dache zusammenfinden, gestrige Feinde, Sieger und Besiegte einander von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen.

Unter diesen Leuten werden wahrscheinlich auch moralische Mitschuldige des schmachvollsten aller Verbrechen — des Krieges von 1914 bis 1918 — weilen, eines Verbrechens, dessen unaussprechliche Schändlichkeit allen ehrlich Denkenden klar gezeigt hat, wie sehr die alte Lebensordnung von Fäulnis zerfressen ist, dadurch den nationalistischen Fanatismus einigermaßen zu Verstand gebracht und die Vorurteile erschüttert hat, die zu einer allgemeinen Verrohung der zivilisierten Leute Europas führten und das schmachvolle, alleuropäische Blutbad zur Folge hatten.

Ist dem wirklich so, werden solche Leute auf dem internationalen Kongreß der Vertreter des Geistes erscheinen, so wird dies eine äußerst bedeutende Tatsache sein und möglicherweise Ergebnisse von tiefem sozialen Wert zeitigen. Worte verspäteter Buße und unnötiger Selbstanklage tun es natürlich nicht; vielmehr muß auf dem Kongreß endlich einmal scharf und entscheidend die Frage der die ganze Erdkugel umfassenden, allgemeinemenschlichen Bedeutung des intellektuellen Grundgedankens in dem Prozeß der Weltgeschichte behandelt werden.

Erst die Entscheidung dieser Frage wird den Intellektuellen ermöglichen, eine unerschütterlich feste, bestimmte Stellung einzunehmen: e n t w e d e r an der Spitze der neue Formen des Gesellschaftslebens anstrebenden Volksmassen, o d e r aber unter den Klassen, die selbstüchtig und sinnlos die physische Kraft des Volkes ausbeuten, seinen Geist und Verstand im Wachstum aufhalten.

Wollten die Intellektuellen bloß verstehen und fühlen, daß sie bis heute die undankbare Rolle eines Lastgauls des Kapitalismus gespielt haben, so wäre das allein schon eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung. Eine wahre Verschmelzung des verhältnismäßig geringen Vorrats intellektueller Kräfte mit der unerschöpflichen Masse emotionaler Energie des Volkes, ein wahrer Einklang des erforschenden, organisierenden Geistes und des unorganisierten, doch von Lebensdrang erfüllten Willens würden dem Entwicklungsprozeß der Weltkultur eine Triebkraft von ungeheurer Stärke und phantastischer Geschwindigkeit verleihen.

Mit einem Wort — die Intellektuellen der ganzen Welt stehen vor der harten, einen mutigen Entschluß erfordernden Frage: es mit dem Volke zu

halten, zu grundlegender Umgestaltung aller Lebensformen, oder aber mit dem Kapital zur Verteidigung der veralteten Ordnung.

Die Intellektuellen des Westens sollten aus der Rolle, die die russischen Intellektuellen während der Ereignisse der letzten zwei Jahre gespielt haben, eine Lehre für sich ziehen. Wäre der gebildete Russe geistig einheitlicher, praktisch weitsichtiger gewesen, wäre er gleich zu Beginn der „bolschewistischen“ Revolution mit derjenigen Gruppe der Intellektuellen in Fühlung getreten, die den Mut hatte, an der Spitze der Arbeitermassen die politische Macht des vom Zarentum und Krieg zerstörten Landes an sich zu reißen, so hätte die Wucht des emotionalen Sturmes keine solch grausame Verheerung auf dem Gebiet der Industrie, der Technik, der Kultur angerichtet, weniger Blut wäre vergossen, weniger Fehler wären begangen worden, — die dämmernde Kraft der Vernunft hätte ihre Wirkung nicht verfehlt. Ich will niemand anklagen, sondern bloß auf folgende unbestreitbare Tatsache hinweisen: das Ausscheiden eines gewissen Teils intellektueller Kräfte aus dem Revolutionsprozeß hat dazu geführt, daß die Frage der Lebensqualität sich unwillkürlich den Anforderungen einer Anzahl rückständiger Leute unterordnet, für die ich die russischen Bauern halte.

Der russischen, ziffernmäßig unbedeutenden Arbeiterklasse steht eine großartige Aufgabe bevor: die Hunderte Millionen zählende Masse der Bauernschaft verschiedener Zunge, verschiedenen Stammes umzuformen. Diese Masse ist imstande, eine ungeheure Tatkraft im Zerstörungswesen an den Tag zu legen; doch ist es fraglich, ob sie etwas anderes, Hervorragenderes schaffen kann, als ein von der Psychologie des Kleineigentümers durchdrungenes Alltagsleben. Von diesem Standpunkt aus ist eine regelrecht organisierte Großindustrie dem Arbeiter und Gebildeten weniger gefährlich, als ein endloser Sumpf des Kleinbesitzes, der den hohen Interessen der allgemein menschlichen Kultur gewöhnlich fremd, wenn nicht gar feindlich gegenübersteht.

Die russischen Intellektuellen beginnen allmählich das Tragische ihrer Lage zu fühlen. Zwar haben sie auch früher zwischen Hammer und Amböß — Macht und Volk — gelebt, doch sind die verhängnisvollen Nachteile dieser Stellung jetzt allzu klar, allzu schmerzhaft für sie geworden. Allein — ich wiederhole — sie beginnen zu verstehen, daß eine intellektuelle, ihnen geistig verwandte Kraft die Macht innehat, und Rußland wird wahrscheinlich in nicht ferner Zukunft die Verschmelzung des organisierten Geistes mit dem auferüttelten Willen erleben. Diese beiden schaffenden Kräfte aber können Wunder wirken. Das sind meiner Ansicht nach diejenigen Gedanken und Fragen, mit denen der Kongreß der Internationalen Intellektuellen nicht umhin kann, sich zu beschäftigen.

In aufrichtigem Vertrauen auf die Ehre und das Gewissen der westeuropäischen Vertreter des intellektuellen Grundgedankens erwarte ich bestimmt, daß der Kongreß auch die Frage der Blockade Rußlands behandeln wird.

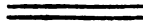
Es wäre überflüssig zu sagen, wie schändlich diese Blockade ist, die das russische Volk zum Aussterben durch Hunger, aus Mangel an Arznei u. a. m. verurteilt. Doch vielleicht sollte man die Mitglieder des Kongresses darauf aufmerksam machen, daß an erster Stelle und mehr als alle anderen die Kinder an den Folgen der Blockade leiden, in zweiter Reihe aber die Vertreter der Gelehrtenwelt, die als Leute des Studierzimmers und der Laboratorien dem praktischen Leben schlecht angepaßt und im Kampf ums tägliche Brot wenig erprobt sind.

Die Kinder — die zukünftige Kraft des Volkes — durch Hunger hinhorden, die aufgespeicherte intellektuelle Energie des Volkes zum Hungertode verurteilen, — ist das fürwahr der Wunsch des „aufgeklärten“, „zivilisierten“ Europa?

Diese Frage muß unbedingt auf dem Kongreß gestellt werden. Was aber werden die Regierungen Englands, Frankreichs und der anderen Länder, die sich als „Heimstätten der Kultur und der Zivilisation“ betrachten, darauf antworten?

M. Gorki.

Petrograd, Januar 1920.



Eine wohlverdiente Lektion.

Austausch von Radiotelegrammen zwischen Ledebour-Cohn und Gen. Tschitscherin.

Berlin, 21. Oktober 1919. Nr. 1430/780.

An Georg Tschitscherin, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.
Moskau.

Wir ersehen aus den „Iswestija des Moskauer Vollzugsrates“ vom 23. September, daß Rosanow-Ensis der Teilnahme am Nationalverband überführt ist, seine Angelegenheiten aber in ein besonderes Untersuchungsverfahren übergeleitet werden sollten. Wir kennen Rosanow genau aus persönlichem und politischem Verkehr und wissen, das seine Auffassung vom Sozialismus ihm zwar einen Gegner der Bolschewiki, aber nimmermehr einen Gegner des Volkes hat werden lassen. Die gleiche Ueberzeugung haben wir von den Parteigenossen Rosanows, die ihn nach der Feststellung der Außerordentlichen Kommission beauftragt haben, dem Nationalverband beizutreten. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß zu verwenden, daß die bewährte sozialistische Vergangenheit Rosanows und seiner Parteigenossen bei der Untersuchung berücksichtigt werde. Sollte wider Erwarten ein Todesurteil in Aussicht stehen oder gar schon gefällt sein, so bitten wir, die Vollstreckung aufzuschieben, bis wir zu neuen Vorstellungen Gelegenheit haben. Antwort an Oskar Cohn erbeten.

Mit sozialistischem Gruß

Georg Ledebour, Oskar Cohn.

Moskau, 22. Oktober.

An die Herren Georg Ledebour und Oskar Cohn.

Von Ihrem Funkspruch Nr. 1430/780 habe ich mit größter Verwunderung Kenntnis genommen. Es handelt sich um einen Mann, der im jetzigen Moment der höchsten Krise für die proletarische Revolution an einer der tätigen gegenrevolutionären Organisationen aktiv teilnahm. Er wirkte Hand in Hand mit denjenigen Kadetten, die in Sowjetrußland für Denikin eine weitverzweigte Spionageorganisation schufen und in Moskau geheime Weißgardistenbanden ins Leben riefen, um gegenrevolutionäre Putsche vorzubereiten. Ja, Rosanow gibt selbst die prinzipielle Unterlage seiner Handlungen wieder, als er in seinen schriftlichen Aussagen die Plattform des rechten Flügels der Menschewiki erklärt, die das Zusammengehen mit der Kadettenbourgeoisie anerkennt. In der gegenwärtigen Periode des er-

bittersten Bürgerkrieges, wo die Revolution alle Kräfte anspannen muß, um sich die zaristischen Henkersknechte, die Träger der blutigsten wahn-sinnigsten Gegenrevolution vom Leibe zu halten, machen Sie den Versuch, der um Leben und Tod ringenden Revolution in den Arm zu fallen. Als Grund für Ihr Einschreiten führen Sie die Vergangenheit Rosanows an, als ob Ihnen nicht bekannt wäre, daß zahlreiche Exsozialisten, sogar mit größeren Verdiensten in der Vergangenheit, jetzt zu Helfershelfern der Weltreaktion und der Mächte der Finsternis herabgesunken sind. Ein Beispiel ist Ihr Parteigänger Kautsky, der im Auswärtigen Amt die Politik des Zusammenschlusses mit dem Ententeimperialismus, das heißt mit der Weltreaktion, zwecks Strangulierung der russischen Revolution durchführte und dessen letztes Buch ein gefundenes Fressen für alle Diener der Gegenrevolution und für die schlimmsten Vorkämpfer des Zarismus in Rußland ist. Die russischen weißgardistischen Blätter, die sich mit Wonne in grenzenloser Speichelleckerei vor den Koltshak und Denikin ergehen, überhäufen dies letzte Werk ihres jetzigen treuen Bundesgenossen Kautsky mit Lob-sprüchen. Wieviel alte, um die Arbeiterbewegung verdiente frühere Sozialisten gehen jetzt Hand in Hand mit Noskes Gardien und arbeiten mit aller Kraft mit dem Bluthunde der deutschen Revolution zusammen! Auch Noske, auch sein jetziger Bundesgenosse Churchill, auch Koltshak führen stets das Wort „Volk“ im Munde. Es gab eine Zeit, wo es auch Ihnen verständlich war, daß es kein „Volk“, sondern Klassen gibt und daß jene, die anstelle der Klasseninteressen die vermeintlichen gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes setzen, in Wirklichkeit die Interessen der herrschenden Klasse vertreten. Wenigstens im Augenblick, wo die Zimmerwalder Konferenz abgehalten wurde, war Ihnen dies verständlich, und nachdem Sie von Vergangemem gesprochen haben, werden Sie sich vielleicht erinnern, daß Sie auch in der Vergangenheit den Standpunkt des Klassenkampfes und nicht der Harmonie der Interessen zwischen den Klassen vertreten haben. In einer schönen Gesellschaft befinden Sie sich jetzt mit den entsetzlichsten Progromhelden zusammen, vom Interesse des Volkes im Gegensatz zur Proletarierrevolution redend. Hier in Rußland, im wütenden Bürgerkrieg, — was ist von Ihnen hier unter der „Sache des Volkes“ gemeint? Wir sehen auf der einen Seite die proletarische Revolution und auf der anderen die blutigste extremste Gegenrevolution, die alle charakterlosen Zwitterdinge mit unbestimmt zerfließenden Prinzipien als ihre verächtlichen Spielzeuge und gemeinen Werkzeuge betrachtet und benutzt. Wenn Sie unter dem „Volk“ die wirklich arbeitenden Massen verstehen, so möchte ich wissen, wie nach Ihrer Meinung jemand ein Feind der Arbeiter- und Bauernrevolution sein kann, ohne gleichzeitig ein Feind des Volkes zu sein. Aber diese schönen Phrasen vom abstrakten „Volk“ hören wir täglich, ja stündlich von den Koltshak und Denikin, die das wirkliche Volk, das heißt die arbeitenden Massen, in seinem Blut ertränken wollen. Und wo in Europa und wo in der ganzen Welt haben Sie eine Sache des Volkes gefunden, die nicht die

Sache der Proletarierrevolution wäre? Sind Sie gestern in die Sozialdemokratie eingetreten, daß es Ihnen unbekannt ist, daß der Kampf in der ganzen Welt sich zwischen der Weltoligarchie und der proletarischen Weltrevolution abspielt? Wer ein Feind der letzteren ist, der ist ein Diener der ersteren. Das ist das Charakteristikum des jetzigen historischen Moments. Früher haben auch Sie das verstanden. Wenn Sie jetzt die trügerischen „demokratischen“ Lieder der Weltreaktion nachsingen, mit denen letztere in der ganzen Welt die arbeitenden Massen zu betören sucht, so müssen Sie darauf gefaßt sein, daß wir, die wir mit aller Kraft im Kampfe für die Proletarierrevolution stehen, in Ihren Argumenten keineswegs Argumente von Freunden erblicken können. Wir schreiten unseren Weg weiter, und wer nicht mit der proletarischen Revolution ist, der ist nicht mit uns, und wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

G. Tschitscherin.



Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale“.

Briefe aus Frankreich.

Teure Freunde! Ich will versuchen, Euch kurz gefaßt über die Lage der Dinge bei uns zu berichten.

Frankreich durchlebt eben eine schwere Krise. Die Bourgeoisie hat sich nicht als Herr der Situation erwiesen. Während sie auf Gewinn Jagd machte und sich an bisher unerhörten Profiten berauschte, die in einem breiten Strom Goldes gleichsam aus dem Himmel ihr zufließen, meinte die Bourgeoisie, daß der Krieg noch nicht so bald ein Ende nehmen wird; darüber aber, was nach dem Kriege geschehen wird, dachte sie überhaupt nicht nach. Nun ist aber dieses „nach dem Kriege“ eingetreten. Der Krieg, dieser ungeheure Scheiterhaufen, auf dem die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte in so wütendem Wahnsinn alltäglich mehrere Millionen Francs, Pfund Sterling und Dollars der Arbeit des Volkes verbrannten, hat auf einmal aufgehört. Die Kriegsindustrie, die plötzlich eingestellt wurde, hat Massen von Arbeitern auf die Straße geworfen, denen sich noch die von der Front zurückkehrenden demobilisierten Soldaten anschließen.

Die elende wirtschaftliche Lage dieser proletarischen Massen, die für ihre Arbeit keine Anwendung finden, wird zugespitzt durch die unerhörte Teuerung und hat ihrerseits in den Arbeitermassen eine ausgeprägt revolutionäre Stimmung entwickelt und aufrecht erhalten. Diese wird noch mehr entfacht durch die fast alltäglichen skandalösen Enthüllungen über die Millionäre, die sich als Gauner erwiesen haben und auf die Unterstützung der Regierung rechnend in ihrer Spekulation vor nichts zurückgeschreckt sind und schließlich einen in Frankreich noch nie dagewesenen Grad von Unverschämtheit und Frechheit erreicht haben. Außerdem hat das französische Proletariat trotz aller Lüge und gemeinen Verleumdung, die die französische bürgerliche Presse über die russische Revolution verbreitet hat, dennoch die ganze Größe dieses titanischen Kampfes begriffen und eingeschätzt; den Sowjetrußland gegen die organisierten Räuber der ganzen Welt führt; der Bolschewismus ist zur Kampfeslosung weiter Arbeiterkreise geworden.

Diese Stimmung des Proletariats hat zwei Erscheinungen zur Folge gehabt: erstens strömte die vom revolutionären Geist erfaßte breite Masse den bereits vorhandenen Arbeiterorganisationen zu, die plötzlich eine unerhörte Entwicklung erreichten. Es entstanden eine Menge neuer sozialistischer Blätter und Arbeiterorgane, und die Abonnentenzahl der alten stieg

um ein Vielfaches. Zweitens schwenkten sowohl die sozialistische Partei wie die Gewerkschaften mit ihren aktiven Mitgliedern, den Syndikalisten, bedeutend nach links. Das äußerte sich dadurch, daß das Zentrum der Partei stark nach rechts schwenkte, der linke Flügel aber die Stellung des Zentrums einnahm. Man begann bereits darüber zu reden, solche Parteiführer wie Albert Thomas und seinesgleichen aus der Partei auszuschließen. Auf den Versammlungen der Syndikalisten rief das Erscheinen von Jouhaux auf der Tribüne einen unglaublichen Lärm hervor, und die Sache endete oft mit einer Rauferei. Als Hauptforderung stellte das organisierte Proletariat die Liquidation des Krieges gegen Rußland und das Einstellen jeglicher Intervention in die inneren Angelegenheiten Rußlands.

Eine solche Lage der Dinge erweckte in der revolutionären Minderheit den Wunsch, eine sozialistische kommunistische Partei zu organisieren (zum Unterschied von der kommunistischen Partei Pericats, die einen anarchistischen Anflug hat und in den weiten Arbeiterkreisen weder Einfluß noch Achtung genießt*). Die Organisation der neuen Partei stieß jedoch in der ersten Zeit auf große Schwierigkeiten. Erschreckt durch die wachsende revolutionäre Bewegung, ging die Bourgeoisie auf ökonomische Konzessionen ein: das Gesetz vom Achtstundentag wurde angenommen, es wurden einige Aufbesserungen der Arbeitsbedingungen für Frauen und Kinder durchgeführt, die Forderungen der streikenden Grubenarbeiter wurden erfüllt, die Lage der Bankangestellten verbessert usw. Außerdem versprach die Regierung feierlich, die Einmischung in die russischen Angelegenheiten einzustellen. Uebrigens ist dieses Versprechen bis jetzt unerfüllt geblieben. Neben dieser Politik der Konzessionen wurde allem erbarmungsloser Krieg erklärt, was nur die geringste, die entfernteste Beziehung zum Bolschewismus oder Kommunismus hatte.

In diesem Kampf mit der steigenden revolutionären Stimmung der breiten Massen fand die Bourgeoisie in der Person der liebedienerischen Sozialisten der II. Internationale und der Führer der Gewerkschaften treue Verbündete. Im Vorgefühl der nahenden Gefahr erhoben diese Soziallakaien ein Geschrei über die unnützen Opfer, über die Vorzeitigkeit der Revolution, führten die heftigste Agitation gegen den Bolschewismus und erklärten ihn in Acht und Bann. Besonders wütete in dieser Beziehung die Zeitung „Bataille“, das Zentralorgan der Syndikalisten, das in seiner Niedrigkeit bis zur Veröffentlichung der Artikel solcher erklärter Schwindler wie Alexinski ging, der in Paris eine ganz bestimmte Art von Berühmtheit erworben hat.

Dank den Bemühungen dieser ganzen Clique wurde der Demonstrationstreik am 21. Juli gesprengt. Die ein wenig gedrückte Stimmung der Arbeitermassen, die sich aktiv zu diesem Streik vorbereitet hatten, in Betracht ziehend, bemühen sich die Soziallakaien, das Proletariat jetzt mit

*) Diese Bemerkung überlassen wir der Verantwortung des Verfassers.
Die Redaktion.

allen Mitteln zur Teilnahme an der Weltkampagne heranzuziehen, erstens, um sich mehr warme Plätzchen im Parlament zu sichern, und zweitens — um die in den proletarischen Massen angehäufte Energie zu ihren Zwecken auszunützen und zu entladen.

Dieser Taktik der liebedienerischen „Sozialisten“ stellen wir die Arbeit unter dem revolutionären Proletariat gegenüber, dadurch, daß wir überall Gruppen der III. Internationale gründen und für die Gründung einer neuen sozialistischen kommunistischen Partei agitieren. Die Organisation kommt bereits ins Geleise und die Arbeit nimmt einen systematischen und planmäßigen Charakter an.

Gegenwärtig findet eine Kristallisation der Gruppen der III. Internationale und das Zusammenschließen revolutionärer Kader statt. In nächster Zukunft ist eine Spaltung in der sozialistischen Partei zu erwarten, wobei die Gruppe Lorient, sich abspaltend, zweifellos die revolutionär gestimmten Massen nach sich ziehen wird. In den syndikalistischen Arbeiterorganisationen ist auch eine Verstärkung der Sympathien für uns und ein Massenbeitritt neuer Mitglieder in die Gruppen der III. Internationale bemerkbar. So kann man auf die baldige Bildung einer starken revolutionären Organisation rechnen, die das revolutionäre Proletariat zum entscheidenden Kampf gegen das räuberische Regime führen wird.

Die immer komplizierter werdende Verwirrung in den Wechselbeziehungen der sozialen Klassen, der Mangel an den notwendigsten Bedarfsmitteln, Kohle, Zucker, Brot u. dergl., die Teuerung, die den Arbeitermassen solche Bedarfsartikel wie Schuhwerk, Kleidung usw. fast unerschwinglich macht, alles das dient als Garantie dafür, daß der revolutionäre Geist der weiten proletarischen Massen ständig wachsen wird.

So graut bereits jetzt am Horizont die Morgenröte jenes Tages, da das durch Erfahrung belehrte revolutionäre Proletariat Westeuropas, in Sowjets organisiert, seinen russischen Brüdern die Hand bietet. Schon jetzt kann man bestimmt sagen, daß das Herz der Arbeiter der ganzen Welt im Einklang mit dem Eurigen pocht, und hier in Frankreich, in der Unbeständigkeit unseres Kampfes sind unsere Blicke ständig gen Osten gerichtet, und unsere besten Wünsche gehören Euch, den Fernen und dennoch Nahen und Vertrauten.

Ein französischer Kommunist.

Paris, 15. September 1919.

Notiz der Redaktion: Wir sind der Ansicht, daß in Frankreich möglichst bald eine einheitliche kommunistische Partei organisiert werden soll, in der sich alle kommunistischen Organisationen und Gruppen zusammenschließen müßten.

Brief aus Deutschland.

Ich beginne meinen Bericht mit den Berliner Märzunruhen. In Berlin herrschte eine arge Reaktion, oft wurden Leute nur deshalb verhaftet, weil ihre Nase der Polizei mißfiel. In München, wo ich Halt machte, war die Reaktion gewissermaßen übertüncht, schon allein deshalb, weil die Unabhängigen zur Regierung gehörten.

In Bayern, das zu jener Zeit noch einen selbständigen Staat bildete und mit Lebensmitteln verhältnismäßig gut versorgt war, begannen die Arbeiter eben den Kommunisten Gehör zu schenken, die letzteren aber hatten sich erst aus der engeren Schale der Unabhängigen herausgeschält und machten die ersten Gehversuche auf dem Wege ihrer Tätigkeit. In München begann damals die kommunistische Zeitung „Die Münchner Rote Fahne“ zu erscheinen, und zwar mit solchem Erfolge, daß die sozialdemokratischen und „unabhängigen“ Zeitungen bald aus Mangel an Abonnenten schließen mußten. Unsere Organisation, die wir auf der Grundlage von Fabrikeinheiten umgebaut hatten, entwickelte sich rasch; ihre Mitgliederzahl stieg bald auf 6000. Außerdem boten die bayrischen Unabhängigen uns an, uns mit ihnen zu vereinigen auf einer Grundlage, die tatsächlich einen bedingungslosen Anschluß ihrerseits an unsere Partei bedeutete. Wir hatten die Frage bereits im Prinzip entschieden, es blieb nur noch übrig, sie zum letztenmal auf der Parteiversammlung zu erörtern, als Ereignisse eintraten, die näher zu beschreiben ich für notwendig erachte.

Bayern ist bekanntlich ein Agrarstaat. Es ist daher ganz natürlich, daß in dem nach der Revolution neugewählten Landtag die Mehrheit konservativ-katholisch war, während die übrigen Parteien — darunter auch die sozialdemokratische — eine geringfügige Minderheit bildeten. Nichtsdestoweniger konnte die Bourgeoisie, in klarer Einschätzung der geschaffenen Sachlage und der Stimmung des städtischen Proletariats, sich nicht entschließen, ohne weiteres an die Verwirklichung ihrer reaktionären Pläne zu gehen. Sie schlug die Bildung eines zeitweiligen „sozialistischen Kabinetts“ vor, in das ihre getreuen Bediensteten aus der Zahl der Sozialdemokraten und rechtsstehenden Unabhängigen eintraten. Dem Kabinetts war aber nur kurze Dauer beschieden: erstens wollte die Bourgeoisie, trotz all ihrer Verständigkeit, die Macht schnellstens in ihre Hände bekommen; zweitens verloren die Arbeiter bald das Vertrauen zu dieser Regierung, deren Oberhaupt, Kurt Eisner, gegen die Preußen loszog und predigte, daß Bayern ein freies Land sei, in dem die soziale Umwälzung in ganz anderer Weise geschehen müsse, als in den übrigen Ländern der Welt. Immer nachdrücklicher forderten die Arbeiter nicht Worte,

sondern sozialistische Taten von dieser Regierung. Auf diese Weise geriet die Regierung der Sozialverräter unter ein Kreuzfeuer von Angriffen sowohl von rechts, als auch von links. Reale Kraft hatte sie auch nicht in Händen, denn das Heer war von der Revolution schleunigst demobilisiert worden, und die Soldaten hatten die Gewehre, die ihnen auf unsere Forderung hin belassen worden, mit nach Hause genommen.

Im März wurde die Lage der Regierung eine verzweifelte. Durch die Erfolge Noskes und der preußischen Junkerschaft ermutigt, beschloß der Landtag, die Maske abzulegen und setzte seine Tagung auf den 8. April fest. Die Unabhängigen, die durchaus keine Lust hatten, ihr warmes Plätzchen in der Regierung aufzugeben, gerieten in Unruhe und begannen für einen Generalausstand zu agitieren. Es ist überhaupt nicht schwer, einen Streik in Deutschland zu veranstalten, denn die Arbeiter sind jetzt nach dem Kriege völlig demoralisiert und bereit, die Arbeit bei der ersten besten Gelegenheit einzustellen. Im April also brach in Augsburg ein allgemeiner politischer Streik aus, mit der Forderung, daß der Landtag unverzüglich aufgelöst und die gesamte Staatsmacht dem Zentralaussschuß der Räte überwiesen werde. Die Regierung verlor den Kopf; Hoffmann dampfte sogleich nach Berlin ab, um sich mit Noske zu beraten. Mittlerweile berief der Kriegsminister, Sozialdemokrat Schnepfenhorst, die Vertreter aller sozialistischen Parteien zur Beratung zu sich und schlug ihnen vor, in Bayern eine sozialistische Räterepublik zu proklamieren.

Unsere Partei aber glaubte nicht an die Aufrichtigkeit einer so plötzlichen Frontänderung; wußte sie doch aus bitterer Erfahrung, daß ein Zusammenarbeiten mit den Sozialverrättern kein gutes Ende nehmen könne und schöpfte gleich Verdacht, daß hinter dieser Kombination Verrat stecke. Sie erwiderte daher mit einer Erklärung folgenden Inhalts:

1. Die sozialistische Revolution müsse nicht ein Werk der Führer und ein Ergebnis deren Beschlüsse sein, sondern eine Massenaktion des Proletariats selbst. 2. Wir seien entschieden gegen die Beteiligung an einer aus Vertretern verschiedener Parteien auf einer Paritätsgrundlage zusammengesetzten Regierung, denn wir hielten die Uebernahme der Macht nur dann für möglich, wenn das Proletariat, nach Eroberung der Macht und Anerkennung des kommunistischen Programms, beschließen werde, sie zeitweilig, bis zur Wahl der Räte und Schaffung eines Räteapparats, einem aus kommunistischen Arbeitern (nicht „Führern“) bestehenden Vollzugsausschuß zu übergeben. 3. Wenn die Sozialdemokraten und Unabhängigen sich wirklich von der Schädlichkeit ihrer Taktik überzeugt hätten, so müsse unverzüglich ein Generalstreik erklärt werden, die Arbeiter müßten bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet, sämtliche Banken aber vom Proletariat und der Roten Garde ergriffen werden.

Durch diese Deklaration wollten wir uns von den Sozialverrättern scharf absondern und zugleich in den Augen der Massen eine deutliche Grenze ziehen zwischen unserer Partei einerseits und jedweden Pfuschern

aus der Mitte der Unabhängigen und Anarchisten andererseits. Wir wollten beweisen, daß unsere Kommunistische Partei immer streng klassenbewußt, in voller Uebereinstimmung mit ihrem aufgestellten Programm vorgehe, während die Taktik der Herren Pfscher von zufälligen Umständen und ebenso zufälligen Stimmungen diktiert werde. Endlich wollten wir den Unterschied zwischen einer wahren Massenrevolution und einer Studierzimmerrevolution betonen.

Unsere Erklärung rief einen Sturm der Entrüstung unter den Sozialdemokraten hervor, die in Wut gerieten, weil wir ihr Spiel so geschickt aufgedeckt hatten, aber auch unter den unabhängig-anarchistischen Pfschern, wengleich die Empörung dieser letzteren auch nur auf ihrem mangelnden Verständnis beruhte. Die Unabhängigen, die, wie oben erwähnt, schon so gut wie bereit waren, sich mit uns zu vereinen, begannen nun von Portefeuilles zu reden und baten uns, die Einigungspläne vorläufig streng geheim zu halten; unter dieser Bedingung — beteuerten sie — würden wir nicht weniger als zwei Drittel der Sitze in der Regierung erhalten. Wir aber forderten von ihnen kategorisch eine sofortige Entscheidung der Einigungsfrage, worauf die Führer der Unabhängigen, gegen den Willen ihrer Massen, die Frage von der Tagesordnung zurückzogen.

Mit großer Feierlichkeit wurde in Bayern die Räterepublik proklamiert. Der Tag wurde zum Nationalfeiertag erklärt; jedoch am selben Abend — als sollte dadurch das wahre Wesen der Umwälzung enthüllt werden — wurde in München der Belagerungszustand eingeführt und die Polizei (dieselbe alte königliche Polizei) jagte die Arbeiterversammlungen auseinander.

Am folgenden Tage überraschte eine Gruppe von Literaten und Abenteurern die Arbeiter durch die Nachricht, daß alle Kommissarposten bereits gütlich verteilt und über drei Dutzend Dekrete ausgebacken seien. Laut diesem Dekreten wurde die Polizei in die „Rote Armee“ umgetauft, die Kasernen wurden nach Kurt Eisner, Morris u. a. getauft, die königliche Bankverwaltung sollte nunmehr „revolutionärer Bankrat“ heißen usw. usw.

Dekrete wurden wie aus einem Füllhorn geschüttet, doch konnte kein einziges von ihnen verwirklicht werden, da im Lande keine Macht vorhanden war, die gewillt gewesen wäre, die Regierung zu unterstützen, die Arbeiter aber ihren ungebetenen Wohltätern gegenüber offensichtliche Ironie an den Tag legten.

Ein Teil der Sozialdemokraten flüchtete zwecks Ausführung ihres veräterischen Planes über die bayerische Grenze und begann dort eine weiße Garde zu werben, während die in München verbliebenen unter den Arbeitern einen erbitterten Feldzug gegen uns begannen, uns beschuldigten, Zwiespalt in den Reihen des Proletariats zu säen und was dergleichen mehr ist. Alle diese Beweisführungen sind Ihnen aus der Tätigkeit der russischen Menschewiki nur zu gut bekannt.

Dieser Zustand währte eine ganze Woche. Am siebenten Tage nach der Verkündung der „Räterepublik“ verhaftete der von der Hoffmannschen „sozialistischen“ Regierung bestochene Soldatenrat die gesamte „Räte“-Regierung und machte dadurch der dummen Komödie, die Verräter und Sozialdummköpfe in Szene gesetzt hatten, ein Ende.

Wir waren sehr froh, daß diese Posse so harmlos verlaufen war und gaben die Parole heraus: um jeden Preis Zusammenstöße vermeiden. Wir meinten, daß die in ganz Deutschland, insbesondere im Ruhrgebiet, entflammten Aufstände im Zusammenhang mit der durch die Vorbereitungen zu den Friedensverhandlungen verursachten Spannung einen geeigneten Boden für einen Massenaufstand über das ganze Deutsche Reich schaffen würden. Wir fürchteten, daß ein vorzeitiger Aufstand in Bayern bloß Anlaß zur Einmischung der preußischen Weißgardisten gibt und diese letzteren die bayerische revolutionäre Bewegung in einem Meere proletarischen Blutes ertränken würden. Nun aber trat folgende Frage an uns heran: was tun; sollten die bayerischen Arbeiter die „Räte“-Regierung, trotz deren chimärischen Charakters, mit der Waffe in der Hand verteidigen wollen? Einzelne Gefechte begannen bereits in Nürnberg und Augsburg, wo Hoffmann an der Spitze der weißgardistischen Einwohnerwehr Kampfoperationen gegen die Arbeiter eröffnete.

Auf Antrag einiger Genossen wurde beschlossen, folgende Stellung einzunehmen: die Kommunistische Partei bildet eine Vorhut aus Führern und klassenbewußten Kämpfern des Proletariats und darf deshalb um keinen Preis den Arbeitern ihre Führung entziehen. Sollte daher, trotz der Ueberzeugung der Partei von der Ungünstigkeit des Augenblicks, dennoch ein unorganisierter Aufstand ausbrechen, so müsse die Partei sich an seine Spitze stellen und dem Proletariat anschaulich zeigen, was eine kommunistische Revolution sein müsse. Ferner beschloß die Partei, die Arbeiter noch einmal zur Wahrung der Ordnung aufzufordern und nach Möglichkeit einem Aufstande vorzubeugen.

Der Tag, an dem der Ausbruch erwartet wurde, verlief in ziemlicher Aufregung; doch nicht Entscheidendes geschah. Wir dachten bereits, der Sturm sei diesmal vorbeigezogen; allein die späteren Ereignisse zeigten, daß wir uns geirrt hatten.

Während wir die Gefahr von seiten der unorganisierten Massen erwarteten, erfolgte die Explosion innerhalb unserer eigenen Kommunistischen Partei. Unsere Parteiorganisation hielt eng zusammen, doch litt sie an demselben Uebel, an dem die gesamte deutsche Kommunistische Partei auch jetzt noch krankt. Dieses Uebel ist die Furcht vor der Zentralisation. Von der zentralisierten sozialdemokratischen Partei zum besten gehabt, verhalten die kommunistischen Arbeiter sich schon aus Gewohnheit mißtrauisch gegen jedes Parteizentrum und kämpfen gegen ein solches an. So geschah es auch dieses Mal; obgleich das Parteizentrum zur Ruhe mahnte, veranstalteten einzelne Bezirke Massenversammlungen, zu denen zahlreiche kommunistische Arbeiter bewaffnet erschienen. Als

die Garnison davon erfuhr, beschloß sie, die Arbeiter zu entwaffnen. Die letzteren leisteten Widerstand, woraufhin ein bedeutender Teil der Soldaten — sämtlich Sozialisten — ohne weiteres auf ihre Seite übergingen. Zwei Stunden später war ganz München in Händen der Kommunisten.

Nachdem sie die Macht an sich gerissen hatten, schickten die Arbeiter eine Delegation an den Ausschuß der Kommunistischen Partei mit dem Vorschlag, eine provisorische Regierung zu bilden und an die Vorbereitung zu den Wahlen in die Räte und andere Räteinstitute zu schreiben. Es blieb uns nichts anderes übrig, als uns dieser Forderung zu fügen. Bereits am folgenden Morgen waren die ganze Garnison, die Polizei und die gesamte Bourgeoisie entwaffnet, und die allgemeine militärische Ausbildung begann. Ein Dekret über Nationalisierung der Banken, Fabriken und aller großen Handelsunternehmungen wurde herausgegeben. Werkkomitees wurden gewählt, der Achtstundentag eingeführt und mit der Lösung der Lebensmittel- und Wohnungsfrage im Interesse der Werktätigen begonnen.

Am dritten Tage nach der Umwälzung näherten sich weißgardistische Abteilungen der Stadt, doch nach der Verhandlung mit uns ließen die Soldaten dieser Abteilungen ihre Waffen liegen und gingen friedlich nach Hause.

Wir machten uns alsbald an die Organisation einer Roten Armee und entsandten Agitatoren über das ganze Land, um auch in den Dörfern die Einführung der neuen Ordnung zu verwirklichen. Zu unserem Unglück aber fehlte uns ein bestimmtes Agrarprogramm; auch hatten wir keine kundigen Genossen, die ein solches hätten ausarbeiten können.

In Bayern, das an erster Stelle ein Agrarland ist, gibt es keinen Großgrundbesitz: die ganze Bauernschaft stellt eine Schicht kleiner Eigentümer vor, die ganz und gar unter dem Einfluß der reaktionären katholischen Geistlichkeit stehen. Während des Krieges haben die bayerischen Landwirte gar manchen Groschen eingeheimst; sie wollen daher von Nationalisierung oder Sozialisierung nichts wissen. Von der Revolution erwarteten die Landwirte in Bayern bloß die Aufhebung der festen Preise auf Landwirtschaftserzeugnisse. Es ist daher klar, daß ein Ausgleich zwischen der Rätemacht und der bayerischen Bauernschaft kaum möglich ist. Unserer Meinung ist der proletarischen Diktatur in Bayern die Herrschaft erst dann gesichert, wenn die sozialistische Revolution den Sieg über ganz Deutschland feiern und das siegreiche Proletariat einen bewaffneten Druck auf die reaktionäre Masse der bayerischen Kleinbauern ausüben wird.

Kaum hatten wir die Macht in unsere Hände genommen, als die bayerische Bourgeoisie die Württemberger und die preußische Regierung um Hilfe anflehte; diese führten denn auch gleich die „Gardekavallerie-Schützendivision“ gegen uns ins Feld, die sich durch ihre grausame Afräumung unter den Arbeitern eine traurige Berühmtheit erworben hat. Diese weißgardistischen „Helden“ „besiegten“ vor allen Dingen die Arbeiter Nürnbergs und Augsburgs, bemächtigten sich darauf der Eisenbahnen und schnitten die Lebensmittelzufuhr nach München und Umgebung

ab. Jeder Versuch, die Weißgardisten durch überzeugende Worte zu beeinflussen, scheiterte.

Unsere Lage wurde aussichtslos: eine Waffenmacht hatten wir nicht zur Verfügung; es fehlte uns an Leuten zur Durchführung selbst der notwendigsten inneren Verteidigungsmaßnahmen; wir konnten nicht einmal Zensoren zur Kontrolle der bürgerlichen und sozialverräterischen Zeitungen aufreiben. Jetzt, da von einer wahren Diktatur des Proletariats die Rede war, ließen die Sozialdemokraten und die Unabhängigen eine wilde Hetze gegen die Kommunisten los, sie trieben wahrhafte Sabotage der Räteinstitutionen und schreckten vor nichts zurück, um die Arbeitermacht zu diskreditieren. Nicht allein dieses, sondern sie begannen insgeheim mit den Weißen zu unterhandeln und gingen auf einen Frieden mit ihnen ein, wobei sie ihnen die Führer der Kommunistischen Partei auszuliefern versprachen.

Aber die Münchener Arbeiter dachten gar nicht daran, sich ohne Kampf zu ergeben; sie kämpften wie Löwen und verteidigten mit der Waffe in der Hand die Pforten der bayerischen Hauptstadt. Drei Wochen lang leisteten sie Widerstand, doch dann, am Vorabend des 1. Mai, waren sie genötigt, vor dem Ansturm der ihnen ziffernmäßig stark überlegenen weißgardistischen Truppen zurückzuweichen und ihre Positionen aufzugeben.

Die Grausamkeiten der weißen Sieger erreichten eine Höhe, wie Bayern sie bis dahin nicht gesehen hatte. Arbeiter und Kommunisten wurden auf Angabe „zuverlässiger“ Spießbürger, oft auf bloßen Verdacht hin, zu Hunderten niedergeschossen. Unter anderen wurden einige hundert russischer Kriegsgefangenen, die in die Rote Armee eingetreten waren, getötet. Insgesamt wurden nicht weniger als 5—6000 Mann hingerichtet.

Nach dem Sturz der bayerischen Räterepublik gelang es mir, München zu verlassen und eine Reihe von anderen deutschen Städten, wie Magdeburg, Halle, Hamburg, Bremen u. a. zu besuchen.

Auf Grund persönlicher Beobachtungen, die ich auf dieser Reise anstellte, muß ich aufrichtig erklären, daß in unserer deutschen Kommunistischen Partei lange nicht alles in Ordnung ist. Es gibt nicht wenige Syndikalisten *) in der Partei, die mit aller Kraft gegen die Zentralisation der Partei kämpfen und das Prinzip eines föderativen Parteibaues predigen. Sie beschäftigen sich damit, Revolution zu spielen und Putsche zu veranstalten, in der Hoffnung, auf diesem Wege die Sympathie der Volksmassen zu erwerben und einen Revolutionsausbruch herbeizuführen. In der Tat aber hat diese Taktik genau zum Gegenteil geführt: dieses ganzen Lärms passiver Ausstände, terroristischer Handlungen und anderer „spanischen“ Kampfmethoden müde, sind die Volksmassen jetzt zu völliger

*) Alles, was weiter unten über die Syndikalisten gesagt ist, überlassen wir der Verantwortung des Verfassers. Die Redaktion.

Apathie geneigt. Wir müssen unbedingt der Desorganisation und dem Zwiespalt in der Partei schleunigst ein Ende machen.

Die brennendsten Fragen der Parteitaktik sind gegenwärtig die Beziehungen zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften.

Unter dem Einfluß von Repressalien, wie sie selbst im zaristischen Rußland unerhört waren, reift in der ins Illegale vertriebenen Partei die Ueberzeugung, daß wir, obgleich prinzipielle Gegner des Parlamentarismus, doch so viel Mut haben müssen, einen Schritt zurück zu tun und in das Parlament zu gehen, um die Parlamentstribüne auszunutzen. Unsere Stellung im Parlament wird durchaus keine zweideutige sein, denn unser Programm erklärt aufs deutlichste, daß wir betreffs der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf parlamentarischem Wege keinerlei Illusionen hegen. Ohne uns an der gesetzgeberischen Arbeit zu beteiligen, werden wir von der Höhe der Parlamentstribüne offen unsere Ansichten predigen und erbarmungslos das Parlament als Organ der Klassenherrschaft und Unterdrückung der werktätigen Massen bloßstellen. Zudem wird unsere Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit die unverbesserlichen Anarchisten von uns abstoßen, die Wirrnis und Desorganisation in unsere Reihen bringen; dann erst wird es möglich sein, unsere Partei auf der Grundlage der Zentralisation umzubauen, sie zur wahren Vorhut der proletarischen revolutionären Bewegung zu machen.

Was die Gewerkschaften betrifft, so haben die am weitesten linksstehenden Arbeiterelemente, die zwar in der Kasernenluft der deutschen Gewerkschaftsorganisation ersticken, jedoch an politischer Kurzsichtigkeit leiden, den Austritt sämtlicher Parteimitglieder aus den Gewerkschaften und die Gründung neuer Organisationen an die Tagesordnung gestellt. Meiner Ansicht nach ist diese Taktik von Grund auf falsch; denn die Gefahr verschwindet nicht dadurch, daß wir die Augen schließen oder uns von ihr abwenden. Wir dürfen die Gewerkschaften nicht verlassen; vielmehr müssen wir in ihrem Rahmen kommunistische Gruppen bilden und unter den übrigen Mitgliedergruppen theoretische und praktische Propaganda unserer Ansichten treiben. Eine Absplitterung ist bloß in dem Fall zulässig, wenn fernere Arbeit im Geist des Kommunismus unmöglich wird; aber auch dann muß die Trennung in einer Weise geschehen, die den Massen über den Verrat ihrer Führer die Augen öffnet; unser Austritt aus den Gewerkschaften muß den letzteren den größten Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entziehen.

Von Tag zu Tag wächst die Autorität der III. Internationale in den Augen der klassenbewußten Arbeiter Westeuropas; ich halte es daher für durchaus notwendig, daß die Kommunistische Internationale in der Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaften ein Machtwort spreche. Dadurch würde auch unseren kommunistischen Genossen in Deutschland die Arbeit wesentlich erleichtert.

Ar.

Berlin, 29. IX. 19.

Brief aus der Schweiz.

Liebe Genossen! Im folgenden will ich versuchen, Euch einen kurzen Ueberblick über die politische Lage in der Schweiz und die Verhältnisse in der schweizerischen Arbeiterbewegung zu geben.

Die Periode einer mäßigen Reaktion, die nach dem Abbruch des Novembgeneralstreiks eingesetzt hat, dauert bis heute an. Sie hat ihre Wurzeln in einer gewissen Entspannung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, die mit dem Kriegsende eingetreten ist. Die Ernährungsfrage hat sich merklich gebessert; zurzeit konnte die Brotrationierung vom 1. September aufgehoben werden; die Preise verschiedener wichtiger Bedarfsartikel, insbesondere einzelner Fleischsorten und Kleiderstoffe, sind gesunken, wenn auch von einem allgemeinen Abbau der Teuerung keine Rede ist. Die Grenzbestechungsarmee wurde nach Hause geschickt und damit eine der stärksten Quellen der Unzufriedenheit und des wirtschaftlichen Druckes beseitigt. Dazu kommt die Wirkung der Rückschläge der internationalen Revolution: die langsame Entwicklung der deutschen Revolution, die Stagnation der deutsch-österreichischen, der Sturz der ungarischen Sowjetrepublik und die namentlich auf die welsche Schweiz stark einwirkende Siegesstimmung in der Entente.

Dementsprechend ist es seit dem Novemberstreik nicht wieder zu einer großen Massenaktion mit politischem Charakter gekommen. Dagegen fanden zahlreiche gewerkschaftliche Kämpfe, zum Teil langdauernde und sehr hartnäckige statt, die teils mit Teilerfolgen, teils mit Mißerfolg der beteiligten Arbeiterschaft endeten. Politischen Charakter trug einzig die Demonstration am 13. Juni zu Ehren des Leichenbegängnisses der Genossin Luxemburg, die mit einem blutigen Krawall vor dem Bezirksgebäude, in dem der aus Deutschland zurückgekehrte Genosse Konrad Wiß in Untersuchungshaft gehalten wurde, endete. Das Nachspiel vor dem Bezirksgericht, das von der Arbeiterunion nicht beabsichtigt war, trug aber durchaus nicht das Gepräge einer spontanen Massenaktion, und es war erwiesenermaßen Provokation am Werke. Ein Versuch der sogenannten „Kommunisten“ (über sie später mehr), im Gefolge dieses Krawalles den Generalstreik zu proklamieren, schlug vollständig fehl. Eine Bestattung der drei Opfer unter Beteiligung der Arbeiterschaft unterblieb, da das eine ein Polizeidetektiv, das zweite ein unorganisierter und ganz zufällig getroffener Jugendlicher war usw., aber diese Beteiligung wäre wahrscheinlich eine recht geringe gewesen. Wenn die politischen Folgen dieses Ereignisses geringe waren, z. B. keine militärische Besetzung der Stadt erfolgte, so wohl hauptsächlich darum, weil die Regierung der Bour-

geoisie gegenüber den Schein der „Ruhe“ und Sicherheit aufrecht zu erhalten wünscht, um der massenhaften Flucht der Kapitalisten in kleinere Städte der Schweiz zu steuern.

Am 1. August und an den folgenden Tagen fand in Basel und Zürich ein Generalstreik statt, der aus Solidarität mit den in einem schweren Konflikt stehenden Basler Färbereiarbeitern entstand. In Basel wurde der Streik trotz brutaler Anwendung der Militärgewalt eine Woche lang in prächtiger Geschlossenheit durchgeführt und nach dem Siege der Färber in Ehren abgebrochen. In Zürich dagegen, wo der Streik ohne genügende Aufklärung und Vorbereitung und in der Hoffnung auf eine allgemeine schweizerische Aktion unternommen wurde, bröckelten schon nach zwei Tagen, sobald das Militär eingerückt war und schwere Strafen angekündigt wurden, wichtige Kategorien, insbesondere die Gemeinde- und Staatsarbeiter ab, sodaß der Streik nach drei Tagen von der Arbeiterunion abgebrochen werden mußte. Die in aller Eile im Hinblick auf eine Erweiterung der Aktion aufgestellte Forderung des Preisabbaus vermochte weder weitere Städte noch das Land in den Streik hineinzuziehen, noch auf lokalem Boden in Zürich und Basel einen Erfolg zu erzielen. Namentlich in Zürich waren und sind bis heute schwere Maßregelungen, besonders der Arbeiter der städtischen Betriebe die Folge der mißlungenen Aktion. Leider wurde durch die ungenügende Vorbereitung des Streiks in vielen Organisationen eine zum Teil berechnete Erbitterung gegen die Taktik der Arbeiterunion hervorgerufen, die sich in zahlreichen Austritten aus den Organisationen äußerte. Die Reaktion sorgt indessen zur Genüge dafür, die Arbeiter wieder zusammenzuschweißen und ihnen die Notwendigkeit neuer Kämpfe vor Augen zu führen. Ein Mißtrauensvotum für den Vorstand der Arbeiterunion wurde mit großer Mehrheit von den Unionsdelegierten abgelehnt.

Am 21. Juli (um dies nachzutragen) fanden in der ganzen Schweiz keine Arbeitseinstellungen, nur in Basel und Bern öffentliche Versammlungen, die ruhig verliefen, statt. Von einem Streik wurde darum abgesehen, weil Zürich und Basel allein die Last der Aktion und der Reaktion zu tragen gehabt hätten. Eine öffentliche Versammlung wurde in Zürich deswegen nicht veranstaltet, weil die Elite der Züricher Arbeiter des vielen Demonstrierens müde ist, und wenn sie schon demonstriert, zu Taten schreiten möchte, für die aber, wie gerade der 13. Juni bewies, die objektiven Bedingungen zurzeit nicht gegeben sind.

Im Parteileben steht die Frage des Beitritts zur III. Internationale im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Anfang Juni wurden von der Sozialistischen Partei der Stadt Zürich das Manifest, die Richtlinien und die Thesen von Lenin über Demokratie und Diktatur, die wir in französischer Sprache erhalten hatten, als Kampfruf Nr. 5 herausgegeben. Am 12. Juli wurde sodann die Frage, auf Wunsch zahlreicher Sektionen, vom Parteivorstand behandelt und auf die Tagesordnung des außerordentlichen Parteitagess vom 16./17. August gesetzt. Der Partei-

vorstand entschied mit 20 gegen 10 Stimmen für den Eintritt. Dann wurde die Frage in den meisten Sektionen gründlich diskutiert, wie noch nie zuvor und Referate dafür und dagegen gehalten. Als Gegner traten nicht nur die Reformisten auf, sondern je länger je mehr auch das Zentrum. Sie argumentierten damit, daß die Richtlinien für die Schweiz nicht anwendbar seien oder wenigstens nicht in absehbarer Zeit, und daß wir Verpflichtungen übernehmen, die wir nicht halten können. Die Partei solle warten, bis die Lage sich mehr geklärt habe. Die Reformisten verbanden ihre Kampagne mit dem Hinweis auf das Fiasko der russischen und ungarischen Revolution und dem Lobe der Demokratie gegenüber der Diktatur und der Verurteilung jeglicher Gewalt.

Auf dem außerordentlichen Parteitag Basel waren 542 Delegierte anwesend. Bisher war noch kein Parteitag so stark beschickt. Die Referate für den Eintritt wurden von Dr. Welti-Basel und Humbert-Droz-La Chaux-de-Fonds gehalten, die gegen den Eintritt von den jetzigen beiden Parteisekretären Huggler und Graber. Die Referate der Genossen Welti und Humbert konnten insofern nicht ganz befriedigen, als sie sich nur mit den Reformisten auseinandersetzten, wobei sie die Notwendigkeit des Bekenntnisses zur Revolution im allgemeinen betonten, sich aber zu wenig mit der Verschleppung und dem Verwässerungsmanöver des Zentrums abgaben. Von den beiden Gegenreferenten repräsentierte Huggler den Zentrumsstandpunkt, Graber den ausgesprochenen rechten, (er schloß mit den Worten: „Zum Sozialismus durch die Demokratie!“). Huggler reichte einen langen Antrag ein, dessen Quintessenz war, daß die schweizerische Partei eine internationale Verbindung anstreben solle, der die sozialistische Bewegung aller Länder sich vorbehaltlos anschließen könnte. Etwas verkappter wurde dieselbe Tendenz durch den Antrag des Parteipräsidenten Reinhart verfolgt, der dahin ging, es sei die Geschäftsleitung zu beauftragen, mit den revolutionären Parteien in Verbindung zu treten, um eine Einigung des internationalen Proletariats im Sinne und Geist und auf dem Boden der Richtlinien der III. Internationale herbeizuführen. Ferner lagèn Anträge vor auf Verschiebung der Entscheidung bis nach der Revision des Parteiprogramms (Dr. Schmid-Winterthur), auf Solidarisierung mit der III. Internationale unter dem Vorbehalt der selbständigen Wahl der Kampfmittel (Schmid-Olten) und ein Zusatzantrag des Inhalts, daß die Partei bei erfolgtem Eintritt bei der Wahl ihrer Kampfmittel volle Handlungsfreiheit behält (Silberroth-Davos). Ein Antrag auf Eintritt in die III. Internationale unter gleichzeitiger Ablehnung des Parlamentarismus (La Chaux-de-Fonds deutsche Sektion) wurde infolge einer Besprechung aller Befürworter des Eintritts zurückgezogen.

Nach einer ganztägigen Debatte erfolgte die Abstimmung. Zunächst wurde der formelle Austritt aus der II. Internationale mit 459 gegen eine Stimme beschlossen. Der Verschiebungsantrag wird mit 267 gegen 204 abgelehnt, der Antrag Olten — Solidarisierung unter Vorbehalt — mit 261 gegen 193 Stimmen. Mit 318 gegen 147 Stimmen wird schließlich der

Antrag des Parteivorstandes auf sofortigen und vorbehaltlosen Eintritt beschlossen und mit begeistertem Beifall und Singen der „Internationale“ entgegengenommen. Die übrigen Tagesordnungspunkte von prinzipieller Bedeutung wurden flüchtig behandelt. Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund wurde nach einem sehr radikal klingenden Referat, das aber ganz nur auf die negative Seite der Frage, die „Schlechtigkeit des Völkerbundes“, nicht aber auf die Darlegung unserer Pflichten angesichts der Existenz des Völkerbundes eingestellt war, einem Referat desselben Reinhart, der den Eintritt in die III. Internationale mit allen Mitteln der Demagogie bekämpft hatte, abgelehnt, resp. die Gegenagitation im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung beschlossen. Zum Thema Nationalratswahlen (die Ende Oktober nach dem Proporz zum ersten Male stattfinden) wurden die gänzlich belanglosen Anträge des Parteivorstandes über äußere Organisation des Wahlkampfes angenommen. Die Kandidaten werden von den kantonalen Parteien aufgestellt. Ueber die Frage des Eintritts ist gegenwärtig die Urabstimmung im Gange, die nach den Parteistatuten eingeleitet werden muß, wenn ein Drittel der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten es verlangen. Jetzt schon kann nach den bisherigen Teilresultaten fast mit Sicherheit angenommen werden, daß die Urabstimmung den Beschluß des Parteitages umstoßen wird. Die Urabstimmung wirkt als Bremsklotz, der dem eifrigen, aufgeklärten, klassenbewußten Teil der Partei von ihren rückständigen Elementen auferlegt wird. Während an der Wahl der Delegierten für den Parteitag sich in überwiegendem Maße diese ersteren beteiligten, werden für die Urabstimmung diese letzteren mobil gemacht, wodurch sich das Resultat ganz erheblich verschiebt, Zentrum und Revisionisten haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Eintritt in die III. Internationale durch die Urabstimmung unmöglich zu machen. Flugschriften wurden versandt, Aufrufe mit Unterschriften erlassen. Während die Linke nach dem Parteitag zu optimistisch war und manches versäumte.

Es erhebt sich nun die Frage, welche Konsequenzen der Entscheid der Urabstimmung nach sich ziehen wird. Wird der Eintritt bestätigt, so wird zunächst alles beim alten bleiben, da die Rechte sich nicht entschließen wird, aus der Partei auszutreten, vielmehr wie bisher die radikalen Beschlüsse sabotieren wird, ohne daß sie bei ihrer organisatorischen Stärke zu einem anderen Verhalten gezwungen werden kann. Wird der Parteibeschuß umgeworfen, so bedeutet das für die Linke eine schwere Schwächung und Schädigung. Die schon beschlossene Revision des Parteiprogramms von 1905 wird dann von neuem endlos verschleppt und jedenfalls nicht im Sinne der radikalen Linken gelöst. Größere schweizerische Massenaktionen werden soviel als möglich hintertrieben, lokale Massenaktionen nicht unterstützt werden. Die Rechte wird mit Hilfe der schon völlig mit ihr verschwisterten bürgerlichen Linken alles daransetzen, die Partei immer mehr in reformistisches Fahrwasser zurückzuführen. Auf der anderen Seite werden die bisherigen hiesigen „Kommunisten“, die als politische Partei vorläufig nicht ernst zu nehmen sind und

eine durchaus anarchistische Taktik verfolgen, aber infolge der oft zu schwächlichen, losen Haltung der Partei schon einige der besten jungen Arbeiter zu sich herübergezogen haben, wie wir befürchten müssen, stark an Boden gewinnen. Dennoch besteht bei den führenden Genossen der Linken keine Neigung zur Spaltung, wenn diese auch gewissermaßen als ein unabwendbares Schicksal angesehen wird, und falls die Rechte und das Zentrum der Linken das weitere Wirken in der Partei nicht beinahe unmöglich machen, so dürfte es schwerlich in absehbarer Zeit zur Spaltung kommen. Die schweizerische Partei ist von dem Gärungs- und Spaltungsprozeß, der mit dem Fortschreiten der Weltrevolution die internationale Arbeiterbewegung erfaßt, noch wenig berührt. Die Kleinheit des Landes, seine Abhängigkeit von der Entente und namentlich seine besondere Lage während des Krieges stehen der Entwicklung hemmend im Wege. Wie und in welchem Tempo sich diese vollziehen wird, ist schwerlich voraussehbar.

Zum Schluß möchte der Schreiber dieses Berichts ausdrücklich bemerken, daß, obgleich er sich einerseits bemühte, die Tatsachen korrekt und erschöpfend mitzuteilen, er andererseits nicht davon Abstand nehmen konnte, Urteile und Vermutungen auszusprechen, die von ihm persönlich, nicht von einer Parteigruppe oder Parteilinstanz ausgehen und auch nicht durchweg als die herrschende Auffassung in der Parteilinken bezeichnet werden können.

Ein Freund aus der Schweiz.

Zürich, den 7. September 1919.

Notiz der Redaktion: Wir teilen durchaus nicht jene geringschätzigen Bemerkungen, die unser Freund aus der Schweiz betreffs der schweizerischen Kommunisten macht. Ein völliger Bruch mit den Vertretern der Arbeiterklasse, den Pflüger, Müller und Greulich, ist unserer Meinung nach die elementare Pflicht eines jeden ehrlichen schweizerischen Proletariers. Wir sind auch überzeugt davon, daß es um so besser für die Arbeiterklasse ist, je eher die schweizerische Linke mit dem „Zentrum“ bricht.

Briefe aus Südslawien.

I.

Teure Genossen!

Die **politische Lage** in Südslawien ist augenblicklich sehr ungünstig für die herrschende Klasse. Die Reaktion, die sich in aller Breite entwickelt hat, wendet die erprobten Methoden Stolypins und Tiskas an. Alle konstitutionellen Rechte und Freiheiten sind abgeschafft — über das ganze Land waltet das Militär und die Bürokratie als Selbstherrscher. Die fortschrittlichen Blätter werden verboten — Versammlungen nur den Anhängern der Regierung gestattet. Die Gefängnisse sind nicht bloß mit unseren Genossen überfüllt, sondern auch mit verschiedenen nationalen Separatisten. Die bewaffneten Montenegriner kämpfen noch immer gegen die Vereinigung mit Südslawien. Im Lande herrscht völlige Anarchie. Die örtlichen Mächte in der Provinz gehorchen nicht der weißgardistischen Zentralregierung, die nun schon im Laufe von 3 Monaten eine Krise nach der andern durchlebt; diese Krisen werden zum Teil durch die internationale Lage hervorgerufen, zum Teil durch die Schwierigkeiten, die Agrarfrage auf gesetzgeberischem Wege zu lösen. Die jetzige Regierung, die aus Demokraten und Sozialpatrioten (Koratsch, Buckscheg, Kristan) besteht, stößt bei der Lösung der Agrarfrage auf hartnäckigen Widerstand seitens der drei Rassen angehörenden Kaste der Grundbesitzer, obgleich die Regierung auch mit dem Loskauf der halbeigenen Bauern einverstanden ist. Immer öfter entbrennen einzelne Bauernaufstände, die beweisen, daß das Land durchaus nicht das bereits veraltete traditionelle serbische Vorurteil teilt, laut welchem die nationale Befreiung immer auch die ökonomische Befreiung mit sich bringt. Die Stimmung des Landes prophetzt einen nahen Brand, den in Südslawien die landarbeitenden Bauern entzünden werden, die auch jetzt ebenso leiden, wie sie unter der türkischen Herrschaft gelitten haben.

In der Armee herrscht Bestechlichkeit, was sich besonders deutlich während der Offensive der ungarischen Sowjetarmee gegen Tschechien äußerte, als die südslawische Armee den Tschechen Hilfe leisten sollte. Dank unserer Propaganda und der Bestechlichkeit der Führer hat Südslawien seine Verbündetenpflicht nicht erfüllt. Dasselbe geschah auch während des Abenteuers D'Annunzios, der durch die Besetzung von Fiume das Werk der nationalen Vereinigung der Südslawen angriff. Es muß auch bemerkt werden, daß Südslawien durch seine imperialistische Politik und seine grenzenlose Habgier alle seine Nachbarn gegen sich gestimmt hat, und daher kann es jetzt an keinerlei Vorgehen gegen Italien denken.

Ein bewaffneter Zusammenstoß mit Italien würde Südslawien zu völligem Untergang führen, und doch ist ein solcher Zusammenstoß fast unvermeidlich, so stark ist die anti-italienische Stimmung in Südslawien. Ueberall in Südslawien stehen die Truppen der Entente, sie sind die wirklichen Herren im Lande, und ihr Einfluß äußert sich in allen Zweigen des Staatslebens.

Die wirtschaftliche Lage Südslawiens ist auch nicht beneidenswert. Südslawien, das aus den Provinzen der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie, dem rückständigen Serbien und dem nicht minder rückständigen Montenegro besteht, ist fast ausschließlich ein Agrarland; 85 % seiner Gesamtbevölkerung beschäftigen sich mit Landwirtschaft und bearbeiten das Land auf primitivste Weise.

Ogleich Südslawien auch reich an Rohstoffen ist, gibt es hier fast gar keine Industrie, wenn man das Handwerk in den Städten (von denen Belgrad und Zagreb (Agram) etwa 100 000 Einwohner zählen) nicht in Betracht zieht. Dieses Handwerk befriedigt nur die notwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung. Eine solche Lage der Dinge war früher für die österreichisch-ungarischen Kapitalisten sehr vorteilhaft, gegenwärtig wird sie aber von den französischen Kapitalisten ausgenutzt, die Südslawien mit einem Netz von Abteilungen ihrer Banken bedeckt haben und von dort Korn, Erz, Holz usw. ausführen. Das durch Vereinigung Serbiens, Montenegros und der südslawischen Länder der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gebildete Südslawien hat von allen diesen Bestandteilen eine Staatsschuld von 26 Milliarden zum Erbe erhalten. In diese Summe sind die Kriegsschulden Serbiens und Montenegros und ihre Schulden vor dem Kriege, sowie ein Teil der Schulden der österreichisch-ungarischen Monarchie eingeschlossen. Um die hehren Prinzipien Wilsons nicht zu verletzen, hat die Entente erklärt, daß sie im Namen des Pazifismus — o, ausschließlich im Namen des Pazifismus! — von dem „befreiten“ Südslawien die Bezahlung von 26 Milliarden fordert. Die Bezahlung einer solchen Summe für ein Land, das nicht mehr als 12 Millionen Einwohner zählt, dem es an Verkehrsmitteln fehlt, das weder Industrie noch Handel betreibt, und zu alledem alle Schrecken des Krieges durchlebte, ist aber gleichbedeutend mit völligem ökonomischen Ruin, der sich natürlich am schwersten für die ärmsten Schichten der Bevölkerung gestalten wird.

Alles das erweckt Unzufriedenheit unter den werktätigen Massen, die noch dadurch verstärkt wird, daß eine durch niemand gewählte „Volksvertretung“ auf eigene Faust im Lande waltet, jene „Volksvertretung“, die alle Macht in die Hände eines kleinen Häufleins von Spekulanten gelegt hat, die offen mit dem Gut des Volkes handeln. Vorläufig hat diese Unzufriedenheit nur in Aufständen auf dem Lande Ausdruck gefunden, die sich immer öfter und immer hartnäckiger wiederholen; wir sind jedoch überzeugt, daß ein starker Anstoß von außen her genügen würde, um

in Südslawien einen revolutionären Aufstand zum Ausbruch zu bringen, der diesen ganzen künstlichen Staatsbau wegfeigen wird wie ein Kartenhaus.

N. N.

Belgrad; d. 21. Oktober 1919.

II.

Teure Freunde!

Die Arbeiterbewegung wächst und entwickelt sich in unserem, nach dem Wörterbuch der Sozialrenegaten „rückständigen“ Lande mit Riesenschritten. Der Siegesrausch und der Chauvinismus, den die nationale Vereinigung erweckt hatte, werschwand den sehr bald wie Nebel, den der Wind zerstreut. Anstatt der Wiener Bürokraten und der Budapester Oligarchen setzte sich nun die südslawische Bourgeoisie auf den Thron, die nach und nach der Macht Geschmack abgewonnen hat und zur Erhaltung ihrer Klassenherrschaft nicht nur die gleichen räuberischen österreichischen Gesetze sanktioniert, die sie früher so verwünschte, sondern sie oft sogar verschlimmert. Unter dem Einfluß der Entwicklung der Ereignisse im roten Rußland und in Ungarn hat unsere Bourgeoisie verschiedener Abstammung sehr bald alle ihre nationalen Widersprüche vergessen und sich auf wirtschaftlich-politischem Boden immer enger zusammengeschlossen. Diese gemeinsame Front der Besitzenden blieb nicht ohne Einfluß auf die weiten Massen der Werktätigen, die unter dem Druck der Umstände und dank der Agitation der Genossen, die aus Rußland zurückgekehrt waren, sehend wurden und massenhaft in die proletarischen Organisationen strömten — trotz aller drakonischen Maßnahmen der Regierung. Letztere schreckte vor keinerlei Grausamkeiten zurück, um unsere organisatorisch-propagandistische Arbeit zu verhindern. Nach der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde in Zagreb, wie bekannt, neben der „Volksversammlung“ der Bourgeoisie auch unsere „Arbeiterversammlung“ geschaffen. Koratsch, der seit Beginn des Krieges eine nationalistische Politik führte, nahm an der „Volksversammlung“ teil und trat später — ohne jegliches Mandat von den Proletariern — mit 11 seiner Anhänger in die Volksvertretung ein. Ende Dezember 1918 wurde ein Kongreß der kroatischen sozialdemokratischen Partei einberufen, auf dem Koratsch konstatierte, daß seine Stellung stark ins Wanken geraten war. Freilich wurde ihm die Erlaubnis erteilt, den Ministersessel einzunehmen, doch dieser Beschluß wurde durch eine formelle Stimmenmehrheit gefaßt, die auf nicht ganz parlamentarische Weise erreicht wurde. Die bosnischen Genossen, „begeistert von unserer Taktik“, verurteilten nicht nur die Anteilnahme von Koratsch an der „Volksversammlung“, sondern auch seinen Eintritt in die Volksvertretung. Die slowenischen Sozialisten mit Kristan an der Spitze blieben auch diesmal ihrer in bezug auf die Bourgeoisie „loyalen“ Politik treu. Die serbischen Organisationen begannen

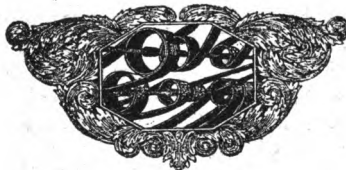
sich damals kaum heranzubilden, nach der Rückkehr der Genossen aus der Gefangenschaft in die Heimat. Doch nach den ersten Nummern des „Radnitschkich Novin“ urteilend, waren wir überzeugt, daß das serbische Proletariat mit uns sein würde. Die Bewegung in Kroatien nahm einen immer radikaleren Charakter an. Auf Initiative der „linken“ kroatischen Genossen wurde am 20.—23. April d. Js. in Brod (Bosnien) ein Kongreß der Sozialdemokraten zusammenberufen, dessen Aufgabe sein sollte, die Bewegung zu vereinen. Die „Linken“, die den Kongreß zusammenberufen hatten, proklamierten die Losung: „gegen den Ministerialismus — für den reinen Klassenkampf“. Die Sozialrenegaten beriefen an demselben Tage ihren Kongreß in Zagreb zusammen. Je näher der Tag des Kongresses heranrückte, desto bestimmter erklärten sich die proletarischen Massen durch ihre Organisationen für den Broder Kongreß. Aus Furcht vor völliger Niederlage „vertagten“ die Sozialpatrioten im letzten Augenblick ihren Kongreß und verhinderten zugleich durch ihren Einfluß auf die Regierung die Veranstaltung unseres Kongresses in Brod. Im Endergebnis unseres Protestes wurde der Kongreß gestattet, aber nicht mehr in Brod, sondern in Belgrad. Trotz aller dieser Intrigen und Hindernisse waren auf dem Belgrader Kongreß 130 000 organisierte Proletarier vertreten, die 452 Vertreter delegiert hatten. Der Kongreß nahm fast einstimmig — gegen eine unbedeutende Minderheit von 10—12 Stimmen — unsere Losung an: „gegen den Ministerialismus — für den Klassenkampf“ und äußerte sich für die Eingung auf dem Boden der III. Kommunistischen Internationale. Die vereinte Partei wurde benannt: „Sozialistische Arbeiterpartei Südslawiens“ (Kommunisten). Unsere südslawische kommunistische Partei, die vor dem Kongreß selbständig gearbeitet hatte, trat nun in die Reihen der neuen Partei und gab folgende Erklärung ab: „Wir betonen, daß es in der Epoche der sozialen Revolution, wo die Bourgeoisie ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens ihre einheitliche Klassenfront bildet zwecks Verteidigung ihrer räuberischen Pläne, notwendig ist, daß das revolutionäre Proletariat ebenfalls seine einheitliche Klassenfront bildet und befestigt, daher treten wir dennoch in die neue Partei ein, obgleich die Benennung der neuen Partei uns nicht befriedigt und obgleich wir mit Marx völlig einverstanden sind, der gesagt hat, daß die Benennung das Symbol der Partei sei“. Unsere Erklärung rief einen Beifallssturm hervor, der an die Adresse des russischen Proletariats und seiner Führer gerichtet war. Einige der Opportunisten verließen darnach sofort den Sitzungssaal des Kongresses. Bei fast keinem einzigen Punkte der Tagesordnung gab es auf dem Kongreß wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Die einzige Ausnahme bildete die Frage der „Agrarreform“, in der Genosse Dragischa Lapschewitsch als Referent auftrat. Er beantragte, den Bauern Land, Häuser und notwendiges Inventar ohne jegliches Entgelt zu geben. Die absolute Mehrheit des Kongresses schloß sich dem Standpunkt des Referenten unserer Gruppe an, der forderte, daß in den Dörfern „Dorfversammlungen“ einberufen werden soll-

ten, die selbst die Art der Uebergabe von Land und Inventar an die Bauern bestimmen sollten. Als wir sahen, daß eine ungeheure Mehrheit des Kongresses gegen die Resolution des Genossen Lapschewitsch gestimmt war, nahmen wir unseren Antrag mit der Bedingung zurück, daß Genosse Lapschewitsch die entsprechende Aenderung in seiner Resolution mache. Er ging nicht darauf ein; wir ließen aber aus taktischen Erwägungen doch über unsere Resolution nicht abstimmen.

Bei der Erörterung der Frage über den Boykott der Volkvertretung, die die Bourgeoisie Hand in Hand mit den Sozialpatrioten aus den Vertretern verschiedener Parteien gebildet hat, teilten sich die Anschauungen des Kongresses. Die absolute Mehrheit des Kongresses äußerte sich für unseren Antrag: „Die Volkvertretung zu boykottieren, ihre unverzügliche Auflösung und die Festsetzung der Wahlen in die Konstituante zu fordern.“ Der auf dem Kongreß gewählte Zentralausschuß der Partei wurde beauftragt, für die Verwirklichung dieses Beschlusses zu sorgen, und zwar nicht nur durch Propaganda, sondern nötigenfalls auch durch revolutionäre Aktion. Sogleich nach dem Parteikongreß fand ein Kongreß der Gewerkschaften statt, auf dem alle Bezirke Südslawiens vertreten waren; der Kongreß äußerte sich für völlige Zentralisierung der gewerkschaftlichen Bewegung. Zugleich fanden ein Frauenkongreß und ein Jugendkongreß statt; diese beiden Kongresse drückten ihre völlige Solidarität mit allen Beschlüssen unseres Kongresses aus. Nach dem Kongreß überschüttete uns die Regierung, unterstützt von den Sozialpatrioten, mit wütenden Repressalien. Viele Delegierte wurden nach der Rückkehr nach Hause verhaftet, einige Organisationen (besonders in Bosnien und Woiwoden) geschlossen. Am Vorabend des 1. Mai wurden in Südslawien etwa 1000 Genossen verhaftet, darunter auch alle Mitglieder des Zentralausschusses. Unsere Bewegung, die erst die ersten Schritte machte, wurde auf diese Weise enthauptet, und das diente gewissermaßen als Hindernis der praktischen Einigung. Wir mußten zur illegalen Arbeit greifen, und trotz aller Verfolgungen setzen wir unsere Arbeit unter den breiten Massen fort . . .

Belgrad, 21. Oktober 1919.

W. G.



DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG



Aufruf des Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale.

Die russische proletarische Revolution.

Zum zweiten Male jährt sich der Tag, da die russischen Arbeiter, armen Bauern und Soldaten mit einer Handbewegung das bis ins Innerste faule Regime der Bourgeoisie, der Junker und Generale und ihrer angeblich „sozialistischen“ Lakaien wegfeigten und die Schicksale des russischen Volkes in ihre starken Hände nahmen. Als die russischen Proletarier den ersten Jahrestag ihres Sieges feierten, kam die Kunde von dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus, den sie als den nächsten und gefährlichsten Feind kannten, von dem sie gut wußten (die Memoiren Ludendorffs haben das bestätigt), daß er mit dem Rußland der Arbeiter und Bauern nur deshalb Friede geschlossen hat, um seine Erdrosselung vorzubereiten. Mit großer Freude begrüßte das russische Proletariat den Zusammenbruch der großen deutschen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmacht. Aber es wußte gut, daß damit das russische Volk noch nicht aus der Gefahrenzone ist. Es wußte, daß die Entente, die im Namen der Demokratie den preußischen Militarismus besiegt hat, die Herrschaft eines nicht minder gefährlichen, gewalttätigen Imperialismus in der ganzen Welt aufzurichten versuchen wird, um alle Völker der Ausbeutung durch die Imperatoren der Pariser, Londoner und Newyorker Börse zu unterwerfen. Das russische Volk wußte, daß die Sieger nicht nur dem deutschen, bulgarischen und ungarischen Volke, mit dem sie vier Jahre gekämpft haben, ihr Joch auferlegen würden, sondern, daß sie nunmehr als ihre wichtigste Aufgabe die Niederwerfung des russischen Volkes, das drei Jahre für sie geblutet hatte, ansehen werden, um aus ihm alle die reichlich mit Blut bezahlten Anleihen auszupressen, die der Zarismus und die Kerenski-Regierung bei den französischen, englischen und amerikanischen Bankiers für die Führung des Raubkrieges aufgenommen

haben. Und bald zeigte es sich, daß sich das russische Volk nicht geirrt hatte.

Im Westen Rußlands, in Litauen und Lettland, befahlen die Alliierten dem zusammengekrachten deutschen Imperialismus, dessen Okkupation sie selbst als Hunnenwirtschaft jahrelang gezeißelt haben, die unglücklichen litauischen und lettischen Volksmassen weiterhin unterjocht zu halten, damit sie sich nicht an die große Arbeiter- und Bauernrepublik Rußland anschließen sollten, die ihnen nationale und soziale Befreiung verhieß. Im Süden sandten die Alliierten ihre Kriegsschiffe und Soldaten nach den Häfen der Ukraine, um die Regierung der deutschen Lakaien, zuerst die des zarischen Generals Skoropadski, dann die der ukrainischen kleinbürgerlichen Verräter, zu stützen. Und nur dank der Tatsache, daß die französischen Soldaten und Matrosen sich weigerten, Henker der ukrainischen Arbeiter und Bauern zu werden, gelang für eine Zeit lang die Befreiung der Ukraine, bis die mit englischen und französischen Tanks, Kanonen und Gasbomben ausgerüsteten weißen Heere des zarischen Satrapen **Denikin** ihr von neuem das Joch auferlegten. Mit französischem Gelde und französischen Waffen wurden **polnische Armeen** gegen Sowjetrußland ausgerüstet, das die Unabhängigkeit Polens immer anerkannt hat. Mit englischem Gelde wurde **Finnland**, dessen Freiheit von Sowjetrußland anerkannt wurde, gegen die russischen Arbeiter aufgehetzt. Im Norden, in **Archangelsk**, wirtschafteten die englischen Generale, sie plünderten die russischen Wälder und beschossen die russischen Städte. Im **Osten** wurden die weißen Banden **Koltschaks** mit amerikanischen, englischen und japanischen Waffen und Geldmitteln ausgerüstet, wofür Koltschak ihnen die Schätze Sibiriens zur Ausplünderung überließ. Die **englische Flotte** bombardierte offene russische Städte und schnitt das durch den Krieg ruinierte Land von der **Zufuhr aller Industrieprodukte ab**, ohne die es seine Eisenbahnen und seine Kohlengruben nicht instand setzen kann, damit es, der Transportmittel beraubt, dem Hunger erliegen sollte. Mit einer Niedertracht, wie sie selbst in der Geschichte dieses barbarischen Krieges unbekannt ist, wurde der Krieg gegen Rußlands Volksmassen seitens der Alliierten geführt. Den weißen Generalen wurde von den „zivilisierten“ Alliierten gelehrt, wie sie neben dem Galgen und neben den Füsilladen tausender Arbeiter „moderne“ Mittel anwenden sollen: **Tausende russischer Soldaten wurden im Felde mittels ultravioletter Strahlen geblendet.**

Trotz Hunger und Krankheiten und trotz unsäglicher Leiden — Rußlands verwundete Söhne werden ohne Narkose operiert, da es an den einfachsten Medikamenten fehlt —, hat die Rote Armee die Söldner Koltschaks über den Ural zurückgeworfen, sie hat schon mehrmals die deutsch-lettisch-litauisch-weißrussischen Söldner der Entente vor den Toren Petersburgs heroisch zurückgeschlagen. Die russischen Matrosen haben mit Todesmut der siegreichen englischen Flotte die Stirn geboten. Während des ganzen Jahres zerschellte eine Hoffnung der Piraten des alliierten

Kapitals nach der andern an der Entschlossenheit der besten Söhne des arbeitenden russischen Volkes, bis zum letzten Tropfen Blut die Errungenschaften der Arbeiterrevolution zu verteidigen.

Die Proletarier Rußlands leiden Hunger, aber sie kapitulieren nicht; denn sie wissen, daß nur, wenn sie die Armeen der weißen Banden vom Boden Rußlands wegfeigen, sie sich werden sattessen können. Siegt Koltshak, siegt Denikin, so wird das Brot des hungrigen russischen Volkes ausgeführt werden müssen, damit den Wucherern von Paris, London und Newyork die Zinsen bezahlt werden können.

Die Proletarier Rußlands fallen zu Zehntausenden in den Schlachten; sie kapitulieren nicht, weil sie wissen, daß der Sieg der Konterrevolution für Hunderttausende ihrer Brüder und Schwestern den Märtyrertod am Galgen oder auch Füsillierung oder den schrecklichsten Tod im Gefängnis bedeuten würde.

Sie kämpfen, weil sie wissen, daß nur, wenn die fremde Invasion, wenn die von fremden Kapitalisten bezahlten konterrevolutionären Banden verjagt werden, das russische Volk in stande sein wird, sein eingeschertes Haus neu zu bauen, seine zerstampften Felder von neuem zu beackern und seine stillstehenden Fabriken wieder in Gang zu setzen.

Nicht schrecken sie Niederlagen, mögen sie noch so groß sein. Denn jeder Sieg der Konterrevolution ist ein Schritt zum Grabe. Je größer das Gebiet ist, das die konterrevolutionären Banden zeitweise besetzen, desto schneller wirtschaften sie ab. Da sie dem russischen Volke nur den Galgen und das Blei bringen, da sie, wohin sie kommen, das Land im Interesse des fremden Kapitals zu plündern beginnen, stehen die Volksmassen im Rücken ihrer Armeen gegen sie auf. Koltshak würde nicht nur durch die Rote Armee, sondern auch durch die aufständischen Bauern und Arbeiter geschlagen. So wird auch das Geschick Judenitschs und Denikins sein, auf deren Siege die Entente so große Hoffnungen setzt, selbst wenn es ihnen gelingen würde, momentan Rußland niederzuwerfen. Die Entente irrt, wenn sie hofft, diese Siege würden aus Rußland eine angelsächsisch-französische Kolonie machen, in der sie aus dem Mark der russischen Arbeiter und Bauern in Ruhe ihre Zinsen und Zinseszinsen wird holen können. **Selbst als Regierungsmacht beslagt, würde Sowjetrußland als revolutionäre Masse den Kampf fortsetzen und bis zu einem endgültigen Siege fortsetzen müssen; denn nicht Ordnung und Brot, sondern weißen Terror und Ausbeutung würden die Sieger den Volksmassen Rußlands bringen.**

Die Blockade Sowjetrußlands.

Ein Meer von Blut soll auf das Geheiß der Ententekapitalisten weiterhin den Adern des russischen Volkes entströmen. Aber da die Hyänen des alliierten Börsenkapitals befürchten, das Opfer könnte ihnen nicht schnell genug in die Klauen fallen, führen sie die Blockade durch, die die Kämpfenden durch den Hunger, der in ihren Eingeweiden wühlt, der ihre Frauen und Kinder tötet, niederzwingen soll. Daß diese Blockade

vom Standpunkt des alten **Völkerrechts**, in dessen Namen sie den Krieg geführt haben, wie vom Standpunkt des Statuts ihres „**Völkerbundes**“ ein Verbrechen ist, **da die Alliierten niemals Rußland den Krieg erklärt haben, da sie zynisch die Friedensvorschläge der russischen Sowjetregierung verworfen haben**, ohne sie den Volksmassen ihrer Länder mitzutellen, ohne sie geprüft zu haben, kümmert diese „Vertreter der Menschheit“ nicht. Sowjetrußland ist ein Proletarierstaat, und die Kapitalisten haben sich niemals um irgendwelches geschriebene oder moralische Recht gekümmert, wenn es sich um die Niederwerfung der Arbeiter handelte. **Ja, die Ausbungerung der Proletarier war noch immer die vorzüglichste Waffe des Kapitalisten, wenn seine Sklaven auch nur ein Stückchen Brot mehr forderten.** Und Sowjetrußland kämpft nicht um eine geringe Besserung der Lage der Arbeiter, es kämpft um die Befreiung der russischen Arbeiterklasse, es hat das **Signal zum Befreiungskampf des Weltproletariats gegeben.** Deshalb muß es mit Giftbomben, Tanks, violetten Strahlen und, wenn das nicht hilft, mit Hunger niedergerungen werden. Deshalb, nur deshalb.

Bisher haben die alliierten Regierungen ihren Kampf gegen Sowjetrußland mit der lügnerisch-lächerlichen Behauptung begründet, dieses in Brest-Litowsk vom preußischen Imperialismus ans Kreuz geschlagene Land sei der Verbündete des Kaisers. Jetzt, da die Entente mit den deutschen Generalen nicht nur Frieden geschlossen hat, sondern ihnen sogar Kanonen gegen das deutsche Volk gibt, muß sie auf diese Lüge von der bolschewikisch-deutschen Verschwörung verzichten. Und so sagte der General Foch in seiner im Namen der französischen, amerikanischen und englischen Regierung **an Deutschland gerichteten Note**, in der die deutschen Kapitalisten und Generale aufgefordert werden, den Blockadering gegen Sowjetrußland endgültig zu schließen, **offen und klar, weshalb das russische Volk des Hungers sterben soll: „Die gegen alle Regierungen gerichtete offen ausgesprochene Feindseligkeit der Bolschewiki und das durch sie verbreitete Programm einer internationalen Revolution bildet eine große Gefahr für die nationale Sicherheit aller Mächte. Jedes Anwachsen der Widerstandsfähigkeit der Bolschewiki vergrößert diese Gefahr.“**

So erklären jetzt, zwei Jahre nach dem Siege der russischen Arbeiterrevolution, die Vertreter des alliierten Kapitals. Offen, ohne Deckmantel und Ausflüchte, erklären sie der russischen proletarischen Revolution den Krieg, **nur weil sie die Befreiung der internationalen Arbeiterklasse auf ihr Banner geschrieben hat.**

„Es wäre wünschenswert, daß alle Völker, die den Frieden und die soziale Ordnung wieder herzustellen suchen, sich vereinigen, um sie zu **bekämpfen,**“ so wendet sich die Ententenote an die deutsche Regierung. Sie läßt dieselbe deutsche Regierung, die nur ein Spielzeug in den Händen alter kaiserlicher Generale ist, die von den Ententeregierungen aller Verbrechen „gegen den Frieden und die soziale Ordnung“ angeklagt werden, **zur heiligsten Würgeallianz ein, dieselbe deutsche Regierung, deren Soldaten die Entente aus Mißtrauen jetzt noch nicht einmal erlaubt, an**

dem Waffenkampfe gegen Sowjetrußland teilzunehmen. Erst in dem infamsten allen Kriege, in dem Hungerkriege gegen die Greise, Frauen und Kinder, soll die Regierung des gestern durch Hunger zu Boden geschlagenen deutschen Volkes bewelsen, daß sie würdig ist, im Rate des „Bundes gegen die Völker zu sitzen“. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Regierung der deutschen Konterrevolution, die selbst vor der proletarischen Revolution zittert, die die russische proletarische Revolution wie den Tod haßt, die auf dem Bauche rutscht, um von der Entente das Recht zugesprochen zu erhalten, an der Niederwerfung der russischen Revolution teilzunehmen, sich der Forderung der Entente „unterwerfen“ wird. Jubelt doch die Presse der deutschen Regierung, die von einer sozialdemokratischen Partei geleitet wird, deren Präsident Mitglied der zweiten Internationale ist, darüber, daß die Entente sich an sie als an einen Gleichberechtigten wendet! Die deutsche Regierung hatte doch bisher schon an der Blockade Sowjetrußlands teilgenommen, sogar als die unabhängigen Sozialdemokraten, mit Haase an der Spitze, in ihr saßen. Wer kann da zweifeln, daß sie die faktische Blockade durch eine formelle krönen wird, sobald ihr die Entente für den Schergendienst auch nur den geringsten Judaslohn bezahlt! Die Welt wird bald das Bild vor sich sehen, wie dieselben Männer, die gestern aus tiefster Seele gegen die Aushungerung ihres Volkes protestierten, wie sie, die heute noch Ketten an den Händen und das Sklavenjoch der Entente auf dem Nacken tragen, sich an der Aushungerung des Volkes beteiligen werden, das den Mut hat, gegen die Versklavung der Welt durch das angelsächsische Kapital zu kämpfen.

Das internationale Proletariat hat das Wort.

Zwei Jahre lang kämpft die Sowjetrepublik für die Befreiung des russischen, für die Befreiung des internationalen Proletariats. Zwei Jahre hungert sie, zwei Jahre wird sie dezimiert durch Krankheiten, zwei Jahre blutet sie auf den Schlachtfeldern. Sie erringt Siege und erleidet Niederlagen; sie sieht, wie ihr die Hilfe der Proletarier der anderen Länder naht, wie diese Hilfe in Nichts zerrinnt. Trotz aller Niederlagen, die ihr die auf Kosten der alliierten Völker ausgerüsteten Heere der englischen Konterrevolution in den letzten Monaten beigebracht haben, steht sie noch ungebrochen da, und welche Schläge auch noch auf ihr Haupt niedersausen werden, sie wird sich wehren bis zum letzten Tropfen Blut. Aber ihre Kräfte sind nicht unerschöpflich. Wird das deutsche, französische, englische, italienische, amerikanische Proletariat jetzt, nachdem die alliierten Regierungen in ihrer Blockadenote die letzten Masken fallen gelassen haben, nicht aufstehen, seine Regierungen nicht zum Friedensschluß mit Sowjetrußland, zur Einstellung jeder Hilfeleistung an die zaristischen Banditen und zur Aufhebung der Blockade zwingen, so wird das westeuropäische Proletariat die Folgen und die Verantwortung zu tragen haben, wenn die russische Revolution niedergedrungen wird, wenn im Osten

sich wieder ein **Zarismus** aufrichtet, der, bis ihn das russische Proletariat von neuem wegfeht, **Armeen zum Schutze des sterbenden europäischen Kapitals aufstellen und dem deutschen Imperialismus auf die Beine helfen wird, um zusammen mit Japan den Hort der Weltkonterrevolution zu bilden, um erstarkt den Kampf um die neue Aufteilung der Welt zugunsten der deutschen Junker, der russischen Generale und der japanischen Samurai zu beginnen.** Nicht nur die Geschicke der russischen Arbeiterklasse, das Geschick der Arbeiterklasse der ganzen Welt hängt davon ab, ob die westeuropäische Arbeiterklasse versteht, was die Stunde geschlagen hat. Wir können nicht den Arbeitern eines jeden Landes vorschreiben, was sie zu tun haben. Eins wissen wir: **Solidaritäts- und Sympathieerklärungen, wie sie in Luzern von der sozialistischen zweiten Internationale angenommen worden sind, genügen nicht.** Es ist notwendig, daß die Matrosen sich weigern, auch nur ein Schiff mit Soldaten und Waffen für Denikin, Koltshak oder Judenitsch zu senden. Diese Schiffe gehen aber von **Hamburg wie von London, von Brest wie von Marseille ab.** Die Regierungen der Entente wie Deutschlands müssen **jede Unterstützung der russischen Konterrevolution aufgeben und Frieden mit Sowjetrußland schließen.** Sie werden es aber nur **gezwungen tun.**

Sie werden es nur dann tun, wenn im Falle ihrer Weigerung die **Straßen der Städte von Hunderttausenden wimmeln werden, die mit dem Rufe: „Friede mit Sowjetrußland!“ bereit sind, ihre Brust den Bajonetten entgegenzuhalten.** Sie werden es tun, wenn sie wissen, daß sie sich widersetzen, **die Eisenbahnen, die Gruben und Werke stillstehen werden.** Nur wenn das mittel- und westeuropäische Proletariat sich durch **keine Versprechungen seiner Minister beschwindeln läßt, wenn es den Waffenstillstand, die Friedensverhandlungen und die Aufhebung der Blockade im revolutionären Kampfe erzwingt, haben die Gefühle, die es für Sowjetrußland äußert, einen Wert für das russische Proletariat.** Die **Zeit der Worte ist vorüber.** Nur die **Tat der Proletarier der Welt kann die Vorhut der Weltrevolution, kann die russische Revolution retten, das über ihrem Haupt gezückte Schwert ohnmächtig sinken lassen, die Furien des Hungers bannen.** Kann sich das mittel- und westeuropäische Proletariat zu solchen Taten nicht aufschwingen, nun, dann werden die russischen Arbeiter einsam bis zum Ende kämpfen, dann werden sie, im Kampfe verblutend, ihren Klassenbrüdern in den anderen Ländern zurufen können: **Wir haben der Befreiung des Proletariats alles geopfert, ihr nichts. Wir sterben als Freie, Ihr werdet verdammt sein, als Sklaven zu leben.**

Oktober 1919.

*Westeuropäisches Sekretariat
der Kommunistischen Internationale.*

An die Proletarier der ganzen Welt.

Proletarier! Arbeiter!

Am 7. November werden es zwei Jahre sein, daß die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten die Macht übernommen haben. Sie haben die Bourgeoisie gestürzt, die sie in jahrelangen Krieg und Hungersnot geführt hatte; sie haben das Joch kapitalistischer Knechtschaft gebrochen: zum ersten Mal in der Geschichte ward in einem großen Reiche die Herrschaft der Unterdrückten aufgerichtet. Wie eine herrliche Insel aus der Wüste des Wassers einsam aufsteigt, so erhob sich aus dem Meere des Blutes und der Vernichtung das einsame proletarische Rußland und ruft mit Riesenstimme den immer weiter Unterdrückten, den immer weiter sich Zerfleischenden zu:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Arbeiter! Proletarier!

Der Ruf ist zuerst ungehört verhallt. Als willkommene Beute betrachtete der deutsche Imperialismus das proletarische, nach Frieden sich sehnende Rußland. Stück für Stück riß er ihm die Fetzen vom blutenden Leibe. Mit heuchlerischen Phrasen vom „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ verhüllte er das Schandwerk von Brest-Litowsk. Mit lügenerischen Gebärden stand die deutsche Sozialdemokratie dabei und half dem deutschen Imperialismus, seinen Raubzug zu vollenden.

Der deutsche Proletarier aber war willenlos; gedankenlos ließ er sich dazu mißbrauchen, die eigenen Brüder in Rußland der deutschen Herrenklasse zum Opfer zu bringen. Nur allmählich begriff er, wozu er sich mißbrauchen ließ: als die eigenen Heere geschlagen waren: als der Traum vom deutschen Siege zerrann, da begann der deutsche Proletarier zu begreifen. Am deutschen Imperialismus rächte sich die Gewalt, die er dem russischen Proletariat angetan hatte, dadurch, daß in den Heeren der deutschen Proletarier die Saat aufging, die die russische Revolution ausgestreut hatte. Die deutschen Arbeiter und Soldaten erhoben sich und verjagten die, die bis zu diesem Tage sie nur immer tiefer ins Blut getrieben hatten.

Aber der deutsche Kapitalismus war damit keineswegs zerstört. Wieder erhob er das Haupt. Um Gnade winselnd wandte er sich an die Feinde von gestern. Und siehe: die Kapitalisten aller Länder, die gestern noch ihre Proletarier hinschlachten ließen, fanden sich.

Die Kapitalisten aller Länder vereinigten sich, vereinigten sich in gemeinsamem Haß gegen das proletarische Rußland.

Der deutsche Kapitalist, heute selbst der gefällige Diener der Entente-kapitalisten, hielt seine Truppen in den russischen Ostseeprovinzen, bis sie von da der Wille der Entente abberief. Schlimmer als die Tataren einst vor 500 Jahren auf russischem Boden haben sie gehaust. In Riga, in Mitau, in Schaulen und in Kowno sind Tausende und Zehntausende erschossen worden; die Gefängnisse sind überfüllt; das Land ist ausgegogen und ausgeplündert worden. Im Namen der deutschen „sozialdemokratischen“ Regierung und auf deren Geheiß ist dieses Werk vollendet worden. Und in Berlin gehen die Häupter der russischen Gegenrevolution spazieren; in Berlin suchen sie das Menschenfleisch, dessen sie zu bedürfen glauben, um die russische Revolution zu vernichten. Das „revolutionäre“ Deutschland tat, was es kann, um den festesten Hort der Weltrevolution, das proletarische Rußland, zu zerstören.

Wen wundert, daß die ganze übrige Bourgeoisie der Welt mit im selben Spiele ist?

Englische Truppen halten die Nordküste Rußlands besetzt. Englisch Geld hilft den russischen Gegenrevolutionären, den Koltschak und Denikin, ihre Truppen zu sammeln, englische Geschütze und Gewehre, englische Munition bewaffnen sie. Frankreich sendet seine Truppen in den Süden von Rußland, französisches Geld und französisches Blut hilft den eisernen Ring um Rußland und Polen zusammenzuhalten.

Und über allem Militärischen ist es der Knebel der wirtschaftlichen Absperrung, der das proletarische Rußland niederringen soll. Seit Jahren schon ist jeder Strang, der Rußland an die Weltwirtschaft band, zerrissen; das proletarische Rußland soll an Waren und Rohstoffen ausgeblutet werden, und zwar so sehr, daß es an wirtschaftlicher Schwäche zusammenbricht.

Zu Millionen gehen heute die Proletarier in allen Ländern arbeitslos durch die Straßen. Sie schreien nach Arbeit und schreien nach Brot. Sie könnten in Wahrheit gar nichts Besseres tun, als für ihre Brüder in Rußland zu arbeiten; aber die Bourgeoisie verbietet es ihnen; sie sollen nicht arbeiten, bevor nicht das proletarische Rußland zusammengebrochen ist.

Alle Länder, die Feinde und die Freunde von gestern, Deutschland wie Frankreich, England wie Italien, Amerika und Japan, haben sich gefunden in dem Werk, den Herd der Weltrevolution zu ersticken.

Arbeiter! Proletarier!

Die Internationale der Weltreaktion hat sich gefunden. Sie ist im Aufmarsch gegen den Herd der Weltrevolution, gegen Sowjet-Rußland.

Nun endlich muß sich die Internationale der Weltrevolution finden.

Das ist nicht die Internationale derer, die Euch gestern dazu rieten, Eure eigenen Brüder zu ermorden. Es ist nicht die Internationale der Sozialpatrioten und Durchhaltepolitiker, die jetzt vor dem Strafgericht bangen, das das Proletariat halten wird über alle die, die in den furchtbaren Zeiten des Weltkrieges es verrieten.

Es ist die Internationale derer, die die ganzen Leiden des Krieges trugen, an Gut und an Blut, an Hunger und an Leiden, und die nun die ganzen Leiden des Friedens tragen sollen: an Arbeitslosigkeit und neuem Hunger, an verdoppeltem verdreifachtem Elend, an neuer Knechtung und Unterdrückung.

Arbeiter! Proletarier!

Ihr merkt es heute selbst nun stündlich, daß der Krieg und sein Ende, ob Sieg oder Niederlage, Euch nur eines beschert hat: neue Ketten.

Täglich versinkt Ihr weiter im Elend: erkennt, daß es nur einen Weg gibt zur Freiheit, den Weg, den Rußland gegangen ist.

Laßt es nicht zu, daß Eure Bourgeoisie diesen Vorposten der Weltrevolution niedermacht.

Ihr sollt den zweiten Tag der Weltrevolution würdig begehen.

Eure russischen Genossen, die nun schon zwei Jahre dem Drucke der ganzen Welt widerstehen in der Hoffnung auf Euch, sie blicken auf Euch.

Enttäuscht sie nicht! Auf, erhebt Euch!

Am 7. November, dem Jahrestage der russischen Revolution, erhebet Euch! Laßt die Arbeit ruhen! In gewaltigen Demonstrationen tut Euch zusammen. Helft so Euren russischen Brüdern.

Fordert von Eurer Bourgeoisie:

Die sofortige Aufhebung der Blockade über Rußland: duldet es nicht, daß die Revolution und ein großes Volk um Eurer Kapitalisten Profite willen erdrosselt werde;

den Abbruch der Beziehungen mit den Weißen Garden und konterrevolutionären Regierungen: laßt nicht zu, daß Eure Aus-sauger Pulver und Blei, Rüstung und Geld liefern, um so mit Eurem Schweiß und Blut Eure russischen Brüder zu ermorden;

sofortige Aufnahme der Beziehungen zu Rußland: die Mörder dieses Krieges haben kein Recht, die einzige Regierung der Welt, die nicht mit Proletarierblut besudelt ist, die russische Arbeiter-regierung, als Aussätzige beiseite zu lassen.

Das Proletariat der Welt, in solcher Feier der russischen Revolution vereinigt, wird so den ersten Schritt zu seiner eigenen Befreiung tun.

Diese eine Feier wird der erste Schritt zur Weltrevolution sein.

Proletarier in aller Welt, in allen Ländern, findet Euch zusammen in einem Rufe:

Es lebe das Sowjet-Russland!

Es lebe die Weltrevolution!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Oktober 1919.

Namens der Exekutive der Kommunistischen Internationale:

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Internationale Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen.



Aufruf der ungarischen Kommunisten.

An die Proletarier aller Länder.

Von Ungarn, dem klassischen Lande der Bedrückung und des Sklaventums aus, wenden wir uns an Euch. Von dem Lande, in dem das feudale Regime frei sein Räuberwesen trieb und die Reaktion mit nackter Gewalt wütete; von dem Lande, in dem das Volk, Millionen Arbeitender, nie das Recht besaß, mitzureden und wo blutige Unterdrückung, Kerker, Soldaten- und Gendarmenwaffe die einzige Antwort auf alle ihre Forderungen abgab; von dem Lande, in dem einige tausend Familien alles Recht, alle Macht in Händen hielten und wo alle anderen, die auf diesem Boden lebten, freie Beute, elender Abschaum waren.

Die Qualen des Krieges haben auf uns stärker gelastet als auf irgend einem anderen Volke. Unsere Gebieter haben uns verkauft, um ihre Macht zu sichern, und der Imperialismus verschont niemanden. Von einem Schlachtfeld zum anderen hat man ungarische Soldaten geschleppt, und dieses kleine Land hat in dem rasenden Gemetzel mehr als eine Million Menschen verloren. Und als sich unsere Ausbeuter, unsere Großgrundbesitzer, Bankiers und Spekulanten dank dem Kriege phantastisch bereichert hatten, verfielen wir arbeitenden Proletarier in Elend und Entbehrungen, die aller Beschreibung spotten.

Man hat uns zum Kämpfen gezwungen; wir haben für sie gelitten und geblutet — und Hunger, Entbehrung, Verluste sind uns zuteil geworden.

Vielleicht war es darum, weil wir die Unterdrücktesten waren, weil unser Volk am meisten gelitten hat, daß wir die Stimme unserer russischen Brüder als erste gehört und verstanden, durch unsere revolutionäre Kraft die Herrschaft der Ausbeuter gebrochen und die Diktatur des Proletariats proklamiert haben.

Genossen! Proletarier!

Unsere Revolution war die Revolution der Arbeit. Die Revolution der Entrechteten, der Bedrückten und Ausgebeuteten gegen jene, die durch den Krieg ihren Jahrhunderte lang betriebenen Verbrechen die Krone aufgesetzt haben. Und unsere Revolution war siegreich — ohne einen Tropfen Blutes zu vergießen. Denn jedermann wußte und jubelte es: für Ungarn gab es keine andere Wahl, als entweder völlige Auflösung oder die Diktatur des Proletariats. Die Arbeiterklasse hielt zu uns, und wir be-

gannen, geführt durch starken, klaren Willen, das schwierige Werk: die Zerstörung der alten verfaulten Gesellschaft und den Aufbau der neuen, des freien und gleichen Reiches freier und gleicher Arbeiter.

Mehr als einmal wandten sich die Mächtigen von gestern, die ihren verlorenen Privilegien nachtrauerten, gegen uns und hetzten die vom alten Regime korrumpierten, kulturlosen Bauern gegen uns. Wir wären Feiglinge, Kanäillen, Verräter an der Arbeiterklasse gewesen, wenn wir mit verschränkten Armen der Wühlarbeit gegen unsere Gesellschaftsordnung zugesehen hätten, wenn wir die nicht gestraft hätten, die die Sklaverei wieder herstellen wollten. Aber es ist nicht wahr, daß wir auch einen Tropfen Blut aus Rachelust oder Klassenhaß vergossen hätten oder daß wir auch nur einen einzigen Menschen getötet hätten, bloß weil wir im Besitz der Macht und der Waffen waren. Denn wir wären Schufte und Verräter gewesen, hätten wir blutigen Leidenschaften freies Feld gelassen. Wir haben die Proletarier bewaffnet zum Schutz der Revolution, nicht aber, um sie zu gemeinen Mördern zu machen.

Gegen die Gewalttätigkeiten der kapitalistischen Mächte der ganzen Welt konnten wir uns nicht halten: die ungarische Sowjetrepublik ist gefallen.

Nun übt die bürgerliche Gesellschaft ihren beispiellosen weißen Terror aus. 1500 Genossen sind eingekerkert, Dutzende von ihnen sind schon tot. Man nimmt sich kaum die Mühe, sie irgend eines Verbrechens anzuklagen, es genügt, daß jemand als Sozialist denunziert wird — und schon ist er Gefangener, dem wildesten Terror, den es jemals gegeben hat, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Nicht bewaffnete Männer, nicht Revolutionäre in hellem Aufruhr, sondern friedliche Arbeiter, Arbeiterinnen, Kinder werden in Fesseln geschlagen, gequält und ermordet. Mit der Grausamkeit der Wilden werden die entsetzlichsten Mittel ausgedacht, um den Genossen das Leben zu rauben.

Der weiße Terror kann all das vollbringen, weil hinter ihm die bewaffnete Macht der Ententemissionen steht; und unter dem Protektorat der Verteidiger der Völkerfreiheit und der Menschenrechte fließt heute an einem einzigen Tage mehr Blut in Budapest als in 4 Monaten proletarischer Diktatur geflossen war.

Zur Zeit der ersten bewaffneten Regungen der Gegenrevolution in Budapest, als durch ihren heftigen Widerstand auch eine Anzahl Arbeiter und Soldaten getötet wurden, protestierte der Chef der Ententemissionen, Oberstleutnant Romanelli, in einer scharfen Note gegen die Hinrichtung von Gegenrevolutionären, die doch nur politische Gegner seien, obgleich sie bewaffneten Widerstand geleistet hatten. Und die Diktatur war schwach genug, niemanden hinrichten zu lassen.

Heute werden waffenlose Arbeiter, die nicht mehr an Widerstand denken, sinnlos und grundlos massenhaft gemordet, aber die Missionen schweigen sich aus, ja, sie finden nicht einmal ein Wort des Protestes. Im Gegenteil, sie unterstützen durch ihre Macht und ihre Autorität den

weißen Terror, ohne die er sich nicht einen Tag lang aufrechterhalten könnte.

Genossen, Proletarier aller Länder!

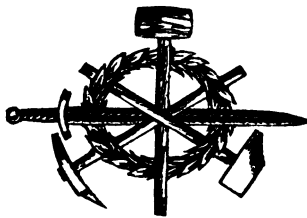
Den Machthabern Eurer Länder, Eurer Bourgeoisie mundet das proletarische Blut nicht schlecht. Ihre einzige Richtlinie ist, sich an der ungarischen Arbeiterklasse, die die Kühnheit hatte, sich von ihrem Joch zu befreien, zu rächen. Das große Gemetzel wird inszeniert, um Euch zu terrorisieren, um Euch einzuschüchtern, Euch den Mut zu nehmen, Eure Unterdrücker durch Eure Revolution zu zerschmettern. Es gibt kein Erbarmen, es gibt keine Menschlichkeit; wenn ihr Profit, ihre Macht in Gefahr gerät, werden sie nicht davor zurückschrecken, Millionen Arbeiter hinschlachten zu lassen, gerade so wie sie ohne Bedenken Millionen Arbeiter im Kriege hinschlachten ließen.

Aber Ihr steht uns bei! Unsere Schmerzen sind Eure Schmerzen, und Ihr dürft es nicht länger dulden, daß die einzige Antwort auf die legitime Revolution des ungarischen Proletariats auch weiterhin die Schlächterei bleibe.

Wir begeben uns in Eure Obhut; wir erwarten, wir erhoffen von Euren Kräften unsere Befreiung, unsere Erlösung. Laßt Eure Donnerstimme ertönen, nehmt all Eure Kraft zusammen, um zu verhindern, daß man die Arbeiter eines Landes gänzlich vernichte, bloß weil sie sich gegen die schändlichste Reaktion der Welt aufgelehnt haben.

Es lebe die Solidarität! Es lebe die internationale Revolution!

*Die sozialistisch-kommunistische
Arbeiterpartei Ungarns.*



Aufruf der Sozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks.

An die organisierten Arbeiter Dänemarks!

Der große Weltkrieg, den die Kapitalisten aller Länder vor ungefähr fünf Jahren ins Werk setzten, ist jetzt vorbei. Millionen junger Arbeiter und Familienväter sind als Opfer des teuflischen militaristischen Ungeheuers gefallen. Deren Mütter, Frauen und Kinder sind durch Hungertod und die Kriegsppest verdorben.

Der Krieg der Nationen ist vorbei. Die Kapitalisten aller Länder rüsten sich zu einem neuen, noch brutaleren und rücksichtsloseren Krieg. Die Kapitalisten, die während des Weltkriegs nur zum Schein einander bekämpften, sammeln sich zum gewaltsamen Kampf gegen das Weltproletariat und den Sozialismus.

Alle die, die von der Arbeiterbewegung dazu ausersehen waren, den Sozialismus unter dem Banner der Zweiten Internationale zum Siege zu führen, sie haben selbst die sozialistischen Ideale im Stich gelassen.

Ohne Protest und Kampf gegen Militarismus und Kapitalismus wurden sie zu feigen Schergen der kapitalistischen Gesellschaft, als der Krieg ausbrach. Die zweite Internationale kann nicht länger als sozialistische Organisation betrachtet werden. Nur gehorsame Diener des Kapitalismus sind die Sozialdemokraten, die noch wagen, die organisierte Arbeiterklasse in der tiefen und gefährvollen Spur der zweiten Internationale zu führen.

Klassengenossen und Kameraden! Die Arbeiterorganisationen des Auslandes wenden sich weg von den Phrasenmachern und Sozialpatrioten und schließen sich um die rein sozialistische Fahne der dritten Internationale zusammen. Rußlands, Ungarns und Deutschlands Arbeiter haben offen den ganzen Kreis der reinen sozialistischen Ideen anerkannt und reichen über die künstlichen Grenzlinien der Kapitalisten hinweg ihre Hand den Kameraden in England, Frankreich, Italien und Amerika.

Die Arbeiterpartei Norwegens ist aus der alten Internationale ausgetreten, um sich der Internationale anzuschließen, die kämpft und leidet, um die kapitalistische Macht zu Boden zu schlagen, die nur auf neue Kriege und neues Unglück für die Menschheit sinnt.

Kameraden, auf zum Kampf für die Weltrevolution, bevor es zu spät ist! Die Arbeiterklasse Dänemarks darf sich nicht von den Klassengenossen der anderen Länder absondern und gleichgültig und schläfrig dabeistehen, abseits vom Walplatz der Revolution.

Die Arbeiter Norwegens haben ihre sozialistische Aufgabe verstanden, als sie sich der dritten, der kämpfenden Internationale anschlossen. Kön-

nen da Dänemarks Arbeiter noch ferner in der anderen, der versagenden Internationale bleiben?

Norwegens Arbeiter gingen über zum offenen Klassenkampf gegen die Ausbeutergesellschaft, während Dänemarks leitende Sozialdemokraten die Arbeiter bedrohten, damit die Kapitalisten Amerikas, Englands, Deutschlands und Dänemarks Ruhe zum Ausbeuten finden und weiße und farbige Heere in Kopenhagens Hafen sammeln konnten. Das internationale Kapital und der Militarismus haben Kopenhagen zum Zentrum des blutigen Angriffs auf das internationale Proletariat ausersehen. Die Sozialdemokraten in Dänemark haben die Aufgabe übernommen, diesen Kapitalisten Ruhe zu schaffen.

Kamerad!

Bist du Sozialist?

Ja, du bist es, und du kannst dich nicht länger betrügen lassen von den Agenten des Kapitalismus aus der Zweiten Internationale. Nein, du wirst dem Beispiel deiner norwegischen Genossen folgen und dich der Dritten Internationale anschließen. Du trittst deshalb der Sozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks bei.

Das eiserne Joch des Weltkapitalismus bedroht die Arbeiterklasse.

Der Klassenkampf muß international geführt werden.

Die Revolution, das Proletariat und der Sozialismus sollen niedergeschlagen, sollen völlig vernichtet werden!

Das ist heute der Feldruf, mit dem der internationale Kapitalismus gegen Petrograd und Budapest kämpft! Das ist die arbeiterfeindliche Inschrift, die auf den schwarzen Fahnen der Weißgardisten steht! Das ist das Ziel, dem sie entgegenseilen! Tausende und Abertausende von „Kriegsgefangenen“ haben die Ententeländer durch Kopenhagen geführt — und alle diese Krieger haben einen festlichen Empfang bei fast allen Dänen erlebt.

Das einzige Ziel dieser Kriegsgefangenentransporte war und ist, Truppen nach Rußland zu senden, gegen Rußland.

Das war kein Kriegsgefangenentransport, das war der Transport eines großen arbeiterfeindlichen Heeres, ausgesandt von den scheinbaren Herren der Welt: England, Frankreich und Italien.

Die Oberklasse der ganzen Welt hat sich erhoben zu einer gemeinsamen Aktion, zu einem gewaltigen Krieg gegen den Sieg des Proletariats, gegen den Bolschewismus, gegen den Sozialismus.

Das heiligste Ziel des gesamten Weltkapitals ist jetzt, Rußland und Ungarn zu besetzen, um später die Arbeiter der anderen Länder niederschlagen zu können.

Der deutsche Kapitalismus schlug Finnlands Arbeiterklasse mit Waffengewalt zu Boden, und nun will Finnlands Kapitalismus als Gegenleistung die russische Arbeiterklasse und Arbeiterrepublik morden; und er findet

bei dieser Blutarbeit eine eifrige Unterstützung der Kapitalisten aller Länder und der Sozialdemokraten.

Gleichzeitig bereitet Noske in Deutschland ein Massenmorden an deutschen Sozialisten vor, an den Arbeitern, die wieder ihr Haupt erheben wollen.

Parallel damit laufen eine beständige Störung und Unruhe in Frankreich und England, die eines Tages in lichte Flammen ausschlagen können. Die Streiks beherrschten ja schon Paris.

Der Klassenkampf der nächsten Zeit muß und soll international sein.

Der Kampf des Kapitalismus ist international organisiert; und wollen die Arbeiter mit Gewicht gegen den erst beginnenden reaktionären Sturmangriff stehen, so müssen sie auch einen gemeinschaftlichen Kampf beginnen, so müssen sie auch auf internationale Weise kämpfen.

Mehr als je gilt: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!

Vor Petrograds Toren hält das Heer des Arbeiterbüttels Mannerheim, und dieses Heer erhält beständig Verstärkungen von westeuropäischen Truppen.

Aber sie und die Länder, die ihnen beistehen, erhalten auch Verstärkung aus Skandinavien und Dänemark!

Ein Schiff nach dem anderen geht von hier ab, vollbeladen mit allerhand Lebensmitteln für die gegenrevolutionären Heere und Länder!

Ein Schiff nach dem anderen geht von hier ab, voll mit Kriegsmaterial für das gegenrevolutionäre Heer!

Jede andere Ware, gleichgültig welche, die nach den reaktionären Ländern gesandt wird, kommt den Arbeiterfeinden zugute, zum Schaden für die Arbeiter Rußlands, des Landes des Sozialismus.

Jeder internationale Arbeiter in Dänemark hat hiernach nur eine Pflicht.

Die Pflicht, seinen russischen Brüdern im Kampf gegen den Weltkapitalismus zu helfen!

Die gegenrevolutionären Länder, zuerst und hauptsächlich Finnland, Estland und Lettland, müssen blockiert werden.

Dasselbe muß mit den in unserem Aufruf vom 4. Juni genannten Schwarzgardistenländern geschehen.

Jeder Heizer, dem seine sozialistische Ehre heilig ist, muß sich weigern, auf irgend einem Schiff zu heizen, das von den Kapitalisten nach den genannten Ländern gesandt werden soll.

Jeder Seemann muß seine Bruderpflicht kennen und im harten Kampf gegen die Machthaber an der Seite seiner russischen Brüder stehen.

Jeder sozialistische Hafen- und Transportarbeiter muß, wenn er seiner Klasse Gutes wünscht, sich weigern, ein Schiff zu löschen oder zu laden, dessen Inhalt nach einem dieser Mörderländer bestimmt ist. Jeder Arbeiter, dessen Ueberzeugung die eines klassenbewußten Arbeiters ist, muß sich weigern, irgend eine für die Gegenrevolution bestimmte Arbeit auszuführen.

Arbeiter Dänemarks!

Es ist jetzt Zeit, daß Ihr Eure sozialistische, internationale Bruderpflicht kennt.

Laßt die Parole lauten:

Nicht eine Hand gerührt für gegenrevolutionäre Arbeit!

Kommt Euren kämpfenden russischen und ungarischen Klassengenossen zu Hilfe!

Die kämpfen für das Proletariat der Welt!

Arbeiter Dänemarks!

Auf zur Tat!

Auf zum internationalen revolutionären Kampf!

Blockiert Mannerheims und Koltschaks Heer!

Kopenhagen, den 11. Juni 1919.

Vom Zentralausschuss der Sozialistischen Arbeiterpartei (der Kommunisten) Südslawiens.

Das südslawische Proletariat hat sich bereits Ostern (20.—23. April 1919) in Belgrad auf einem gemeinsamen Kongreß in die Sozialistische Arbeiterpartei (der Kommunisten) Südslawiens vereinigt. Einstimmig wurden die Richtlinien der III. Internationale angenommen und der Beitritt zu ihr beschlossen. Nun existieren wir bereits ein halbes Jahr als Sektion der III. Internationale und betreiben trotz der furchtbaren Reaktion die kommunistische Propaganda. Die allgemeine Lage in Südslawien, sowohl in den Städten wie in den Dörfern, ist sehr günstig für uns, wir erstarben mit jedem Tage und harren nur einer günstigen Gelegenheit, die — wir sind überzeugt davon — bald eintreten wird, um unsere Pflicht zu erfüllen.

Einen kommunistischen Gruß an alle Genossen.

*Für den Zentralausschuss der Sozialistischen
Arbeiterpartei (der Kommunisten) Südslawiens:
(Unterschrift.)*

Belgrad, d. 11. Oktober 1919.

Notiz der Redaktion. Die südslawische Bruderpartei zählt, wie man uns aus Serbien berichtet, jetzt mehr als 120 000 Mitglieder. Der Zentralausschuß der Partei hat nun bereits einen offiziellen Kandidaten in dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Wir senden den südslawischen Genossen einen brüderlichen Gruß und sind überzeugt, daß die letzten Ueberbleibsel der Ideologie der II. Internationale in Südslawien bald endgültig überlebt sein und der genauen und klaren Politik des Kommunismus Platz machen werden.

An das Exekutivkomitee der III. Kommunistischen Internationale.

Auf Beschluß des Zentralkomitees der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (der unabhängigen Linken) und der Ukrainischen Partei der Sozialrevolutionäre (Kommunisten) vom 6. August 1919 sind die beiden obigen Parteien in eine einheitliche Ukrainische Kommunistische Partei (Borotbisten) vereint worden mit der Devise „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Die Verschmelzung der zwei Kolonnen des ukrainischen Kommunismus, die bis dahin an der proletarischen Revolution der Ukraine getrennt teilgenommen hatten, ist ein großes, entscheidendes Moment in der die örtliche soziale Wirklichkeit getreu widerspiegelnden ukrainischen kommunistischen Bewegung; sie ist zugleich ein neuer Ausgangspunkt in der organisationsmäßigen ideologischen Konsolidation der ukrainischen kommunistischen Kräfte in Stadt und Land.

Die tiefe Spaltung in den Reihen der ukrainischen sozialistischen Parteien, die Ausscheidung der aus der Gesamtheit der sozialökonomischen Bedingungen der Ukraine emporblühenden kommunistischen Kräfte begannen gleich nach der Februarrevolution von 1917. Zur Zeit der ersten Belagerung Kiews durch die Truppen Sowjetrußlands erreichte der Zwiespalt eine derartige Schärfe und Kraft, daß der rechte Flügel der ukrainischen Parteien, der dann das gesamte politische Leben des Landes leitete, die Vertreter des linken Flügels verhaften und zur Erschießung verurteilen ließ.

Die fernere Entwicklung der Revolution brachte die Spaltung zum logischen Ende: der linke Flügel, der organische Kern des ukrainischen Kommunismus, widmete sich unwiderrufflich dem Kampfe um die Sowjetmacht, als der einzig wahren Organisationsform der proletarischen Diktatur.

In der trüben Zeit der Hetmansreaktion scharen die Kämpfer sich um das Organisationszentrum des ukrainischen Kommunismus; sie stählten sich in heldenhaftem, unerbittlichem Kampfe mit der Reaktion und mit dem ukrainischen Nationalverband, der seinen gegenrevolutionären Charakter durch demokratische Redensarten bemäntelt.

Die ukrainischen demokratischen Streitkräfte bringen durch aktives Hervortreten Zerrüttung in den Apparat der Hetmansmacht; sie enthüllen dem ukrainischen Proletariat und der Bauernschaft den gegenrevolutionären Charakter des ukrainischen Nationalverbandes; so gelangen sie zum Moment des Aufstandes gegen die Hetmansherrschaft, zu tatkräftiger Führung des Aufstandes, zur Einnahme von Poltawa, Shitomir, Shmerinka

und anderer Punkte, zu entscheidendem Kampf mit dem aus den Reihen des Nationalverbandes erstandenen Direktorium, an der Spitze der Aufständischen, wie auch auf dem vom Direktorium einberufenen „Arbeitskongreß“.

In der Lohe dieses Kampfes um die hehrsten Ideale unserer Zeit, des Kampfes im Namen der Sowjetmacht, verbrennen die letzten Fäden, verwischen sich die letzten Spuren des ehemaligen Bandes mit den Kompromißlerparteien; die innere Natur des im Kampfe erstarkten organisatorisch-ideologischen Zentrums der ukrainischen kommunistischen Kräfte entwächst den alten Parteibenennungen.

Der Hand in Hand mit den Kommunisten (Bolschewiki) der Ukraine geführte Kampf gegen die Hetmannsherrschaft und das Direktorium, tiefe Einsicht in die Gefahr, die das Bestehen zweier kommunistischer Zentren im Lande bietet, veranlassen den organisatorisch-ideologischen Kern der ukrainischen kommunistischen Kräfte (Kommunisten-Borotbisten) im Augenblick des Aufstandes die Bildung eines Sowjetzentrums zwischen den Parteien zu erstreben und im März 1919 zu einer organisationsmäßigen Vereinigung mit den Kommunisten (Bolschewiki) aufzufordern.

Die Kommunisten (Bolschewiki) verstanden die unumgängliche Notwendigkeit der Bildung eines einheitlichen kommunistischen Zentrums nicht, schätzten sie nicht genügend ein.

Der fernere Entwicklungsgang der proletarischen Revolution in der Ukraine, die praktische Teilnahme an der Errichtung der Sowjetmacht im Lande und der verhängnisvolle Ausgang des Kampfes verstärkten in den ukrainischen Kommunisten die Ueberzeugung, daß die Bildung eines einheitlichen, aus der Gesamtheit der sozialökonomischen Bedingungen und Eigenheiten der Ukraine erwachsenden kommunistischen Zentrums unerläßlich sei.

Die Einschätzung dieser Erfahrung, die verschärfte Vergegenwärtigung der herangereiften Hauptaufgabe in der Entwicklung der Revolution in der Ukraine führen denn auch zu der Verschmelzung zweier ukrainischer kommunistischer Gruppierungen in die einheitliche ukrainische kommunistische Partei der Borotbisten, die die Führung der kommunistischen Bewegung im Lande und deren Vertretung in den Reihen der III. Internationale übernimmt.

Die ukrainischen Kommunisten stehen am Lebensabend der zweiten proletarischen Revolution in der Ukraine, am Eintritt in einen Zeitraum grausamster Reaktion, die sie zwingt, die Partei zu neuem Kampfe in die Illegalität zurückzuführen und selbst illegal zu arbeiten. Trotz dieser erschwerenden Umstände erklärt das Zentralkomitee der Ukrainischen Kommunistischen Partei (Borotbisten) seinen Anschluß an die III. Internationale. Das Komitee sendet den Führern der proletarischen Revolution einen warmen Gruß und versichert ihnen, daß die Stunde nahe ist, in der die um ein einheitliches kommunistisches Zentrum gescharten Arbeiter

und Bauern der Ukraine sich in einem neuen Aufstand im Namen der Sowjetmacht erheben werden und die wieder auferstandene Ukrainische Sowjetrepublik mit den Feinden des internationalen Kommunismus wieder in offenen Kampf treten wird.

Kiew, 28. August 1919.

***Das Zentralkomitee der Ukrainischen
Kommunistischen Partei (Borotbisten).***

Notiz der Redaktion. Auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau im März 1919 war die Ukraine durch die Kommunistische Partei der Ukraine (Bolschewiki) vertreten. Organisationsmäßig gehört auch jetzt bloß diese Partei, eine proletarische Organisation in der Ukraine, die eine 20jährige Tätigkeit hinter sich hat, zur Kommunistischen Internationale. Das Exekutivkomitee der K. I. hält es für seine Pflicht, anzustreben, daß in jedem Lande bloß eine einzige kommunistische Partei bestehe, die sämtliche kommunistischen Kräfte vereinigt. Das gleiche Ziel wird die Kommunistische Internationale auch in der Ukraine verfolgen.

Resolution

der Kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs.

Die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs bekennt sich zum Programm der III. Internationale, das auf dem Kongreß in Moskau am 2. März 1919 beschlossen wurde, und erklärt ihren Beitritt zur III. Internationale.

Für den Parteivorstand:

K. Tomann.

Wien, den 27. August 1919.

***Resolution des Parteitags der Unabhängigen
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.***

Der Parteitag erklärt als eine der wichtigsten Aufgaben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Proletariats in einer tatsächlichen revolutionären Internationale. Die erste Voraussetzung einer aktionsfähigen Internationale ist die rücksichtslose Führung des proletarischen Klassenkampfes unter Ablehnung jeder Politik, die lediglich Reformen innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates erstrebt. Der Parteitag beschließt daher die Absage an die sogenannte Zweite Internationale, womit die U. S. P. für die Beteiligung an der für Genf geplanten Konferenz ausgeschlossen wird. Die U. S. P. D. ist mit der Dritten Internationale darin einverstanden, durch die Diktatur des Proletariats auf Grund des Rätessystems den

Sozialismus zu verwirklichen. Es muß eine aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen werden durch Zusammenschluß unserer Partei mit der Dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Deshalb beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auf Grund des Aktionsprogramms der Partei mit allen diesen Parteien sofort in Verhandlungen zu treten, um diesen Zusammenschluß herbeizuführen und so mit der Dritten Internationale eine aktionsfähige, geschlossene proletarische Internationale zu ermöglichen, die in dem Befreiungskampf der Arbeiter aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus eine entscheidende Waffe für die Weltrevolution sein wird.

Mitteilung der Amerikanischen Kommunistischen Arbeiterpartei über den Beitritt zur III. Internationale.

21. September 1919.

Genossen!

Die Kommunistische Arbeiterpartei bittet hiermit offiziell um Aufnahme in die Dritte (Kommunistische) Internationale, gegründet zu Moskau in Rußland.

Diese neue Partei bildete sich zwischen dem 30. August und 5. September 1919 zu Chicago, in den Vereinigten Staaten von Amerika, und ist das logische Ergebnis der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialistischen Partei über Kommunismus und Sozialismus.

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei, der unter den obigen Daten stattfand, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Wir erklären uns hiermit sowohl in den Grundsätzen wie im aktiven Vorgehen einig mit allen Parteien und Organisationen, die bereits der Moskauer Dritten Internationale beigetreten sind und senden ihnen unsere herzlichsten Grüße. Wir geloben, gemäß den Richtlinien und entsprechend dem Programm des ersten Kongresses der Dritten Internationale zu wirken und beauftragen hierdurch unser Nationales Exekutivkomitee, unverzüglich die nötigen Schritte zu machen zum Anschluß der Kommunistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika an die Dritte Internationale.“

Dies ist somit das direkte Ersuchen des Nationalen Exekutivkomitees der Kommunistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika um Aufnahme in die Dritte Internationale, und es beruht dieses Ersuchen auf der Plattform und dem Programm, das wir angenommen haben und von dem wir Ihnen eine Kopie senden.

Mit kommunistischem Gruß

Sekretär des Exekutivkomitees der Kommunistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika.
(Unterschrift)

Gruss an die III. Internationale.

Dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der III. Internationale, Genossen Sinowjew, wurde folgendes Telegramm zugestellt:

Der zweite allrussische Kongreß der muselmännischen kommunistischen Organisationen der Ostvölker begrüßt in Ihrer Person die Kommunistische Internationale und gelobt, das rote Banner des Kommunismus nicht aus den Händen zu lassen, bis der internationale Imperialismus nicht endgültig gestürzt und auf dem ganzen Erdball die sozialistische Ordnung errichtet ist.

Der Kongreß hegt die feste Hoffnung und Ueberzeugung, daß es den Kommunisten des Ostens unter der Leitung des Exekutivkomitees der III. Internationale gelingen wird, den Osten zu revolutionieren und seine bedrückten Völker aus den Klauen der internationalen Tyrannen, die sich im Völkerbund vereint haben, zu befreien und ihre werktätigen Elemente der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

Das Präsidium des Kongresses:

Sultan Aljew, Ibrahimow und Mansurow.

Gruss der Konferenz der tatarischen kommunistischen Organisationen des Gouvernements Simbirsk an die Kommunistische Internationale.

Gen. Sinowjew wird aus Simbirsk telegraphiert:

Die erste Gouvernementskonferenz der tatarischen kommunistischen Organisationen der Kommunistischen Partei Rußlands im Gouvernement Simbirsk begrüßt die Kommunistische Internationale und wünscht ihr Erfolg zur Organisation der Proletarier der ganzen Welt und hofft auf baldige Befreiung aller Nationen unter dem Banne der III. Internationale.

Das Präsidium der Konferenz.

Beitritt der Britischen Sozialistischen Partei zur III. Internationale.

Mitte Oktober fand in allen Sektionen der Britischen Sozialistischen Partei (B. S. P.) eine Abstimmung über die Frage der Internationale statt. Eine ungeheure Mehrheit der Sektionen äußerte sich für den Austritt der Partei aus der II. Internationale und für den Beitritt zur III. Internationale.

Die Britische Sozialistische Partei zählt 10.000 Mitglieder.

VON DER TÄTIGKEIT
DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE



An die Arbeiter aller Länder.

Die an den ungarischen Arbeitern verübte Bluttat.

Genossen! Bereits mehr als drei Monate lang fließt in Ungarn unaufhörlich das Blut der besten ungarischen Proletarier. Tausende und Abertausende ungarischer Arbeiter hat die triumphierende bürgerliche Gegenrevolution ohne jeglichen Richterspruch erschossen und gehängt. Und jetzt wird in Budapest die Komödie eines Gerichts über die noch lebenden Kämpfer veranstaltet. Etwa fünfzehntausend ungarischer Arbeiter sind vor das Militärgericht geladen. Vier Tribunale werden unsere ungarischen Brüder richten. Und schon im Voraus verkündet ein amerikanisches Radio der ganzen Welt, daß in Budapest so viele Todesurteile gefällt werden, wie noch niemals im Laufe der Weltgeschichte.

Das Gericht über die ungarischen Arbeiter läßt jene Schrecken erblassen, durch die die blutgierige französische Bourgeoisie über die heldenhaften Pariser Kommunarden von 1871 ihren Sieg kennzeichnete. Die Bluttat in Ungarn erreicht die gleichen Resultate, wie die Bluttat des Henkers Mannerheim in Finnland, wo die Bourgeoisie laut den letzten Berichten im Laufe eines einzigen Jahres 76.000 finnische Arbeiter getötet und ausgehungert hat.

Der wildeste weiße Terror wird in allen Ecken und Winkeln Ungarns ausgeübt. Die zügellose gutsherrlich-bürgerliche Gegenrevolution wütet mit unerhörter Blutgier. Jeder ungarische Arbeiter kann in jedem beliebigen Augenblick von dem ersten besten Vertreter der „jeunesse dorée“ erschossen werden.

Dieselben bürgerlichen Philanthropen, dieselben heuchlersichen Sozialverräter, die nun zwei Jahre lang Tränen vergießen, weil die russischen Proletarier in ihrem gerechten Kampf gegen die Bourgeoisie, in ihrem heiligen Verteidigungskrieg gegen die Zarengenerale zur bewaffneten Macht Zuflucht nehmen, dieselben Scheinheiligen und Verräter finden kein Wort

des Protestes gegen dies ungeheure Bacchanal des weißen bürgerlichen Terrors, das sich eben in Ungarn abspielt.

Wofür kreuzigt man unsere Brüder, die ungarischen Arbeiter?

Weil unsere Brüder, die ungarischen Arbeiter, in dem für ihr Land entscheidenden historischen Augenblick, als die Bourgeoisie, die Ungarn an den Rand des Untergangs gebracht hatte, sich die Hände wusch und der Macht entsagte, die Macht in ihre Hände nahmen und versuchten, das Land aus der Sackgasse zu führen. Die englisch-französische Bourgeoisie, die die ungarischen Sozialverräter bestach, brachte ihnen mit Hilfe der ultrareaktionären rumänischen Truppen die schwerste Niederlage bei. Die internationale proletarische Revolution erwies sich zu jener Zeit nicht genügend stark, um eine unserer ruhmvollen Vortruppen — die ungarische Truppe — aus der Not zu retten, in die sie geraten war.

Von allen Seiten von wütenden, zähneknirschenden Feinden umringt, sich selbst überlassen, erlitt die ungarische Räterepublik, die noch nicht erstarkt war, noch nicht fest auf den Füßen stand, einen grausamen Schlag. Doch der Tag des Gerichts über die Henker des ungarischen Proletariats ist nicht fern. Die internationale Revolution erstarkt trotz allem mit jedem Tage. Die internationale Revolution naht und eilt unseren Brüdern, den ungarischen Arbeitern, die gekreuzigt werden, zu Hilfe.

Der wütende weiße Terror der Bourgeoisie beschleunigt nur deren Untergang. Die in Ungarn wiederhergestellte bürgerliche „Ordnung“ hat Hunderttausende und Millionen ungarischer Bürger ruiniert. Die in Ungarn wiederhergestellte bürgerliche „Ordnung“ hat betrunkene rumänische Banden in die ungarische Hauptstadt gebracht, die in Budapest keinen Stein auf dem andern lassen. Diese bürgerliche „Ordnung“ wird durch eine neue Woge des Aufstands in Ungarn hinweggefegt, der dieses Mal aktive Unterstützung seitens der Arbeiter und Bauern einer ganzen Reihe von Ländern findet.

Genossen! Entblößt das Haupt vor den glorreichen Helden der ungarischen Kommune, die ihr Leben der Sache des Proletariats hingegeben haben! Millionen von Arbeitern aller Länder begleiten liebevoll die das Schafott betretenden ungarischen Proletarier, und diese Arbeiter geloben, die Bourgeoisie zu besiegen. Euch, ungarischen Genossen, die den Weg zum bürgerlichen Golgatha gehen, sendet das internationale Proletariat seinen brüderlichen Gruß.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ruft die Arbeiter aller Länder auf, den Tag des Gerichts über unsere ungarischen Genossen durch eine ganze Reihe von Kundgebungen zu feiern, in der Form, wie sie in jedem Lande möglich ist.

Mit den ruhmvollen Helden der ungarischen Kommune rufen wir aus: Die Republik Ungarn ist tot! Es lebe die Räterepublik Ungarn!

Auf den weißen Terror der Bourgeoisie antworten wir mit Bewaffnung der Arbeiter, ihrer Organisierung und Ihrem Zusammenschließen zum letzten Kampf.

Nieder mit der Herrschaft der blutgierigen Bourgeoisie; nieder mit den Henkern der ungarischen Kommune! Es lebe das ungarische Proletariat! Es lebe die internationale Revolution!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale:*
G. Sinowjew.

Petrograd, den 28. November 1919.



An die französischen Arbeiter.

Genossen!

Die Arbeiter von Paris haben die Kandidatur des Bolschewiken Sadoul für die Parlamentswahlen aufgestellt, um ihre Solidarität mit dem russischen revolutionären Proletariat hervorzuheben. In ihrem Bestreben, diese Kandidatur unschädlich zu machen und zugleich ihre Unabhängigkeit und Verachtung gegenüber dem Willen des eigenen Proletariats kundzutun, hat Eure Regierung mit einem Todesurteil für Sadoul geantwortet, auf Grund der Anklage, daß er fahnenflüchtig sei, Beziehungen mit dem Feinde unterhalte und die Soldaten zur Insubordination aufstachle. Doch solch Schrecken erregende Worte können die französische Arbeiterklasse nicht einschüchtern, weiß sie doch, was dahinter steckt. Die Schuld, die Sadoul zu sühnen hat, besteht darin, daß er seine revolutionäre Pflicht erfüllt hat. Und zwar dachte er gar nicht daran, diese „Verbrechen“ zu leugnen. Noch vor kurzem, am 23. November 1919, schrieb er in einem an die Abgeordneten Longuet, Presseman, Cachin u. a. gerichteten Briefe wie folgt:-

„Deutschland hat den Krieg beendet. Der Friedensvertrag enthüllt der ganzen Welt die unerhörte Grausamkeit, die unersättlichen Gelüste, die unsinnige Gier, die sich bisher hinter den heuchlerischen „demokratischen“ Erklärungen der Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson verborgen.

Vier Jahre lang haben Millionen und Abermillionen unglücklicher, von ihren Henkern betörter armer Teufel einander im Namen der „Verteidigung von Vaterland, Recht und Zivilisation“ niedergemetzelt, bloß um zuguterletzt die Frage zu entscheiden, ob den deutschen oder aber den englisch-amerikanischen Kapitalisten das Recht zustehe, ihre am Leben gebliebenen Kameraden von der Konkurrenz zu erdrosseln. Sollen all diese Qualen all diese Ströme vergossenen Blutes, all diese Zerstörung denn wirklich einzig und allein das Emporbühen der knechtenden Macht der Kapitalisten und die verschärfte Unterjochung der Arbeiter zur Folge haben? Werden die Arbeiter denn nie sehend werden? — Doch nein, — alles spricht dafür, daß sie endlich verstehen gelernt haben. In dem finsternen Abgrund, in dem die Menschheit sich in Todesqualen wälzt, leuchtet noch ein lebendiges Feuer, — die Sowjetrepublik Rußland, die erste ehrliche Regierung, die die Weltgeschichte kennt. Sie ist der Leuchtturm, auf den die Blicke der Proletarier aller Länder gerichtet sind. Sie ist das erhabene Beispiel, der erhabene Trost.

Der Krieg mit Deutschland, der Krieg der Imperialisten, der Kampf um die Absatzmärkte der Welt ist beendet. Bald wird es wohl unter

den Siegern wegen Teilung der Beute zu einem neuen Kampfe kommen. Allein die herrschenden Klassen der dem Kriege ferngebliebenen Länder, die hauptsächlich um die Wahrung der „Klassenharmonie“ besorgt sind, vereinigen zeitweilig ihre Kräfte, — die noch gestern einander feindlich gegenüberstanden und es morgen wohl auch tun werden —, um etwaige revolutionäre Aufstände im Keime zu ersticken, bevor es dem internationalen Proletariat gelingen sollte, seine für das Kapital tödliche Vereinigung zu verwirklichen. Und nunmehr stehen wir vor einem neuen Kampf, — dem sozialen Kampf. Unwillkürlich fragt man sich dabei: werden die Sozialisten des Westens, und an erster Stelle die französischen Sozialisten, auch in diesem neuen Kriege eine gleich schmachvolle Rolle spielen, wie sie es im Laufe des ganzen imperialistischen Krieges getan haben?

. . . Ich weiß nicht, was Ihr davon haltet, Genossen. Ich meinerseits bin der Ansicht, daß die bewaffnete Einmischung der verbündeten Räuber und ihrer Lehnmänner in die Angelegenheiten des Arbeiter- und Bauernrußlands keinesfalls als Krieg des französischen Volkes mit dem russischen angesehen werden kann. Es ist ein Kampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat, der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten. In diesem Klassenkampf ist der Platz jedes wahrhaften Sozialisten — und folglich auch mein Platz — in den Reihen des Proletarierheeres, gegen das Heer der Bourgeoisie . . . Ich trete in die Rote Armee ein . . .

Jacques Sadoul.

Genossen! Genosse Sadoul hat getan, was er in diesem und in einer Reihe anderer Briefe erklärt. Ja, Sadoul hat die Armee der Gegenrevolution verlassen, um in die Reihen der Revolutionsarmee einzutreten. Ja, Sadoul stand in Beziehung zu dem Feinde, jedoch nicht zu dem Feinde der französischen Arbeiter und Bauern, sondern zu demjenigen der französischen Imperialisten, — nämlich zu dem russischen Proletariat, das für seine eigene Befreiung kämpft, und auch für die Eure, Genossen. Ja, Sadoul hat die französischen, englischen und amerikanischen Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle der verbündeten Reaktionen aufgefordert, die sie zu Henkern machen wollten. Und zwar war Sadouls Stellung dermaßen logisch und stark, daß Clemenceau sich fünfzehn Monate lang nicht entschließen konnte, ihn zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Erst der Beschluß des französischen Proletariats, den Bolschewik Sadoul ins Parlament zu schicken, hat Eure Gebieter bewogen, darüber nachzudenken, wie sie „der Gefahr vorbeugen“ könnten. Wie der in englischen Zeitungen veröffentlichte Bericht der Gerichtsverhandlung zeigt, hat Clemenceau, um den Haß der Chauvinisten gegen Sadoul zu entfachen und ihn in den Augen der Revolutionäre zu diskreditieren, ihn angeklagt, Berlin besucht zu haben, zwecks Verhandlung mit Scheidemann. Das ist eine unverschämte Lüge. Sadoul war nicht in Deutschland.

Genossen! Sich vor dieser schamlosen Verleumdung, vor diesem neuen Verbrechen Clemenceaus beugen, hieße seine Machtlosigkeit, seine Nieder-

lage eingestehen. Der Kampf hat begonnen. Führt ihn zu Ende! Ueberall und stets zeigt Eure Einigkeit mit dem zum Tode verurteilten Genossen, — mit der sozialen Revolution.

Besser als alle Erörterungen es könnten, beweisen die Tatsachen, daß das Recht auf unserer Seite ist. Das Beispiel Sadouls, zu Tode verurteilt trotz des klar ausgedrückten Willens des französischen Proletariats; das Ergebnis der Wahlen, von den bürgerlichen Diktatoren geschickt gelenkt, um den Lakaien des Kapitals, den Würgegelten des Proletariats, die Mehrheit zu sichern, — all dieses muß selbst den Rückständigsten die Augen öffnen. Diese und Hunderte anderer Tatsachen beweisen, daß im Rahmen des bürgerlichen Staates jegliche noch so feierlich verkündeten und den Arbeitermassen angeblich überlassenen „Rechte“ nichts weiter sind als Betrug. In welchem Lande es auch sei, dauerhaft sind bloß diejenigen Rechte, die das Proletariat sich erobert, die es gewaltsam den herrschenden Klassen entreißt.

Genossen, es ist Zeit, daß Ihr Eure Fesseln sprengt, die Macht in Eure Hände nehmt und die Demokratie der Bourgeoisie und Sklavenbesitzer durch eine proletarische Demokratie, eine Demokratie der unterjochten Klassen ersetzt.

Um aber zum Siege zu gelangen, müssen wir unsere Reihen schließen, alle unwürdigen Führer aus ihnen entfernen, alle Lügenverbreiter, alle Agenten der Bourgeoisie, deren Endziel es ist, uns einzuschläfern und zu demoralisieren. Vertreibt die Sozialpatrioten, die Euch verraten haben, sowie die Sozialchauvinisten, die Aussöhnung und Zusammenwirken der Klassen predigen. Bereitet Euch mit allen legalen und illegalen Mitteln zur sozialen Revolution vor.

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Nieder mit der parlamentarischen Republik!

Es lebe die Sowjetrepublik!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale:*

G. Sinowjew.

Petrograd, den 13. Dezember 1919.



Die Kommunistische Internationale an die Arbeiter aller Länder.

Zum Jahrestag des Mordes an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Am 16. Januar 1919 wurden in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von gegenrevolutionären Offizieren ermordet, die von der Regierung des Sozialdemokraten Scheidemann ausgesandt waren. Wir stehen am Vorabend des ersten Jahrestages dieses Ereignisses, das für das internationale Proletariat schweren Verlust bedeutete.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden einige Tage nach der ersten Schlacht ermordet, die die deutschen Arbeiter gegen ihre Unterdrücker schlugen und verloren. Die vorgeschrittenen Arbeiter der ganzen Welt beobachteten mit verhaltenem Atem den heldenhaften Aufstand des Berliner Proletariats im Januar 1919. Der Sieg der Berliner Arbeiter wäre sicher gewesen, wenn die unglückselige deutsche Sozialdemokratie nicht auf der Seite der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiter gekämpft hätte. Die deutschen Sozialdemokraten schlossen jedoch einen Bund mit den Generälen Wilhelm Hohenzollerns, mit der bürgerlichen „jeunesse dorée“ Groß-Berlins, mit den vertiertesten Elementen des adligen preußischen Offizierkorps. Und sie ertränkten den ersten Aufstand der heldenhaften Berliner Arbeiter im Blut.

Wer hat Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet? Das ist jetzt mit genügender Gewißheit festgestellt. Die Regierung Scheidemanns und Noskes hat diesen Mord organisiert. Die Stützen der jetzigen bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung Deutschlands haben zweien der verhafteten Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs per Automobil eine operettenhaft leichte Flucht aus dem Gefängnis arrangiert. Einer der Nichtswürdigen, der an dem Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beteiligt war, hat unlängst erklärt, wie ein deutsches Radio beweist, daß die Regierung Scheidemanns speziell für die Organisation des Mordes an Liebknecht und Luxemburg 200 000 *M* angewiesen habe.

Zwei Apostel des Kommunismus, zwei der besten Führer des Weltproletariats, zwei Menschen, deren Namen wie helle Sterne am Himmel der Werktätigen und Unterdrückten der ganzen Welt leuchteten, diese zwei Menschen wurden von den Führern der gegenrevolutionären deutschen Sozialdemokratie ermordet.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren die besten Führer der Kommunistischen Internationale. Den Mord an Karl Liebknecht und Rosa

Luxemburg inspirierten Noske und Scheidemann, die Führer der gelben verräterischen II. Internationale.

Nicht wenig Arbeiterblut wurde im Laufe dieses Jahres, das seit dem Mord an Luxemburg und Liebknecht vergangen ist, von den deutschen Sozialdemokraten und anderen Mitgliedern der II. Internationale vergossen, wo die Macht sich in ihren Händen befindet. Tausende der besten Söhne der deutschen Arbeiterklasse sind während dieses Jahres im Kampf für den Sozialismus gefallen. Hunderte und Tausende der besten ungarischen Arbeiter wurden von der räuberischen ungarischen Regierung hingerichtet, zu der die ungarischen weißen Sozialdemokraten, auch Mitglieder der II. Internationale, in nahen Beziehungen stehen.

Doch keinerlei Morde an den Arbeitern werden den Siegeszug der proletarischen Revolution aufhalten. Je mehr die Bourgeoisie wütet, desto mehr liebdienern vor ihr die Führer der II. Internationale, desto eher schließen sich die Arbeiter zusammen, desto klarer wird den proletarischen Massen das reaktionäre Wesen der berüchtigten „Demokratien“.

Die heroische Partei der deutschen Spartakisten, die von ihren unvergeßlichen Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg organisiert wurde, erstarkt mit jedem Tage trotz des Wütens der Reaktion. Die deutsche Arbeiterklasse schreitet sicher zum Sieg. Und dieser Sieg ist nicht fern.

Der erste Jahrestag des Mordes an den glorreichsten und geliebtesten Führern des internationalen Proletariats soll nicht unbemerkt vergehen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale äußert der Kommunistischen Partei Deutschlands sein brüderliches Mitgefühl und ruft die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt auf, den Jahrestag des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Versammlungen und Kundgebungen zu feiern.

Ein ewiges Gedenken den Besten der Besten! Ewiger Ruhm Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg! Arbeiter der ganzen Welt, geht den Weg, den Euch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gezeigt haben!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Stnowjew.*

Petrograd, 6. Januar 1920.

***Gruss an den skandinavischen Kongress der Kommunisten
und Linksozialisten.***

G e s s e n !

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sendet dem zusammentretenden skandinavischen Kongreß, der auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stehenden Genossen seinen brüder-

lichen Gruß. Wir bedauern, daß wir durch von uns unverschuldete Umstände verhindert sind, zu diesem Kongreß unseren Delegierten zu entsenden, der Euch persönlich unsere brüderlichen Wünsche übermitteln könnte.

Zum ersten Mal versammelt sich der skandinavische Kongreß ohne Anteilnahme der alten in Sozialverräter entarteten Regierungssozialdemokraten. Darin liegt das Unterpfand des Erfolges Eurer Arbeit.

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

Petrograd, 5, Dezember 1919.



An die Arbeiter und Bauern der Ukraine.

Gemarterte Brüder der Ukraine!

Schwer und dornig ist der Weg Eures Kampfes für die Selbstbefreiung. Zahlreich, verschiedenartig und hinterlistig sind Eure Feinde. Doch groß ist auch die Standhaftigkeit und die Hartnäckigkeit des Kampfes der werktätigen Massen in der Ukraine.

Mit gespannter Aufmerksamkeit beobachten die Werktätigen der ganzen Welt, wie Ihr aus dem furchtbarsten Zusammenstoß mit den Feinden der Werktätigen immer wieder als Sieger hervorgeht.

Wir erinnern uns, wie Ihr gleichzeitig mit dem Oktoberaufstand des russischen Proletariats im Jahre 1917 auch bei Euch zu Hause die bürgerliche Macht stürmte und die Militär- und Zivilangestellten der elenden Regierung Kerenskis verjagte. Doch die Früchte Eures Sieges habt Ihr nicht geerntet. Durch Betrug und Gewalt ergriff die Bourgeoisie der Ukraine mit der Zentralrada an der Spitze die Macht. Bald sahen die Arbeiter und Bauern der Ukraine den Betrug ein, der vor sich ging, und erhoben aufs neue das Banner des Aufstandes gegen die Bourgeoisie.

Bereits im Dezember 1917 schlossen sich die Arbeiter und Bauern der Ukraine aufs neue in Schlachttruppen zusammen, um mit den Waffen in der Hand die Freiheit der Werktätigen gegen die immer frecher werdende Regierung Petljuras und Winnitschenkos zu verteidigen. Den beginnenden Kampf krönte glänzender Erfolg. Ende Januar 1918 wurde die Macht der Zentralrada vernichtet.

Und wiederum sucht die Bourgeoisie neue Mittel zur Knechtung der befreiten werktätigen Massen. Die ukrainischen Nationalisten, die an allen Ecken die Selbständigkeit der Ukraine predigten, in der Tat aber bereit waren, die Ukraine jedem Beliebigen zu verkaufen, um sie nur nicht in den Händen der Werktätigen zu lassen, verschachern die Ukraine an Wilhelm II. und die deutsche Bourgeoisie. Noch gehorsam den deutschen Grundbesitzern, Bankiers und Generälen, überfluten die deutschen und österreichischen Horden die Ukraine, vernichten die Macht der Sowjets, die Macht der Arbeiter und Bauern der Ukraine.

Ihr wart nicht genügend organisiert. Ihr hattet noch keine mächtige Rote Armee. Erschöpft von dem vierjährigen imperialistischen Krieg, verblieb die Bauernschaft, die sich nicht recht ihrer Interessen bewußt war, in ihrem größten Teil untätig in dem sich entwickelnden Kampf gegen die vorrückenden Banden der Steppenräuber und die Truppen der österrei-

chisch-deutschen Bourgeoisie. Ein Häuflein Helden versuchte Widerstand zu leisten — doch umsonst: der zahlreichere und besser organisierte Feind brach diesen Widerstand, und im Lauf von zwei Monaten wurde in der ganzen Ukraine die Macht der Reichen wieder hergestellt.

Auf Wunsch der deutschen Generäle tritt an die Stelle der Rada der Hetman Skoropadski.

Doch kaum vermochten die letzten Truppen, die den Angriff der räuberischen Horden aufhielten, die Grenzen der Ukraine zu verlassen, als in der ganzen Ukraine aufs neue ein wütender Kampf entbrannte.

Im November 1918 versetzten die deutschen Arbeiter dem deutschen Imperialismus, der deutschen Regierung der Großgrundbesitzer und Bankiers den ersten Schlag. Euer Kampf hatte zu jener Zeit die höchste Spannung erreicht. Durch einen machtvollen Schlag der aufständischen Massen wird die Regierung des Hetmans Skoropadski gestürzt.

Doch der alte Verräter Petljura entriß mit Hilfe der betrogenen galizischen Regimenten den Sieg aus Euren Händen und versuchte nochmals, die Macht der ukrainischen Bourgeoisie herzustellen, indem er die Macht des „Direktoriums“ errichtete.

Dieses Mal ließen sich die werktätigen Massen der Ukraine nicht betrügen, und nach heftigem Kampfe wurde das Direktorium gestürzt.

Ende Februar 1919 wurde fast die ganze Ukraine mit einem Netz von Sowjets bedeckt, und der im März zusammenberufene III. Allukrainische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten, das höchste Organ der Arbeiter- und Bauernrepublik, zog das Fazit des Kampfes und bestätigte die Macht der Sowjets in der Ukraine.

Jedoch auch dieses Mal war es der Macht der Werktätigen nicht vergönnt, lange zu bestehen.

Am Horizont erschien der zaristische General Denikin, unterstützt von den ukrainischen und russischen Bourgeois, den Großgrundbesitzern und den reichsten Großbauern.

Die Sowjetmacht hatte noch nicht vermocht, eine feste Ordnung herzustellen. Die Arbeiter der ukrainischen Städte blieben ohne Brot. Die vereinigte ukrainische Gegenrevolution hinderte die Zufuhr von Korn in die Städte. Die Bauern der ukrainischen Dörfer blieben ohne Manufaktur. Die Wirtschaft in der Ukraine wurde immer mehr ruiniert. Und zugleich wuchs die Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht seitens jener Schichten der ukrainischen Bevölkerung, die nicht eingesehen hatten, wo ihre wahren Freunde und wo ihre Feinde waren. Und damals tauchten verschiedene gewandte Abenteurer und Betrüger in der Art Grigorjews, Seljony's, Angels, Satans u. dergl. auf, die nach den Weisungen der Bourgeoisie als Anhänger der Sowjetmacht auftraten, während sie in der Tat einen bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht führten. Das Partisanentum half den zaristischen Generälen, die Sowjetmacht zu erwürgen.

Und im Endergebnis stand die Ukraine entkräftet durch den imperialistischen Krieg und den angestrengten Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen

die Ausplünderung der Wirtschaft durch die Bourgeoisie, gegen die zerstörten Eisenbahnen, gegen das erbitterte, bewaffnete, gegen uns hartnäckig kämpfende Großbauern tum, gegen die unorganisierte Armee, stand die gemarterte, zerrissene, blutüberströmte, entkräftete Ukraine der heranrückenden Horde der zaristischen Henker, die von dem General Denikin geführt wurde, von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

In der Ukraine wurde die Trikolore der zaristischen Unterdrückung, des großrussischen Raubes und der Macht der Reichen erhoben.

Es tanzte die Peitsche der Kosaken. Es dröhnten die Salven der Strafexpeditionen Denikins. Die Großgrundbesitzer und Fabrikanten, die Börsenmänner und Spekulanten, die Händler, Gauner und Müßiggänger nahmen wieder ihre Plätze ein. Ein schmutzigblutiges Fest feierten die Herren, die die Macht aufs Neue in ihren Händen hielten.

Seufzer, Tränen, Knechtschaft und Tod brachte den Werktätigen der General Denikin mit, der Euch besiegte mit Hilfe Petljuras, mit Hilfe Grigorjews, mit Hilfe einer endlosen Zahl von „Batjkos“ und Hetmans, mit Hilfe des nicht klassenbewußten Teils der Werktätigen. Alle diejenigen, die die Sowjetmacht hinderten, das Hinterland und die Armee zu organisieren, sie alle halfen bewußt oder unbewußt Denikin, in der Ukraine jenes Regime der Gewalt, der Knechtschaft, der Spekulation, des Ruins, des Luxus für ein kleines Häuflein, der Armut für die Volksmassen zu errichten, jenes Regime, das die schlimmsten Zeiten des Zarismus und des Skoropadskitums übertrifft.

Genossen, Arbeiter und Bauern der Ukraine!

Die Stunde der Befreiung hat wieder geschlagen. Sowjetrußland, Rußland, das befreiende, das Rußland der Werktätigen eilt Euch zu Hilfe und seine Rote Armee schlägt die weiße Armee Denikins. Die Ukraine wird zu einem freien Lande. Die Ukraine wird ein Sowjetland!

Die Kommunistische Internationale, diese Kampfgenossenschaft der Werktätigen aller Länder, empfing mit Freuden die Nachricht, daß das Schwert der Roten Armee Eure Ketten sprengt, und schaut mit Unruhe zurück in die Vergangenheit, denkt mit Besorgnis an jene Fehler, die Denikin und seinen Vorgängern die Möglichkeit gaben, Euch in den finsternen Abgrund der Knechtschaft und des Leides zu stürzen.

Genossen!

Brüder!

Möge keiner von Euch abseits vom Kampfe stehen! Wohlgeordnet, mutig, einmütig, in engem Zusammenschluß mit allen Werktätigen, gleichviel welcher Nationalität oder welchen Glaubens, werdet Ihr die Sowjetmacht in der Ukraine vor allen ihren Feinden beschützen, hinter welche Namen, Banner und Parolen sie sich auch verstecken mögen.

Die ernste Stunde fordert von Euch, daß Ihr geduldig alle Schwierigkeiten und Entbehrungen ertragt, die der Kampf mit sich bringt — der heilige Krieg gegen die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer. Diesen

Entbehrungen sind die werktätigen Massen nicht nur an der Front, sondern auch im Hinterland ausgesetzt. Der Kampf wird auf Leben und Tod geführt; der Kampf wird geführt zwischen den Großgrundbesitzern und der Bourgeoisie einerseits und den Werktätigen anderseits. Und alle Werktätigen sollen in einem Lager bleiben, bereit zu allem, zu Entbehrungen, zu Schwierigkeiten, zum Tode. So, und nur so, erobern wir uns eine lichte Zukunft.

Die Kommunistische Internationale fordert von Euch die äußerste Anspannung Eurer Kräfte zur Wiederherstellung, Unterstützung, Befestigung und zum Schutz der Sowjetmacht in der Ukraine.

Die Arbeiter vom Donez sind zu Tausenden für unsere Revolution gefallen. Die ukrainischen Arbeiter und werktätigen Bauern haben unzählige Opfer gebracht. Das werden die Arbeiter der ganzen Welt nicht vergessen.

Denikin an der Front zu schlagen, die Gegenrevolution im Hinterlande zu entwaffnen, das Partisanentum abzuschaffen und eine starke Rote Armee zu schaffen, — das ist Eure erste Aufgabe, Eure Hauptaufgabe. Ein für allemal den Großgrundbesitz abzuschaffen, die Großgrundbesitzer zu schlagen und zu vernichten — das ist Eure zweite Aufgabe.

Das Hinterland zu organisieren, der Armee und den ukrainischen Arbeitern Brot zu geben, die ukrainische Landbevölkerung mit Industrieprodukten zu versehen, die ruinierte Wirtschaft wieder herzustellen, — das ist Eure dritte, nicht minder wichtige Aufgabe.

Gründet in der Ukraine die Verbindung der Werktätigen aller Nationalitäten. Unterdrückt mit eiserner Hand alle Versuche der Verhetzung.

Die Kommunistische Internationale ist überzeugt, daß Ihr, belehrt durch die bittere Erfahrung, Eure Pflicht gegen Euch selbst und gegen die Werktätigen der ganzen Welt erfüllen werdet und daß keinerlei schönrednerische Betrüger, die Euch gegen die Arbeiter- und Bauernmacht zu führen versuchen, Euch von dem richtigen, geraden Weg des Kampfes für Eure Freiheit, für Euer Glück, für die Macht der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten abzubringen vermögen. . .

Ukrainische Arbeiter und Bauern! Die Blicke der Werktätigen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet!

Es lebe die Kampfesinigkeit der Werktätigen aller Länder und Nationalitäten!

Es lebe die Sowjetukraine der Arbeiter und Bauern!

Es lebe die Einigung aller Sowjetrepubliken!

Es lebe die Weltrevolution!

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

Petrograd, d. 14. Dezember 1919.

Die Kommunistische Internationale über die ukrainischen Parteien.

Am 22. Dezember 1919 fand in Petrograd eine Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt, die der ukrainischen Frage gewidmet war. An der Sitzung nahmen die Vertreter der Zentralausschüsse der Kommunistischen Partei der Ukraine (der Bolschewiki) und der Ukrainischen Kommunistischen Partei (der Borotbisten) teil. Nachdem das Exekutivkomitee die Berichte der Vertreter dieser Parteien angehört und erörtert hatte, faßte es folgenden Beschluß:

1) Auf dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale war die Ukraine nur durch die K. P. U. (die Bolschewiki) vertreten, durch die Partei, die der Kongreß auch als vollberechtigte Vertreterin des ukrainischen Proletariats anerkannt hat.

2) Aus dem Bericht der Vertreter der U. K. P. (der Borotbisten) ergab sich, daß diese Partei, die der III. Internationale beizutreten wünscht, ihrer Tätigkeit die Prinzipien der III. Internationale zugrunde legt und ganz und gar das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (der Bolschewiki) anerkennt, daß sie aber, da sie erst unlängst gebildet wurde, noch nicht einen genügend festen Stützpunkt unter dem Stadt- und Landproletariat der Ukraine besitzt und noch nicht vermocht hat, sich in genügendem Maße zu äußern und durch die Tat die richtige Anwendung der Prinzipien der III. Internationale zu beweisen.

3) Bevor das Exekutivkomitee der U. K. P. (den Borotbisten) auf ihren Wunsch, der Kommunistischen Internationale beizutreten, eine Antwort gibt, hält es sich für verpflichtet, die Frage der Einigung aller kommunistischen Kräfte der Ukraine in eine Partei aufzuwerfen, von dem Grundsatz ausgehend, daß in jedem Lande eine **einheitliche** kommunistische Partei existieren soll, und in Anbetracht dessen, daß die Sache der kommunistischen Revolution in der Ukraine völlige Einigkeit aller derjenigen erfordert, die in der Ukraine das Interesse der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft verteidigen.

4) Die Beratung am 22. Dezember als ersten Schritt der Aufklärung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der K. P. U. (der Bolschewiki) und der U. K. P. (der Borotbisten) betrachtend, machen das Exekutivkomitee der Partei der Borotbisten den Vorschlag als Ergänzung zu ihrem Memorandum eine möglichst umfassende Antwort (schriftlich) auf folgende Fragen zu geben:

a) ihre Stellung zu der Agrarfrage;

b) ihre Stellung zur Nationalitätenfrage (im besonderen zu der nationalen Kultur, zur „Spilka“);

c) ihre Stellung zur Gründung einer gemeinsamen Roten Armee (im besonderen zu der Frage des Partisanentums);

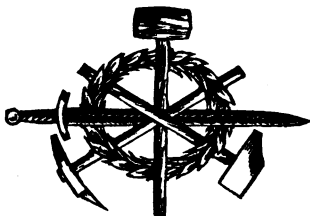
d) ihre Stellung zur Organisation eines besonderen ökonomischen Zentrums;

e) ihre Stellung zu Sowjetrußland;

5) Zum Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten beider Parteien und zur Mitwirkung an ihrer Einigung gründet das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bei der Kommunistischen Internationale eine temporäre Ukrainische Kommission, die aus den Vertretern beider Parteien (je 2 Delegierte) besteht und unter der Leitung des Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale wirkt. Dieser Kommission werden alle strittigen Fragen übertragen, falls eine der Parteien es fordert oder das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale es beschließt.

*Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.*

Petrograd, d. 5. Januar 1920.



Geldbeiträge an die Kommunistische Internationale.

Bis zum 20. Dezember liefen für die „Samstage“ folgende Summen in der Kasse der Kommunistischen Internationale ein:

Aus der Provinz:

1. Von der Brigade der 6. Division, Station Wruda . . .	Rbl. 2.700.—
2. „ dem Kommunistenkollektiv der Newa-Brückenarbeiter, Kreis Schlüsselburg	„ 1.089.—
3. „ dem Motowilicher Bezirkskomitee durch das Permer Gouvernementskomitee der K. P. R. (2 Postanweisungen)	„ 32.149.40
4. „ der Suchumer Organisation der K. P. R.	„ 4.740.—
5. „ der Kommunistischen Organisation des Kreisarmeeverpflegungskomitees, Stadt Kamyschin . .	„ 6.000.—
	<hr/>
	Rbl. 46.678.40

Aus Petrograd:

6. Von der Ersten staatlichen Gummifabrik	Rbl. 43.989.—
7. „ dem Kommissariat für städtische Angelegenheiten, Abt. Stadtbeheizungsamt“	„ 400.000.—
8. „ der Nikolaibahn	„ 300.000.—
9. „ der Nordwestbahn	„ 40.860.41
10. „ der Moskau-Windau-Rybinsker Bahn	„ 200.000.—
	<hr/>
	Rbl. 984.840.41

Insgesamt . . . Rbl. 1.031.518.81

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale spricht den Spendern hiermit seinen wärmsten Dank aus.

**Helden und Märtyrer
der proletarischen Revolution.**

**Die bürgerlichen Henker
haben in Budapest 75 ungarische
kommunistische Arbeiter
ermordet.**

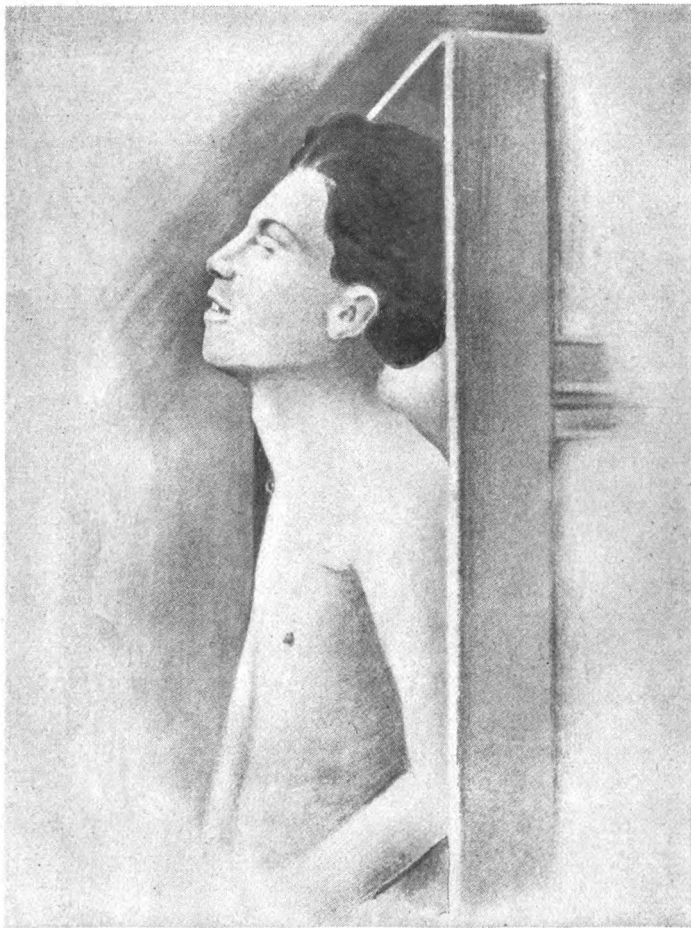
**Ein ewiges Gedenken den toten
Kommunisten!**

**Die Sache der ungarischen
Arbeiter ist die Sache
der Arbeiter der ganzen Welt.**

**Es lebe eine neue proletarische
Revolution in Ungarn!**

**Es lebe die Kommunistische
Partei Ungarns!**





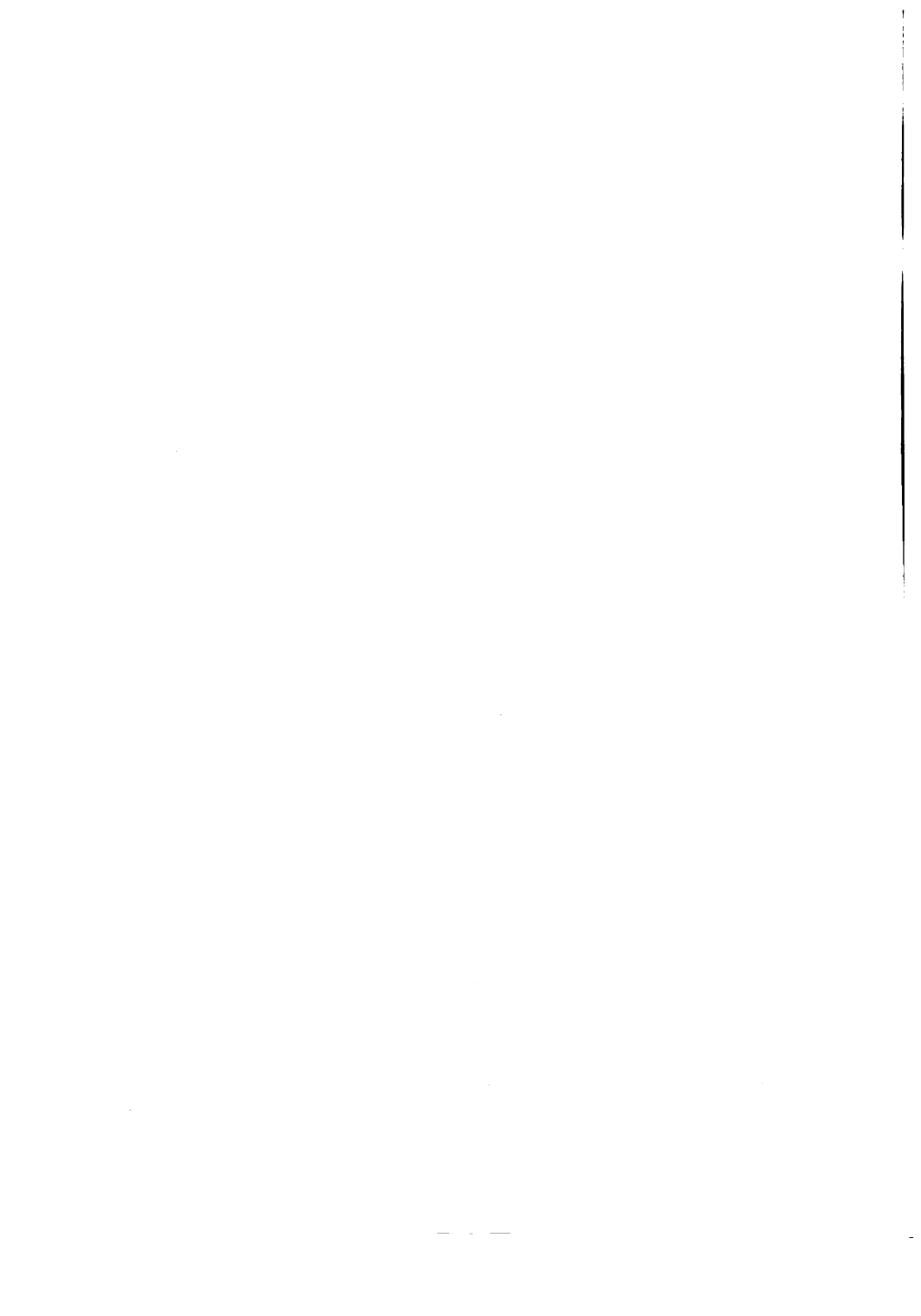
GENOSSE TIBOR SZAMUELY

Volkskommissar für Militärangelegenheiten in Sowjetungarn, gefallen während des gegenrevolutionären Umsturzes.



W. O. LICHTENSTADT
(MASIN)

Sekretär der „Kommunistischen Internationale“, gefallen im Kampf gegen die Truppen Judenitschs während der Belagerung Petrograds.



W. O. Lichtenstadt-Masin.

Am 15. Oktober, während des Vormarsches der Weißen, fiel an der roten Jamburger Front, im Kampf beim Dorfe Kipen, Genosse Lichtenstadt-Masin. Er war etwa 37 Jahre alt, äußerlich aber schien er ganz jugendlich. Es war, als ob das ganze Leben noch vor ihm liege, als ob seine tief-angelegte, komplizierte Natur, durch beständige Geistesarbeit bereichert, nur auf die Möglichkeit warte, sich recht zu entfalten in einer mannigfaltigen verantwortungsreichen Wirksamkeit. In der Vergangenheit hatte er harte Prüfungen zu bestehene: Verurteilung zum Tode mit Begnadigung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, zehnjährige Haft in der Schlüsselburger Festung. Sein lichter Geist überwand jedoch die ganze Schwere dieser Prüfungen, und als Anfang März 1917 das Volk die Türen seines Kerkers sprengte, verließ er ihn, scheinbar gar nicht gealtert. Der noch immer wie in der ersten Jugend kluge, milde und schüchterne Blick seiner dunklen Augen verklärte sein blasses Antlitz, und in dem bezaubernd zarten, halb versteckten Lächeln spiegelte sich die kindliche Reinheit seiner Seele wieder. Denen, die ihn wenig kannten, konnte es scheinen, er sei ruhig, gleichmäßig, bestimmt für die stille Studierzimmerarbeit eines Gelehrten, für die er schon in jungen Jahren besondere Anlage zeigte. In Wirklichkeit aber schlummerte in ihm ein leicht entzündbares Temperament und die Bereitwilligkeit, sich kopfüber in den Revolutionskampf zu stürzen. Und da verwandelten ihn seine unbedingte, durch keine Versuchungen des Lebens berührte sittliche Reinheit und Ganzheit seine Fähigkeit zu leben und zu flammen in der reinen Atmosphäre der ihn fesselnden Kampfesidee, ganz unbemerkbar für ihn selbst in eine erstaunliche praktische Arbeitskraft, die die allerschwersten, allerkühnsten organisatorischen und technischen Aufgaben mit Leichtigkeit auf sich nahm und zu Ende führte.

Anfang 1905 wurde er zum erstenmal in den Revolutionskampf herangezogen. Kurz vorher hatte er die Leipziger Universität verlassen. Ihn fesselten die philosophisch-wissenschaftlichen Ideen eines Avenarius und Mach, und man konnte glauben, daß in diesem Fahrwasser auch seine weitere Arbeit verlaufen würde. Jedoch in der Atmosphäre machte sich schon das Herannahen des Sturmes geltend; er quälte sich, war unruhig, unzufrieden mit sich selbst und seinem Sein. Der 9. Januar, der Tag der Feuertaufe des Petersburger Proletariats, war auch der seine. Vom Morgen bis zum Abend durchschritt er die Straßen Petersburgs, immer da, wo es am gefährlichsten war, wo die Kugeln um seine Ohren pfften. Im Verlauf der nächsten Tage verfertigte er sich einen vorzüglich wirkenden Vervielfältigungsapparat, auf dem dann, zu weiterer Verbreitung, die ersten

Bulletins über das Vorgefallene gedruckt wurden. Es folgte eine systematische, von Tag zu Tag sich fortsetzende Arbeit des Drucks von revolutionären Flugschriften und Aufrufen ans Heer. Das Kampfststeuer erfaßte ihn immer mehr und mehr. Nach ein paar Monaten war er Maximalist. Mit der ihm eigenen klaren Ruhe in seinem ganzen Benehmen und mit konzentrierter Energie nahm er die Erfüllung solcher revolutionären Aufgaben auf sich, wie den Ueberfall auf die Post im Fonarny Pereulok und die Sprengung des Stolypinschen Landhauses. Nach einiger Zeit wurde er mit seiner jungen Frau verhaftet und in die Peter-Paulsfestung gebracht, wo er 10 Monate verblieb.

Das Warten auf die Gerichtsverhandlung ertrug er mit der ihm eigenen stoischen Selbstbeherrschung. Er ging im Geistesleben auf, las, schrieb den ihm Nahestehenden Briefe, — bewundernswert mit ihrer Tiefe und Weisheit, — übersetzte Weininger und Stirner. Der Tag des Gerichts nahte heran; alle, die ihn schätzten und liebten, waren von Unruhe erfaßt, er aber beendigte beschleunigt und aufmerksam seine Arbeit. Es wurden ihm die besten Verteidiger vorgeschlagen, er aber schlug kategorisch jede Verteidigung aus, und als er vor die Kriegsrichter des Zarenregimes trat, machte er nicht den Versuch, sich in ihren Augen zu rechtfertigen, sondern nahm, um einige seiner Genossen vor der Strafe zu retten, deren Schuld auf sich. Das Urteil lautete auf Todesstrafe. Seine sittliche Reinheit blieb jedoch nicht ohne Eindruck selbst auf die in Schonungslosigkeit verhärteten Kriegsrichter: sie selbst beschlossen, um Abänderung der Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit nachzusuchen. Er wurde in Ketten gelegt und in die Schlüsselburger Festung geschafft.

Zehn Jahre der Haft in der Festung verliefen für ihn ungeachtet aller Lasten des Festungsregimes in angeregter innerer und äußerer Tätigkeit. Er lernte und lehrte andere, gründete die Schlüsselburger Bibliothek, übersetzte und schrieb, arbeitete auf dem Acker, im Garten, in den Werkstätten, er ermunterte, unterstützte, verteidigte seine Kameraden. Die Erinnerungen Genosse Jonows über ihn, gedruckt in der „Petrograder Prawda“ am Tage seiner Bestattung, stellen ihn von dieser Seite dar: „Unter allen Kameraden“, — kann man in diesen Erinnerungen lesen, — „erfreute sich Wladimir einer ganz besonderen Liebe. In welche Zelle er auch geraten mochte, stets umgab ihn, wie ganz von selbst, eine Atmosphäre der Zärtlichkeit und Aufmerksamkeit. Unter den 80 Zuchthäuslern tat sich Wladimir durch seine geistige und seelische Stärke hervor. Die geringste Kränkung, die einem von uns angetan wurde, rief von seiner Seite den energischsten Protest hervor, wofür er oft mit einer 30-tägigen Haft im dunkeln und übelriechenden Kerker büßen mußte. Bei den Arbeiten, zu denen wir morgens gezwungen wurden, trat als erster Helfer in der Not Wladimir auf Jedoch nicht nur in solchen Fällen zeigte sich die auf alles reagierende, selbstlose Natur Wladimirs. Vorlesungen, verschiedene Beschäftigungen und Unterricht, überall war Wladimir dabei; unermüdetlich und göttlich bei der allerschmutzigsten Zwangsarbeit, und auf-

merksam wie niemand für die Bedürfnisse der Genossen . . .“ Zu gleicher Zeit erfüllte er eine ununterbrochene geistige Arbeit. Er studierte Buch nach Buch, Wissenschaft nach Wissenschaft. Unzählige dicke Hefte — ganze Bände, von seiner Hand geschrieben, geben Kunde davon, wie vielseitig seine geistigen Interessen waren. Hier finden wir Konzepte und Anmerkungen aus dem Gebiet der Naturwissenschaften, der Soziologie, Geschichte, politischen Oekonomie, Philosophie; hier ist auch die Uebersetzung des Buches von Chamberlain über Kant und eine Abhandlung über Hebbel, ein Vorwort zu der von ihm übersetzten „Judith“, reiche, von ihm unter den Zuchthäuslern gesammelte Materialien zur Ergänzung des „Wörterbuchs der großrussischen Sprache“ von Dahl und eine Auswahl in Uebersetzung von naturwissenschaftlichen Artikeln und Bemerkungen Goethes, mit einer Einleitung, ein großes Werk, das jetzt seinem Erscheinen im Druck entgegensieht.

Als die Februarrevolution ihm die Möglichkeit auftat, ins Leben zurückzukehren und die ersten heißen Tage in der Schlüsselburger Festung, um das vom Volk zerstörte Gefängnis herum, vergangen waren — es mußten die Bibliothek und andere Schätze der Kultur mitgeführt werden, — kehrte er nach Petersburg zu seiner Mutter, zu seinen Freunden zurück, wie berauscht durch die frische Luft, erregt durch das um ihn vor sich gehende Brodeln der politischen und sozialen Ideen, jedoch vor allem geneigt, sich der Arbeit auf dem Gebiet der Volksaufklärung zu widmen. Ihm schwebte ein für alle zugänglicher Tempel der Wissenschaft vor, und zwar einer strengen Wissenschaft, frei von jeder akademischen Routine, erziehend und aufklärend, nicht nur für den Verstand, sondern auch das Gemüt. Solch ein Werk wollte er beginnen. Die Erfüllung dieser Möglichkeit konnte man jedoch nicht erhoffen im Strudel des Lebens — und während die Ereignisse der sich entwickelnden Revolution in seinem Innern ihren Widerhall fanden, während er für sich eine Reihe brennender Fragen löste, nahm er zu gleicher Zeit die bescheidene Aufgabe der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Roshdestwenski-Stadtbezirks auf sich.

Im Frühling 1918 wurde er durch die Organisation einer landwirtschaftlichen Sommerkolonie für die lernende Jugend Petersburgs gefesselt. Eine von Poesie erfüllte Liebe zur Natur trieb ihn aus der Stadt hinaus. Die in der Festung erworbene Gewohnheit zu Feldarbeiten, auf dem Acker und im Garten, gaben ihm die Möglichkeit, in dieser für ihn neuen praktischen Arbeit die Leitung zu übernehmen. Seine Pläne nahmen jedoch schon weitere Gestalt an, wuchsen, wurden durchdrungen von sozialen Ideen. Die von ihm gegründete Arbeitskolonie sollte in ein ständiges Institut umgewandelt werden, mit einer Schule für die heranwachsende Generation und einer landwirtschaftlichen Akademie für die Bauernschaft der Umgegend. Die Arbeit, die dabei auf seinen Teil fiel, war kolossal, und es hätte scheinen können, daß er ganz und gar in ihr aufgehe. Bald aber befriedigte auch sie ihn nicht mehr. Von neuem erwachte in ihm der

urwüchsige Revolutionsgeist. Marxist seinen Ueberzeugungen nach, wurde er immer tiefer von der Grundidee des Kommunismus erfaßt. Die Ereignisse des europäischen Lebens, die er keinen Augenblick aus den Augen verlor, befestigten in ihm den Glauben, daß der Moment der proletarischen Weltrevolution da sei — und immer mehr erfüllte ihn der Gedanke, sich ganz dem Kampfe um eine grundlegende Erneuerung des sozialen Lebens hinzugeben.

Anfang 1919 trat er in die Kommunistische Partei ein. In seinem Gehirn ging noch eine starke Gärung vor sich. Seine komplizierte, vergeistigte Natur mußte vieles von neuem verarbeiten, selbständig für sich innere Arbeit vollführte, entbrannte in ihm schon ein neues Feuer. Als ihm im März 1919 vorgeschlagen wurde, Sekretär der Petersburger Abteilung des Bureaus der Kommunistischen Internationale zu werden (zur Organisation der Redaktion der Zeitschrift und dessen technischer Leitung), gab er sich dieser Sache mit jugendlichem Feuer hin. Tags in der Redaktion, nachts in der Druckerei, arbeitete er ohne zu ermüden, seine Umgebung anspornend, ermunternd und mit sich reißend. Was für eine Freude strahlte aus seinem Gesicht, als er die erste frischgedruckte Nummer der „Kommunistischen Internationale“ aus der Druckerei brachte, ungeachtet aller Schwierigkeiten zu dem von ihm bestimmten Termin herausgegeben.

Aber auch diese Arbeit konnte seine vom revolutionären Feuer erfaßte Seele nicht voll befriedigen. Das Schicksal der proletarischen Revolution entscheidet sich an der Front; es sind Tausende, ja vielleicht Millionen Opfer zu ihrem Triumphe nötig, der aber, der andere in den Tod schickt, muß vor allem selbst zum Tode bereit sein, sagte er zu seiner Umgebung. Den Anlagen seiner Natur nach unendlich weit von dem Kriegsgewerbe entfernt, fing er an, sich im Schießen mit Gewehr und Maschinengewehr zu üben. Eine unüberwindliche Kraft zog ihn an die Front; seine Mitarbeiter konnten ihn nicht halten. Mitte August wurde er zum Kommissar des Stabes der 6. Division der 7. Armee ernannt.

Was spielte er dort für eine Rolle? Davon künden die ihm gewidmeten Zeilen des Genossen Flior in dem in der „Petrograder Prawda“ vom 21. Oktober gedruckten Nekrolog: „Energie, Beharrlichkeit in der Durchführung eines einmal gesteckten Zieles vereinigten sich bei ihm mit einer schonungsvollen Behandlung der Leute. Er war einer von den seltensten Kommissaren in seinem Verhalten zu den ihm unterstellten Spezialisten, wie auch zu den anderen Mitarbeitern und Organisationen der Division. Und zudem muß man seine Schonungslosigkeit gegen sich selbst in Betracht ziehen, die zarte Aufmerksamkeit gegen seine Umgebung, besonders gegen die Soldaten, — Leute, schlicht an Seele und Verstand fühlten sich immer zu ihm hingezogen, als zu einer Quelle der Wärme und des Lichts, während sie zu gleicher Zeit die besondere Bedeutsamkeit seines Geistes und Willens empfanden.“

Er kam um durch die Kugel, als er mutig mit einer kleinen Abteilung

dem Andrang des Feindes standhielt. Sein Bild jedoch wird stets fortleben in der Erinnerung derjenigen, die ihn kannten und die von ihm persönlich hinterlassenen Materialien — Briefe aus der Schlüsselburger Festung und kleine Tagebücher — werden stets ein herrliches Denkmal für ihn selbst und ein wertvolles Dokument der Epoche bleiben. ***



Eugen Münch.

(Zum ruhmreichen Gedenken des entschlafenen Genossen.)

Der Tod des Genossen Münch, Sekretärs des Berner Kantons der schweizerischen Partei, ist ein harter Schlag für die Kommunisten der Schweiz. Die Kommunistische Internationale aber hat in ihm (was sogar diejenigen, die den Genossen Münch nicht persönlich kannten und ihn nur auf Grund der in unserer Zeitschrift erschienenen Artikel beurteilten, einsehen können) ein lebendiges starkes Glied verloren, das uns trotz Blockade und Boykott, trotz der Barrikaden der Polizei und der Spione mit der anwachsenden proletarischen Bewegung der Schweiz verband.

Das Leben Eugen Münchs, der an einem Herzschlag während des Badens gestorben ist, verlief in einer für den sozialistischen Arbeiter der Schweiz überaus typischen Weise. Wie er sich durch schwere Arbeit — er war Metallarbeiter — sein tägliches Brot verdienen und mit vielen Schwierigkeiten kämpfen mußte, um seine zahlreiche Familie zu ernähren, so kam er auch zum Sozialismus nicht auf einmal und nicht ohne Kampf, sondern erst nach Ueberwindung mehrerer Stadien; anfangs war er Mitglied der Gewerkschaftsorganisation, darauf Organisator; erst Zeitungsreporter, dann Redakteur von Fachzeitungen, erst einfaches Mitglied der Partei, dann allmählich, nachdem er viel und gewissenhaft gelesen und sich eine abgeschlossene Weltanschauung und das Vertrauen einer immer größeren Anzahl von Genossen und Organisationen errungen hatte, nahm er den äußerst verantwortungsvollen Posten eines Sekretärs des Kantons ein, der der Zahl der Parteimitglieder nach in der Schweiz an zweiter Stelle steht. Seit charakteristischer Zug war Arbeit, beharrliche, gewissenhafte Arbeit, sein Verhältnis zur Arbeit — ernst und durchdacht. Nicht infolge reicher Naturanlagen, sondern infolge seiner Arbeit, infolge seines Dranges, Mensch zu werden, hat er es dahin gebracht, daß sein Tod von Hunderttausenden von Arbeitern und Sozialisten schmerzlich empfunden und beweint wird. Verwachsen, unterernährt, schmalbrüstig — stellte er ein Beispiel dessen dar, was die Stifmutter Kapitalismus aus einem Proletarierkinde macht. Zu überaus schwerer, unscheinbarer Arbeit verurteilt, entwickelte sich der Sohn der Schweizer Berge, dieser wunderbar reichen Natur, nur langsam, und trug in sich die Keime der Krankheit, die ihn für das ganze Leben siech und schwach machten, ebenso wie die antihygienische Umgebung, der vorzeitige Kampf um die Existenz, die Arbeit und die Sorgen, die seine Kräfte überstiegen, seine geistige Entwicklung erschwerten. Aber gerade hierin zeigte sich seine Schweizer Natur und Selbsterziehung, seine für jeden bewußten Proletarier charakteristische



EUGEN MÜNCH

innere Disziplin und Streben nach Erkenntnis. Jedes Buch, das er gelesen, jedes Stück Wissen, das er sich errungen, wurden zum unentwendbaren Teil seines Wesens. Das einmal Erkannte wurde zum leitenden Faden seines inneren und äußeren Lebens. Nachdem er die Schwelle der sozialistischen Partei überschritten, trat Genosse Münch sogleich in die Reihen der radikalsten linken Genossen, deren hervorragendstes Mitglied und Führer damals der von der Natur reich begabte Robert Grimm war. Lange Zeit hindurch war Genosse Münch ein leidenschaftlicher Schüler, der nächste Mitarbeiter und Freund Grimms, kämpfte auf allen Kongressen und Parteiversammlungen, in der Zeitung und in den Gewerkschaftsverbänden für die Durchführung der Linie, die sich dem Marxismus am meisten nähert. Hier stoßen wir auf einen anderen, für den proletarischen Revolutionär überaus charakteristischen Zug; sobald die russische Oktoberrevolution der Welt das Beispiel des revolutionären Auftretens der werktätigen Massen, der Machtergreifung durch das Proletariat und der proletarischen Lösung einer ganzen Reihe von Fragen gezeigt hatte, kannte Münch keine Zweifel, kein Schwanken mehr. Ohne auf seine früheren Lehrer und Mitkämpfer zurückzublicken, ohne Halbheit begann er leidenschaftlich die Sowjetmacht zu unterstützen. Als die Reaktion, die in dem kleinbürgerlichen Lande den kleinlichen Charakter der Verfolgung von einzelnen Personen annahm, ihren Höhepunkt erreicht hatte, als die Wiege der Freiheit und Demokratie durch Verfolgungen, Verhaftungen, Ausweisungen die Träger der „russischen Ansteckung“ auszurotten begann, da ging der bis dahin wenig bekannte und bescheidene Kämpfer zum Angriff über. Er führte einen offenen Kampf mit den Feinden der russischen Kommunisten, den herrschenden Klassen, mit der trägen, bis zur Widerlichkeit spießbürgerlichen öffentlichen Meinung. Der Kampf, die Unruhe in Anbetracht der unmittelbaren Gefahr, durch die alle proletarischen Erregenschaften bedroht waren, die Solidarität mit den revolutionären Massen erweckten gleichsam alle Grundzüge seines Temperaments, das sich bis dahin nicht geäußert hatte, und verliehen ihm Leidenschaftlichkeit und Feuer in der Verteidigung der allgemeinen Sache.

Obgleich der bescheidene Sekretär der Schweizer Parteiorganisationen Münch nicht unmittelbar an der internationalen Bewegung beteiligt und mit ihr nicht chronologisch und persönlich bekannt war, wurde er zum unerschütterlichen Totengräber der II. und zum leidenschaftlichen Baumeister der III. Internationale. Er behandelte auch diese Frage nur vom Standpunkt der proletarischen Interessen und der revolutionären Perspektive der ganzen Klasse aus. Hätte im August 1919 den noch jungen Münch nicht der Tod ereilt, so hätte auf allen Partei- und Arbeiterversammlungen der Schweiz die Stimme des körperlich schwachen, doch politisch und moralisch mächtigen proletarischen Kämpfers jeden Opportunismus und jede Halbheit übertönt. Diese Stimme hätte überall da, wo für und wider den Kampf um die Befreiung der Massen gestritten wurde, wo der Kampf zwischen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wogte, überall, wo

es sich um die Eroberung neuer Anhänger für den Kommunismus und neuer Mitglieder der Kommunistischen Internationale handelte, die Werktätigen der Schweiz zum Kampf und Sieg über den äußeren Feind — die herrschende Klasse — und den inneren — den Reformismus, Nationalismus und Opportunismus überhaupt — aufgerufen.

Diese Stimme ist zu früh verstummt . . .

Angelika Balabanowa.



Aus der internationalen kommunistischen Presse.

Der Redaktion sind folgende kommunistische Schriften zugestellt worden:

„Die Internationale“, Zeitschrift, gegründet von Rosa Luxemburg und F. Mehring.

Heft 4 enthält folgende Artikel:

Eugen Leviné (Nekrolog). — Abrechnung. — A. T. Kriegstribute. — N. Lenin. Die kommunistische Politik in Rußland.

Heft 5—6 enthält folgende Artikel:

Ende und Anfang. — M. J. Braun. Gewerkschaften, Partei und Arbeiterräte. — E. Ludwig. Gesetzentwurf über die Betriebsräte. — Wirtschaftliche Rundschau. — G. Sinowjew. Die Kommunistische Internationale.

Heft 7—8 enthält folgende Artikel:

Das Theater in Weimar. — A. T. Das Agrarprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). — E. Ludwig. Gesetzentwurf über die Betriebsräte (Schluß). — G. Sinowjew. Die Kommunistische Internationale (Schluß).

Die Zeitschrift „Lichtstrahlen“, herausgegeben in Berlin von Julian Borchardt.

Heft 3 enthält folgende Artikel:

Rußland. — Anarchismus und Kommunismus. — Reverra. Die Weltrevolution. — Wedad Nesim. Das Institut des „Zehnten“ in der Türkei.

Die Zeitschrift „L'Avenir International“ („Internationale Zukunft“), herausgegeben in Paris. Die uns zugesandten Hefte dieser Zeitschrift enthalten folgende Artikel:

Heft 1: A. Girard. Vor uns. — J. Menil. Die Wiederherstellung der zerstörten Städte. — E. Masson. Die Leiche (Erzählung). — G. Tay. Der Lehrerverband und der Krieg. — J. de Saint-Prix. Anlässlich des offenen Briefes von Hermann Fernand an Lenin. — E. Masson. Die Rosen des schwarzen Mondes (Gedichte). — Die internationale Bewegung. — Bibliographie.

Heft 5: A. Dunols. Marxismus und Freiheit. — A. Girard. Karl Marx und der Internationalismus. — A. D. Marx und die unterdrückten Nationalitäten. — L. Mignon. Bakunin und Karl Marx. — G. S. Prophezeiungen (Gedicht). — Romain Rolland. Die Biologie des Krieges (Dr. Nicolai). — A. Croix. Die Agrarfrage. — E. Masson. Drei, die es wagten. — Die internationale Bewegung (Frankreich, Irland, Holland, Portugal). — Bibliographie.

Heft 8: L. Dunois. Marxismus und Freiheit (Fortsetzung). — **J. de Saint-Prix.** Die anarchistische Bewegung in Rußland. — **Romain Rolland.** Die Biologie des Krieges (Dr. Nicolai) (Fortsetzung). — Die internationale Bewegung (Frankreich, Rußland). — **J. M. Nekrolog** (Luigi Molinari).

Heft 9: J. de Saint-Prix. Bolschewismus und Anarchismus. — **A. G. Gardener.** Philipp Snowden. — **A. Girard.** Westhalb Marx? — **N. Melbury.** Priester und Evangelium. — **Romain Rolland.** Die Biologie des Krieges (Dr. Nikolai (Schluß)). — Die internationale Bewegung (Frankreich, Rußland). — **J. M. Nekrolog** (Paul Schreier).

Heft 22: E. Chauvelon. Nach dem Luzerner Kongreß der Reformisten. — **F. Bernard.** Ein großer pädagogischer Fehler. — **A. Mignon.** Die Anarchisten und die Vereinte Sozialistische Partei. — Die internationale Bewegung (Frankreich, England, Rußland). — **P. Larivière.** Zeitschriftenrevue. — **J. Biller.** Bibliographie.

Heft 23: A. Girard. Werden wir wagen, Rußland zu retten? — **J. Ploch.** Vom Heiligen Albert Thomas zum einfachen Sterblichen Jacques Sadoul. — **Monmoussot.** Der Kongreß von Lyon. — **G. Thomas.** Die Genossenschaft der Lehrer und die Confédération Générale du Travail. — **F. Denis.** Trauer (Gedicht). — **A. Girard.** Die organisierende Bedeutung des Kommunismus (Fortsetzung). — **Ch. N. Brilesford.** Soziale Studien: Im kommunistischen Ungarn. — Die internationale Bewegung (Frankreich, Baltikum, Rußland). — **P. Larivière.** Zeitschriftenrevue.

Außerdem haben wir folgende Broschüren erhalten:

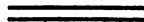
Raymond Lefebvre. *L'Internationale des Soviets* (Die Internationale der Sowjets). Paris, „La Vie Ouvrière“. 14 Seiten.

Die Kommunistische Internationale (Manifest, Leitsätze und Beschlüsse des Moskauer Kongresses 2.—6. März 1919). Hamburg, Verlag Carl Hoym. 55 Seiten.

Karl Kreybig. *Die Entstehung der Räterepublik Ungarn.* Berlin, Verlag „Der Arbeiterrat“. 1919. 40 Seiten.

Wilhelm Münzenberg. *Die sozialistische Jugendinternationale.* „Internationale sozialistische Jugendbibliothek“. Heft 3. Berlin, Verlag „Junge Garde“.

Die Redaktion der „Kommunistischen Internationale“ wendet sich an alle Genossen mit der Bitte, uns auf jede mögliche Weise Flugblätter, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften usw. zuzusenden, die von den Kommunisten der verschiedenen Länder herausgegeben werden.



Nach dem Luzerner Kongress der Reformisten.

Ein sozialistischer Publizist sprach vor kurzem von einer 17. Internationale. Er wollte die Sache ins Lächerliche ziehen und seine Leser in den Schoß der Zweiten Internationale zurückführen, nachdem sie wiederhergestellt, gesäubert und das geworden sein was sie „vor dem Kriege“ war; als ob die sozialistische Idee unter dem Einfluß des Krieges nicht einen gewaltigen Sprung getan hätte!

Eine siebzehnte Internationale, — das wäre gewiß zu viel gesagt. Jedoch, wollte man ordentlich nachdenken, so würde man die Ziffer drei wesentlich überschreiten. Der „Temps“ belehrte uns vor kurzem, die Sozialisten von Madrid hätten sich der Dritten Internationale, „derjenigen von Amsterdam“ angeschlossen. Es handelte sich hier wahrscheinlich um die Gewerkschaftsinternationale, die Gompers und Jouhaux vorgaben, auf den Ruinen der früheren Traditionen der Confédération Générale du Travail errichten zu wollen. In Frankreich haben wir die Gruppierung Lorient-Saumoneau, sowie die Gruppierung Pericat. Die beiden scheinen mir einander nahe zu stehen. Ihre Verschmelzung halte ich für möglich und wünschenswert. Doch vorläufig sind sie voneinander getrennt. Andererseits gab das Organ der deutschen „unabhängigen“ Sozialisten, die „Freiheit“, Ende August die Absicht kund, eine die deutsche Mehrheit ausschließende und „auf rein revolutionärer Grundlage aufgebaute“ Internationale zu gründen. Die endgültige Entscheidung wäre einem in Genf einzuberufenden Kongreß anheimzustellen.

Die der orthodoxalen Konferenz in Luzern (am 2. August) unterbreiteten Statuten, die anscheinend das Werk Huysmans' sind, bildeten ihrerseits — insofern sie überhaupt etwas wert waren — eine von der zweiten grundverschiedene Internationale, ebenso verschieden, wie die Gewerkschaftsinternationale von Gompers-Jouhaux von der syndikalistischen ist, wie sie vor dem Kriege bestand. Ein Sonderkonto muß zweifellos ebenfalls der verjüngten Internationale eröffnet werden, der die Mission Ramsay Macdonalds, Boxtons und Jean Longuets vergeblich die schweizerische und italienische sozialistische Partei zuzuführen versuchte. („Temps“ vom 6. Juni.) Besagte Mission stieß übrigens auf recht kühlen Empfang, insbesondere von Seiten der schweizerischen sozialistischen Partei, deren Leitung bei dieser Gelegenheit eine bedeutsame Erklärung veröffentlichte. Und zwei Monate später nahm der schweizerische Parteitag in Basel mit 318 gegen 147 Stimmen den Vorschlag des Oltenener sozialistischen Komitees an, der den sofortigen Eintritt der Partei in die Mos-

kauer Dritte Internationale beantragte. Folglich war es nicht für Moskau, sondern gegen Moskau, wie Ramsay Macdonald zu wirken vorgab.

Aber wozu diese Entfaltung neuer Internationalen? Wozu diese Mannigfaltigkeit, diese Verwirrung von Richtungen und Endzielen?

Wollen wir uns darüber klar werden: diese Mannigfaltigkeit und Verwirrung bestehen bloß scheinbar.

Tatsächlich aber läßt sich die ganze Bewegung auf zwei grundlegende Richtungen zurückführen: die reformistische und die revolutionäre. Die reformistische Tendenz ist durch die II. Internationale vertreten, die revolutionäre aber durch die Moskauer Kommunistische Internationale. Brüssel (das Internationale Sozialistische Bureau ist wieder nach Brüssel zurückgekehrt) und Moskau sind zwei Pole zweier sozialistischer Internationalen. Vandervelde und Lenin sind zwei Führer dieser zwei Internationalen (dem trotz seines offiziellen Abschieds ist Vandervelde für die sozialistische Internationale, was Gompers für die Gewerkschaftsinternationale ist). Die Bezeichnung der sozialistischen Internationale darf auch ferner der Brüsseler verbleiben. Die Moskauer Internationale dagegen legt sich die Benennung der Kommunistischen bei, und zwar mit vollem Recht, denn sie vertritt den gesamten Sozialismus und arbeitet für seine unverzügliche Verwirklichung, d. h. sie ist revolutionär.

Der internationale sozialistische Kongreß von Luzern (vom 2. bis zum 9. August) dagegen war ein reformistischer Kongreß.

Das Hervorragendste und Kennzeichnendste auf diesem Kongreß war die Unterbreitung eines neuen Programmvorschlags, der Huysmans, dem Mitarbeiter Vanderveldes, zugeschrieben wird und der bestimmt war, einer verjüngten Internationale als Grundlage zu dienen. Zu zwei verschiedenen Malen hat Lorient in der „Vie Ouvrière“ gegen das Vorwort zu dem besagten Programm protestiert, das eine Art Prinzipienklärung im Zusammenhang mit dem Programm vorstellt. Er beschuldigte es mit Recht, dem Geiste des Amsterdamer Kongresses von 1904 untreu zu sein, da dieser ausdrücklich die Pseudosozialisten verdammt hat, die sich begnügen, die „bürgerliche Gesellschaft zu reformieren“, und die Behauptung aufstellte, daß die „Klassengegensätze, fern davon sich zu verringern, vielmehr an Schärfe zunehmen“.

Im Laufe der Debatte über Vorwort und Programm ließ der Vertreter der neuen französischen Mehrheit, Mistral, auf dem Wege des Verbesserungsantrages die Worte „Kollektivismus oder Kommunismus“ in das Vorwort einschließen. Die Worte, nicht aber den Geist, und noch viel weniger den den Worten entsprechenden revolutionären Willen. Sein Vorschlag

ging auch nicht so weit, den Klassenkampf anzuerkennen, den der Amsterdamer Kongreß auf das Portal des Tempels des internationalen Sozialismus geschrieben hatte. Mit einem Wort, Mistral's Verbesserungsantrag diene bloß dazu, die Größe des Mißerfolges, oder, wollen wir sagen, des Treubruchs zu betonen, gegen den Lorient in der „Vie Ouvrière“ Einspruch erhöhen hatte.

Es sollte aber noch besser kommen. Ramsay Macdonald, der eine der ersten Rollen auf dem Luzerner Kongreß spielte, ging so weit, selbst die Idee des Sozialismus in Frage zu stellen. Hier ist ein dem Preßorgan „La Feuille“ (vom 9. August, Seite 4) entnommener Auszug aus seiner Rede: „ . . . Man muß sich über den Begriff des Wortes „Sozialismus“ einigen. Doch da es in Bern beschlossen war, daß der nächste Kongreß eine Bestimmung des Begriffes „Sozialismus“ geben solle, wird es diesem auch anheim stehen es zu tun“.

Somit soll man auf das Jahr 1920 warten, um sich darüber klar zu werden, was der orthodoxe Sozialismus vorstellt. Bis dahin ist es wohl gestattet sich hierbei an die Lehre des Amsterdamer Kongresses von 1904 zu halten?

Das Moskauer Kommunistische Manifest vom 23. Januar 1919 dagegen hat es sich angelegen sein lassen zu erklären, es halte die Periode der Sozialdemokratie für abgetan und verjährt, eine Periode, die Marx und Engels (siehe das Ende des Kommunistischen Manifestes von 1848) als Ausgleich gelten ließen, zwecks Erzielung einer vorübergehenden, teilweisen Verbindung mit den am wenigsten reaktionären bürgerlichen Parteien. Nach Lenin ist eine derartige sozialdemokratische Uebergangsperiode rundweg überlebt. Ihre Rolle ist ausgespielt. An ihrer Statt erhebt und verwirklicht der Bolschewismus den wahren Sozialismus, d. h. denselben Kommunismus, den Marx und Engels in dem Manifest von 1848 predigten.

Da das im vergangenen August in Luzern angenommene, angeblich sozialistische Proramm in Wirklichkeit eine Erwiderung auf das Kommunistische Manifest der Bolschewiki vom Januar und auf den Moskauer Kongreß der Kommunisten vom März ist — eine Erwiderung und, wohlverstanden, eine Widerlegung, — sieht man wohl, daß die Stellungnahme Ramsay Macdonalds, des Hauptführers auf dem Luzerner Kongreß, zu der sozialdemokratischen Uebergangsperiode dem Standpunkt von Lenin, Bucharin, Trotzki und Sinowjew direkt entgegengesetzt ist. Hört denn, was Macdonald sagt (laut „La Feuille“ vom 9. August): „Ich möchte sagen, daß der Sozialismus, insofern der Begriff in Bern festgestellt worden, den Staat in sozialdemokratischer Form darstellt . . . Die Demokratie ist nunmehr nicht bloß eine reformistische Bewegung, sie ist eine konstruktive und ökonomische Idee . . .“

Welch heillose Verwirrung! Wir sind Hunderte von Meilen von dem Amsterdamer Programm von 1904 entfernt. Die Mission Gompers von 1918 hatte die Vorbereitung einer neuen, auf einem Zusammenwirken der

Klassen gegründeten Gewerkschaftsinternationale zum Zweck. Wider alles Erwarten hat die Mission Erfolg gehabt, denn der Kongreß, der vor kurzem in Amsterdam tagte, hat, wenigstens für den Augenblick, die Internationale von Gompers, Appleton und Jouhaux anerkannt. Sollte die angeblich sozialistische amerikanische Mission, die auf den gleichen Zeitpunkt fällt, wie die Mission Gompers, in bezug auf die sozialistische Internationale die gleichen Absichten haben? Diese Mission war weniger aufrichtig, oder in ihrem Geplauder zurückhaltender als Gompers. Wir sind somit in dieser Beziehung auf Vermutungen angewiesen. Merkwürdige Dinge geschehen: Vandervelde hält eine Ansprache auf einem zu Ehren Gompers' veranstalteten Festessen. Und eine Sache ist klar: daß die reformistische Evolution der Amsterdamer Internationale von Gompers sich in der nicht minder reformistischen Evolution wiederfindet, die das zwar sorgfältig verborgene, jedoch darum nicht minder unwiderrufliche Kennzeichen des Luzerner Kongresses bildet.

Jedoch in Luzern glaubte man, gewisse Vorsicht gebrauchen zu müssen. Der Marsch zu dem bürgerlichen Reformismus soll in zwei Etappen zurückgelegt werden. Die zweite und letzte Etappe wird der Kongreß von 1920 sein. Wenigstens insofern es dem bolschewistischen Kommunismus bis dahin nicht gelingen sollte, mit seinen starken Strahlen die künstliche Wolke der Dunkelheit und Verleumdung zu durchdringen, in die die bürgerliche Presse in Gemeinschaft mit der rechtsstehenden sozialistischen den Kommunismus hüllt.

* * *

Es ist durchaus kein Paradox, wenn wir behaupten, daß der Luzerner Kongreß, seiner Richtung und der Absicht seiner Impresario nach ein antibolschewistischer Kongreß war. Renaudels Bericht, da, wo er den Bolschewismus behandelt, kommt einem anmaßenden Ultimatum gleich. Und zwar entspricht dieser Bericht der Gesinnung des größten Teils des Luzerner Kongresses. Der Vorschlag Cachin-Longuet-Hilferding versuchte wohl demjenigen Renaudels eine weise Verbesserung entgegenzustellen (man ist nie sicher, wer den Sieg davontragen wird, nicht wahr?). Doch dieser Vorschlag läßt die Frage der „bolschewistischen Methoden“ bei Seite. Und damit ist alles gesagt.

Hier kommt uns wiederum Ramsay Macdonald zu Hilfe und erspart uns das Risiko, daß man uns übelwollender und grundloser Vermutungen anklage.

Erklärte doch der Führer der in der Schweiz so kühl empfangenen Mission Macdonald-Boxton-Longuet vor kurzem wie folgt (laut dem Labour Leader, den „Vie Ouvrière“ vom 3. September anführt): „Ich habe keinerlei Befürchtungen in bezug auf die Dritte (Moskauer) Internationale. Sie ist wurzellos. Sie ist ein Geschöpf der revolutionären Zeitspanne. (Steh doch mal! Es wollte ja scheinen, als ob eine Revolution

überhaupt nichts schaffen könnte!). Falls sie bestehen bleibt, ist es unsere Schuld. Die gesamte Zweite Internationale ist antibolschewistisch. Sie ist in der Tat die einzig wahre Schutzwaffe gegen den Bolschewismus (sic!), — außer militärischen Repressalien natürlich“.

Ihr habt wohl verstanden? Diesem ungeschminkten Geständnis könnte ich die Unterredungen zufügen, die Axelrod und Engberg (der letztere an Stelle von Branting) kurz vor Schluß des reformistischen und antibolschewistischen Luzerner Kongresses am 8. August der schweizerischen Zeitung „La Feuille“ gewährten. Trotz ihres maßvollen und weisen Stils tritt in diesen Unterredungen doch deutlich Furcht vor dem Bolschewismus und Haß gegen ihn zu Tage.

Axelrod sagt unter anderem: „Sollten die Verbündeten tatsächlich ihre vereinten Militärtruppen zu Felde schicken und gleichzeitig Koltschak und Denikin bewegen können, ihre reaktionäre Stellungnahme weniger offenkundig (der Fettdruck ist von uns), so würde es ihnen vielleicht gelingen, den Bolschewismus in Rußland zu vernichten.“ Welche Aufrichtigkeit!

* * *

Wir könnten solche Auszüge noch viele bringen; doch der Beweis ist bereits geliefert.

Um auf Ramsay Macdonald zurückzukommen: „Die bolschewistische Bewegung — meint Macdonald — kann nicht durch eine bloße Formel widerlegt werden. Man muß ihr ein System entgegenstellen“. Welches System, fragt es sich. Die Antwort ist klar, obgleich (oder weil) sie nicht von Macdonald gegeben wird. Dieses System kann nur der Luzerner Reformismus sein.

Jedoch Macdonald ist nicht sicher, daß die gesamte Zweite Internationale sich zu dem Luzerner Reformismus bekennen wird: „Ich hege Befürchtungen wegen der in der Zweiten Internationale bestehenden Widersprüche“. Man sieht, daß Macdonald die Lehre und die Erfahrungen der Mission Macdonald-Boxton-Longuet vom Mai—Juni 1919 nicht vergessen hat.

Zum Schluß bringen wir noch die Ansicht des Chefredakteurs der „Feuille“, Jean Debrit, vom 3. August.

Genau zur Eröffnung des Luzerner reformistischen Kongresses rollt Jean Debrit ein Stück Theaterdekoration vor uns auf und enthüllt uns die Seele der Bühnenleiter dieses weniger unterhaltenden, als belehrenden Schauspiels. Mit gesammelter Ironie schreibt er folgende Zeilen, die man lesen und durchdenken sollte:

„Die Sozialisten, von denen man sagen könnte, daß sie „keine Eile haben“, haben es sich vor kurzem zur Gewohnheit gemacht, ihre tugendhafte Entrüstung gegen den „Bolschewismus“ loszulassen. Das ist eine bequeme Stellungnahme, die ihnen gestattet, sich sachte von den End-

zielen des Sozialismus zu entfernen. Sie verwerfen die Methoden der III. Internationale — die Diktatur des Proletariats — und übergehen mit Stillschweigen die völlige Uebereinstimmung ihrer Endziele mit denjenigen der Zweiten Internationale.“ Die Methoden verwerfen, die Uebereinstimmung der Endziele mit Stillschweigen übergehen, — tut das nicht gerade der Antrag Cachin-Longuet-Hilferding?

„Wundert Euch nicht, — fügt Jean Debrin hinzu — wenn die Arbeitermassen feststellen, daß Demokratie das genaue Synonym von Plutokratie ist — wie Lenin sich in der Schweiz selbst überzeugen konnte — und sich empört und voller Abscheu von Eurem heuchlerisch demokratischen Gesicht abwenden.“

Jawohl, sich abwenden und entfernen. Aber wohin?

Nehmen wir den „Avanti“ vom 17. August zur Hand. Das ausgezeichnete italienische sozialistische Blatt (weshalb haben wir übrigens nicht ein ähnliches in Paris?) veröffentlicht angesichts des in Bologna bevorstehenden Parteitages das Programm Gennari-Serrati-Bombacci-Salvadore, das ganz im Geist des Moskauer Kommunismus verfaßt ist. Ein Artikel behandelt das „Uso della violenza“. Die von Bordiga, dem Redakteur des Blattes „Soviet“ (Neapel) vertretene Richtung ist logisch noch haltbarer. Er betont die Nutzlosigkeit von Parlamenten und parlamentarischer Aktion, was unserer Meinung nach sonnenklar ist.

Sehen wir uns „The Communist“, das offizielle Organ der kommunistischen Partei Amerikas an. Die Nummer vom 16. August (Band 1, Nr. 3) bringt einen kurzen, kraftvollen Aufruf: „Auf den Aufruf der Dritten (Moskauer) Internationale haben wir mit der Gründung der Kommunistischen Partei Amerikas geantwortet . . . Nunmehr auf zur Tat!“

Nehmen wir schließlich den New-Yorker „Liberator“ (September 1919). Eine große Karikatur des vom Bösen besessenen Realismus zeigt uns einen Bären, der, mit einer Drehorgel versehen, einen dickbäuchigen Herrn tanzen läßt (an jeden kommt die Reihe, nicht wahr?). Der Bär lenkt ihn vermittels einer Kette, die an einem durch die Nase des Herrn gezogenen Ring befestigt ist. Der Herr, auf dessen Bauch überflüssigerweise das Wort „Kapitalismus“ geschrieben ist, schwitzt dicke Schweißtropfen. Der Bär trägt eine russische Mütze und auf seiner Orgel liest man in großer Schrift das tragische Wort „Sowjet“.

Ihr seht wohl, alle kommunistischen Wege führen heute geradeaus und schnell nach Moskau. Bloß weil wir übrigen gezögert haben, uns unverzüglich unter das Banner des Moskauer Kommunismus zu stellen, konnte es geschehen, daß der 21. Juli sabotiert wurde, daß Sowjetungarn niederkämpft wurde und daß das bolschewistische Rußland selbst Gefahr läuft, besiegt zu werden, was auch unsere sozialistischen Blätter darüber sagen mögen, deren optimistisches Aushängeschild bloß einen Zweck verfolgt: unsere Wachsamkeit einzuschläfern und ihre eigene Pflichtversäumnis zu vertuschen.

Emile Chauvelon.

(„L'Avenir International“ Nr. 22.)

Russland.

Als Anfang Dezember vorigen Jahres zum erstenmal die Nachricht in die Welt gesetzt wurde, daß die Entente mit 880 000 Mann in Rußland einrücken werde, um der Sowjetregierung ein Ende zu machen, und wir alle annehmen mußten, daß ihr Vorhaben schnell gelingen werde, hielten wir uns an den alten wahren Spruch: Ihr könnt das Wort verbieten, ihr tötet nicht den Geist! In einer öffentlichen Versammlung zu Berlin sprachen wir es damals aus; wohl können England, Frankreich, Amerika, Japan gewaltige Heere aufstellen, wohl können sie die Macht unserer russischen Freunde zerbrechen; ja sie können sogar, wenn sie ihrer Personen habhaft werden, diese abschlachten und himmorden — aber **ihr Werk können sie nicht mehr zerstören!** Nachdem ein volles Jahr die Sowjeteinrichtungen Zeit gehabt haben, sich einzuleben, sind sie nicht mehr auszurotten. Das russische Volk in seinen überwiegenden Massen, nämlich die Arbeiterschaft und die kleinen Bauern, wird niemals wieder den Segen vergessen, den ihm die Sowjetregierung durch Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtung gebracht hat. Nur mit Widerstreben wird es eine andere, vom fremdländischen Kapital ihm aufgezwungene Herrschaft ertragen, über kurz oder lang wird es sie abwerfen und auf die Bahn zum Kommunismus zurückkehren, die ihm die Lenin, Trotzki, Radek, Sinowjew usw. mit so großem Erfolg gewiesen haben. So wird das Werk unserer russischen Freunde weit über ihr Grab hinaus leben.

Es kam damals anders und weit besser, als wir befürchten mußten. Die Entente muß ein böses Haar in der russischen Suppe gefunden haben. Sie unterließ den Einmarsch, und es wurde still von ihren militärischen Unternehmungen gegen Sowjetrußland. Gelegentlich erfuhr man einmal, daß französische Truppen in Odessa sich gewelgert hatten, gegen die russischen Kommunisten zu fechten. Heute weiß man, daß die Machthaber der Entente ihren Haß gegen die Sowjets nicht aufgegeben haben. Nur haben sie den indirekten Weg vorgezogen: versahen die Kolttschak, Denikin usw. mit Waffen, Munition und Geld. Und wieder erlebten wir schwere Stunden in den letzten Wochen, als die Zeitungen den Vormarsch des Bandenführers Judenitsch gegen Petersburg meldeten. Zwar wurde bald klar, daß die bürgerlichen Pressetrabanten in der unglaublichsten Weise gelogen hatten. Man versteht schon gar nicht mehr, was sie sich von solchen ungeschickten und übertriebenen Lügen eigentlich versprechen. Wie oft innerhalb weniger Tage meldeten sie den Fall von Kronstadt, von Petersburg selbst, die Eroberung wichtiger Zwischenorte, und nach ein bis zwei Tagen kam heraus, daß alles Schwindel war. Offenbar sind sie so ans Lügen gewöhnt, daß sie es schon ohne bestimmten Zweck und Nutzen tun.

Trotzdem ist die Lage ernst und zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, läßt sich von hier aus, mit den unsicheren Nachrichten, die wir in Deutschland haben, noch keineswegs übersehen, ob unsere russischen Genossen dem Ansturm des Judenitsch zugleich mit der erneuten Blockade werden widerstehen können. Denn man darf ja nicht vergessen, daß die Schmocks nach beiden Seiten lügen, je nachdem es ihnen in den Kram paßt, oder je nachdem sie dafür bezahlt werden. Wenn es also jetzt heißt, Judenitsch habe nur 15 000 Mann zu seiner Verfügung, so darf man das auch nicht glauben. Das sagen sie jetzt, um seine Mißerfolge zu beschönigen. In Wirklichkeit werden es schon verschiedene Tausend mehr sein. Also die Gefahr ist groß, darüber wollen wir uns keiner Selbsttäuschung hingeben. Aber nur die Gefahr für die Personen. Wieder einmal, wie so oft in ihrem Leben, stehen unsere russischen Genossen mit Leib und Leben für die Sache des Kommunismus ein. Wie so lange Jahrzehnte hindurch in ihrem Kampf gegen die Zarenherrschaft, der sie durch Kerker und Banden, nach Sibirien und in die Verbannung und — wie oft! — hart am Galgen vorbeigeführt hat, so sehen sie auch heute wieder dem Tode ins Auge, bereit, alles zu opfern für die heilige Sache!

Aber was vor einem Jahr galt, das gilt heute in erhöhtem Maße. Ein weiteres Jahr hat die neue Organisation Zeit gehabt, sich einzuleben und zu befestigen; kein Gott und kein Teufel wird sie mehr aus dem Herzen des russischen Volkes herausreißen. Um so weniger, als kein Mensch weiß, was denn eigentlich an ihre Stelle treten soll. Einig sind sie sich jetzt in dem Bestreben, die Sowjetregierung zu stürzen; zu dem Zweck hetzen sie Räuberbanden von allen Seiten und scheuen sich nicht, immer aufs neue die Brandfackel des Krieges ins friedliche Land zu schleudern, obgleich sie nach fünf Jahren des Grauens recht gut wissen, was Krieg bedeutet. Aber wenn ihr Vorhaben gelingen sollte, was dann? Darüber beginnt jetzt sogar in der Bourgeoisie selbst einige Sorge aufzutauchen. So schrieb z. B. ein so ausgesprochenes Kapitalistenblatt wie der „Berliner Börsen-Courier“ am 21. Oktober:

„Eine Regierungsform, die unter so furchtbaren Bedingungen wie die Sowjetrepublik sie trug, zwei Jahre lang standhielt, ist mit der Redensart von der „inneren Notwendigkeit“ ihres Zusammenbruchs nicht erledigt. Abgesperrt von der Welt, den getreidereichsten Gebieten, von fast jedem Zugang zur See, der Kohle, jeder Zufuhr von Rohstoff und unentbehrlichem Werkzeug beraubt, unter unablässigem Krieg hat die Sowjetrepublik ihr Leben erhalten und sogar mit dem Wiederaufbau auf unerprobten Grundlagen begonnen. Das ist trotz Blut und Greueln ein Beweis der Kraft, den die vielfältige Schar der Gegner auch im Sieg nicht erbracht hat.“

Freilich, diese Anerkennung kommt erst in dem Augenblick, als man Lenin und seine Freunde bereits erledigt glaubte. Und dennoch, welch gewaltiges Eingeständnis liegt darin! In wieviel vorteilhafterer Lage befindet sich z. B. die deutsche Regierung. In wieviel besserer noch die englische, die französische, die italienische. Und wo ist eine von ihnen, die von sich

sagen könnte und von der sogar der Gegner sagen müßte: sie hat mit dem Wiederaufbau begonnen? Rettungslos treiben sie alle dem Zusammenbruch, ihre Völker dem wirtschaftlichen Untergang entgegen, und nur die eine einzige russische Sowjetregierung kann von sich sagen, daß sie den Weg zu neuem Leben gefunden und kraftvoll betreten hat.

Und gerade deshalb — was soll werden, wenn Ihr sie stürzt? Der „Börsen-Courier“ fährt fort:

„Gedankenlose mögen das Ende der Leninrepublik schon als solches für eine Lösung halten. In Wahrheit beginnt erst hinter diesem Zusammenbruch die Frage, die das russische Schicksal den Völkern stellt. Die Truppenführer, die jetzt in Petersburg einziehen und gegen Moskau vordringen, sind weit davon entfernt, eine Antwort zu geben. Viel eher sind sie ein Sinnbild der Ungewißheit über alles, was aus Rußland, durch Rußland werden soll. Wäre die militärische Kraft Sowjetrußlands größer gewesen, seine innere Festigkeit hätte wider diese Feinde vollauf genügt. Die Bolschewistenrepublik bestand immerhin durch eine Idee: einen Gedanken politisch-weltbürgerlicher und zugleich national-organisatorischer Fassung. Welches ist die Idee, deren Träger die Judenitsch, Kolttschak, Denikin, Awalow-Bermondts sind? Im besten Fall: die großrussische. Aber diese Generäle sind vorläufig noch Mitkämpfer des Verbandes, der ebenfalls keinen Gedanken einzusetzen hat, als höchstens den recht unbestimmten eines „demokratischen Rußland“. Was wird, nach dem Sieg, die Verbündeten noch zusammenhalten? . . . Frankreich will Polen stärken, damit es eine Mauer zwischen Deutschland und Rußland sei; England beschützt die nordwestlichen Randstaaten, denn es will die Ostsee beherrschen, und es hat sich beeilt, bei der Einnahme Petersburgs zuzugehen zu sein. Den russischen Befreiern aber schwebt, neben einem geeinigten Großrußland, als Ziel die monarchistische Wiederherstellung, die gründliche Rache an den Demokraten aller Farben und später, will's Gott, auch wohl an den fremden Bundesgenossen vor. Sie werden, läßt man sie schalten, mit Massenhinrichtungen, sullanischen Aderlässen und Pogromen den roten Schrecken durch den weißen überbieten.“

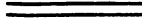
Und doch sind das alles nur erst die politischen Schwierigkeiten. Weit furchtbarer, unüberwindlich, recken sich dahinter die wirtschaftlichen. Den Mächten der Entente liegt ja herzlich wenig an der angeblichen „Befreiung“ Rußlands. Sie wollen, nach der alten kindischen Diplomatenregel, bei der Aufstellung dieser bisherigen Großmacht ihren Anteil haben. Sie brauchen vor allen Dingen neuen Spielraum für ihren Imperialismus. Denn der Weltkrieg und ihr Sieg soll doch das kapitalistische System bei ihnen stützen und vergrößern. Also brauchen sie neues Kolonialgebiet. Und hier bietet sich ihnen ein solches in der riesigen Ausdehnung von der polnischen Grenze bis zum fernsten Ostasien. Darauf also muß ihre Politik eingestellt sein: aus diesem Lande Profit herauszuholen für das englische, französische, italienische u. a. Kapital. Hier zeigt sich erst so recht der eigentliche Gegensatz, um den die gegenwärtigen Kämpfe geführt werden: die Bolschewiki wollen die wirtschaftlichen Kräfte des Landes wecken und organisieren, damit das russische

Volk selbst davon leben und mit der Zeit behaglich leben kann; die Imperialisten der Entente wollen Profit für die Kapitalisten ihrer Länder heraus-holen. Was die Folge sein muß, wenn sie siegen, das beschreibt der „Börsen-Courier“ mit den Worten:

„Ein furchtbarer Winter, gräßlicher vielleicht als einer seit Jahren, senkt sich über das unglückliche russische Land; und die Welt weiß noch längst keinen Rat. Glaubt man, der gemeinsame Sieg begehrtlicher Auslandmächte und reaktionärer, aufeinander eifersüchtiger Generäle werde die fürchterliche Zerrüttung der aufgelösten Sowjetrepublik in Ordnung und Frieden, die Not des Volkes in einen ertragbaren Zustand verwandeln?“

Nein, ganz gewiß nicht. Und an uns „Bolschewiki“ und Kommunisten der anderen Länder ist es, der Welt die grauenhaften Folgen eines etwai-gen Sturzes der Sowjetregierung aufzuzeigen.

(„Lichtstrahlen“, 5. November 1919).



In Amerika.

(„The Voice of Labor“, August 1919).

Die Enteignung der Eisenbahnen.

Wir entnehmen dem Artikel des Genossen Casey Jones, eines amerikanischen Kommunisten, folgende Angaben über die Situation auf den amerikanischen Eisenbahnen:

„In einer Erklärung, die er neuerdings den Zeitungen gemacht hat, sagt Warren S. Stone, Vorsitzender der Genossenschaft der Lokomotivmaschinisten (Grand Chief of the Brotherhood of Locomotive-Engineers): „Unser Projekt (gekennzeichnet durch den pittoresken Namen „Plumb-Plan“) beabsichtigt den Uebergang der Arbeiterorganisationen, deren Forderungen auf eine Lohnerhöhung abzielen, zu einer Arbeiterorganisation, deren Kampfziel es ist, das System der Verteilung des Reingewinnes umzuändern.“

Die Eisenbahner Amerikas haben es satt, unaufhörlich Lohnerhöhungen zu fordern, die doch nicht ausreichen, um sich auf der Höhe der Verteuerung der Lebensmittel zu erhalten.

Die Genossenschaft der Maschinisten verlangt, daß entweder 1 Milliarde Dollar jährlich ausgeworfen werden, um die Steigerung der Löhne zu sichern, oder daß die Regierung die Eisenbahnen verstaatlicht und den Arbeitern die Sorge für ihre Leitung überläßt“.

Casey Jones zitiert diese Worte, deren Mäßigung hervorzuheben ist und die von einem Führer kommen, den niemand als Revolutionär bezeichnen wird, in seinem Artikel und fügt selbst hinzu, daß es sich also darum handelt, „die Kapitalisten vor die Tür zu setzen“. Kurz und bündig! „Den Eigentümern des Kapitals darf nicht gestattet werden, sich in die Leitung der Produktion einzumischen“. Dieselben gemäßigten Elemente bestehen darauf, daß die Regierung beim Auskauf der Eisenbahnen „ihren Wert und weiter nichts“ zu bezahlen hat. Der von den Maschinisten ausgearbeitete Auskaufsplan bezweckt, die Kapitalisten vollständig auszuschließen. Die Eisenbahnen würden danach von einer Kommission von 15 Mitgliedern verwaltet werden, nämlich fünf Vertretern der Bevölkerung, die vom Staat ernannt werden, fünf Vertretern der Beamten und fünf Vertretern der organisierten Arbeiter. Der Betriebsgewinn wird zwischen den Arbeitern und dem Staat geteilt. Sobald er 5 Proz. übersteigt, tritt eine automatische Ermäßigung der Eisenbahntarife zugunsten der gesamten Be-

völkerung ein. — „Entweder dieses sofort — oder der Ausstand!“ — erklären die amerikanischen Arbeiter kategorisch. Und den bürgerlichen Parlamentarismus verachtend fügen sie hinzu: „Wir haben weder Anteil an der Macht, noch Stimmrecht, aber wir haben die Möglichkeit zu streiken“. Man ist sich dessen derart bewußt, daß der amerikanische Kongreß diese Forderungen eingehend studiert.

Allerdings — und unsere amerikanischen Genossen wissen das auch sehr gut — zeugt dieses Projekt der Enteignung der Kapitalisten durch eine kapitalistische Regierung vom revolutionären Standpunkt aus von einer gewissen Naivität. Aber es darf nicht übersehen werden, daß es sich um ein Projekt der Gemäßigten handelt und daß es diese sind, die den Ausbeuter „vor die Tür setzen“ wollen und sich die Kraft zutrauen, der Regierung ein derartiges Ultimatum zu stellen.

Die Verräter der American Federation of Labour.

In Amerika, wie überall, sind die schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse diejenigen, die sich des Namens von „Sozialisten“ und „Vertretern des Proletariats“ bedienen, um sie zu verraten. Die von Samuel Gompers gebildete „American Federation of Labour“ ist in den Vereinigten Staaten ihr bedrohlichstes Werkzeug. Der amerikanische Kommunist Joe Tillott zählte in 18 Punkten die Kriminalverbrechen des Kongresses der A. F. L. auf, der jüngsthin in Atlantic City stattgefunden hat. Wir kürzen ab und das wenige, was wir anführen, wird genügen.

1. Dadurch, daß sie den Generalaufstand vom 4. Juli*) verurteilte und die Internationale Union zur Verteidigung der Arbeiter feige als Inspirator dieses Streiks denunzierte, hat die A. F. L. veranlaßt, daß Tom Mooney zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde.
- ... 4. Die A. F. L. hat den Ausstand in Winnipeg unbeachtet gelassen. Gompers hat den Streik in Seattle von der Tribune herab lächerlich gemacht.
- ... 6. Sie hat an die Regierung die Forderung gestellt, die irische Republik anzuerkennen und die Republik der Sowjets nicht anzuerkennen.
7. Sie hat das russische Volk zur Hungersnot verurteilt. Dadurch, daß sie es ablehnte, die Aufhebung der Blockade zu fordern, und dadurch ihre Solidarität mit den Imperialisten der ganzen Welt bekundet.
8. Sie hat eine Resolution, die die Befreiung der politischen Gefangenen forderte, zurückgewiesen und erklärt, daß die Mehrzahl der gefällten Urteile vollständig gerechtfertigt sei.

*) Es handelte sich darum, gewaltsam die Freilassung des ungerecht verurteilten revolutionären Kämpfers T. Mooney zu erlangen.

Die A. F. L. hat es abgelehnt, die Sowjets der amerikanischen Soldaten und Matrosen zu unterstützen, die Deportation ausländischer Staatsangehöriger und die Kriegsgesetzgebung gegen die Spionage zu bekämpfen, deren schamloser Mißbrauch zahllose Opfer fordert, und das Gesetz des imperialistischen Völkerbundes über die Arbeit akzeptiert!

So sind die Sozialverräter Amerikas. Ihre zynische verräterische Politik wird uns verständlich, wenn wir in Betracht ziehen, daß „ein Drittel der Kongreßdelegierten — wohlgemerkt der Delegierten von Arbeitern an einem Arbeiterkongreß! — aus Arbeitgebern, aus Kapitalisten bestand“.

Diese Unerhörtheit erklärt alles und zwar so deutlich, daß von jetzt an die famose Gomperssche gegenrevolutionäre Organisation, wie auch ihr politischer Bluff und die Unterstützung, deren sie sich seitens der Regierenden erfreut, beschaffen sein mag, als bankrott anzusehen ist.

Selbst auf ihrem Kongreß haben die Delegierten (von Seattle) und Grow (von Los Angeles) den Kampfwillen der Arbeiter kundgegeben. Die Generalausstände von Seattle und Winnipeg haben den Kredit der A. F. L. und ihrer Beamtenoligarchie untergraben. In New-York trennen sich die Zimmerleute, die Ziegeleiarbeiter und die Hüttenarbeiter von den alten Organisationen und schließen sich der „Einigen Großen Union“ an. Dieselbe Bewegung macht sich bei den Druckereiarbeitern geltend. Die Kürschner organisieren ihre Shop Steward Committees (eine rein sowjetistische Organisationsform); die Konfektionsarbeiter bilden ihre Arbeiterräte (Sowjets). Die gesamte Textilindustrie reformiert sich auf revolutionärer Grundlage.

One Big Union.

One Big Union — ein Einiger Großer Bund — das ist zur Zeit das magische Schlagwort der kanadischen und amerikanischen Arbeiter. Während der großen Ausstände, die jüngst in Kanada stattfanden und gegenwärtig in den Vereinigten Staaten stattfinden, hat sich diese Idee machtvoll bestätigt. Der Genosse B. Gitlow schreibt aus diesem Anlaß, daß die „Idee des Zusammenarbeitens der Klassen Bankrott gemacht hat“ und daß „die Arbeiter nicht länger darüber im Zweifel sein können, daß der Arbeitgeber nicht nur in seiner Fabrik wie ein „Kaiser“ regiert, sondern daß er auch die gesetzliche Regierung des Landes ist“. Im Hinblick auf diese Lage der Dinge, wendet er sich mit folgenden Worten an die Arbeiter:

„Arbeiter, Genossen, Bundesbrüder, vereinigt Eure Kräfte! Vereinigt Eure starken Verbände zu einer machtvollen Union! Eure Organisation soll nicht zerstört werden, aber sie muß auf ihre Unabhängigkeit verzichten, um sich mit allen übrigen Organisationen Eurer Industrie zu einem einzigen Körper zu verschmelzen. Und die sämtlichen organisierten Industrien müssen ihre Kräfte in einer einigen großen Union vereinigen!“

Nehmen wir als Beispiel New-York, das gewerbliche und finanzielle Zentrum des Landes. Stellt Euch vor, daß hier eine einige große Union die in einen machtvollen Bund organisierten Arbeiter der Post, der Marine, des Transportgewerbes, die Bauarbeiter, die Chauffeure, die Eisenbahner, die Konfektions-, die Textil-, die Druckerei-Arbeiter usw. kontrolliert. Ein Ausstand einer solchen Union würde die Ausbeuter terrorisieren.

Ihr wollt das Ende der Ausbeutung, das Ende der Aussperrungen, das Ende der Herrschaft der Minderheit über die Arbeiter. Ihr wollt ein Heim und die Möglichkeit, die Früchte Eurer Arbeit zu genießen. Ihr wollt die Herrschaft der Arbeiter und nicht die der Arbeitgeber. Vereinigen wir alle diese Forderungen in der Einigen Großen Union! Macht daraus die wirtschaftliche und politische Waffe der Arbeiter, deren Schlagwort ist: Nieder mit der kapitalistischen Diktatur! Es lebe die Arbeitermacht, wo ausschließlich die Arbeiter Stimmrecht haben! Die Industrie, die Transportmittel, die Finanzen müssen den Arbeitern gehören und von deren Organisationen kontrolliert werden!

Die Einige Große Union muß die große einige Armee der Arbeiterklasse sein.“

Die amerikanischen und kanadischen Arbeiter, die zur Zeit die Einige Große Union gründen, arbeiten für den Kommunismus.

Lebt wohl, Genossen!

Die Statistiken des amerikanischen Auswanderungsbüros melden, daß mehr als zwei Millionen ausländischer Arbeiter kürzlich Amerika verlassen haben, um sich wieder nach Europa zu begeben. „The Voice of Labour“ veröffentlicht aus diesem Anlaß unter dem Titel „Lebt wohl, Genossen“ einen offenen Brief eines alten russischen Emigranten unter dem Pseudonym „Iwan Iwanowitsch“ an die „Vollblutamerikaner“. Wir geben hier einige Stellen wieder, die die Lage in den Vereinigten Staaten recht gut kennzeichnen.

„Wohlan denn, lebt wohl, Genossen! Ich kehre nach Hause zurück, in das erste Land der Welt, wo sich die Arbeiter zu Hause fühlen, nach Sowjetrußland!

Während 18 Jahren haben wir uns zusammen abgequält in den Staaten Washington, Oregon, Dacota, Newada und Utah, in Chicago, Cleveland und Pittsburg etc. etc. Laßt mich Euch jetzt sagen, warum ich gehe... Ihr lebt in einem demokratischen Lande. Wenn Ihr streikt, verurteilt der Richter (für den Ihr gestimmt habt) Euch zu verschiedenen Strafen. Der Polizeichef (Ihr habt für ihn gestimmt) sendet seine Spitzel gegen Euch. Der Gouverneur (Ihr habt zu seiner Wahl beigetragen) ruft die Miliz, um Euren Streik zu unterdrücken.

Eine Bande von Henkern im Solde von John D. Rockefeller füllert die streikenden Bergleute von Colorado, verbrennt ihre Häuser, in denen Frauen und Kinder umkommen, — und niemand wird bestraft! Eine Bande von Henkern im Solde der Phelps-Dodge Company von Bisbee setzt fünfhundert Kupferminenarbeiter in der Wüste aus, unter ständiger Bedrohung durch Kanonen, — und niemand wird bestraft. Ein Angestellter der Handelskammer, ein Distriktsanwalt Namens Fickert (auch ihm habt Ihr zur Wahl verholten) verurteilt durch gemeine Machenschaften Tom Mooney zu lebenslänglichem Gefängnis — und niemand wird bestraft, außer Mooney! Ja, Ihr regiert dieses Land! Ebenso gut könnte man sagen, Ihr regiert die Hölle!

Amerika ist heute für die Kapitalisten die reichste Goldmine, die die Welt je gesehen hat. Die amerikanischen Kapitalisten haben soviel Millionen zusammengerafft — sie sind mit Eurem und meinem Schweiß erkauft —, daß sie die ganze Welt absuchen, um sie anzulegen... Mexiko, China, Sibirien...“

Aber wenn es sich um die Bezahlung der Kriegskosten handelt, so sind die Gesetzgeber des demokratischen Amerika unverschämt genug, die Bedarfsartikel der Armen zu besteuern. Eine Steuer von einem Cent wird sogar von jedem Kinobillet erhoben. Der Arbeitslohn hat sich zwar verdoppelt, aber der Preis eines Schweinskotelettes hat sich in der gleichen Zeit vervierfacht. Weiter heißt es in dem Brief:

„Als die hungernden Textilarbeiter von Lawrence, Mass., die 14—20 Dollar in der Woche verdienen, sich einer Lohnkürzung durch den Streik widersetzen, ließen die von den Arbeitern gewählten Behörden Maschinengewehre in den Straßen auffahren. Die bürgerlichen Zeitungen nannten diese Tatsache das einzige Mittel, um den Bolschewismus zu unterdrücken. Wenn Ihr also Brot verlangt, so nennt man Euch Bolschewiki und droht Euch mit Erschießen.“

In kurzen Worten ist in folgendem die Lage des Arbeiters in dem freien demokratischen Lande der Herren Wilson, Vanderbilt und Rockefeller geschildert:

„Wenn Ihr zu alt werdet und nicht mehr schnell genug arbeiten könnt, wenn man billigere Arbeitskräfte finden kann, wenn Euer Gesicht einem launischen Meister mißfällt, wenn Ihr in einer Unionsversammlung den Mund aufmacht, wenn Ihr um bessere Existenzbedingungen kämpft, so versetzt man Euch einen Fußtritt...“

Aber was tun? Darauf haben die russischen Arbeiter der Welt die Antwort gegeben. Und die große Besorgnis der transatlantischen Kapitalisten ist, daß sich die amerikanischen Arbeiter dessen bewußt werden. So hat man sich denn ausgedacht, die Amerikaner einzuteilen in „Voll-

blutamerikaner“ und solche „fremder Abstammung“, um durch diese Spaltung sie auch weiterhin ausbeuten zu können. Unser Genosse beendet seinen Brief an die „Vollblutamerikaner“ folgendermaßen:

„Was mich anbetrifft, so habe ich es satt, der Sklave irgend eines Millionärs zu sein; auch will ich nicht mehr mit meiner Arbeit von der Gnade irgend eines bornierten Meisters abhängen.

Ich will unter freien Arbeitern leben und arbeiten. Ich will den Rest meines Lebens der Arbeit für eine schönere Zukunft der von ihren Parasiten befreiten Menschheit widmen. Ja, ich ziehe selbst vor, lieber zu sterben im Kampf mit den Feinden der neuen Gesellschaft, in dem Rußland der Arbeiter, als den Rest meiner Kräfte zu vergeuden im Frondienst der amerikanischen Millionäre, um dann vor Erschöpfung zu krepieren wie ein Hund am Straßendam — und Söhne und Töchter zu hinterlassen, die diese traurige Geschichte von neuem beginnen müßten.“

V. S.





Bericht über die kommunistische Bewegung und über die allgemeine politische Lage in Deutsch-Österreich.

I.

Die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs wurde nicht durch die Notwendigkeit als neues Gebilde gegründet, sondern entsprang der Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Der Streik im Januar 1918, der trotz der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie infolge der Unterhandlungen von Brest-Litowsk ausbrach, ließ eine Anzahl nicht befriedigter Elemente zurück. Der sozialdemokratischen Partei gelang es, den damaligen linken Flügel, der unter der Führung der sogenannten Linken (Schlesinger, Danneberg etc.) stand, wieder an sich zu ziehen. Einzelne Genossen und Genossinnen machten jedoch diesen Anschluß nicht mit. Es bestanden zwei Richtungen außerhalb der sozialdemokratischen Partei, und zwar eine kleine kommunistische Gruppe und eine Gruppe von Intellektuellen, die sich Linksradikale nannten. Schließlich wurde die Gründung der kommunistischen Partei vollzogen. Dieser gehörten in ihrer Mehrzahl Intellektuelle und einige Arbeiter an. Die Tätigkeit beider Gruppen war nicht darnach angetan, im Proletariat festen Fuß zu fassen.

Dies war der Zustand in der Zeit, als die Genossen Heimkehrer aus Rußland nach Oesterreich kamen. Unsere Aufgabe, die vollzogen werden sollte, war nun folgende: Einigung aller revolutionären Gruppen und ihr Zusammenschluß zu einer kommunistischen Partei. Die Schwierigkeiten waren groß. Der Zwiespalt zwischen den Linksradikalen und der neuformierten Gruppe der Kommunisten war ungeheuer. Dazu kam, daß die damals bestehende Zeitung „Der Weckruf“ schlecht redigiert wurde.

Unsere Tätigkeit richtete sich daher darauf, die beiden Gruppen, Linksradikale und Kommunisten, die eine formelle Einigung beschlossen hatten, auch praktisch zu vereinen.

Die Partei selbst hatte unter dem Proletariat absolut keinen Anhang, und es bestand die Notwendigkeit, den Gedanken des Kommunismus überhaupt erst einmal in die Massen zu tragen. Dies gelang dadurch,

daß wir uns mit unserer propagandistischen Arbeit in erster Linie an die Arbeitslosen, die Invaliden und die Heimkehrer wandten. Wir gingen von dem Gesichtspunkt aus, daß diese Schichten des Proletariats infolge ihrer schlechten sozialen Lage für die kommunistische Propaganda am zugänglichsten sind. Die Möglichkeit, Eingang in diese Schichten zu finden, war dadurch gegeben, daß die aus Rußland Heimgekehrten vom Staat ohne jede Unterstützung blieben, anderseits infolge der wirtschaftlichen Depression keinen Lebensunterhalt fanden. Die Invaliden waren lediglich darauf angewiesen, was sie sich durch Bettel erwarben, die Arbeitslosen erhielten eine ganz unzureichende Unterstützung. Es gelang gar bald, den kommunistischen Gedanken in diese Schichten hineinzutragen und sie für uns zu gewinnen.

Die Arbeit, die in den vorerwähnten drei Gruppen durchgeführt wurde, brachte Lebendigkeit in die Partei. Erst jetzt zeigte sich der Öffentlichkeit gegenüber, daß eine kommunistische Partei überhaupt bestand. Uns war es klar, daß unsere Tätigkeit in erster Linie und hauptsächlich auf dieses Gebiet verlegt werden mußte. Obgleich wir durch intensive Arbeit, wenn auch langsam, so doch stetig in den einzelnen Bezirken und in der Provinz unter den Fabrikarbeitern Fuß fassen konnten, war die Partei eigentlich noch niemals zur rechten Aktivität gekommen. Die Ereignisse in Ungarn und in Bayern sollten die kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs zur Handlung zwingen. Es wurde im Parteivorstand der Antrag gestellt, eine Reichskonferenz der Vertrauensmänner einzuberufen. Diese Konferenz fand statt, und es wurde beschlossen, in Aktivität einzutreten, d. h. es sollte jeder Anlaß benutzt werden, um greifbar Stellung zu nehmen, den Standpunkt der kommunistischen Partei in jeder politischen Situation hervorzukehren.

Da die Demonstrationen der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer, die diese zur Durchsetzung ihrer Forderungen veranstaltet hatten, von der Polizei brutal niedergeknüppelt wurden, verlangten die Proletarier dieser drei Gruppen gebieterisch und immer stürmischer, die Partei möge für ihre Forderungen eintreten. Am 18. April wurden an drei verschiedenen Orten Demonstrationsversammlungen veranstaltet mit der Parole: sich vor dem Parlament zu versammeln und der Regierung ein Ultimatum zu überreichen. Die Züge zum Parlament vollzogen sich in Ruhe. Als jedoch die Abordnung der Demonstranten nicht Eingang fand, begann die aufgeregte Masse die Türen und Fenster des Parlaments zu zertrümmern. Dies war der Anlaß, daß die Polizei in gewohnter Weise einschritt. Diesmal hatte das Proletariat jedoch keine Lust mehr, sich von den Polizeisäbeln niederknütteln zu lassen. Da es teilweise bewaffnet war, setzte es sich zur Wehr und empfing die heranstürmenden Polizisten mit Revolverschüssen. Die Polizei mußte weichen. Barrikaden wurden errichtet, einzelne Waffenläden (Verkaufsgeschäfte) wurden gestürmt, und immer mehr Waffen kamen in die Hände der Proletarier. Die Situation war eine derartige, daß sich die Wache, ohne ein Kommando abzuwarten, zurück-

zog. Sie wurde im Rathaus versammelt, und der Polizeidirektor legte ihr die Frage vor, ob sie bereit sei, die bestehende Gesellschaftsordnung weiter zu verteidigen. Die Stimmung der Wachmannschaft war, daß sie bereit waren, alles zu tun, nur nicht ihr Leben auf den Straßen für die momentane Ordnung einzusetzen. Die Volkswehr rückte trotz des Befehls der Regierung nicht aus. Wir haben Nachrichten darüber, daß die Regierung an diesem Tage vollständig ratlos der Situation gegenübergestanden hat. Das Proletariat war Herr der Situation vor dem Parlament und in den umliegenden Straßen. Es entwaffnete einzelne Abteilungen der Polizei, und um 8 Uhr abends wurde das Parlament von den Demonstranten angezündet. Die Feuerwehr wurde verhindert, den Brand zu löschen. Nach den Berichten über die momentane Lage und nach dem Zustand, in dem sich die Regierung befand, war es selbstverständlich, die Bewegung weiterzutreiben. Während der Debatten über diese Frage erschien Friedrich Adler. Er sagte zwar, er komme als Privatperson, für uns war es jedoch klar, daß Adler als Bevollmächtigter der sozialdemokratischen Parteileitung gekommen sei. Adlers erste Frage war: was gedenkt die kommunistische Partei in der momentanen Situation zu tun? Ein Vertreter der kommunistischen Partei erklärte, die Situation sei so, daß wir gewillt seien, die Bewegung weiterzutreiben, da die Polizei der angreifende Teil gewesen ist und wir in Notwehr handelten. Friedrich Adler, dem man an seiner Haltung und an seiner Sprache anmerken konnte, daß die Sozialdemokratie sowie die Regierung die Bewegung fürchteten, erklärte, er (damit meinte er wahrscheinlich die sozialdemokratische Partei) werde im Fall der eventuellen Proklamierung einer Räterepublik nichts für und nichts gegen unternehmen, sondern sich vollständig passiv verhalten. Die Sozialdemokratie war in einer Lage, wo sie gegen uns nicht Stellung nehmen konnte, für uns aber nicht eintreten wollte.

Da von der Rechten buchstäblich abgeblasen wurde, gelang es Friedrich Adler, den Moment auszunutzen, um in einer mehr als einstündigen Rede der Versammlung zu beweisen, daß die eventuelle Proklamierung der Räterepublik für die Proletarier nur von Schaden sein könnte. Bei der nachher durchgeführten Abstimmung blieben wir mit drei Stimmen in der Minorität. Es wurde ein Antrag der Rechten angenommen, die Fabrikvertrauensmänner zu befragen, ob sie anlässlich der Ereignisse beim Parlament für einen Generalstreik eintreten wollten. Weiter wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, das das Proletariat zu weiteren Aktionen auffordern sollte.

Die Fabrikvertrauensmänner versammelten sich erst am Abend des folgenden Tages und beschlossen, daß ein Generalstreik unmöglich sei. Auch der Beschluß, ein Flugblatt herauszugeben, wurde nicht durchgeführt. Auch die „Soziale Revolution“ erschien in dem Augenblick nicht, wo es gerade am notwendigsten gewesen wäre. Mit einem Wort: die Rechte sabotierte jede Handlung.

Das Resultat dieser Handlungsweise der Rechten zeigte sich auch sehr

bald. Früh am anderen Tage, als die Öffentlichkeit die Stellungnahme der kommunistischen Partei zu den Ereignissen noch nicht wußte, war alles in Furcht. Jeder legte sich die bange Frage vor: Was wird die kommunistische Partei nun tun? Die bürgerlichen Zeitungen erklärten, die Forderungen der Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslosen seien gerechtfertigt, es sei unbedingt notwendig, daß die Regierung den Wünschen dieser Armen Rechnung trage. Als jedoch offenbar wurde, daß die kommunistische Partei nichts unternimmt, setzte ein allgemeiner Angriff der Bourgeoisie gegen uns ein. An der Spitze marschierte die „Arbeiterzeitung“. Diese gab das Signal im Kampfe gegen uns. Am nächsten Tage schon erschienen ungeheure Plakate des Reichsvollzugsausschusses der Soldatenräte, durch die das Proletariat gewarnt wurde, Demonstrationen zu veranstalten.

Die kommunistische Partei war durch die Stellungnahme des rechten Flügels zur vollständigen Untätigkeit verurteilt. Obwohl wir durch die Fehler der Sozialdemokratie und durch die ungeheuer schlechte ökonomische Lage einen Riesenzug unter dem Proletariat verzeichnen konnten, war es trotzdem nicht möglich, diesen Massenzug in der Partei zu konsolidieren und eine wirklich aktive kommunistische Partei zu gründen.

Die ökonomische Lage in Oesterreich war eine sehr traurige. Es herrschte vollständiger Arbeitsmangel. Bei 6 Millionen Einwohnern 180,000 Arbeitslose. Rohstoffe waren überhaupt nicht vorhanden, Kohle fehlte gänzlich. Damals gab es nicht länger als für 2—3 Wochen Lebensmittel. Die Sozialdemokratie operierte in den proletarischen Massen mit dem Argument, daß bei Unruhen die Zufuhr von Lebensmitteln seitens der Entente eingestellt würde. Tatsächlich erschienen wiederholt Plakate, unterzeichnet vom Staatssekretär für äußere Angelegenheiten Dr. Otto Bauer sowie von dem Bevollmächtigten der ausländischen Missionen, Cuninghame, durch die den Arbeitern angedroht wurde, bei den geringsten Unruhen mit der völligen Sperrung der Lebensmittelzufuhr vorzugehen. Es ist natürlich, daß diese Drohungen auf das Proletariat einen großen Einfluß ausübten. Sicher war eins, daß, um Erfolge zu erzielen, den Verhältnissen der deutsch-österreichischen Proletarier angepaßt vorgegangen werden mußte.

Es begann sich wiederum eine gewisse Lebendigkeit in der Partei zu entwickeln. Am 15. Juni sollte wieder eine Aktion unternommen werden, deren reale Grundlage darin bestand, daß die Entente von der österreichischen Regierung den Abbau der Volkswehr verlangte. Diese Bewegung, die eine ganz gesunde war, wurde von uns aufgegriffen, und sehr gut geführt. Sie erweckte auch einen ungeheuren Aufschwung und die Sympathie der werktätigen Massen. Die Regierung merkte es und brachte durch einen überraschenden Entschluß die Bewegung jäh zum Stehen, dadurch, daß der Abbau der Volkswehr zurückgezogen wurde und sie in ihrem normalen Stande belassen, ja im Gegenteil ihr noch materielle

Zusicherungen gegeben wurden. Deshalb wurde beschlossen, die Bewegung in eine andere Bahn zu leiten, um zu einem wirksamen Abschluß zu gelangen. Da wurden aber in der Nacht vor dem 15. Juni 130 Genossen und Genossinnen, die irgendwie aktiv in der Partei tätig waren, während einer Vertrauensmännersitzung verhaftet. Die Demonstration am 15. Juni fand statt, und erst am Versammlungsort erfuhr das Proletariat, daß die Führer verhaftet seien. Die Massen wollten nun die Freigabe der Führer erzwingen. Sie drängten sich unbewaffnet zu dem Polizeigefangenenhaus und wurden dort von den Polizisten, die mit Gewehren und Maschinengewehren bereit standen, niedergeschossen. Offiziell wurden zwar nur 28 Todesopfer bekanntgegeben, in Wirklichkeit waren es aber mehr als 60 und mehr als 200 Verwundete. Auf Seiten der Polizisten war nur ein einziges Opfer zu verzeichnen. Die Masse setzte zwar durch, daß alle Verhafteten freigelassen wurden, aber das war mit schweren Opfern erkauft. Es begann nun eine wütende Hetze der Sozialdemokratie gegen uns, und sehr bald stellte sich eine Reaktion innerhalb der Masse ein.

II.

Die militärische Situation in Deutsch-Oesterreich ist folgende:

Deutsch-Oesterreich besitzt eine Volkswehr, in Wien außerdem Stadtschutzwache, ein Zwischenglied zwischen Volkswehr und Polizei, und 6000 Mann Polizei. In der Provinz gibt es in jeder einzelnen Stadt eine separate Stadtpolizei und außerdem die Gendarmerie, die an der Grenze und auf den Bahnhöfen verteilt ist. Die politische Richtung dieser Bewaffneten ist eine vollständig indifferente. Die Sozialdemokratie gibt sich die größte Mühe, die einzelnen Kategorien für ihre Partei zu gewinnen. Da sie als Regierungspartei verschiedene Möglichkeiten der Agitation hat, hat sie auch, oberflächlich betrachtet, die Leute auf ihre Seite. Wir haben aber durch unsere Agitation in der Volkswehr und in der Stadtschutzwache bisher immer Eingang gefunden. Revolutionäre Teile der Volkswehr bekannten sich zur Kommunistischen Partei. Wir hatten von zirka 150 Soldatenräten 30 kommunistische zu verzeichnen. Die Volkswehr war aber immer nur dann in Aufregung zu bringen, wenn es sich um ihre eigenen materiellen Forderungen handelte. Das, was von der Volkswehr gilt, das gilt auch von allen anderen militärischen und Sicherheitstruppen. Die Volkswehr setzt sich zusammen aus den indifferentesten Leuten, einfach gesagt — aus dem Lumpenproletariat. Die Rückgratlosigkeit und Unzuverlässigkeit der Volkswehr in revolutionärer Beziehung zeigte sich gerade in den letzten Tagen, wo nach einer planmäßig eingesetzten Hetze der Sozialdemokratie die vollständige Auflösung des am meisten mit der kommunistischen Idee durchsetzten Bataillons 41 vor sich ging.

In der Volkswehr wurden wohl einige Aktionen durchgeführt, die zwar revolutionierend für den Moment wirkten, aber nicht von dauernder bleibender Erscheinung waren. So hatte der Staatssekretär für Heereswesen,

Sozialdemokrat Dr. Julius Deutsch, ein braver Satrap der Bourgeoisie, vor vier Monaten auf Vereinbarung mit der Bourgeoisie ein Dekret herausgegeben, laut welchem die Volkswehr einen Eid auf die Verfassung der deutsch-österreichischen Republik leisten sollte. An dem Tage, da der Schwur auf die deutsch-österreichische republikanische Verfassung hätte durchgeführt werden sollen, weigerten sich jedoch größere Truppenteile der Volkswehr, diese Eidesformel zu leisten und drohten gegen die anderen sich gefügig zeigenden Volkswehrbataillone mit Waffengewalt einzuschreiten. Die bereits zum Schwur aufgestellten Bataillone mußten, um einen Zusammenstoß zu verhüten, von der Regierung zurückgezogen werden. Es unterblieb die Eidesleistung, und bis zum heutigen Tage haben die Wiener Volkswehrbataillone noch keinen Eid auf die republikanische Staatsverfassung geleistet.

Als aber von der Regierung die Eidesformel nicht mehr verlangt wurde, war auch schon wieder das revolutionäre Gefühl der Volkswehrleute verschwunden.

Auch anlässlich des von der Entente verlangten Abbaus der Volkswehr zeigte sich das gleiche Bild. In dem Moment, wo die Regierung den Abbau der Volkswehr zurückzog, war auch schon die Bewegung in der Volkswehr vollständig erledigt. Die sozialdemokratische Partei betreibt durch ihre Organe in allen Abteilungen der bewaffneten Macht ununterbrochene Agitation für ihre Partei. Auch wir geben unsererseits für die Volkswehr die Zeitung „Der rote Soldat“ heraus.

III.

Die kommunistische Presse leidet seit der Gründung der Partei Mangel an geeigneten Kräften. Bis zum heutigen Tage sind wir nicht imstande gewesen, eine tägliche Presse zu schaffen. Wir haben den Titel unserer Zeitung den Verhältnissen entsprechend dreimal geändert. Als erstes Blatt wurde „Der Weckruf“ herausgegeben, der eine Auflage von 5000 hatte. Später wurde die Zeitung in „Die soziale Revolution“ umbenannt. Die Auflage steigerte sich langsam, die Zeitung fand nur schwer Aufnahme in den Betrieben, da die sozialdemokratischen Vertrauensmänner mit allen Mitteln, auch denen der Gewalt, jene Genossen, die die Zeitung in den Betrieben verkauften, daran hinderten. Das Blatt wurde später in „Die Rote Fahne“ umbenannt. Momentan hat die Zeitung eine Auflage von 23,000 und erscheint wöchentlich einmal.

Für die Alpenländer wurde eine eigene Zeitung herausgegeben, ebenso für die Soldaten „Der Rote Soldat“ und für die jugendlichen Arbeiter „Die Kommunistische Jugend“. Außerdem wird für die Bauern eine besondere Zeitung, betitelt „Bauernbücherei“, und für die Arbeiterräte eine Rätezeitung herausgegeben. Auch Broschüren sind erschienen. Flugblätter werden in großem Maße verbreitet. Wir werden in der kürzesten Zeit daran gehen, die Zeitung als Tageblatt erscheinen zu lassen.

IV.

Erwähnt zu werden verdient, daß die Föderation revolutionärer Sozialisten infolge verschiedener Umstände in die Kommunistische Partei aufgegangen ist. Es ist die aus den Tatsachen hervorgegangene Notwendigkeit des Zusammenschlusses der revolutionären Elemente. Durch den Zusammenschluß existiert momentan nur eine revolutionäre Partei, die kommunistische, und außerdem eine kleine anarchistische Vereinigung, die als den Hauptpunkt ihres Programms den herrschaftslosen Sozialismus und Ausschaltung jeder Gewalt aufgestellt hat.

Das Verhältnis der Provinzgruppen zur Zentrale ist ein sehr mannigfaltiges. Die Gruppen in Nieder- und Oberösterreich arbeiten vorzüglich. Ein ganz besonderes Kapitel bildet Steiermark. Dort übersteigt die Rücksichtslosigkeit der Sozialdemokratie alle Grenzen und gleicht sehr den Handlungen Noskes. Unsere Genossen in Steiermark befinden sich andauernd im Kerker, und erst jetzt wieder sind gegen 40 Genossen und Genossinnen nach einer 18-wöchigen Untersuchungshaft freigegeben worden. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß das Zusammenarbeiten der Provinz mit der Zentrale als gut zu bezeichnen ist, da die Direktiven der Zentrale eingehalten werden.

V.

Das System der Arbeiterräte, wie es derzeit in Deutschösterreich besteht, ist eine Errungenschaft der Kommunistischen Partei. Wir mußten durch Wochen hindurch einen schweren erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie führen, um zu ermöglichen, daß die Arbeiterräte wenigstens formell den Händen der Sozialdemokraten entwunden wurden. Obwohl wir in den Arbeiterräten im Verhältnis zu den Sozialdemokraten nur ganz schwach vertreten sind, beherrschen wir doch den Bezirks-, Kreis- und Reichsarbeiterrat. In einigen Wochen vollziehen sich die Neuwahlen in den Arbeiterrat.

Unsere Tätigkeit in den Räten ist die der Opposition, diktiert von den politischen Verhältnissen. Zur Aufklärung der Arbeiterräte geben wir eine besondere Zeitung „Rätekorrespondenz der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs“ heraus. In der Situation, in der wir uns jetzt befinden, betrachten wir den Arbeiterrat als jenes revolutionäre Instrument im Klassenkampf, das uns befähigt, dem Proletariat gegenüber die Richtung anzuweisen, die es zu gehen hat. Unsere Aufgabe besteht darin, den Arbeiterrat zu benutzen, um in klar präzisierten Anträgen das Proletariat in Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei zu bringen oder die Arbeiterräte in Gegensatz zur Nationalversammlung und damit in Gegensatz zu den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Obwohl wir nur einen geringen Teil der Mandate innehaben, zittern die Sozialdemokraten bei jeder Sitzung in Erwartung der Anträge, die von den Kommunisten gestellt werden.

VI.

Die sozialdemokratische Partei Deutsch-Oesterreichs unterscheidet sich natürlich nicht von den Sozialdemokraten der anderen Länder. Einkerkierungen und Verfolgungen der Kommunisten, Konfiskationen unserer Literatur finden hier ebenfalls statt. Um die Versammlungen unter freiem Himmel zu verhüten, greifen die Sozialdemokraten zu den Gesetzen von 1856. Schikanierungen und Entlassungen kommunistischer Arbeiter finden massenhaft statt. Die Stellungnahme Friedrich Adlers ist eine konsequent rechte. Er wird von der sozialdemokratischen Partei benutzt, um im Ausland als das revolutionäre Symbol aufzutreten. Die Kompromisse der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie sind dauernde und es ist jede Grenze zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie völlig verwischt. Der „Burgfriede“ ist eine bleibende Erscheinung, und wenn die Bourgeoisie die Sozialdemokratie nicht hie und da angreifen würde, so würde es den Sozialdemokraten nicht einfallen, gegen die Bourgeoisie vorzugehen.

Ein österreichischer Kommunist.

Wien, den 27. August 1919.



Bericht über den Sturz der Rätemacht in Ungarn.

Die erste ungarische Revolution im Jahre 1918, die sogenannte Revolution des Grafen Karolyi, war ein Versuch, den Kapitalismus vor seinem endgültigen und unvermeidlichen Zusammenbruch zu bewahren.

Die Kraft der organisierten Arbeiter zur Rettung und Wiederaufrichtung des durch den Krieg ruinierten Kapitalismus zu benutzen, — darin bestand, genau so wie in Deutschland und Oesterreich, das wesentlichste und hervorstechendste Ziel der ungarischen Novemberrevolution.

Die „ruhmvollen Führer“ der ungarischen Arbeiterbewegung machten sich willig an diese verräterische Arbeit; der Führer der sozialdemokratischen Partei, Garami, unternahm in der Eigenschaft eines Ministers für Handel und Industrie in der Regierung Karolyis mit großem Eifer die Wiederherstellung des zugrunde gehenden Handels mit der Industrie.

Und die sozialdemokratischen Führer sind in der Tat nicht schuld daran, daß ihre Bemühungen fruchtlos blieben, daß die von ihnen unabhängigen wirtschaftlichen Verhältnisse die ungarische Bourgeoisie nötigten, die politische und wirtschaftliche Macht in die Hände der Arbeiter zu legen.

Die imperialistischen Machthaber der Entente, die ihre Rettung eben in der vollen Ausbeutung der Länder ihrer ehemaligen Gegner sahen, stellten an die ungarischen Bourgeois, ebenso wie an die deutschen und österreichischen, derartige Forderungen, daß ihre Erfüllung den endgültigen Ruin Ungarns bedeutet hätte. Die von der Entente geplante neue territoriale Grenze und die neue Demarkationslinie verurteilten das „neue Ungarn“ zum unvermeidlichen Untergang. Bei Festlegung dieser neuen Grenzen konnte von einer selbständigen Existenz Ungarns überhaupt keine Rede sein, und diesen territorialen Forderungen wären natürlich noch härtere wirtschaftliche Bedingungen gefolgt.

Die ungarische Regierung, die die kapitalistischen Interessen schützte, hatte auf diese Forderungen keine andere Antwort als die ablehnende: „nein, um keinen Preis“.

Dieses „nein“ bedeutete offenen Kampf gegen die Ansprüche der Entente. Gleichzeitig aber waren die bürgerlichen Parteien der ungarischen Regierung einem solchen Kampf nicht gewachsen.

Die einzige Hoffnung im Kampf mit den Imperialisten der Entente beruhte auf der internationalen Solidarität des Proletariats. Und man durfte in der Tat hoffen, daß das Proletariat der Entente, das gegen den Ruin

des bürgerlichen Ungarn nichts einzuwenden hatte, eine Zerschmetterung des ungarischen Proletariats nicht zulassen würde.

Dieser Umstand nötigte die Regierung Karolyis und die in dieser Regierung sitzenden sozialdemokratischen Führer, nach der internationalen Solidarität des Proletariats als nach dem letzten rettenden Strohalm zu greifen und sehr gegen ihre Ueberzeugung das Schicksal Ungarns in die Hände der organisierten Arbeiter zu legen.

Die zweite Hauptursache für die friedliche Uebergabe der Staatsmacht an das Proletariat lag in der Hoffnung auf ein militärisches Bündnis mit Sowjetrußland. Die russische Rote Armee stand damals schon nahe an der alten galizischen Grenze, und man konnte durchaus auf eine Vereinigung der Truppen der beiden proletarischen Länder hoffen.

Abgesehen von diesen beiden Hauptursachen nötigte auch noch ein anderer Umstand die Regierung Karolyis zur Uebergabe der Macht: die Zahl der Anhänger der jungen kommunistischen Partei wuchs mit jedem Tage, und ungeachtet der Verhaftung fast aller kommunistischen Führer schlossen sich täglich immer neue Massen der mutigen kommunistischen Partei an. Und die Regierung Karolyis konnte dem Druck der Arbeiterklasse, die sich ihrer Kraft bewußt geworden war, nicht widerstehen.

Als Grundlage für die Uebergabe der Macht diente ein Kompromiß zwischen zwei Parteien, die einander befehdeten, — der kommunistischen und der sozialdemokratischen. Die am Abschluß dieses Kompromisses beteiligten Sozialdemokraten erklärten, daß sie die wesentlichsten Prinzipien der kommunistischen Partei bedingungslos als Grundlage für die zu schaffende neue Partei annehmen und daß die vereinigte Partei bis zur endgültigen Entscheidung durch den Parteikongreß den Namen „ungarische sozialistische Partei“ tragen solle.

Die Zusammensetzung der beiden Parteien.

Der Kern der Mitglieder der Kommunistischen Partei bestand aus den aus Rußland zurückgekehrten Kommunisten, denen sich der einsichtsvollste Teil der Arbeiter anschloß. Der Partei gehörten auch sehr viele junge Intellektuelle an. Und ungeachtet aller Anstrengungen der Sozialdemokraten, die alles taten, um die Arbeiter vom Eintritt in die Kommunistische Partei zurückzuhalten, faßte die Partei in Arbeiterkreisen tiefe Wurzeln, und unmittelbar vor der Verschmelzung beider Parteien konnte die Kommunistische Partei ruhig darauf rechnen, daß die Mehrheit der organisierten Arbeiter sich zugunsten des kommunistischen Parteiprogramms aussprechen würde.

Wie war nun die sozialdemokratische Partei zusammengesetzt?

Es wäre falsch, zu glauben, daß die Kommunistische Partei Ungarns sich mit der alten ungarischen Partei in dem Bestande vereinigt habe, den diese Partei vor Ausbruch des Krieges aufwies. Mit Kriegsbeginn hatte die ungarische sozialdemokratische Partei, ebenso wie überhaupt alle

sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder, die Mehrzahl ihrer Mitglieder verloren, einerseits durch die Einziehung dieser Mitglieder zum Kriegsdienst, hauptsächlich aber infolge des moralischen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie, denn die riesige Mehrheit der Parteimitglieder hatte von ihren Führern erwartet, daß sie gegen den Krieg auftreten würden: man erwartete von der II. Internationale, die die sozialdemokratischen Parteien verschiedener Länder vereinigte, daß sie den Krieg unmöglich machen würde. Und als nun diese Hoffnungen getäuscht wurden, traten die Massen aus der Partei aus, die keinen Finger zur Verhinderung des Kriegsausbruchs gerührt, sondern im Gegenteil das Kriegsprogramm und die Diktatur ihrer Bourgeoisie mit allen Kräften unterstützt hatte. An die Stelle dieser ausgeschiedenen alten Mitglieder traten nun nach der ungarischen Novemberrevolution, als die sozialdemokratischen Führer einige politische Macht erlangten und es in den kleinbürgerlichen Kreisen Mode wurde, Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu sein, in großen Mengen allerlei kleinbürgerliche Elemente: Handwerker, Bankbeamte, ehemalige Offiziere, ehemalige Polizeibeamte usw., und durch ihren Eintritt wurde die „Arbeiterpartei“ vollständig prostituiert. Die Parteiführer aber hatten gegen diese Prostituiierung nichts einzuwenden.

Im Gegenteil. In ihrem verzweifelten Kampf mit den bürgerlichen Parteien um den politischen Einfluß und insbesondere im Kampf um die Stimmen für die Nationalversammlung förderten die Führer sogar den Eintritt bürgerlicher Elemente in die Partei und leiteten zugunsten dieses Eintritts eine ausgedehnte Agitation ein, ohne dem Umstand auch nur die geringste Beachtung zu schenken, daß infolge aller dieser Vorgänge die Partei schon längst aufgehört hatte, eine Arbeiterpartei zu sein.

Aus diesen beiden Teilen bestand also die vereinigte Partei, die zur Stütze der Rätemacht in Ungarn ausersehen war.

Es muß hierbei bemerkt werden, daß der beste Teil der Kommunistischen Partei überhaupt gegen eine Verständigung mit der sozialdemokratischen Partei war und ganz besonders gegen eine Einigung beider Parteien; aber angesichts dessen, daß die Verständigung von den im Gefängnis befindlichen Führern der Kommunistischen Partei bereits formuliert, die Staatsmacht schon im Namen des ungarischen Proletariats übernommen und die Kommunistische Partei dergestalt vor eine vollendete Tatsache gestellt war, stimmten die der Kommunistischen Partei angehörenden Gegner einer Verständigung, schließlich einer Verschmelzung der Parteiorganisationen der Kommunistischen Partei mit denen der sozialdemokratischen Partei bei. Sie wurden hierzu besonders durch die Erwägung veranlaßt, daß bei der Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernmacht diese Macht sich auf die Einheit des städtischen und des ländlichen Proletariats stützen müsse. Und wenn wir die Proletarier aller Länder zur Vereinigung aufrufen, kann es, wie sie meinten, in einem Arbeiter- und Bauernlande nicht zwei verschiedene Arbeiterparteien geben.

Die Arbeiter- und Bauernräte.

Es versteht sich von selbst, daß der Bestand der Räte in allem dem Bestande der Partei entsprach.

Nach der Proklamierung der Räterepublik ließ die Mehrheit der Arbeitermassen ihre sozialdemokratischen Führer fallen, denn jedem vernünftigen Arbeiter war die ganze Verlogenheit und niedrige Verräterei derselben klar, jener Führer, die die Arbeiter gegen die Vorhut der Arbeiterklasse, gegen die für die Befreiung des Proletariats kämpfende Kommunistische Partei aufhetzten. Diese Stimmung der Arbeiter hätte sehr leicht dazu benutzt werden können, die Mehrzahl der sozialdemokratischen Führer aus der Arbeiterbewegung auszuschalten, es hätte zu diesem Zweck nicht einmal einer besonders eifrigen Agitation bedurft, es wäre hinreichend gewesen, den Arbeitern die Möglichkeit einer freien Wahl ihrer Vertreter zu geben. Diesen Umstand erkannte man im Volkskommissariat für innere Angelegenheiten sehr wohl, und man arbeitete dort ein Wahlsystem aus, durch das der Schwerpunkt der Wahlen von den Arbeitermassen zu den Kandidatenkommissionen übergang; die Mitglieder dieser Kommissionen wurden vom Parteisekretariat proportional abdelegiert, und auf diese Weise erhielten die Sozialdemokraten in diesen Kommissionen die Mehrheit. Die Arbeiter gaben ihre Stimmen in Bezirken und nach besonderen Listen für einen ganzen Bezirk ab, so daß jeder Arbeiter für eine ganze Kandidatenliste von 200—300 Kandidaten stimmen mußte. Es ist klar, daß alle Kandidaten, die von der erwähnten Kommission in die offizielle Kandidatenliste aufgenommen worden waren, auf diese Weise denn auch in die Räte gewählt wurden. Dadurch läßt sich auch der Umstand erklären, daß trotz aller Abneigung der Arbeiter gegen ihre früheren verräterischen Führer diese doch alle in die Räte hineinkamen.

Wenn die Dinge schon im Zentrum so lagen, so war es in der Provinz noch weit schlimmer bestellt. Um nur ein ungefähres Bild vom Personalbestande der Räte in der Provinz zu geben, genügt der Hinweis, daß auf dem ersten und zugleich letzten Rätekongreß die Mehrzahl der dort gehaltenen Reden so gegenrevolutionär und antisemitisch war, daß es sich als unmöglich erwies, die Sitzungsberichte zu veröffentlichen.

Die Rote Armee.

Die ungarische Räteregierung hatte nicht die Möglichkeit, eine wirkliche Rote Armee zu schaffen, und zwar schon deshalb nicht, weil sie die Freiwilligenarmee der vorhergehenden Regierung nicht auflösen konnte. Diese Armee war unter nationaler Flagge und im Namen patriotischer Losungen angeworben worden. Die Auflösung dieser Armee war unmöglich, weil Räteungarn von allen Seiten von bis an die Zähne bewaffneten Feinden umringt war, die bereit standen, jeden Augenblick in die zu Ungarn gehörenden Gebiete einzudringen. Jedes von diesen feind-

selig gegen Ungarn gesinnten Ländern — Südslawien, Tschechien und die Slowakei sowie Rumänien — verfügte allein über eine größere Armee, als ganz Ungarn hätte gegen sie aufstellen können. So mußte denn wohl oder übel diese Nationalarmee in eine Rote Armee umbenannt werden. Dazu kam noch ein nicht geringer Teil von nationaler Färbung im Kampf gegen die Rumänen, Tschechen und Slowaken, und auf Grund all dieser Umstände gewinnt man eine Vorstellung von dem Geist dieser Armee:

Allerdings wurde gleich nach der Aufrichtung der Rätemacht mit der Anwerbung von roten Soldaten begonnen, aber auch ohne jede Auswahl. In der für die Anwerbung erlassenen Instruktion hieß es zwar, daß nur Personen mit Bescheinigungen von den Gewerkschaften oder mit Empfehlungen von der Partei in die Rote Armee aufgenommen werden können, allein dieser Punkt blieb gänzlich unbeachtet.

Die ersten Werbetage zeitigten hinsichtlich der Qualität der neu angeworbenen roten Soldaten so schlechte Ergebnisse, daß die Anwerbung vollkommen eingestellt werden mußte.

Nun wurden die Arbeiter mobil gemacht. Aber auch hierbeling es nicht ohne die Einmischung der Sozialdemokraten ab. Diese, die ihren Einfluß auf die mobilgemachten Arbeiter zu verlieren fürchteten, führten das System der sog. Arbeiterbataillone durch, wobei diese Bataillone nach Gewerkschaften und Fabriken gebildet wurden. Diese Bataillone waren nichts anderes als eben diese Gewerkschaftsverbände, mit denselben Mängeln hinsichtlich der Bereitschaft zur revolutionären Tat und zur Selbstaufopferung, wie diese. Die ungarischen Gewerkschaften haben sich niemals durch revolutionären Geist ausgezeichnet, am allerwichtigsten aber waren sie von ihm nach der Novemberrevolution durchdrungen, als der Masseneintritt der kleinbürgerlichen Elemente sowohl in die sozialdemokratische Partei als auch in die Gewerkschaften begann.

Diese Arbeiterbataillone hatten eine ganze Reihe von Mängeln aufzuweisen. Erstens können militärische Einheiten nicht nach Berufen gebildet werden. Man stelle sich vor, welche militärische Bedeutung Bataillone haben können, die ausschließlich aus Kellnern oder Schneidern oder Schustern bestehen! Zweitens konnte in diesen Bataillonen keine Disziplin durchgeführt werden, denn die Leute betrachteten sich nicht als rote Soldaten, sondern nur als Mitglieder dieser oder jener Gewerkschaft; drittens bestand die Mehrzahl dieser Arbeiterbataillone aus Arbeitern, die im Laufe des ganzen imperialistischen Krieges Dienstaufschub genossen hatten. Besonders bei den Metallarbeitern war dies der Fall. Und welche Vorstellungen hatten diese Metallarbeiter vom Kriege? So sandte z. B. ein Metallarbeiterregiment eine Abordnung zum Oberbefehlshaber mit der Forderung, das Regiment wegen großer Verluste aus der Front herauszuziehen und zur Reorganisation nach Budapest zu schicken. Und dabei bestanden die Verluste des Regiments in 3 Toten und 5 Verwundeten!

Nach der Mobilmachung der Arbeiter versuchte die Regierung eine allgemeine Mobilmachung durchzuführen. Dazu aber hätte es schon einer

stärkeren Armee und einer guten Administration bedurft. Weder das eine noch das andere war vorhanden. Daher mußte die Mobilmachung mißglücken, und sie mißglückte denn auch.

Die Landwirtschaft und die Industrie.

Zu den ernstlichen Schwierigkeiten führte die Sozialisierung des Bodens, der Fabriken und der Werke. Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß die ungarischen Bauern, von denen ein Drittel zu den Kleingrundbesitzern gehört, das Wesen der Sozialisierung nicht begriffen, und dieser Teil der Bauern wollte weder von Kommunen noch von Staatsgütern etwas wissen. Vergeblich rief man sie zur Unterstützung der Arbeiter- und Bauernmacht auf, sie weigerten sich dennoch, den städtischen Arbeitern Getreide zu liefern, und infolgedessen mangelte es im Agrarstaat Ungarn an Brot.

Die landlosen Tagelöhner unterstützten zwar die Rätenschaft, konnten aber häufig ihrer Gier nach Landbesitz nicht Herr werden und nötigten die für die Schaffung von Staatsgütern eintretende Regierung, das dem Gutsbesitzern abgenommene Land an Arbeiterproduktionsverbände (Kommunen) zu verteilen.

Sogar ein Teil der Arbeiter stand der Sozialisierung der Industrie verständnislos gegenüber. Einerseits traten sie jeden Augenblick mit neuen Forderungen hinsichtlich Erhöhung der Arbeitslöhne hervor, anderseits fiel die Produktivität der Arbeit mit jedem Tage.

Und der Mangel an jeglichen Waren machte sich infolge der „friedlichen Blockade“ der Entente immer stärker fühlbar.

Die Aussenpolitik und die militärische Lage.

Kaum hatten die Imperialisten der Entente Kunde erhalten von den Schwierigkeiten, mit denen Räteungarn zu kämpfen hatte, als sie sofort beschlossen, unter Benutzung der rumänischen und tschecho-slowakischen Armee zu kriegerischen Angriffsaktionen überzugehen.

Zuerst begannen laut Geheiß der Entente die Rumänen den Angriff, denen es leicht gelang, nachdem sie den ersten Widerstand der Roten Armee gebrochen hatten, die roten Truppen bis zur Theiss zurückzudrängen und sie zum großen Teil sogar über die Theis hinüberzutreiben. Hier aber blieb die Rote Armee stehen und organisierte sich im Schutze dieses großen Flusses aufs neue. Und als die Tschecho-Slowaken ihrerseits ebenfalls den Angriff begannen, stießen sie schon auf verzweifeltsten Widerstand der Roten Armee und erfuhren von ihr eine schreckliche Abwehr. Dann ging die Rote Armee zum Gegenangriff über und errang einen vollständigen Sieg über die Tschecho-Slowaken. Mit diesem Sieg beginnt jedoch die Tragödie der ungarischen Roten Armee.

Die Armee der Tschecho-Slowaken war von der Roten Armee geschlagen worden, aber die volle Ausnutzung dieses Sieges erwies sich

als unmöglich, da die vorerwähnten Arbeiterbataillone sich weigerten, die weitere Verfolgung des geschlagenen Feindes aufzunehmen.

Diese unerwartete Wendung hatte verhängnisvolle Folgen — erstens in strategischer Hinsicht, da fast alle Vorteile des Sieges auf diese Weise verloren gingen; zweitens leistete die Wendung der im Inneren des Landes heranreifenden Gegenrevolution den stärksten Vorschub. In der Tat, die Arbeiterbataillone hätten die stärkste Stütze der Rätemacht bilden müssen. Auf wen wollten sich denn die Räte stützen, wenn schon die Arbeiter wankend wurden? Und so wurde denn, als die Arbeiterbataillone den Gehorsam verweigert hatten, eine eifrige Tätigkeit der Szegediner gegenrevolutionären Regierung bemerkbar, es begannen die gegenrevolutionären Aufstände im Transdonaugebiet, es kam zu einem teilweisen Ausstand der Eisenbahner und überhaupt zu Gärungen in den Truppenteilen der Roten Armee.

Den stärksten Schlag zog aber die Gehorsamsverweigerung der Arbeiterbataillone in internationaler Hinsicht nach sich.

Kaum hatte die Rote Armee die Tschecho-Slowaken aus dem Bereich der durch die Waffenstillstandsbedingungen für Ungarn festgelegten Grenzen verjagt und mit der Verfolgung des abziehenden Feindes weit über die Demarkationslinie begonnen, als der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau an den ungarischen Volkskommissar des Auswärtigen ein Radiotelegramm absandte mit der Forderung, daß die ungarischen roten Truppen an der tschecho-slowakischen Front auf die Demarkationslinie zurückgehen sollten, wobei er versprach, daß in diesem Fall auch die Rumänen sich von der Theiss zurückziehen und die ihnen von der Friedenskonferenz angewiesene Demarkationslinie einnehmen würden. Obgleich es allen klar war, daß das Radio Clemenceaus nichts anderes vorstellte als einfach ein diplomatisches Manöver, war die Räteregierung angesichts der Weigerung der Arbeiterbataillone, die Tschecho-Slowaken weiter zu verfolgen, dennoch genötigt, die Forderungen Clemenceaus zu erfüllen, ungeachtet der Möglichkeit, die tschecho-slowakische Armee vollständig zu zerschmettern und erst nach ihrer Zerschmetterung mit der Entente in Verhandlungen zu treten. Aber es war notwendig, der geschaffenen Lage und dem Umstande Rechnung zu tragen, daß, wenn die Regierung die roten Truppen vom tschecho-slowakischen Territorium nicht abberief, diese selbst von dort fortgehen würden; und dann konnte alles verloren sein. Es gab also keinen anderen Ausweg, als die Rote Armee auf die Demarkationslinie zurückzuziehen.

Dieser erzwungene, wenn auch angeblich freiwillige Rückzug führte zu verderblichen Folgen. Wie ich bereits bemerkt habe, waren der ungarischen Roten Armee kleinbürgerliche patriotische Hoffnungen nicht fremd, und auf die Stimmung einer solchen Roten Armee mußte die „freiwillige“ Räumung der den Tschecho-Slowaken abgenommenen Gebiete verderblich einwirken. Besonders in den höheren Stäben und in den höheren Befehlshaberkreisen machte sich die Täuschung der patriotischen

Hoffnungen auf Beschützung der Unantastbarkeit der alten ungarischen Grenze, wie sie vor dem Kriege bestand, fühlbar. Unter solchen denkbar ungünstigen Umständen mußte man sich zum Angriff gegen die Rumänen entschließen, denn ungeachtet aller Versprechungen Clemenceaus zeigten die Rumänen nicht den leisesten Wunsch, das Gebiet zwischen der Theiss und der Demarkationslinie zu räumen. Außerdem mußte damit gerechnet werden, daß die Rote Armee sich in der Zeit des Stillstandes und der kriegerischen Untätigkeit aufgelöst hätte. Nur ein Sieg über die Rumänen konnte die Lage retten.

So wurde denn der Angriff beschlossen. Aber da erwies es sich, daß wir überhaupt keinen Generalstab mehr hatten. Nach dem Rückzug auf der tschecho-slowakischen Front hatten fast alle ehemaligen Offiziere, die den verschiedenen Institutionen des Generalstabs vorstanden, unter dem Vorwand von Krankheit den Generalstab verlassen, und die Bildung eines neuen Generalstabs beanspruchte einen Zeitraum von mehr als einer Woche. Dies gab den Rumänen die Möglichkeit, sich vortrefflich auf den Angriff der roten Truppen vorzubereiten und die königlich rumänischen Truppen von der beßarabischen Front an die ungarische Front hinüberzuwerfen.

Damals begannen sich auch in den verantwortlichsten Rätekreisen Gerüchte darüber zu verbreiten, daß zur selben Zeit, wo Räteungarn den Angriff gegen die Rumänen vorbereitete, die Sowjetukraine sich mit Friedensvorschlägen an die Rumänen gewandt habe. Diese Gerüchte wurden durch Meldungen ausländischer Blätter genährt, die wahrscheinlich den Zweck hatten, Zwietracht zwischen den beiden Räteregierungen zu säen. Später hatten wir Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß derartige Vorschläge seitens der Sowjetukraine durchaus nicht erfolgt waren und auch gar nicht hätten erfolgen können; aber der Umstand, daß die während des Vormarsches gefangen genommenen rumänischen Soldaten fast ausschließlich den von den beßarabischen Front neu eingetroffenen Truppenteilen angehörten, unterstützte diese albernen Gerüchte.

Ich kann hier nicht auf alle Einzelheiten unseres Vormarsches eingehen und will ihn daher nur in ganz kurzen Zügen schildern.

Der Angriff war auf den 20. Juli — den ersten Tag des Ausstandes der englischen und französischen Arbeiter — festgesetzt worden und sollte an drei Punkten gleichzeitig erfolgen. Der Hauptstoß sollte bei der Stadt Szolnok, im Zentrum der ganzen Front, geführt werden, die Nebenstöße auf dem nordöstlichen Abschnitt der rumänischen Front beim Flecken Tiszaföred und auf dem südöstlichen Abschnitt bei der Stadt Czongrad. Die in 3 Kolonnen angreifenden Truppen sollten dem Plane gemäß sich nach Ueberschreitung der Theiß vereinigen und im Halbkreis vorrücken.

Der Uebergang über die Theiß glückte nur der zentralen Kolonne, die von der Stadt Szolnok aus vorrückte. Dieser Kolonne gelang es im Zeitraum von 3 Tagen die feindliche Frontlinie zu durchbrechen und tief in sie einzudringen, aber da dieser vorrückende Teil der Armee von

den beiden anderen Kolonnen keinerlei Unterstützung erhielt, blieb er „in der Luft hängen“, und so mußte auch dieser Vormarsch eingestellt werden. Ein energischer Gegenangriff, den die Rumänen von drei Seiten unternahmen, nötigte diese Kolonne zum Rückzug. Das bedeutete den vollen Zusammenbruch unseres Angriffs.

Von diesem Rückzug an entwickelten sich die Ereignisse in rascher Folge. Die Kräfte der Roten Armee waren endgültig gebrochen, und hinter der Roten Armee stand keine standhafte, einmütige, bewußte Arbeiterklasse, die vor keinen Opfern zurückgeschreckt wäre. Die ungarischen Arbeiter zeigten sich leider nicht auf der erforderlichen Höhe ihrer proletarischen Pflicht.

Der sogenannte „Hunger“, über den die Arbeiter von Budapest klagten, war weit entfernt von dem, was das Moskauer und Petrogader Proletariat erduldet hat und noch erduldet, — doch sogar die geringen Opfer, die das ungarische Proletariat zum Schutz der Revolution brachte, hatten seinen Enthusiasmus und seine Bereitwilligkeit zur Selbstaufopferung völlig erschöpft. Ueberall wurde bei den Arbeitern eine gewisse Müdigkeit und Unzufriedenheit mit ihrer Arbeiterregierung bemerkbar. Die Rote Armee konnte also von keiner Seite Unterstützung erwarten, im Gegenteil, eben die Arbeitermassen verhielten sich einem weiteren Widerstand gegenüber ablehnend. Die Unzufriedenheit der Arbeitermassen und der roten Soldaten selbst wurde nicht nur von den bürgerlichen Gegenrevolutionären und den weißgardistischen ehemaligen Offizieren, die mit wenigen Ausnahmen alle Kommandostellen in der Roten Armee innehatten, sondern von den alten sozialdemokratischen Arbeiterführern künstlich genährt. Die letzteren scheuten in ihrer gegenrevolutionären Agitation nicht zurück, die verwerflichsten Mittel anzuwenden, um die Müdigkeit und Unzufriedenheit der Volksmassen auszunutzen und sie nicht so sehr der Rätenschaft abtrünnig zu machen, als vielmehr dem Einfluß der Kommunisten zu entziehen. Um ihrer engen Parteiinteressen willen brachten sie die höchsten Interessen der Arbeiterklasse zum Opfer.

Die Sozialdemokraten beschränkten sich nicht auf die Agitation unter den Arbeitern, sie gingen zu offenen gegenrevolutionären Handlungen über, deren Ergebnis der gegenrevolutionäre Aufstand am 24. Juni in Budapest war.

Dieser Aufstand war unter der Flagge der „nationalen sozialdemokratischen Partei“ vorbereitet worden, die dieselbe antisemitische Färbung aufwies, die der sozialdemokratische Führer Haubrich und seine Freunde nach dem Umsturz vom 1. August der gesamten sozialdemokratischen Partei, die die Staatsmacht übernahm, gegeben haben. Die Befehle zum Losschlagen am 24. Juni wurden im Namen desselben Haubrich erlassen, eines bekannten Mitglieds der Metallarbeitergewerkschaft, der Vorsitzender der sozialdemokratischen Regierung vom 1. August war. Zum Oberbefehlshaber oder militärischen Diktator war für den Fall des Sturzes der Rätenschaft von den Gegenrevolutionären des 24. Juni derselbe Stromfeld

ausersehen, der nach dem Umsturz vom 1. August Chef des Generalstabes war. Der Umstand, daß am Junlaufstand sogar die dem sozialdemokratischen Lager angehörenden Kommissare der Donaumonitore teilnahmen, beweist, daß hier die geschickte Hand der Verräter der Arbeiterklasse tätig war.

Den besten Beweis hierfür aber liefern die letzten Tage des Bestehens der ungarischen Räte.

Fast während des ganzen Bestehens der ungarischen Räteregierung haben die sozialdemokratischen Führer nicht aufgehört, insgeheim Beziehungen zu den Agenten der Entente zu unterhalten, insbesondere zu der Budapester und Wiener italienischen Mission, um die Räte zu stürzen und die ganze Macht den Sozialdemokraten in die Hände zu spielen. Die Agenten der Entente sicherten den Sozialdemokraten vollste materielle Unterstützung zu, sodaß die Kommunisten genötigt waren, beständig mit der Möglichkeit eines Ueberfalls von Seiten ihrer sozialdemokratischen „Mitbrüder“ zu rechnen.

Anfangs wußten nur wenige um diese geheimen Beziehungen der Sozialdemokraten zur Entente, aber parallel mit den Ereignissen an der Front und der inneren Verschlimmerung der Lage wurden die Gerüchte immer lauter, daß die Entente durchaus nichts gegen die „Arbeiter- und Bauernmacht“ einzuwenden habe und nur auf Entfernung der Kommunisten von der Macht bestehe; es sei nur erforderlich, daß die Sozialdemokraten — diese „wahren und erprobten Führer“ der Arbeiter — die Macht übernehmen und die Entente werde ihnen volle Unterstützung erweisen; Krieg und Hunger würden ein Ende haben; die Rumänen würden die von ihnen gegen den Willen der Entente besetzten Gebiete räumen usw. Mit einem Wort, den Arbeitern werde sich ein Paradies erschließen. Und das alles durch die Sozialdemokraten.

Es konnte niemand im Zweifel darüber sein, wer diese Gerüchte verbreitete. In den Arbeitermassen nahmen sehr viele diesen ganzen Schwindel als bare Münze hin.

Diese Gerüchte wurden durch äußere Umstände genährt, wie z. B. auch durch die ständig wachsende Entfremdung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Ganz offen begann man davon zu sprechen, als der Oberbefehlshaber der ungarischen Roten Armee Wilhelm Böhm, auch ein sozialdemokratischer Führer der Metallarbeiter, unter dem Vorwand von Krankheit sein Amt niederlegte und 3 Tage nach Uebergabe der Geschäfte nach Wien abreiste, um dort den Posten eines ungarischen Gesandten einzunehmen. Es war allen klar, daß er sich nach Wien begab, um den endgültigen Abschluß einer Vereinbarung der Sozialdemokraten mit der Entente zu betreiben.

Nach alledem ist es nicht im mindesten verwunderlich, daß die auf so niederträchtige Weise bearbeiteten Arbeiter, die nicht auf der Höhe der Lage waren und ihre Pflicht vergaßen, sich von der Agitation der Verräter der Arbeiterklasse verleiten ließen und auf ihren Versammlungen,

auf denen sie eine „Arbeiterregierung“ forderten, sich zugunsten der Sozialdemokraten aussprachen. Hieraus ist es zu erklären, warum die Räteregierung die Frage der Uebergabe der Macht in der offenen Sitzung des Budapester Rats nicht zur Abstimmung kommen ließ, damit die Sache vor der Welt so dargestellt werden könnte, als ob nur die hoffnungslose militärische Lage und die Umstände der äußeren Politik die Räteregierung zum Rücktritt gezwungen hätten.

Die Geschichte wäre nicht abgeschlossen, wenn die Entente die ihr blind vertrauenden Sozialdemokraten nicht betrogen hätte. Ungeachtet des Versprechens der Italiener, die mit den Sozialdemokraten um die Uebernahme der Macht feilschten, blieben die Rumänen nicht stehen und gingen nicht von der Theiß auf die Demarkationslinie zurück, sondern sie rückten im Gegenteil vor und besetzten Budapest, wo sie sich so einrichteten, als ob gar keine sozialdemokratische „Regierung“ vorhanden sei, sodaß die Lage der letzteren schließlich unerträglich wurde. Und der Untergang, den ihr 300 Weißgardisten — ehemalige Polizeibeamte und Offiziere — bereiteten, wurde unvermeidlich. Das „bewaffnete Proletariat“ aber, auf das sich diese verräterische „Arbeiterregierung“ angeblich stützte, blieb bei ihrem Sturz vollkommen ruhig.

Wenn wir das Obengesagte überblicken, müssen wir noch einmal feststellen, daß Räteungarn auf einem sehr wankenden Fundament ruhte, denn die Einigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten auf Grund der vollen Anerkennung des kommunistischen Programms war und blieb rein äußerlich und überdies auch noch unaufrichtig, was dem auch zur völligen Haltlosigkeit und zum Scheitern dieser Macht geführt hat.

Die Hauptmotive der Kommunisten für die Uebernahme der Macht waren folgende: 1. die Hoffnung auf tatsächliche militärische Vereinigung der russischen und der ungarischen Roten Armee und auf gemeinsame Verteidigung der sozialen Revolution und der Arbeiter- und Bauernmacht; 2. die Hoffnung auf tätige Unterstützung durch das internationale Proletariat gegen einen Ueberfall des internationalen Kapitalismus auf Räteungarn. Diese Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht: die russische Rote Armee, die im März d. J. schon an der alten österreichischen Grenze stand, wurde zu weiterem Rückzug genötigt, und das internationale Proletariat hat auf die leitenden imperialistischen Kreise der Entente keinen so starken Druck ausgeübt, daß dieser Druck das Vordringen der Tschecho-Slowaken und Rumänen hätte anhalten und dadurch die junge rote ungarische Republik hätte retten können.

Es ist nicht meine Absicht gewesen, in meinem Bericht die Geschichte der ungarischen Republik zu erzählen; ich war nur bestrebt, nach Möglichkeit die Ursachen des Untergangs der ungarischen Räte-macht klarzulegen, und diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß in meinem Bericht die ausschließlich negativen Seiten der wenigen Monate überwiegen, da es eine Arbeiter- und Bauernmacht in Ungarn gab, obgleich in Wirklichkeit gar viele Fälle klarsten Klassenbewußtseins, wahrer Selbstauf-

opferung für die Ideale der Arbeiterklasse und echten Heldentums im Kampf für die Verwirklichung dieser Ideale festzustellen waren.

Und wir können völlig davon überzeugt sein, daß ungeachtet der empfindlichsten Verluste, die der sozialen Revolution durch den Untergang der ungarischen Rätewacht zugefügt worden sind, diese Zeit tiefe Spuren in den ungarischen Arbeitermassen hinterlassen hat. Das Klassenbewußtsein der Arbeiter ist stark gehoben worden, dieses Klassenbewußtsein ist bis in die entlegensten und einsamsten Dörfer gedrungen.

Die ungarische Arbeiterklasse und das arme Landvolk wissen bereits, was die Rätewacht für sie bedeutet; sie haben die wahre Freiheit bereits gespürt, die volle Befreiung von der Ausbeutung durch die Kapitalisten, und dies werden sie nie vergessen.

Unsere kulturelle Aufklärungsarbeit, unsere Anstrengungen zur Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und des armen Landvolks, unsere Arbeit auf dem Gebiet der sozialen Organisation der Arbeit, — das alles muß seine Ergebnisse zeitigen. Wir sind völlig überzeugt vom endlichen Sieg der Revolution und können kühn der Zukunft entgegengehen.

M. Gabor.

Budapest, Dezember 1919.

Notiz der Redaktion. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Genossen auf den äußerst interessanten Bericht des Gen. Gabor, der die Möglichkeit hatte, die ungarische Bewegung auch nach dem Fall der Rätewacht in Ungarn zu beobachten... Der Bericht des Gen. Gabor ist der erste bedeutende Versuch, den Fall des Räteregimes in Ungarn auf Grund konkreter Tatsachen zu erklären. Gen. Gabor gehört zu den nächsten Gesinnungsgenossen des verstorbenen Gen. Tibor Szamuely, der gegen eine Einigung der Kommunisten mit den ungarischen Sozialdemokraten war. Die verräterische Rolle der ungarischen Sozialdemokraten, die jetzt beschlossen haben, in den Schoß der II. „Internationale“ zurückzukehren, ist aus dem Bericht des Gen. Gabor genügend klar ersichtlich.

Während wir diese Zeilen schreiben, ist die Nachricht eingetroffen, daß die ungarische Bourgeoisie im Hof des Budapester Gefängnisses 75 unserer ungarischen Brüder hingerichtet hat!

Eine neue proletarische Revolution in Ungarn ist aber doch unvermeidlich, ebenso unvermeidlich wie der Untergang des Kapitalismus und der Sieg des Kommunismus.



Die Kommunistische Partei in Amerika.

Die Kommunistische Partei ist aus einigen Gruppen entstanden, die vorher der Sozialistischen Partei (Socialist Party of America) angehörten und das weitere Zusammenwirken mit dem übrigen Teil der Partei für unmöglich und nutzlos hielten. Der Grund der Spaltung wird jedem einleuchten, der nur in den allgemeinsten Zügen die Tätigkeit der S. P. kennen lernt.

Wir geben hier den Versuch einer kurzgefaßten Uebersicht dieser Tätigkeit. Die Mehrheit der Mitglieder der S. P. gehörte zu den kleinbürgerlichen Gesellschaftsschichten, die unfähig sind, sich dem Kapitalismus anzupassen und daher ein elendes Dasein führen.

Von der Idee begeisterte Menschen gab es in der S. P., besonders unter ihren Führern, äußerst wenige; oft gewannen bankerotte Politikaster aus kapitalistischen Parteien, unfähige Advokaten, Kleinhändler usw. Einfluß in der Partei. Viele unter ihnen betrachteten den Eintritt in die Partei als das einzige Mittel, ihre persönliche Stellung zu retten.

Die Sozialistische Partei gab Jedem vollen Spielraum zur Erprobung seines Glücks.

Wahlkämpfe wurden gewöhnlich auf die widersinnigste und abscheulichste Weise geführt. Eine ideelle Einheit hat es zwischen den Mitgliedern der S. P. niemals gegeben; die Partei war ein zufälliges Konglomerat von enttäuschten Politikastern und ruinierten Krämern, die vollkommene Aktionsfreiheit besaßen. Auf dem Papier freilich gab es ein Parteiprogramm, und von Zeit zu Zeit wurden prinzipiell-taktische Resolutionen angenommen. Aber jedes Parteimitglied, vor allem Kandidaten auf verantwortlichem Posten, hatten das Recht, sowohl das Programm als auch die Resolutionen nach Belieben zu deuten. Ein typisches Beispiel davon ist John Spargo, der für einen der angesehensten Führer der S. P. galt. Er nannte sich „Neo-Marxist“ und hat ein paar populäre Schriften über den Marxismus verfaßt, die nach Franz Mehrings Ansicht beweisen, daß Spargo vom Marxismus keine Ahnung hat.

Auf politischem Gebiet stand die S. P. auf dem Boden der Demokratie im weitesten Sinn des Wortes, und dieser Demokratismus führte allerhand Philanthropen, Phantasten und Affaristen in die Partei. Auf dem Parteitage von Indianapolis im Jahre 1912 gab es unter den Delegierten 15 Geistliche! Auf diesem Parteitag fand zum erstenmal eine gewisse Absonderung der Parteimehrheit von den linken radikalen Elementen statt. Das Parteiprogramm wurde durch einen Paragraphen ergänzt, der den Aus-

schluß derjenigen Mitglieder fordert, die die Anwendung von Sabotage propagieren oder selbst von ihr Gebrauch machen. Derselbe Parteitag hat die Losung proklamiert: man bleibe stets im Rahmen der Gesetzmäßigkeit!

Diese Entschlüsse waren durch das Bestreben hervorgerufen, sich von der Organisation der „Industriellen Arbeiter der Welt“ (Industrial Workers of the World) abzusondern, die die Sabotage als Mittel zur Besserung der materiellen Stellung billigen. Andererseits kam hier das Bestreben zur Geltung, der Amerikanischen Föderation der Arbeit (American Federation of Labour) entgegenzukommen, die einen hartnäckigen Kampf mit den I. W. W. führte. Erklärend fügen wir hinzu, daß die I. W. W. eine Arbeiterorganisation ist, die ganz entschieden die Stellung des Klassenkampfes einnimmt, während die Amerikanische Föderation der Arbeit eine Gruppe darstellt, die allerhand geheime Abmachungen mit der Bourgeoisie auf Rechnung der Arbeiterklasse eingeht.

Diese neuen Losungen befriedigten vor allem die Geistlichen, die jede Gewalt, besonders wenn sie von Arbeitern ausgeht, und den Klassenkampf überhaupt hassen. Infolge der Programmänderung begann in der Partei eine Umgruppierung, und die linken Elemente, die sich um Haywood gruppierten, verließen die Partei.

Seit 1912 gewannen die Anhänger der „reinen Politik“ („politics pure and simple“) die Ueberhand in der S. P.; in diesem Jahre erreichte die Partei den Höhepunkt ihrer Entwicklung, sowohl hinsichtlich der Anzahl der für sie bei den Wahlen abgegebenen Stimmen, als auch hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder. Mehrere Kandidaten der S. P. fanden Plätze in den Parlamenten einzelner Staaten wie auch in anderen öffentlichen und staatlichen Behörden. Dieser Sieg der „reinen Politik“ rief großes Entzücken hervor, das aber sofort verging, als die neugewählten Kandidaten ihre Arbeit antraten.

Erstens kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den gewählten Kandidaten und den Parteiorganisationen. Die neuen Gesetzgeber versagten ihrer Partei in vielen Fällen den Gehorsam und begründeten es damit, daß sie nicht vor der Partei verantwortlich seien, sondern vor ihren Wählern, deren Mehrzahl der S. P. nicht angehört. Man merkte gar keinen Unterschied zwischen den Vertretern der alten bürgerlichen Parteien und denen der neuen S. P. und sogar die Stimmen dieser „Sozialisten“ ließen sich im Kongreß nur sehr selten vernehmen. Schon nach einem Jahre fiel die Zahl der Parteimitglieder beträchtlich. Die Führer erklärten dies durch allerlei Umstände, aber den wichtigsten Umstand ließen sie außer acht, nämlich daß die Arbeitermassen zur S. P. kein Vertrauen mehr hatten. Die Ergebnisse der Wahlen von 1916 waren noch trauriger; die Anzahl der Stimmen für die Partei war im Vergleich zu 1912 fast um die Hälfte verringert. Der Kandidat auf dem Präsidentenposten der S. P. Benson unterschied sich von seinem Rivalen Wilson nur darin, daß Wilson Anhänger einer vollen Rüstung und einer starken Flotte,

war, während Benson sich für partielle Rüstung und für eine Küstenflotte aussprach. Benson personifizierte die geistige Armut und die taktische Prinzipienlosigkeit der S. P., die die Sache der Arbeiterklasse vertreten hatte.

Einige Parteiorgane eröffneten während der Wahlen eine Kampagne gegen Benson. Gerade in dieser Zeit entstand im Staate Massachusetts eine Liga für Propaganda. Anfangs blieb sie unbeachtet, da sie kein eigenes Organ besaß, Anfang 1917 erschienen jedoch die ersten Hefte der von der Liga herausgegebenen Wochenschrift „The Internationalist“ und das Nationale Exekutivkomitee erachtete es für nötig sich einzumischen und forderte, daß die Liga wegen ketzerischer Propaganda zur Verantwortung gezogen werde. Gleichzeitig begann die Unzufriedenheit der Massen mit der Parteitaktik ans Licht zu treten. Von allen Seiten wurde die Einberufung eines Parteitages gefordert. Zu dieser Zeit entstanden zwei Strömungen in der Partei: eine pazifistische und eine chauvinistische, und die Meinungsverschiedenheiten verschärften sich um so mehr, als die Vereinigten Staaten sich gerade damals zur offiziellen Teilnahme am europäischen Gemetzel vorbereiteten.

Der Parteitag fand 1917 in St. Louis statt; die Mehrheit der Delegierten erwies sich als pazifistisch. Die Hauptfrage der Tagesordnung war die Stellungnahme zum Kriege. Es wurden zwei Resolutionen vorgelegt: Hillquits — von Seiten der Mehrheit und Boodins von Seiten der Minderheit. Zwischen den beiden Resolutionen bestanden keine prinzipiellen Unterschiede: sowohl die eine wie die andere verurteilten im Prinzip den Krieg und wiesen auf Mittel, von denen die Sozialistische Partei Gebrauch machen mußte, falls die Vereinigten Staaten sich aktiv am Kriege beteiligen würden: Hillquits Resolution wurde angenommen. Ferner wurde der Paragraph über Sabotage abgeändert, der 1912 angenommen worden war. Im allgemeinen machte der Parteitag den Eindruck, als ob die linken Elemente gesiegt hätten.

Unmittelbar nach dem Parteitag machten die Vereinigten Staaten eine offizielle Kriegserklärung, die Resolution von St. Louis blieb jedoch ein leeres Papierfetzen. Boodin trat offen mit einem Aufruf zur Verteidigung des Vaterlandes und der Demokratie auf, Hillquit aber vermied eine bestimmte Antwort auf diese peinliche Frage. Als einige Parteimitglieder die Frage an ihn richteten, wie sie sich zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhalten sollten, antwortete er, daß es Gewissenssache eines jeden einzelnen Menschen sei. Auf allen lokalen Parteikonferenzen versuchten die Chauvinisten sogar eine offizielle Abänderung der Resolution von St. Louis durchzusetzen, aber es gelang ihnen nicht.

Die linken Elemente gelangten nun zu der endgültigen Ueberzeugung, daß jedes weitere Zusammenwirken mit den Politikastern unmöglich und undenkbar ist. Von neuem richteten sich die Blicke auf die Liga für Propaganda und ihre energisch ins Werk gesetzte Arbeit; diese Arbeit verzögerte sich aber zeitweilig infolge zweier Umstände: erstens reisten

die aktivsten Mitglieder nach Rußland, zweitens wurde die radikale Presse von der „demokratischen Regierung“ unbarmherzig verfolgt, und schließlich wurden die amerikanischen Arbeiter dank den ungeheuren Kriegsbestellungen so wohlhabend, wie es vorher in der Geschichte der Vereinigten Staaten unerhört war.

Innerhalb der Sozialistischen Partei vollzogen sich wiederum einige Wandlungen: die Anzahl der eingeborenen Amerikaner unter den Mitgliedern sank stark, während die Anzahl der Emigranten unter dem Einfluß der russischen Revolution beträchtlich stieg; auf diese Weise hat sich der Parteibestand wesentlich geändert, obgleich die Mitgliederzahl fast unverändert blieb.

Anfang 1919 rief Hillquit auf einer Parteiversammlung aus: „In unserer Partei geht etwas Anormales vor sich, 57% der Partei sind Emigranten!“

Sobald der Krieg zu Ende war und sich einige Möglichkeit für organisatorische Arbeit bot, erneuerte die Liga für Propaganda ihre Tätigkeit unter der neuen Benennung: „Linker Flügel der Sozialistischen Partei“. Die Wochenschrift der Liga „Das Revolutionäre Zeitalter“ („Revolutionary Age“) wurde in Boston herausgegeben und vom Gen. Fraina redigiert, dem einzigen Parteijournalisten, der Marxist war und dem marxistischen Standpunkt in dieser trüben Zeit bis ans Ende die Treue bewahrt hat. „Das Revolutionäre Zeitalter“ hat uns während der ersten Periode der Existenz des linken Flügels viel geholfen. Hauptsächlich befaßte sich die Zeitung mit der Erklärung und der Begründung der theoretischen Thesen des Flügels, außerdem wurde revolutionäre Propaganda anlässlich der Tagesfragen gemacht; beiläufig bemerkt, wurden auch die Zustände in Rußland vielseitig behandelt. Der Kampf mit der offiziellen Partei wurde von der Zeitung nach allen Richtungen hin geführt, insbesondere während der Veröffentlichung der Thesen des linken Flügels. Die Fragen, die damals das allgemeine Interesse der Parteimitglieder auf sich lenkten, waren folgende:

1. Austritt aus der II. Internationale und Anschluß an die III. Internationale.
2. Vollständige Beseitigung aller reformistischen Forderungen aus der Parteiplattform und Agitation für die soziale Revolution.
3. Parteipresse und Parteischulen müssen der Parteikontrolle untergeordnet sein.
4. Herstellung der engsten Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften, die den Standpunkt des Klassenkampfes eingenommen haben.

Alle diese Fragen wollten die offiziellen Führer nicht offen diskutieren, um ihr wahres Antlitz vor den Massen zu verbergen. Als der Nationale Vollzugsausschuß für die Berner Konferenz Delegierte wählte, wurden von allen Seiten Proteste dagegen erhoben.

Um diese Proteste zu vermeiden, erklärte der Nationale Vollzugsausschuß, daß die Delegierten nur zu Informationszwecken nach Bern

gehen werden. Aber gerade wegen dieser Ausflüchte verloren die Parteiführer eine Position nach der anderen.

Bei den nächsten Wahlen eines Teils der Mitglieder des Nationalen Vollzugsausschusses stellte der linke Flügel seine eigene Kandidatenliste auf, die eine überwältigende Mehrheit von Stimmen bekam. Nach der Niederlage im Wahlkampf merkten alle alten Führer, Hillquit, Berger u. a., daß sie auf den Holzweg geraten waren. Sie standen nun vor der Alternative: entweder sich zu ergeben, oder den entscheidenden Kampf aufzunehmen. Sie wählten das letztere.

Auf einer seiner Versammlungen nach den Wahlen beschloß der Nationale Vollzugsausschuß den Ausschluß aller nationalen Föderationen, sowie einiger Lokalsektionen, im ganzen 40,000 aktivster Parteimitglieder aus der Partei.

Durch diese Gewalttat wollten die alten, abgelebten Parteiführer sich den Sieg bei den nächsten Wahlen sichern und das Steuerruder der Partei beibehalten; um aber diesem Verzweiflungsmanöver ein anständigeres und gesetzlicheres Aussehen zu geben, erklärten sie, daß der linke Flügel durch Annahme eines neuen Programms ohne Wissen der Partei bewiesen habe, daß er das Parteiprogramm nicht anerkennt. Dabei brachten diese Führer selbst, ohne jemand danach zu fragen, fast jeden Tag Aenderungen ins Parteiprogramm hinein.

Auf den Städte- und Staatenkonferenzen des linken Flügels wurde über das eigenartige Benehmen des Nationalen Vollzugsausschusses und über die Mittel zur Wiederherstellung des normalen Parteilebens debattiert. Viele unter den Genossen rieten die Organisation einer neuen Partei. Für die endgültige Entscheidung dieser Frage wurde eine besondere Konferenz auf den 21. Juni in Newyork angesetzt.

Auf dieser Konferenz, die sich in Newyork versammelt hatte, wurde die Frage gestellt: soll man den Kampf innerhalb der Sozialistischen Partei fortsetzen oder eine neue Kommunistische Partei bilden? Für die Fortsetzung des Kampfes innerhalb der Partei erklärten sich hauptsächlich die neugewählten Mitglieder des Nationalen Vollzugsausschusses, für die Organisation einer neuen Partei dagegen ausschließlich die Föderationen und die Lokalsektionen.

Die Genossen, die die Bildung einer neuen Partei dringend verlangten, begründeten ihren Vorschlag mit folgenden Argumenten:

1. Die Spaltung der Partei ist unabwendbar; dadurch, daß wir in den Reihen der Partei bleiben, verzögern wir nur die Spaltung auf zwei Monate (auf den 30. August war der Parteitag festgesetzt, auf dem das Schicksal der ausgeschlossenen Mitglieder endgültig entschieden werden sollte).

2. Diese Verzögerung wird einen ungünstigen Eindruck auf die Massen machen: wenn sie sehen, daß in dem Moment, wo die Situation vollständig klar ist, uns die nötige Entschlossenheit fehlt, werden sie sich von uns abkehren.

3. Die Elemente, die für die Schaffung einer neuen Partei durchaus notwendig sind, haben sich schon um den linken Flügel zusammengeslossen, der Teil der schwankenden Elemente dagegen, die noch mit der Sozialistischen Partei verbunden sind, bildet das Zentrum, das der neuen Partei mehr Schaden als Nutzen bringen wird, so daß schließlich eine Absonderung vom Zentrum doch für uns notwendig werden wird.

4. Auf materielle Unterstützung von Seiten der S. P. wird die Kommunistische Partei niemals rechnen können, ihre geistigen Schätze aber braucht die neue Partei nicht.

5. Der gegenwärtige Zustand stellt an den linken Flügel die Forderung, das Augenmerk auf die dreißig Millionen unorganisierter Arbeiter, nicht aber auf die dreißig tausend Sozialpatrioten und Chauvinisten zu richten.

Die Gegner der Gründung einer neuen Partei argumentierten auf folgende Weise:

1. Der Kampf mit den Sozialpatrioten ist noch nicht ausgekämpft, und die Wahlen des N. V.-A. haben bewiesen, daß der Sieg uns zufallen wird. Daher ist der linke Flügel verpflichtet, den Sieg zu Ende zu führen.

2. Die Mehrheit der Parteimitglieder hat bisher nichts davon gewußt, daß diese Konferenz die Bildung einer neuen Partei beabsichtigt, folglich fehlen den Delegierten die nötigen Vollmachten.

3. In einzelnen Staaten ist die Existenz des linken Flügels den Arbeitern unbekannt; man müsse daher in der Partei bleiben und die Massenagitation fortsetzen.

Bei der Abstimmung stellte es sich heraus, daß die Mehrheit der Konferenz sich für die Fortsetzung des Kampfes innerhalb der S. P. erklärte. Die Minderheit der Konferenz beschloß in einer besonderen Sitzung einen besonderen Kongreß am 30. August in Chicago zusammenzurufen und alle zum Kommunismus neigenden Elemente, sowohl Parteimitglieder, wie Parteilose und Mitglieder anderer Parteien einzuladen. Auf der Konferenz wurde der Vorschlag betreffs Einberufung eines Kongresses in Chicago am 30. August auch von der Mehrheit angenommen, jedoch ein vollständiger Ausgleich mit der Minderheit kam nicht zustande. Im Zeitraum zwischen dem 21. Juni und dem 30. August ist eine Reihe angesehener Parteigänger von der Mehrheit zur Minderheit übergetreten.

Die Genossen, die auf der Konferenz der Minderheit angehören, haben später die Kommunistische Partei, die Vertreter der Mehrheit dagegen die Kommunistische Arbeiterpartei organisiert, die der Kommunistischen Partei an Mitgliederzahl nachsteht.

A-n.



Die sozialistische Bewegung in Korea.

Notiz der Redaktion: Wir veröffentlichen nachstehenden Bericht eines koreanischen Kommunisten mit besonderem Vergnügen.

In seinem mündlichen Bericht im Exekutivkomitee erklärte Gen. Pak: Die koreanischen Arbeiter wollen einer Internationale angehören, die die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte nicht unterstützt, — daher schließen sie sich der III. Internationale an.

Das ist vortrefflich gesagt.

Diese einfachen Worte treffen den ganzen Kern der Sache. Die „II. gelbe Internationale“, die sich hinter Phrasen von „Zivilisation“ und „Fortschritt“ verschanzt, unterstützt die imperialistischen Staaten bei ihren Raubzügen gegen die „Kolonialvölker“. Die Kommunistische Internationale gibt die Parole aus: „Fort aus den Kolonien!“ und unterstützt die revolutionäre Freiheitsbewegung in allen Kolonien gegen die imperialistischen Räuber. Daher kommt es, daß Millionen von Werktätigen in Korea, China, Indien, Persien, Afghanistan usw., die zum Kampf gegen ihre Unterdrücker erwacht sind, erwartungsvoll auf die Kommunistische Internationale blicken.

Ihnen allen sendet das in der Kommunistischen Internationale organisierte internationale revolutionäre Proletariat einen flammenden Gruß.

In Korea — einem der zurückgebliebensten Länder des Ostens — hat die sozialistische Massenbewegung erst vor ganz kurzer Zeit begonnen, und daher sind ihre Vertreter nicht in der Lage, über ihren Revolutionskampf einen so inhaltreichen Bericht vorzulegen wie die aus anderen Ländern delegierten Genossen.

Mit dem Herbst 1910, d. h. nachdem Korea seine Unabhängigkeit verloren hatte, begann in Korea eine Periode der Reaktion und des Stillstandes im öffentlichen Leben. Der japanische Imperialismus, der das koreanische Volk unter seine Gewalt gebracht hatte, hob zum Zweck seiner endgültigen Versklavung jegliche Preß- und Verbandsfreiheit im Lande auf. Die Massen des koreanischen Volkes, die unter dem grausamen Druck der Eroberer unsäglich litten, strebten ihre Befreiung an. Diesen Bestrebungen wurde es jedoch nicht leicht, sich in der Atmosphäre der von den japanischen Imperialisten eingeführten barbarischen Repressalien zu entwickeln: jegliche öffentliche Initiative auf dem Gebiet der Aufklärung, der Organisation und der Selbstbetätigung der Massen stieß auf den hartnäckigen Widerstand der japanischen Behörden, die nicht einmal das legale Bestehen kulturell-aufklärender, geschweige denn politischer Organisationen zuließen. In dieser entsetzlichen Lage befand sich das ganze öffent-

liche Leben Koreas, in dieser Lage entstand und entwickelte sich unsere Organisation: der „Bund der Befreiung“. Im Jahre 1910 schuf ein Kongreß von Organisatoren die Grundlage für die erste sozialistische Vereinigung in Korea durch die Gründung eines Vollzugsbüros des Verbandes. Aber unter dem Druck der immer stärker anwachsenden Reaktion wanderte das Vollzugsbüro zuerst nach der Mandschurei und dann nach Sibirien aus. Von den ersten Entstehungstagen des Verbandes an fiel der ganze national-patriotische Teil der Gesellschaft mit scharfer Kritik über ihn her; auch die sozialen Verhältnisse waren dem Wachstum und der Festigung unserer Organisation nicht günstig; die Ideen des Klassenkampfes konnten die arbeitenden Massen Koreas nicht beflügeln, da der Klassenkampf selbst in Korea eine nur vom Hörensagen bekannte Erscheinung war. Die liberale Reformpolitik der Regierung in der Zeitspanne von 1897—1907 hatte alle Standesunterschiede zeitweilig fast völlig ausgeglichen, und die äußerst langsam fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus schuf keinen Boden für ein scharfes Zutagetreten der Klassengegensätze. Der Adel und die Bourgeoisie, die durch die eiserne Faust des japanischen Imperialismus von der Macht entfernt worden wären, gingen Hand in Hand mit den armen Volksschichten und trugen einmütig die gemeinsame schwere Last des nationalen Befreiungskampfes. In den Volksmassen griff eine ausgedehnte Entwicklung patriotischer Anschauungen Platz, die durch den alltäglichen Kampf mit der Vergewaltigung durch die überseeischen Eroberer hervorgerufen war. Aber mit jedem Jahre wuchs die Mitgliederzahl des Verbandes; der beste Teil der Jugend scharte sich entschlossen um unser Banner. Der Bund war die einzige Organisation, die davon ausging, daß die Unabhängigkeit Koreas nur durch den Triumph der Revolution in Japan gesichert werden könne. Die aufrichtigen Proteste der japanischen Sozialisten gegen die Politik der Regierung des Mikado, die Korea annektiert hatte, und die Verfolgung der Sozialisten durch die Regierung gaben den ersten Anstoß zur Spaltung innerhalb der koreanischen Bewegung: die „geeinigten nationalen Front“ gegen Japan ging mit diesem Augenblick in Stücke. Die Ideologen der neuen Strömung, die aus dieser Spaltung entstand, strebten ein Zusammenhalten mit den linken Elementen Japans an, konnten jedoch in dieser Richtung keine wesentlichen Ergebnisse erzielen: gegenseitiges Nichtverstehen und Mißtrauen machten jegliche Zusammenarbeit unmöglich. Die Führer der koreanischen linken Strömung sahen im ganzen koreanischen Volk überhaupt einen Träger demokratischer Ideen. Sie glaubten, daß unter dem Druck der japanischen Bürokratie der koreanische Adel und die vor ihren Augen entstehende Bourgeoisie sich in wahrhafte Demokraten verwandeln würden. Hierin lag ihr größter Fehler.

Sie glaubten nicht an die Richtigkeit der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die von den Begründern der Theorien des ökonomischen Materialismus entdeckt worden waren. Aber der ganze Gang des politischen und wirtschaftlichen Lebens Koreas im Verlauf der Jahre

1912—1917 zerschlug alle utopischen Ansichten der Linken, und die große russische Revolution nötigte sie zur Erkenntnis ihrer Fehler. Sie zerstreute endgültig die Illusionen der „Geeinigten koreanischen Demokratie“, und die wachsenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes endeten mit der unvermeidlichen Spaltung. Die Konferenz in Chabarowsk von 1918 gab dieser Spaltung als einer vollendeten Tatsache Gestalt. Auf dieser Konferenz wurde der Verband koreanischer Sozialisten „Chanin-Sachwe-Dan“ begründet, und mit seiner Gründung ergoß sich die koreanische linke Strömung in den allgemeinen Strom der sozialistischen Weltbewegung. In Sibiren hat der Verband koreanischer Sozialisten, der dort die Möglichkeit legaler Existenz erhielt, bis zum tschechoslowakischen Umsturz seine eigenen Flugblätter herausgegeben und den Grund gelegt zu einem engen Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien Ostasiens zwecks gemeinsamen Kampfes gegen den japanischen Imperialismus; außerdem ist unser Verband bemüht gewesen, alles zu tun, was in seinen Kräften stand, um die Pflicht der Solidarität gegen die russischen Genossen zu erfüllen.

Während die chinesische Revolution, die im Grunde genommen eine Palastrevolution war, an den breiten koreanischen Massen fast unbemerkt vorüberging, hat die russische Revolution, die von ihren ersten Tagen an der zerfallenden bürgerlichen Ordnung einen unheilbaren Stoß versetzte, die koreanischen Massen im Gegenteil aufgerüttelt; aus den ussurischen Tälern gelangten die Aufrufe des russischen Proletariats und die großen Losungen der Revolution bis an ihr Ohr und beflügelten sie, ein neues Leben anzustreben.

Die „Reisunruhen“ in Japan, der Ausgang des Weltkrieges mit seinen Ergebnissen, die Versailler Friedenskonferenz und der Völkerbund, auf die unsere Nationalpatrioten und teilweise auch der rechte Teil unseres Verbandes ihre Illusionen gründeten, die Niederlage der Sozialisten in den neu entstandenen Staaten und die Märzunruhen in Korea, — dies alles gab unserem öffentlichen Leben einen neuen Inhalt; die politische Bewegung, die sich unaufhaltsam weiterentwickelte, schuf neue Ereignisse, neue Fragen, die von der Gesellschaft vollbewußte Beantwortung forderten. Und so fand im April d. J. im Bezirk der Stadt Wladiwostok ein vereinigter Kongreß zweier öffentlicher Organisationen statt: des Verbandes koreanischer Sozialisten „Chanin-Sachwe-Dan“ und des „Verbandes neuer Bürger“ — „Schin-Min-Dan“; am Kongreß nahmen 49 Delegierte teil, die 30.000 Wähler vertraten; von ihnen gehörten ein Drittel der ersten Organisation und zwei Drittel der zweiten an.

Der linke Teil des Kongresses vertrat das reine Klassenprinzip und richtete seine Hoffnungen auf die Bewegung des ganzen Weltproletariats, namentlich auf die japanische Arbeiterbewegung, während der rechte Teil einen engen Anschluß an die vaterländische Bourgeoisie und den Adel für notwendig hielt, in der Annahme, daß dies zur Zeit revolutionäre Gruppen seien. Er riet dem linken Flügel, sich vom chauvinistisch gesinnten japa-

nischen Proletariat möglichst fern zu halten. Den Sieg trug auf dem Kongreß der linke Teil davon, der es für erforderlich hielt, den Kampf um die nationale Befreiung Koreas mit Unterstützung der Arbeiterklasse Japans und anderer Länder zu führen und der diesen Kampf nicht als nationalchauvinistische Bewegung gegen Japan überhaupt, sondern nur als Bewegung gegen den japanischen Imperialismus betrachtete.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stand eine ganze Reihe von Fragen. Die Fragen der internationalen Politik bildeten den Mittelpunkt, auf den sich die ganze Aufmerksamkeit der Kongreßteilnehmer konzentrierte.

Auf dem Kongreß fand die Vereinigung beider Verbände zu einer Partei unter dem Namen „Koreanische Sozialistische Partei“ — „Chanin-Sachwe-Dan“ statt. In Wirklichkeit hatten die Führer beider Verbände auch früher schon einmütige Uebereinstimmung in fast allen Fragen gezeigt und mit kameradschaftlicher Solidarität gehandelt. Jetzt hatte diese Einigung organisatorische Formen erhalten.

Auf dem Kongreß gelangte ein Programm zur Annahme, das folgende Hauptthesen enthielt:

1. Zur Sicherung der normalen geistigen und physischen Entwicklung der koreanischen arbeitenden Massen ist die Befreiung Koreas vom Joch des japanischen Imperialismus und von der kapitalistischen Ausbeutung notwendig.

2. Angesichts dessen, daß die Interessen der arbeitenden Massen Japans und Koreas einander verwandt sind und der Druck des japanischen Imperialismus und Kapitals auf beiden mit gleicher Schwere lastet, ist eine enge Verbindung zwischen den revolutionären Organisationen beider Länder notwendig.

3. Angesichts dessen, daß Korea in die Epoche des Kapitalismus eintritt, muß die Partei die proletarischen Elemente und die Knechte auf dem Lande organisieren, im Geist des revolutionären Marxismus erziehen und ihren täglichen Kampf gegen das Kapital leiten.

4. Die Erfahrung der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt wie auch die Erfahrung unserer eigenen Revolution, die in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Form von Agrarunruhen annahm, lehrt, daß in den akuten Augenblicken der Klassenkonflikte zur Herbeiführung des Sieges der Gleichheit und Gerechtigkeit eine Vergewaltigung der Ausbeuter durch die Ausbeuteten erforderlich ist. Daher sieht die Partei als zweckmäßigste Form der Macht die Rätenschaft an.

Auf diesem Programm einigte sich der ganze Kongreß mit Ausnahme von fünf Delegierten, die mit den angeführten Thesen nicht einverstanden waren und den Kongreß verließen.

Sodann ging der Kongreß zur Erörterung der laufenden Ereignisse über. Ungeachtet dessen, daß die in den ersten Märztagen begonnene und bis jetzt andauernde Erhebung in Korea, die von den Nationalpatrioten geleitet und von ihnen auf die falsche Bahn des nationalen Antagonismus

gelenkt wird, unter solchen Umständen nicht zu wünschenswerten Ergebnissen führen kann, hielt der Kongreß es für unzweckmäßig, der revolutionären Bewegung, welche Form sie auch annehmen mag, entgegenzuarbeiten und beschloß: bemüht zu sein, durch weitgreifende Propaganda die Bewegung ins Strombett des Klassenkampfes zu lenken und eine enge Verbindung mit den japanischen Sozialisten herzustellen zum gemeinsamen Kampf gegen den vaterländischen und japanischen Adel und die Bankiers.

Hinsichtlich der Versailler Friedenskonferenz nahm der Kongreß eine Resolution folgenden Inhalts an: Da die Vertreter der Ententemächte sich zur Versailler Friedenskonferenz zwecks Teilung der Früchte ihres Sieges und zwecks Aufteilung der ganzen übrigen Welt versammelt haben und da die kleinen bedrückten Völkerschaften auf dieser Konferenz durch eine verschwindende Minderheit vertreten sind, so kann kein Zweifel darüber obwalten, daß ihre gerechten Forderungen keine Befriedigung finden werden und daß dasselbe Schicksal auch die „koreanische Frage“ erwartet; daher hält es der Kongreß für notwendig, durch Propaganda in den Massen gegen die Autorität der Friedenskonferenz anzukämpfen.

Der Völkerbund ist nach der Ansicht des Kongresses dasselbe, was die Heilige Allianz nach den Napoleonischen Kriegen war; sie kann die Entwicklungsfreiheit der kleinen Völkerschaften, die auch in ihr die Minderheit bilden werden, in keiner Weise sicherstellen. Der Kongreß beschloß daher, eine verstärkte Agitation und Propaganda in den Massen zu entwickeln zugunsten der Abberufung der koreanischen Delegierten von der Friedenskonferenz und aus dem Völkerbund, falls sie an diesem teilnehmen sollten.

Ferner wurde auf dem Kongreß die Frage hinsichtlich der III. Internationale erörtert. Die fieberhafte Rüstungstätigkeit Japans und des von den Siegern „hintangesetzten“ Deutschland einerseits und die räuberischen Gelüste der anglo-franko-amerikanischen Imperialisten andererseits in Verbindung mit den sich immer mehr zuspitzenden Rassengegensätzen können abermals zu einem Zusammenstoß zwischen allen Völkern der Welt führen, wenn sich die revolutionären Sozialisten aller Länder nicht einmütig gegen einen neuen Weltkrieg erheben. In Erkenntnis alles dessen beschloß der Kongreß: Unterhandlungen mit den sozialistischen Parteien Ostasiens einzuleiten über Maßnahmen zur Vereinigung des gemeinsamen Kampfes gegen den Panmongolismus, und sich der III. Internationale anzuschließen, die sich in Europa zur Bekämpfung des Weltübels — des Imperialismus — organisieren müsse.

Die Resolution hob gleichzeitig hervor, daß „wir Sozialisten des Ostens keinesfalls im Kontakt mit der Mehrheit der II. Internationale arbeiten können, die die Kolonialpolitik ihrer imperialistischen Regierungen unterstützt.“

Zur Zeit der Tagung des Kongresses wußten wir noch nichts von der in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale.

In der Ansicht, daß Sibirien die Basis seiner politischen Tätigkeit

bildet, und in bitterer Beobachtung der Verstärkung des japanischen Einflusses im Fernen Osten faßte der Kongreß hinsichtlich Sibiriens und der Sowjetrepublik Rußland folgenden Beschluß: Da der Triumph der Sowjetrepublik Rußland im Fernen Osten und die Freiheit Koreas eng verknüpft sind mit dem Schicksal des japanischen Imperialismus, und da für unsere Partei, die es für erforderlich hält, dem Staatsaufbau in der künftigen koreanischen Republik die Prinzipien der Rätewacht zu grunde zu legen, eine nahe Nachbarschaft mit Sowjetrußland besonders wichtig ist, dessen Reichtum an revolutionärer Erfahrung uns unschätzbare Dienste nicht nur im gemeinsamen Kampf mit dem japanischen Imperialismus, sondern auch im Kampf mit der Bourgeoisie und dem Adel unseres eigenen Landes leisten wird, — so wird das Zentralkomitee der Partei beauftragt, unverzüglich die entsprechenden Schritte zu unternehmen.

Seiner Stellung zum Koreanischen Nationalrat gab der Kongreß in einer Resolution Ausdruck, die den Parteimitgliedern empfiehlt, falls der Rat nach wie vor eine der Taktik unserer Partei widerstrebende Politik verfolgen sollte, — die verantwortlichen Posten in der Organisation des Verbandes zu verlassen. Die Entscheidung der Frage einer endgültigen Abberufung der Parteimitglieder aus dem Verband beschloß der Kongreß dem Zentralkomitee der Partei zu überlassen.

Endlich wurden auf dem Kongreß auch Fragen hinsichtlich Japans, Chinas und des ganzen Fernen Ostens beleuchtet und die Wahlen ins Zentralkomitee der Partei vorgenommen.

Unsere vaterländische Bourgeoisie versicherte uns immer wieder, daß gegenwärtig nicht die Zeit sei für Klassenreibeien, daß man alle lebendigen Kräfte der Nation mobil machen müsse zum gemeinsamen Kampf mit dem japanischen Joch, das uns alle in gleichem Maße bedrücke, aber der einsichtige Teil der Werktätigen, der von der Partei der koreanischen Sozialisten vertreten wird, beschloß, den heuchlerischen und verlogenen Versicherungen der bürgerlichen Politiker kein Gehör zu schenken, denn das werktätige Volk wird unter dem Druck der koreanischen Bourgeoisie ebenso leiden, wie es jetzt unter der Willkür der Räuber des japanischen Imperialismus leidet.

Vom Augenblick ihres letzten Kongresses an hat die koreanische sozialistische Partei endgültig mit der vaterländischen Bourgeoisie und dem Adel gebrochen, sich auf die Plattform des Klassenkampfes gestellt und die Losung ausgegeben: eine „Freie Koreanische Republik“. Unsere Partei hat einen neuen Weg des revolutionären Kampfes beschritten und geht energisch und kühn einer lichten Zukunft entgegen, der brüderlichen Mitarbeit der japanischen und chinesischen Sozialdemokratie gewiß, die gemeinsam mit ihr den Kampf gegen die ostasiatische Reaktion für die endgültige Befreiung der Werktätigen und für die Weltrevolution führen werden.

Dies sind die Anschauungen der koreanischen sozialistischen Partei, und überall, wo das koreanische Proletariat und Bauertum sich ihr noch

nicht angeschlossen haben, sind wir bemüht, sie durch unsere Agitation auf unsere Seite zu ziehen.

Noch niemals in der Geschichte der sozialistischen Weltbewegung ist so deutlich das Bedürfnis nach enger Einigung und fester Geschlossenheit der arbeitenden Massen aller Länder zum gemeinsamen Kampf mit dem Weltimperialismus empfunden worden, wie eben jetzt nach dem europäischen Kriege. Im Bewußtsein dieser Notwendigkeit antwortet unsere Partei mit Freuden auf den Ruf der III. Internationale, und ich bin überzeugt, daß wir in nächster Zukunft Schulter an Schulter mit dem Proletariat Europas, Amerikas und des übrigen Asiens kämpfen werden für die Weltrevolution und für Verwirklichung der Aufgaben der Revolution in Korea.

Dshischun Pak,

*Mitglied der koreanischen Delegation und des
Zentralkomitees der Partei koreanischer Sozialisten.*



CHRONIK.

Frankreich.

Die Wahlen in die Deputiertenkammer. Die Niederlage der Sozialisten.

Die Wahlen in die Deputiertenkammer, die am 18. November stattfanden, endeten mit einer völligen Niederlage der vereinten sozialistischen Partei: in der neuen Kammer wird die Partei nur über 55 Deputiertenplätze verfügen anstatt der früheren 86. Somit hat sie 31 Plätze verloren.*) Uebrigens wurden nicht gewählt: die beiden offiziellen Führer der Partei Renaudel und Jean Longuet, der Sozialist-Clemencist Pierre Laval, die Vertreter der „äußersten Linken“ Sixt-Quenin, Mayeras und Brizon (ein Kienthaler). Andererseits wurden aufs neue in die Kammer gewählt — Albert Thomas, Sembat, die unlängst aus den Kandidatenlisten der Partei ausgeschlossenen Sozialpatrioten Lauche, Abriot, Rozier und von den Revolutionären — Alexandre Blanc. Im allgemeinen hatten die Wahlen einen zweifellos konservativen Charakter. Die Groß- und Kleinbourgeoisie, die Reichen und die „nouveaux riches“, die kleinen Rentner, die betrübt sind über ihre „russischen Verluste“ und noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, das Verlorene zurückzugewinnen, stämmige Bauern, die an dem Weltgemetzel reich geworden sind — alle diese Elemente bildeten einen Block „gegen den Bolschewismus“ und ließen in ihrer albernen Angst selbst einige ihrer zweifellosen Freunde durchfallen. So wurden eine ganze „Plejade“ früherer Minister (Colliard, Laferre, Morel) und Radikale verschiedener Schattierungen: Augagneur, Dalbiez, René Renault, Cruppi u. a. verballotiert . . . Die republikanische Demagogie dieser Herren schien den eingeschüchternen Wählern zu gefährlich. Außer den 55 Sozialisten wurden in die Kammer gewählt: Progressisten (76 Dep.), Liberale (42 Dep.), Konservative (40 Dep.), linke Republikaner (36 Dep.), royalistisch-katholische Gruppe „L'Action Française“ (5 Dep.). Alle Blätter posaunen einmütig von dem glänzenden Sieg Clemenceaus. „Diese Wahlen versprechen uns zehn Jahre Reaktion“, erklären einige Radikale.

Der alte Diktator, der nach dem Willen der französischen Finanzaristokratie handelt, empfindet nun ganz begründet eine tiefe Befriedigung.

*) In der Nummer der „Presse de Paris“ vom 19. November heißt es sogar, daß die sozialistische Partei 37 Plätze eingebüßt habe.

Das französische Parlament hat jedoch vor dem Kriege, sowie während des Krieges und des Friedensschlusses, über dessen Bedingungen die wahren Machthaber des Landes nicht einmal für nötig hielten, es zu informieren, eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt; das Parlament stand dermaßen abseits von allen sozialen und politischen Ereignissen, daß sein Bestand kaum irgend welchen Einfluß auf das fernere Geschick Frankreichs haben kann. Ob in einem bürgerlichen Parlament fünfunddreißig übrige Vertreter dieser oder jener bürgerlichen Partei anwesend oder abwesend sind, kann unserer Meinung nach kaum einen wesentlichen Einfluß auf die Lage der Arbeiterklasse ausüben.

Die Niederlage der vereinigten Sozialisten beweist daher unserer Ansicht nach folgendes:

1. daß der Apparat der Parlamentswahlen durch die bürgerliche Diktatur in Frankreich bis zum höchsten Grad der Vollkommenheit gebracht ist;

2. daß die vereinigte sozialistische Partei durch das Schwanken und die Schwäche, die sie an den Tag legte, das Vertrauen eines bedeutenden Teils der Arbeiter einbüßte, die jegliches Interesse an den Wahlen verloren;

3. daß die vereinigte sozialistische Partei durch Mangel an revolutionärer Entschlossenheit der Reaktion einen unschätzbaren Dienst erwies.

Die Vertreter der neuen Parteilmehrheit und die „Zentristen“ — Longuet, Mayeras usw., die dem Götzen der Parteeinheit beständig den revolutionären Geist zum Opfer bringen, haben ihre leidenschaftlichsten und meist energischen Freunde abgekühlt, unter den Schwankenden Ermüdung und Verwirrung hervorgerufen. Es erwies sich, daß das revolutionäre Proletariat sich den Weg zur Befreiung nur ohne ihre Einmischung, nur durch Loslösung von ihnen bahnen kann. Die Parlamentsfraktion der Partei war, besonders seit die Frage des Bolschewismus auf die Tagesordnung gestellt wurde, keineswegs die wahre Vertreterin der Massen und leitete sie nicht, sondern folgte ihnen mit zusammengekniffenen Lippen, wenn sie hinaus auf die Straßen strömten und die Gründung von Sowjets forderten; die Fraktion protestierte schüchtern, vorsichtig und platonisch gegen die Intervention; das alles stieß die breiten Massen ab und förderte die Vereinigung aller Kräfte der Reaktion. Das Schlimmste ist jedoch, daß in dieser Beziehung von dem neuen Bestand der Parlamentsfraktion kein Umschwung zur Besserung zu erwarten ist: als künftiger Führer der Fraktion wird schon jetzt Paul Boncour genannt, ein gewesener Minister, ein gestriger Radikaler und ein heutiger bürgerlicher Sozialist.

Bei der Wertung der Wahlergebnisse ist auch das diesmal angewendete besondere System der Stimmenabgabe zu beachten, durch das Longuet, Mayeras, Frossard, P. Faure, Verfeuil und einige andere Kandidaten, die zu 110—115 000 Arbeiterstimmen in Saint-Denis und Saux erhielten, verballotiert wurden, während in anderen Bezirken Kandidaten gewählt wurden, die weniger als 20 000 Stimmen erhielten. So wurde z. B. Léon Daudet mit 19.685 Stimmen gewählt. Auf diese Weise werden 115.000

sozialistische Arbeiter von Saint-Denis keinen einzigen Vertreter in der Kammer haben, die weniger zahlreiche Gruppe der Royalisten wird jedoch durch fünf Deputierte vertreten. Für unseren Genossen Sadoul wurden 40.363 Stimmen abgegeben, und er ist nicht gewählt. Um seine Wahl zu verhindern, schuf die Regierung hinter seinem Rücken ein Gerichtsverfahren — und verurteilte ihn, ohne ihn auch nur zu verhören, zum Tode. Eine würdige Einleitung zur neuen Ordnung!

Es ist zu erwähnen, daß die Kandidatur Sadouls einen scharf ausgeprägten Kampfcharakter trug. Es wurde dem Wähler die Frage gestellt: für oder gegen den Bolschewismus? Und doch erklärten mehr als 40.000 Arbeiter in den Vororten von Paris offenkundig ihre glühende Sympathie für den Kommunismus, obgleich die Bourgeoisie und die „gelbe“ sozialistische Presse gerade während der Wahlen sich besonders anstrenge und einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus predigte.

Skandalöse Enthüllungen.

Die Enthüllungen nach dem Kriege dauern noch immer fort. Drei Tage vor den Wahlen verhaftete die „Sicherheitspolizei“ den Deputierten Meunier, einen Linksradikalen und Redakteur der Zeitung „La Vérité“, auf Grund einer Anklage, mit dem Feinde in Verbindung gestanden zu haben.

Ist denn P. Meunier wirklich ein Verräter und dunkler Spekulant, wie seine politischen Feinde behaupten? Oder hat der zürnende Greis, der jetzt über ganz Frankreich herrscht, diese Anklage nur als Vorwand benutzt, um den gefährlichen Gegner los zu werden, wie er es unlängst mit Caillaux machte? Im Grunde genommen ist das eine nebensächliche Frage; uns interessiert hier das Bild der bürgerlichen Sitten. Während der letzten achtzehn Monate wurden unter Beschuldigung des Staatsverrats verhaftet: ein früherer Ministerpräsident, der Vorsitzende des Kassationsgerichts, der Direktor der „Sicherheitspolizei“, zwei Mitglieder der Deputiertenkammer und eine ganze Reihe einflußreicher Journalisten . . . Das sind alles berufsmäßige Patrioten. Wahrlich, die französische Bourgeoisie beginnt bei lebendigem Leibe zu verwesen.

Vielleicht genießt sie das Schauspiel der Hinrichtung daher mit solcher Lust. Alle französischen Blätter widmeten unlängst ganze Spalten einer ausführlichen Schilderung der Hinrichtung Pierre Lenoirs (der mit dem freigesprochenen Senator Humbert zusammen Eigentümer der Zeitung „Journal“ war). Lenoir wurde erschossen, nachdem er mit Morphinum eingeschlafert und an den Stuhl gebunden war. Es versteht sich, daß Leute, die den Anblick und die Beschreibung solcher Szenen genießen, sich mit Entzücken auf verschiedene Erfindungen über die „bolschewistischen Gräueltaten“ stürzen.

Kohlennot. Streiks. Urteil in der Angelegenheit der aufständischen Matrosen.

Die Kohlennot und überhaupt der Mangel an Brennmaterial, der bereits im vorigen Jahre ziemlich fühlbar war, gibt der Pariser Bevölkerung nun zu ernstest Befürchtungen Anlaß. Für die Monate August, September und Oktober hat die Stadt 283.132 Tonnen Brennöl erhalten anstatt der notwendigen 400.000. Die Vorräte haben sich um 14.000 Tonnen verringert. Infolge des Mangels an Brennmaterial sind die Werke der Vorstädte gezwungen, die Arbeit einzustellen, da sie keine Elektrizität erhalten. Die Lage verschlimmert sich mit jedem Tage, und es ist nicht zu hoffen, daß es gelingen wird, sie zu bessern — trotz der Plünderung Deutschlands, das alltäglich bis 17.000 Tonnen Koks und Kohle liefert.

Die Streikbewegung, — die unserer Ansicht nach nicht weniger Ehrfurcht erregend ist als die „Wahlsiege“ der Reaktion, — währt beständig fort. In Lyon (unsere Mitteilungen beziehen sich auf Ende Oktober) streiken die Arbeiter der Seidenfabriken (die Weber und Spinner). Etwa 20.000 Arbeiter fordern die Festsetzung eines minimalen Arbeitslohnes. Die Fabrikanten drohen mit Aussperrung, empört durch die Unmöglichkeit „eilige Bestellungen“ zu liefern (und kolossale Profite einzuheimsen)! In Marseille sind die Matrosen während der Wahlen in Ausstand getreten. In Paris streikten die Angestellten der großen Läden („Bon Marché“, „Galérie Lafayette“ usw.) und der Lebensmittelverkaufsstellen und stellten eine ganze Reihe von Forderungen. Konflikte fanden auch in dem berühmten Magazin von Potin statt. Die Arbeiter weigerten sich an verschiedenen Orten, die für die russischen gegenrevolutionären Armeen bestimmte Munition zu verpacken. Die Drucker, die Setzer und andere Druckereiarbeiter der großen Blätter in Paris traten gerade vor den Wahlen in Ausstand, und das Erscheinen der Organe der bürgerlichen Presse wurde völlig eingestellt. Die Presse protestierte und da kam das „Wesentliche der Dinge“ ans Tageslicht. Unter Mithilfe der Streikbrecher vereinten sich alle bürgerlichen Blätter gegen den gemeinsamen Feind, den Arbeiter, und gaben zusammen ein Tageblatt unter der Benennung „Presse de Paris“ heraus, in dem die Redaktionen der verschiedenen bürgerlichen Blätter: „Tems“, „Le Radical“, „L'Action Francaise“, „L'Homme Libre“ und andere friedlich die einzelnen Spalten unter sich teilten. Royalisten, Clemencisten, Radikale aller Schattierungen legten dieses Mal völlige Einmütigkeit an den Tag und gaben die gemeinsame Parole aus: „Tod den Bolschewiki!“ Das Streikkomitee gestattete seinerseits das Erscheinen der Zeitung „Feuille Commune“, in welchem sich zehn revolutionäre und oppositionelle Blätter zusammenschlossen. Diese Vereinfachung der gesamten Presse, ihre Beschränkung auf zwei Klassenorgane, ist äußerst bezeichnend.

Die Bourgeoisie bezeigt auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine zweifelhafte Neigung zur Einigung. Nach der Allgemeinen Agrarkonföderation (der

Ausbeuter) entstand die Allgemeine Produktionskonföderation, eine große Vereinigung der Ausbeuter, die beschlossen haben, durch alle Mittel und auf jede Weise ihre Profite zu sichern . . .

Ende Oktober wurde im Kriegsgericht der Prozeß der Meuterer auf den Kriegsschiffen „Provence“ und „France“ behandelt. Die Matrosen dieser Schiffe, die im Schwarzen Meer standen, wurden beschuldigt, daß sie gemeutert und offen ihre Solidarität mit den russischen Kommunisten erklärt hätten. Wir haben vorläufig nur über den Prozeß der Matrosen des Schiffes „France“ genaue Nachrichten: 5 Mann wurden zu 2 Jahren Gefängnishaft verurteilt, zwei zu 3 Jahren, einer zu 4 Jahren, einer zu 5 Jahren, zwei zu 6 und einer zu 8 Jahren. So hält die Regierung des „freien“ Frankreich Gericht über die Bolschewiki!

Arbeiter, Intellektuelle, Presse und Bolschewiki.

Die französischen Arbeiter, die erfüllt sind von tiefster Sympathie für ihre russischen Brüder, beschlossen den zweiten Jahrestag der Oktoberrevolution durch Demonstrationstreiks zu feiern. Dieser Vorfall wird von der französischen bürgerlichen Presse hartnäckig totgeschwiegen, und wir erfahren einige Einzelheiten darüber erst aus den skandinavischen Blättern.

Am 26. Oktober fand in Paris eine Versammlung statt, an der die Vertreter von 27 Gewerkschaften teilnahmen. Auf dieser Versammlung wurde auf den Vorschlag der Eisenbahner beschlossen, als Zeichen des Protestes gegen das „beschnittene“ Gesetz über die Amnestie und gegen die Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands am 7. November, am Jahrestag der Sowjetmacht in Rußland, einen Generalstreik zu veranstalten. Am 6. November wurde zur endgültigen Besprechung der Frage in der Arbeitsbörse eine Versammlung der Vertreter aller Pariser Syndikate zusammenberufen. Die Arbeitsbörse weigerte sich, der Versammlung ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und wies darauf hin, daß der in Aussicht gestellte Streik ein „politischer und kein gewerkschaftlicher“ sei. Wie der 7. November in Paris verlief, ist uns leider bisher unbekannt. Wie gesagt, verharren die französischen bürgerlichen Blätter in Todeschweigen darüber . . .

Es ist interessant, auf eine Bewegung hinzuweisen, die sich in letzter Zeit unter den vorgeschrittenen französischen Intellektuellen geltend macht. Alles, was es in Frankreich frisches an Herz und Seele gibt, wird mit jedem Tage immer mehr von heißer Sympathie für die russische proletarische Revolution durchdrungen. Nach einer Reihe von Manifestationen, die von den Lehrern veranstaltet wurden, nach dem offenen Brief — „Wir klagen an“ — von Barbusse, der dem Verfasser einen Regen gemeiner Beschuldigungen seitens Burzew eintrug, veröffentlichte die Zeitung „L'Humanité“ in der Nummer vom 26. Oktober, die insbesondere der „Sowjetrepublik“ gewidmet ist, ein Manifest, das von 24 Vertretern der französischen Intellektuellen unterzeichnet ist (hier finden wir die Namen

von Anatole France, George Duhamel, Jules Romains, Henri Barbusse). Sie alle treten einmütig gegen die Blockade Rußlands auf und nennen diese ein „unerhörtes und durch nichts gerechtfertigtes Verbrechen“; sie erklären, daß „sie nicht für möglich halten, durch ihr Schweigen diese Niederträchtigkeit zu unterstützen“, und „protestieren mit aller Kraft ihrer Entrüstung dagegen“. So verhält sich die Blüte des denkenden Frankreichs zu der „verbrecherischen Politik“ Clemenceaus.

Die bestechliche bürgerliche Presse setzt als Antwort auf alle diese Kundgebungen ihre sinnlose und unkluge, lügnerische und verleumderische Kampagne gegen die Sowjets fort. Beim Lesen dieses ungeheuerlichen Unsinns traut man buchstäblich nicht seinen Augen. Es ist kaum zu glauben, daß alles dies im Paris von 1919 geschrieben ist. Wir wollen hier einige dieser Perlen anführen: die Pariser „Temps“ — „Matin“ und „Journal“ — berichteten Ende Oktober, daß die „Bolschewiki“ verboten hätten, den Neugeborenen Namen zu geben, — anstatt dessen würden die Kinder numeriert.“ Die „Cause Commune“ des Ritters trauriger Gestalt Burzew veröffentlichte einmal in ihren schmutzigen Spalten eine Charakteristik Lenins, in der unter anderem gesagt ist, daß „Lenin in seiner Jugend gern böse Hunde geneckt und sie dazu gebracht hätte, daß sie einander zerfleischten“. Derselbe Burzew, der seine Leser mit erdachten Briefen von Guilbeaux und „bolschewistischen geheimen Dokumenten“ bewirtet, erklärt, daß „Lenin und Trotzki der Macht zu entsagen beabsichtigen“, daß die „Sowjetregierung Vorbereitungen zur Flucht nach Turkestan macht“, daß die „Bolschewiki alle Kinder nationalisieren“ . . . Endlich berichtet sogar die durch ihren Ernst berühmte „Temps“ in der Nummer vom 30. Oktober, daß die „proletarischen Frauen von Petrograd bei Zarskoje Sjelo unter dem Kommando von Chinesen kämpfen“ . . . Unwillkürlich fragt man sich: wer schreibt denn alle diese Fieberphantasien? Stumpfsinnige, Heuchler oder einfach Narren? Zweifellos Leute aller dieser Kategorien und vor allen Dingen Stumpfsinnige.

Zum Schluß erwähnen wir noch eine im höchsten Grade bemerkenswerte Erscheinung im Leben des Frankreich von heute: zum Schutz der Koalitions- und Versammlungsfreiheit gegen die rohe Gewalt der Reaktion organisieren die revolutionären Arbeiter von Paris eine besondere „Volksgarde“, in der viele den Kern der künftigen Roten Garde erblicken...

V. S.

Italien.

Die Lage in Italien ist gegenwärtig ausgeprägt revolutionär. Fast jeden Tag finden Zusammenstöße zwischen dem Proletariat und der herrschenden Klasse statt. Die dürftigen Nachrichten, die aus Italien zu uns ge-

langen, gestatten uns nur auf einige zufällige Episoden des großen Kampfes hinzudeuten, der sich gegenwärtig auf der Apenninenhalbinsel abspielt. Anfang Oktober wurden in Piacenza alle Polizisten infolge eines Generalstreiks der landwirtschaftlichen Arbeiter mobilisiert; zu derselben Zeit — am 9. Oktober — schossen die Karabinieri in Kastanisetti (Sizilien) auf die Bauern; acht Mann wurden getötet, dreizehn verwundet. In Foggia ergriff die Bauernliga dem Prinzip der unmittelbaren Aktion folgend allen unbearbeiteten Grund und Boden. 4.500 landwirtschaftliche Arbeiter mit Hunderten von Wagen, beladen mit Ackergerät, kamen zu einem Grundbesitzer und enteigneten ihn auf die friedlichste Weise. Es versteht sich, daß auch hier unverzüglich bewaffnete Macht angewendet wurde: Polizei, Karabinieri, Kavallerie, Artillerie wurden gegen die armen Landleute vorgeückt, um ihnen den Grund und Boden zu nehmen, der für ihre Existenz notwendig ist und ihn dem Parasiten — dem Gutsherrn — zurückzugeben! Es ist übrigens zu betonen, daß der örtliche Präfekt in dem geschilderten Fall erklärte, daß die Herausgabe eines neuen Gesetzes zu erwarten sei, das den Bauern gestatte, den unbearbeiteten Grund und Boden der Privatbesitzer zu bearbeiten. Die italienischen Bauern sind jedoch gewohnt, solchen Versprechungen nicht allzu sehr zu trauen. Alle Repressalien seitens der Regierung, besonders die blutigsten, beschleunigen nur den unvermeidlichen Gang der Ereignisse. Nach allem zu urteilen, wird die Bauernschaft bei dem sozialen Umsturz in Italien eine hervorragende Rolle zu spielen haben. Und die Einmütigkeit der Bestrebungen des Stadt- und Landproletariats wird zu einer ernstesten Drohung für die italienische Bourgeoisie.

* * *

Ueberhaupt wird das Herannahen der Revolution in Italien mit jedem Tage immer deutlicher fühlbar. Die Theatergesten und die üppige Schönrednerei D'Annunzios können vielleicht die kriegerischen Nationalisten und die rückständigsten Elemente der weiten Massen begeistern; durchaus nicht beeinflußt wird jedoch dadurch das klassenbewußte Proletariat, das durch die einzig in der Welt dastehende sozialistische Partei geleitet wird, die in der schwersten Zeit nicht die Sache des Sozialismus verriet. Während der unlängst (am 18. November) stattgefundenen Parlamentswahlen hat die italienische Sozialistische Partei einen glänzenden Sieg errungen und die Zahl ihrer Vertreter im Parlament verzweifacht: anstatt 81 Deputierter wird die Partei jetzt 163 Deputierte haben. Fast in allen großen Zentren sind die meisten gewählten Deputierten Sozialisten. In Turin wurden im ganzen 18 Deputierte gewählt, davon 11 Sozialisten, in Mantua von 5 Deputierten 4 Sozialisten, in Venedig wurden 3 Sozialisten und 3 Nichtsozialisten gewählt, von den 8 Deputierten von Ravenna gehören 5 zur sozialistischen Partei, von den 13 Deputierten aus Florenz sind 8 Sozialisten, in Mailand kommen auf 20 Deputierte 11 Sozialisten, in Genua wurden 6 Sozialisten gewählt und in Rom 4.

Dieser Sieg, der einen so grellen Kontrast zu der Niederlage der Sozialopportunisten und Sozialpatrioten in Frankreich bildet, ist augenscheinlich durch die revolutionäre Unversöhnlichkeit der italienischen Partei zu erklären. Und wenn unsere italienischen Genossen — woran wohl kaum zu zweifeln ist — wie bisher in engem Kontakt mit den Massen verharren, die mit jeder Stunde immer ungeduldiger zu entscheidenden Aktionen drängen*), dann tritt Italien in nächster Zukunft in eine neue Periode seiner Geschichte.

* * *

In Italien werden folgende kommunistische Organe herausgegeben: in Mailand erscheint zweimal monatlich die Zeitschrift „Communismo“, redigiert vom Genossen Serrati; hier werden die wichtigsten Dokumente der Kommunistischen Internationale und die Artikel von Lazzari, Pannekoek, Lenin u. a. veröffentlicht. Außerdem wird in Bologna eine Halbmonatschrift „La Guerra di Classe“ (Klassenkampf“) herausgegeben, an der eine ganze Reihe hervorragender italienischer Kommunisten teilnimmt: Luigi Fabri, Amado Borgi, Enrico Leone u. a.

V. S.

England.

Defizit und Elend.

Der englische Kapitalismus kam aus dem Kriege stark entkräftet, mit Wunden bedeckt, die früher oder später zu seinem Tode führen müssen. Schon mehrmals haben die Staatsmänner Englands vor dem Unterhaus das Gespenst des Bankrotts ausgemalt. Lord Austin Chamberlain, der Finanzminister, konnte, obgleich er in der Sitzung am 29. Oktober offiziell eine optimistische Sprache sprach, doch nicht den wahren Ernst der Lage verheimlichen. England hat mit einem Defizit von 473.000.000 Pfund Sterling zu rechnen, nicht zu reden von den im Ergebnis des siegreichen Krieges ungeheuer angewachsenen Staatsschulden. Alles ist in bester Ordnung, versichert jedoch der Minister, und beweist das folgendermaßen: das Finanzministerium versprach, durchaus nicht an die Rechte des Kapitals zu rühren, ohne Besteuerung der Einnahmen auszukommen und sogar den Besitz der neuen Protzen unberührt zu lassen. Wahrscheinlich handelt es sich auch dieses Mal um eine neue Besteuerung der Bedarfsgegenstände für die Unbemittelten. Die Rede des Ministers versetzte die Kammer in

*) Es ist zu bemerken, daß im Zusammenhang mit den Wahlen in Mailand blutige Zusammenstöße stattfanden, die ihrerseits zu einem Generalstreik Anlaß gaben.

eine vorzügliche Stimmung und sie lehnte die Korrektur von Clynes ab, der eine Konfiskation des während des Krieges erworbenen Besitzes und eine Besteuerung des Besitzes vorschlug. In derselben Woche — vielleicht war es Zufall — stieg der Preis des Zuckers um einen Penny das Pfund. Sydney Webb, ein gemäßigter Sozialist, wertet die Situation folgendermaßen: man soll entweder das Kapital und die Einnahmen besteuern oder allen geplanten sozialen Reformen entsagen . . . Bernhard Shaw endet seine Uebersicht dieser Finanzpolitik mit den Worten: Diese Wirtschaft ist eines Irrenhauses würdig“. Er selbst sieht nur in der Nationalisierung der Großindustrie einen Ausweg. „Ob sie wollen oder nicht — sagt er — wir müssen uns mit dem Gedanken aussöhnen“. Man kann sicher sein, daß der am wenigsten populäre englische Sozialist hierin als Vertreter der Meinung weiter Massen auftritt.

Was die Regierung anbetrifft, so nimmt sie zu völlig hoffnungslosen Experimenten Zuflucht. Einerseits verspricht sie, jeglichen Beistand für den General Denikin einzustellen, und diese formelle Lossage erweckt in den Kreisen der Imperialisten großen Unwillen. Andererseits stellt sie die Unterstützung der Arbeitslosen ein, deren es Hunderttausende gibt, 30.000 Frauen in London sind dem schrecklichsten Elend preisgegeben. Aus allen Industriestädten hört man die drohenden „Klagen der Arbeitslosen“.

Zu dieser kurzen Uebersicht der ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten des Königreichs kann man noch hinzufügen: 1. Ausstände von unerhörtem Umfang (davon weiter unten); 2. Bürgerkrieg in Irland; 3. die immer wieder auflodernden Revolten in Aegypten; 4. Krieg im Norden Indiens (wo Strafexpeditionen gegen einige Stämme von Afghanistan organisiert werden) und schließlich die ungelöste russische Frage, — das alles gibt eine gewisse Vorstellung von der durchaus nicht glänzenden Lage des englischen Kapitalismus.

Munizipalwahlen. — Keine Einmischung.

Lloyd George erklärt nicht umsonst immer wieder, daß er nicht geneigt sei, sich in die russischen Angelegenheiten einzumischen. Nach dem Kongreß in Glasgow, nach unzähligen Arbeiterdemonstrationen gegen die Einmischung gaben die Munizipalwahlen der Wählermasse noch einen Anlaß, sich mit einer Klarheit, die keinen Zweifel aufkommen läßt, über diese Frage zu äußern. Dem ungeheuren Erfolg der Sozialisten bei diesen Wahlen kann unmöglich nur eine lokale Bedeutung zugeschrieben werden. Die Wähler beabsichtigen natürlich nicht, im Rahmen der Munizipalitätsinstitutionen zum sozialistischen Aufbau zu schreiten. Diese Wahlen trugen aber das Gepräge seiner Demonstration und eines fast offenkundigen Protestes gegen die Finanzpolitik der Regierung und gegen ihre Politik in der russischen Frage . . . Bemerkenswert ist zum Beispiel, daß die Arbeiterpartei (Labour Party), die während der Munizipalwahlen von 1912 in keinem einzigen Munizipalrat die Mehrheit hatte, dieses Mal in 13 Londoner Räten

(Deptford, Woolwich, Shoreditch, Cumberwell, Greenwich, Battersea, Islington, Southhook usw.) in der Mehrheit ist. Sie hat in der Londoner Grafschaft 182 neue Plätze errungen, während die örtlichen Reformisten 130, die Progressisten aber 65 Plätze eingebüßt haben. Ebenso bedeutend sind die Siege der Sozialisten in Liverpool, Manchester, Birmingham.

Und dieser Wahlsieg der Sozialisten, die mit der Parole „Hände weg vom Arbeiterrußland!“ auftraten, fand nur einige Tage nach der zweitdeutigen Rede Lloyd Georges (den Bullit öffentlich der Lüge beschuldigte) über die Nichteinmischung in die russischen Angelegenheiten statt. „Wir können nicht auf die Dauer den Bürgerkrieg in Rußland mit Geld versehen“ — das war der allgemeine Sinn seiner Rede. Ihm als getreues Echo dienen Donald Maclean und Lord Robert Cecil: „Man kann keinen Krieg gegen theoretische Anschauungen führen“, „aktive Einmischung ist nutzlos“ (18. November). Die „Times“ betrauert am folgenden Tag nach der Rede Lloyd Georges, daß er den Weg zu den Prinzeninseln betreten habe. Es handelt sich natürlich darum, daß die Arbeitermanifestationen in England und die Siege der Roten Armee an allen Fronten in Rußland zu einer immer größeren Aufklärung der Ansichten des Premiers beitragen. Am 21. November bemerkte er bereits, daß es niemals eine „legal begründete“ Blockade von Rußland gegeben habe, und veröffentlichte eine offizielle Erklärung, daß die Frage von einer nochmaligen Entsendung der englischen Flotte in die russischen Gewässer im Frühling überhaupt nicht aufgeworfen werde.

Generalstreik der Eisenbahner.

Der Generalstreik der Eisenbahner, den die englischen Kapitalisten so sehr fürchteten, setzte in den letzten Tagen des September ein und fand Anfang Oktober seinen Abschluß. Wir halten es für notwendig, ausführlicher bei diesen Ereignissen zu verweilen, obgleich wir die Nachrichten darüber mit einiger Verspätung erhalten haben. Am 27. September um 1 Uhr 50 Minuten teilte das Verkehrsministerium mit, daß alle Eisenbahner Englands in Ausstand getreten seien. Auch die Untergrundbahn in London stellte die Arbeit ein. Dieser unerwartete Generalstreik hemmte das gesamte Leben des Landes. Vor der Erklärung des Streiks schickten die Eisenbahner der Regierung ein Ultimatum, das ihr einige Stunden Frist gab, um alle Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen (unter anderem wurde, wie bekannt, auch die Nationalisierung der Eisenbahnen gefordert). Die Folgen dieses Streiks waren ungeheuer. Am 27. September mußten einige Werke in Wolverhampton aus Mangel an Brennmateriale geschlossen werden. Die Unternehmer der metallurgischen Industrie erklärten, daß in einer Woche die Arbeit in allen Maschinenfabriken aus demselben Grunde eingestellt werden müsse. In London wurde die Bevölkerung unverzüglich auf Kriegsration gesetzt: 400 Gramm Brot täglich pro Person, 400 Gramm Fleisch wöchentlich In Wales allein erreichte die Zahl der Arbeiter,

die infolge des Streiks nicht arbeiten konnten, etwa 400.000. Es muß hinzugefügt werden, daß die meisten dieser Arbeiter (Grubenarbeiter, Blecharbeiter, Dockarbeiter, Kraftwagen- und Omnibusführer in London, Transportarbeiter, Arbeiter der Elektrizitätswerke) deutlich ihren Wunsch, sich den Eisenbahnern anzuschließen, an den Tag legten.

Der Streik hätte sich in einen Generalstreik verwandeln können, wenn die Führer der Arbeiterklasse es gewünscht hätten.

Die Bedeutung dieses Generalstreiks wäre eine ungeheure gewesen. Es wäre das Anfang vom Ende des bürgerlichen England, der erste Akt der Revolution gewesen. Ein Berichtstatter des französischen Blattes „Le Journal“ schrieb, daß im Fall eines Generalstreiks „die Schlacht für die Ordnungspartei fast mit Bestimmtheit verloren wäre.“

Robert Smillie verheimlichte nicht, daß „unter den Trade-Unionisten der Wunsch, einen Generalstreik zu veranstalten, so stark sei, daß es vielleicht unmöglich sein würde, ihn zu zügeln“ . . .

Die meisten Arbeiter waren also für eine entscheidende Schlacht, aber auch dieses Mal erbeben die feigen Führer und wichen zurück! An demselben Tage, als auf der Konferenz in Caxton Hall (der Bericht über die Debatten auf dieser Konferenz wurde nicht veröffentlicht) die Post- und Telegraphenbeamten, die Druckereiarbeiter und die Arbeiter der Stahl- und Elektrizitätswerke, die Föderation der Arbeiterinnen usw. die Frage erörterten, auf welche Weise den Eisenbahnern ihre Sympathie zu äußern sei, erklärte Lloyd George, daß er „nicht in Unterhandlungen treten wolle, bis die Eisenbahner nicht aufs neue an die Arbeit gehen.“ Durch die unerwartete Kühnheit und Standhaftigkeit aus der Fassung gebracht, machte der Premier eine ganze Menge erstaunlicher Fehler. Er erklärte, daß der Streik die Frucht einer „anarchistischen Verschwörung“, ein „Verbrechen gegen die Gesellschaft“ sei. Er traf die Verfügung, auf den Straßen Patrouillen aufzustellen, Truppenabteilungen von Soldaten, bewaffnet mit Gewehr und Bajonett. In Newport, Swansea und an anderen Orten war die Bevölkerung anlässlich des Erscheinens großer Mengen von Truppen dermaßen entrüstet, daß die Arbeiter verschiedener Betriebe erklärten, sie würden sich sofort dem Streik anschließen, falls eine Einmischung seitens bewaffneter Kräfte erfolge. Sogar die Kriegsflotte wurde in die Häfen entsandt, wo Streiks stattfanden. Noch nie ist mit solcher Augenscheinlichkeit demonstriert worden, wie sehr die Armee den herrschenden Klassen als Werkzeug des Kampfes gegen das Volk dient. D. H. Thomas, ein Führer der Eisenbahner, der durchaus nicht zum äußersten Flügel gehört, erklärte (am 30. September), daß die Verantwortung für die herannahende Revolution diejenigen zu tragen hätten, die „die Revolution provozierten“. — Das waren wahrlich tragische Tage für den englischen Kapitalismus! Leider mangelt es hier an Raum, eine einigermaßen ausführliche Schilderung dieser Tage zu bringen.

Tatsachen zeugen davon, daß England in diesen Tagen, vom 26. September bis zum 5. Oktober (ungefähr) fast zur Revolution kam. Wenn das

englische Proletariat seine würdige Führer gehabt hätten, oder wenn es ganz ohne solche auszukommen vermocht hätte, so wäre das englische Proletariat jetzt vielleicht schon frei, vielleicht bereits Sieger. Doch auch dieses Mal lief es für alle diese Smillie, Thomas, Cramp, die den britischen Kapitalismus unterstützten, glücklich ab . . . Der Streik wurde nach zehntägiger Dauer abgebrochen. Die Regierung, die die Wiederaufnahme der Arbeit als einzige Bedingung der Unterhandlungen aufgestellt hatte, erreichte was sie wollte. Die Frage des Arbeitslohnes wird am 31. Dezember diskutiert werden. Die ökonomischen Forderungen der Arbeiter werden erfüllt. Keiner der Streikenden wird entlassen, für die Dauer des Streiks wird gezahlt, an der Eisenbahnverwaltung sollen Vertreter der Arbeiter und Bevölkerung teilnehmen usw.

Unserer Meinung nach besteht die Bedeutung dieser großen Schlacht hauptsächlich darin, daß das englische Proletariat endlich eine Kraftprobe gemacht hat. Nun muß es für das Proletariat klar sein, was es durch verschiedene Massenaktion erreichen kann.

Die revolutionäre Gärung in Irland und Aegypten.

Die Kräfte des englischen Königsreichs werden durch zwei Wunden erschöpft — Irland und Aegypten. In diesen Ländern währt die revolutionäre Gärung bereits Monate und Jahre, mit seltenen Ruhepausen abwechselnd, die zur Vorbereitung neuer Revolteversuche notwendig sind.

Am 26. Oktober sind sechs Anführer der Sinnfeiner aus dem Kerker von Manchester entflohen. Diese romantische Flucht war nur durch Mithilfe vieler Personen möglich, und das beweist, von welcher Atmosphäre aktiven Mitgefühls die irländischen Revolutionäre sogar dann umgeben sind, wenn sie sich in den Händen ihrer Feinde befinden. An demselben Tage beschlossen die Arbeiterverbände von Dublin im Prinzip mit einem Generalstreik der Regierung zu antworten, die sich weigerte, unserem Genossen Jim Larkin, der sich gegenwärtig in Amerika befindet, zu gestatten nach Irland zurückzukehren. Durch offene Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes beschlossen die Sinnfeiner, sich mit Gewalt Waffen zu verschaffen. Alltäglich werden Polizeibezirke, Waffenlager, Wachtlokale und sogar Schiffe der königlichen Flotte von maskierten Männern überfallen, deren Ziel ist, Waffen zu erhalten. Wir führen einige Beispiele an. Am 28. Oktober wurden zwei Kasernen in Dublin überfallen, nachher wurde auf der Straße geschossen. — Am 30. Oktober wurde in Mase ein Polizist getötet. — Am 16. November wurden in Cork die Matrosen eines Militärmotorbootes entwaffnet. — An demselben Tage wurde die Radiostation in Minna Gori überfallen, die Aufständischen ergriffen die Apparate der drahtlosen Telegraphie. — In Nocnegri raubten Männer in Masken 20 000 Pfund Sterling Kronsgelder. — Unweit Boyle fand ein Zusammenstoß zwischen Sinnfeinern und der Polizei statt. — Am 20. November wurde in Cork ein Waffenladen ausgeplündert. — Am 19. November entluden sich auf den

Straßen von Drohede zwei Bomben. — Prim teilt der Gerichtskommission in Dublin mit, daß während der letzten drei Monate ein Spitzel und ein Konstabler getötet wurden, 11 bewaffnete Ueberfälle und 167 andere Ueberfälle stattfanden, Diebstähle nicht einbegriffen.

* * *

Die englischen Blätter berichten nur abgerissen und unklar über die äußerst interessanten Gärungen in Aegypten. Aber selbst diese Nachrichten sprechen eine sehr deutliche Sprache. Am 24. Oktober wurde auf den Straßen Alexandriens eine friedliche Demonstration durch Schießen mit Maschinengewehren auseinandergejagt. Am 1. November wurde in Alexandrien „Ordnung gemacht“: es gab 10 Tote. Die Eisenbahner drohen in Ausstand zu treten. Die folgenden Tage brachten einen Streik der Fuhrleute und Gepäckträger in Kairo und Alexandrien; das störte den Baumwolltransport. Ferner wird von Studentenunruhen berichtet. Zwei Wochen lang finden ununterbrochene Revolten mit Ausplünderung der Läden und blutiger Unterdrückung statt. Am 18. November wurde in Kairo ein Polizeibeizirk demoliert. Bei den Straßenzusammenstößen wurden neun Personen getötet. Man mußte zur Hilfe der englischen Truppen Zuflucht nehmen. Die Hauptstadt loderte in Empörung. Zur Feststellung der Ursachen des revolutionären Gärens in Aegypten ist eine Kommission unter dem Vorsitz Lord Milners ernannt. Am 25. Oktober wurde diese Kommission auf den Straßen der ägyptischen Hauptstadt mit Pfeifen und einem Steinregen begrüßt. Auf den Straßen von Alexandrien wurden Barrikaden errichtet, die beschossen werden mußten. Es versteht sich, daß die Kommission Milner nicht das aussichtslose Elend der Fellah lindern wird. Die erbarmungslose Ausbeutung der Kolonien seitens des englischen Imperialismus kann nur durch einen Aufstand der Ausgebeuteten vernichtet werden. Und die werktätigen Massen in den Kolonien werden sich allmählich dessen bewußt.

V. S.



Die letzten Nachrichten.

Eben hat die Redaktion folgende Nachrichten erhalten:

Spanien. Auf dem sozialistischen Kongreß Spaniens stimmten für die II. Internationale die Vertreter von 14 000 Stimmen, für die III. Internationale aber von 12 530 Stimmen. Die Mehrheit äußerte sich jedoch gegen einen Block mit den bürgerlichen Parteien und gegen die Teilnahme Spaniens an der Blockade von Rußland.

Skandinavien. An dem unlängst stattgefundenen Skandinavischen Arbeiterkongreß der Linken nahmen 268 Delegierte teil, die etwa 300 000 organisierte Arbeiter vertreten. Die Syndikalistinnen äußerten sich scharf gegen den Parlamentarismus und die Politik der II. Internationale. Es wurden auch einzelne reformistische Stimmen laut. Dennoch wurden die kommunistischen Resolutionen angenommen.

Die Internationale der Jugend.

Man hat uns mitgeteilt, daß in einem europäischen Zentrum eine internationale Jugendkonferenz stattgefunden habe. Aus 15 Ländern waren Delegierte anwesend. Es waren 220 000 Mitglieder vertreten. Auf der Konferenz wurde **einstimmig** der Beitritt zur III. Kommunistischen Internationale beschlossen. Ein ausführlicher Bericht folgt.

* * *

Die Vertreter der proletarischen Jugend hatten ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, bevor es ihnen gelang, ihren Kongreß zu verwirklichen. Sie mußten von einer Stadt in die andere reisen, da die Bourgeoisie und die Sozialverräter überall besonders wütend die kommunistische Jugend verfolgen. Desto mehr Freude hat es uns bereitet, die Nachricht zu erhalten, daß der Internationale Bund der Kommunistischen Jugend dennoch zustande gekommen ist.

Es lebe die Kommunistische Jugend! Vorwärts, liebe Freunde! Der Sieg wird unser sein.

G. S.

10. Januar 1920.

